

Paul Mayer

Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses

VORWORT

Als der Verfasser im Frühjahr 1962 seine Tätigkeit im zentralen Parteiarchiv der SPD in Bonn aufnahm, wußte er, obwohl mit der Parteigeschichte einigermaßen vertraut, kaum etwas von der Geschichte dieses Archivs. Bei seinen ersten Ordnungsarbeiten kam ihm eine kleine Abhandlung aus dem Jahre 1918 in die Hände, in welcher Ernst Drahn, damaliger Archivar, die Archivgeschichte in großen Zügen dargestellt und über den seinerzeitigen Stand der Sammlungen berichtet hat. Es handelte sich um den Sonderdruck eines Aufsatzes, der in der wissenschaftlichen Parteizeitschrift »Die Neue Zeit« erschienen war. Was man daraus erfuhr, war so interessant und deutete auf eine so enge Verflechtung der Archivgeschichte mit der sozialdemokratischen Parteigeschichte hin, daß es der kleinen Mühe wert erschien, darüber ein Feuilleton zu schreiben, für das vielleicht eine der Sozialdemokratie nahestehende Zeitung oder Zeitschrift einen Platz erübrigen würde. Aber abgesehen davon, daß eine solche Betrachtung auch spätere Entwicklungsphasen einzubeziehen hatte, stellte sich bei näherer Prüfung der Angaben Drahns heraus, daß sie Ungenauigkeiten und Widersprüche enthielten und daher nicht ohne weiteres übernommen werden konnten. Zu ihrer Verifikation bedurfte es eines Rückgriffs auf die Quellen, doch lagen diese nur zum Teil offen zutage, andere mußten erst in mühsamer Kleinarbeit freigelegt werden. Nachdem die Spur einmal aufgenommen war, stellte sich der Reiz ein, sie durch die Jahrzehnte hindurch systematisch zu verfolgen. Dabei konnten so viele bisher nicht bekannte, auch für die allgemeine Parteigeschichte wesentliche Fakten ermittelt werden, daß die ursprüngliche Konzeption unzureichend und eine Behandlung des Themas in breiterem Rahmen angebracht erschien. Es war jedoch ein weiter Weg vom Zeitungsartikel zur vorliegenden Studie, die unter Ausschöpfung aller dem Verfasser bekanntgewordenen und erreichbar gewesenen Quellen die Archivgeschichte umfassend darzu-

stellen versucht, richtiger gesagt, die Geschichte des *alten* Parteiarchivs, das in der Hitlerzeit der deutschen Sozialdemokratie verloren ging. Das nach 1945 in Hannover entstandene, 1951 nach Bonn verlegte Archiv der SPD ist eine Neuschöpfung von Grund auf, die zwar an die Tradition anknüpft und sich inzwischen zu einer ansehnlichen, der sozialwissenschaftlichen Forschung nützlichen Sammlung entwickelt hat, aber an Umfang und Bedeutung hinter der früheren Einrichtung weit zurücksteht.

Als authentische Quellen boten sich zunächst die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage an mit ihren Berichten über die Tätigkeit des Parteivorstandes und den jeweiligen Stand der zentralen Parteiinstitutionen. Soweit sie das Archiv betrafen, wurden diese Berichte jedoch nicht alljährlich erstattet. Mehrmals traten Pausen ein, von denen sich die längste über nicht weniger als zwölf Jahre erstreckte. Eine regelmäßige Berichterstattung setzt erst mit der Einführung der Jahrbücher der Partei ein, die für die Kalenderjahre 1926 bis 1931 vorliegen. Aus den Berichten erfährt man indessen bei weitem nicht alle Veränderungen und Vorgänge, die für die Geschichtsbetrachtung wesentlich erscheinen, und da auch von den Archivakten nur wenige Einzelstücke erhalten geblieben sind, ergaben sich empfindliche Lücken, die durch Ausschöpfung anderer Quellen nur zum Teil geschlossen werden konnten. Mancherlei Aufschlüsse vermittelte das Studium der umfangreichen schriftlichen Nachlässe von Karl Kautsky und von Julius Motteler, dem legendären »Roten Feldpostmeister« aus der Zeit des Sozialistengesetzes, dessen ebenso intimer wie origineller Beziehung zum Parteiarchiv bisher noch kaum gedacht worden ist.

Dem Leser wird nicht der enge Zusammenhang zwischen der Geschichte des Archivs und der allgemeinen sozialdemokratischen Parteigeschichte entgehen, der auch für den Verfasser eine Überraschung war. Die Verbindung ergab sich weitgehend aus dem Umstand, daß die Persönlichkeiten, die der Sozialdemokratie das Gepräge gegeben haben, vor allem Engels, Bebel, Bernstein und Kautsky, dem Archiv eine erstrangige Bedeutung für die Parteiarbeit beigemessen und auf die Planung und den Ausbau dieser Einrichtung einen starken Einfluß ausgeübt haben. Aber auch längst vergessene Namen werden durch die Archivgeschichte wieder lebendig. Ihre Träger waren Männer, die in lange zurückliegender Vergangenheit eine vorderrangige Rolle in der Partei gespielt haben, deren Bild aber durch ihr Lebensschicksal und die Ungunst sonstiger Umstände frühzeitig verblaßte und schließlich ganz dem Bewußtsein entrückt wurde. Das gilt namentlich für Hermann Schlüter, den eigentlichen Schöpfer und ersten Betreuer des Archivs. Hier bot sich eine Gelegenheit, den Spuren zu Unrecht Vergessener nachzugehen, was allerdings auf ungeahnte Schwierigkeiten stieß, die nicht in jedem Falle restlos behoben werden konnten.

Es erwies sich als zweckdienlich, die Untersuchung in zwei Teile zu gliedern, von denen der erste die Zeit von 1882 bis zum verhängnisvollen Jahre 1933, also ein rundes halbes Jahrhundert umfaßt, während der zweite das Schicksal des Archivs

während der nationalsozialistischen Herrschaft zum Gegenstand hat. Das Material für den zweiten Teil bezieht die Untersuchung in der Hauptsache aus dem schriftlichen Nachlaß von Dr. Paul Hertz und aus den Akten des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil, insbesondere aus dem Faszikel »Verhandlungen Marx-Engels-Briefe«, der erst zu Beginn des Jahres 1965 durch einen Zufall aufgefunden wurde und die bis dahin sehr lückenhafte Kenntnis dieser Vorgänge so beträchtlich erweiterte und fundierte, daß die bereits weit vorgeschrittene Arbeit an diesem Abschnitt noch einmal von vorn begonnen werden mußte.

Mit den »Marx-Engels-Briefen« war der Marx-Engels-Nachlaß gemeint, der bei weitem kostbarste Besitz des früheren Parteiarchivs. Sein Schicksal zieht sich wie ein roter Faden durch die Archivgeschichte und erfüllt sie mit besonderer Dramatik, weshalb es gerechtfertigt erschien, ihm in der Gesamtkonzeption einen bevorzugten Rang einzuräumen und dies auch im Titel zum Ausdruck zu bringen.

Als wichtige Ergänzung der dokumentarischen Belege dienten die Auskünfte noch lebender Personen, die für das Archiv tätig gewesen sind oder Kenntnis von Fakten und Vorgängen hatten, die es betrafen, beziehungsweise sein Schicksal beeinflußt haben. Leider verfügte keiner der Befragten über Aufzeichnungen, vielmehr waren alle auf ihr Gedächtnis angewiesen, das sie jedoch vielfach im Stich ließ, wie es nach dreißig und mehr Jahren ja auch nur allzu begreiflich ist.

Im Vergleich verschiedener Aussagen untereinander oder mit dokumentarischen Zeugnissen zeigten sich Widersprüche, die nur zum Teil aufzulösen waren. Wo dennoch nicht verifizierbare Angaben verwendet werden, geschieht es unter Vorbehalt. Überhaupt kommt die Darstellung nicht ohne Vermutungen und Hypothesen aus, die aus der Unzulänglichkeit des Materials für manche Entwicklungsperioden zu erklären sind. Der rechte Zeitpunkt für die Abfassung dieser Arbeit wurde leider verpaßt. Einige Jahre früher begonnen, hätte sie sich noch auf die Zeugnisse heute nicht mehr unter uns weilender Personen stützen können, die aus eigenem, unmittelbarem Wissen und Erleben in der Lage gewesen wären, zur Aufklärung von Umständen beizutragen, die jetzt nicht mehr zu eruieren sind. Zu ihnen gehören Wilhelm Dittmann, Friedrich Stampfer, Paul Hertz, Erich Ollenhauer und Hans Hedtoft-Hansen. Indessen ist es nicht unwahrscheinlich, daß es noch weitere, dem Verfasser bisher verborgen gebliebene Quellen an persönlichen Erinnerungen oder dokumentarischen Unterlagen gibt, zu deren Auffindung diese Veröffentlichung führen könnte.

Bei aller Verbundenheit des Verfassers mit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Geschichte ist die vorliegende Arbeit keine Werbeschrift, sondern eine wissenschaftliche Studie, um Objektivität bemüht und einzig der historischen Wahrheit verpflichtet. Einige überkommene Vorstellungen scheinen im Licht dieser Wahrheit korrekturbedürftig zu sein. Menschliche Unzulänglichkeiten und persönliche

Querelen konnten nicht übersehen werden, da sie für das Parteiarchiv von schicksalhafter Bedeutung gewesen sind. Unentbehrlich für das Verständnis der Archivgeschichte waren längere Erläuterungen zeitgeschichtlicher Hintergründe, deren Kenntnis nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden konnte. Soweit sie die Situation von 1933 und die Exiljahre betreffen, stützen sie sich weitgehend auf die diesbezüglichen, grundlegenden Untersuchungen von Erich Matthias und Lewis J. Edinger.

Dem Verfasser obliegt die Erfüllung einer Dankespflicht gegenüber den Institutionen und Einzelpersonen, die in irgendeiner Form diese Arbeit gefördert und bereichert haben. Die vielfältige Unterstützung durch das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam war um so schätzenswerter, als ein naher Zusammenhang zwischen seiner Entstehung und dem Ende des alten Parteiarchivs besteht, das Institut also auch selbst Gegenstand der Darstellung sein mußte. Ohne die Informationen und Quellenhinweise des leider kürzlich gestorbenen Leiters der Deutschland-Abteilung, Werner Blumenberg, seines Stellvertreters Götz Langkau, der Bibliothekarin Frl. Marie Hunink und der früheren Institutsangehörigen Dr. Siegfried Bahne, Dr. Horst Lademacher, Werner Krause und Arthur Müller-Lehning wären dem Verfasser viele für die Darstellung wesentliche Vorgänge verborgen geblieben. Die Klärung der Umstände in der Gründerzeit und die Ermittlung der Personalien von Hermann Schlüter wurden durch das Entgegenkommen des Schweizerischen Sozialarchivs und des Stadtarchivs Zürich begünstigt. Um das fernere Lebensschicksal des 1889 nach den USA ausgewanderten Schlüter zu verfolgen, mußten amerikanische Archive in Anspruch genommen werden. Es bedeutete eine große Erleichterung für den Verfasser, daß Professor Ernst Hamburger (New York) diesen Teil der Nachforschungen für ihn übernahm. Die bei der Dürftigkeit der vorliegenden dokumentarischen Unterlagen besonders schwierige Rekonstruktion der Vorgänge bei der Bergung und Ausfuhr der wertvollsten Bestandteile des Parteiarchivs im Jahre 1933 wäre nicht möglich gewesen ohne die ergänzenden Mitteilungen von Gerhard Breitscheid (Kopenhagen), Boris Nicolaevsky*) (Menlo Park, California) und Boris Souvarine (Paris), dreier Hauptteilnehmer an diesem Rettungswerk.

Weitere Bausteine für die Arbeit lieferten die teils mündlich teils schriftlich erteilten Auskünfte von Siegfried Aufhäuser (Berlin), Prof. Dr. Fritz Baade (Kiel), Harri Bading (Battenhausen), André François-Poncet (Paris), Dr. Curt Geyer (London), Christian Gregersen (Kopenhagen), Richard Hansen (Kiel), Hanna Hertz (Berlin), Dr. Kurt Koszyk (Dortmund), Rudolf Leeb (Bonn), Susanne Leonhard (Stuttgart), Dr. Tage Lindbom (Stockholm), Prof. Dr. J. P. Mayer (London), Karl Raloff (Kopenhagen) und anderer, die nicht genannt sein wollen. Besonderen Dank schuldet der Verfasser Fritz Heine, der nicht nur

*) Boris Nicolaevsky starb kurz nach Abschluß dieser Arbeit im Februar 1966.

zweckdienliche Informationen und Fingerzeige gab, sondern auch eine Art Patronat über diese Arbeit übernahm, worin seine traditionelle Verbundenheit mit dem Parteiarchiv zum Ausdruck kam. Renate Seelisch wachte über die wissenschaftliche Exaktheit der Darstellung, der sie darüber hinaus auch mit eigenen Gedanken gedient hat. Dr. Susanne Miller (Bonn) und Bert Andréas (Genf) unterzogen sich der Mühe, das Manuskript kritisch durchzusehen, wodurch eine Reihe von Irrtümern vermieden und Unklarheiten beseitigt werden konnten. Übrigens hat keine der genannten oder andere Personen, die von dem Vorhaben Kenntnis erhalten hatten, dem Verfasser davon abgeraten, was in Anbetracht der unübersichtlichen Quellenlage und der Schwierigkeit, einen so exklusiven und im Grunde spröden Stoff in eine gängige Lektüre umzumünzen, verständlich gewesen wäre. Das hat ihn ermutigt, die Arbeit, die in einem frühen Stadium als unverbindliche Studie gedacht war, im Druck vorzulegen.

Bonn, 1. Dezember 1965

ERSTER TEIL

Die Väter der Idee

Mit dem säkularen Ziel, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu errichten, gegründet auf die Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, ist die sozialistische Bewegung vor hundert Jahren auf den Plan getreten. Die ihr von philosophischen Theorien inspirierte Vorstellung, daß dieser Umbildungsprozeß entwicklungsgeschichtlich bedingt – also eigentlich unausweichlich – und die sozialistische Bewegung gewissermaßen der Vollstrecker eines geschichtlichen Auftrags sei, hat dazu beigetragen, daß das Geschichtsbewußtsein unter ihren Anhängern frühzeitig lebendig war. Das drückte sich auch in dem Bestreben aus, die dokumentarischen Zeugnisse aus den Anfängen und der frühen Entwicklung der Bewegung der Nachwelt zu erhalten, teils ihres Erinnerungswertes wegen, teils als Quellen zukünftiger Forschung. Zu den mannigfachen Parteiverdiensten August Bebels zählt auch dieses, den Anstoß zur Errichtung eines parteieigenen Instituts für die Sammlung und Aufbewahrung solcher Dokumente gegeben zu haben. Das war im Februar 1878, noch nicht fünfzehn Jahre nach der Entstehung des »Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins« und noch nicht drei Jahre nach seiner Vereinigung mit der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« Eisenacher Richtung auf dem Gothaer Kongreß. In einem langen Zeitungsartikel, den das sozialdemokratische Zentralorgan unter der Überschrift »Die Notwendigkeit der Gründung einer allgemeinen Partei-Bibliothek« veröffentlichte¹⁾, stellte Bebel seinen Vorschlag zur Diskussion und begründete ihn mit immer größer werdenden Schwierigkeiten zur Beschaffung der älteren sozialistischen Literatur, insbesondere auch der ersten sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften. Als Beispiele nannte er die lassalleanischen Vereinsorgane »Social-Demokrat« und »Nordstern«²⁾, von

¹⁾ Vorwärts, Leipzig, Nr. 21 vom 20. Februar 1878. Wortlaut im Anhang, Dokument I.

²⁾ »Der Social-Demokrat« war das von Johann Baptist von Schweitzer und Jean Baptist von Hofstetten mit eigenen Mitteln gegründete und in eigener Verantwortung herausgegebene Organ des »Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins«. Es erschien vom 15. Dezember 1864 bis 26. April 1871, zunächst dreimal wöchentlich, später täglich. An seine Stelle trat am 2. Juli 1871 die Tageszeitung »Neuer Social-Demokrat«. – Der »Nordstern« kam seit 1. Januar 1860 in Hamburg als Wochenblatt heraus und legte eine für die damaligen Verhältnisse ungewöhnliche Aufgeschlossenheit für politisch radikale und sozialistische Ideen an den Tag. Zunächst trug das Blatt den exotischen Namen »Ipecacuanca«, so benannt nach einem Mittel »Radix Ipecacuanca«, das einer redaktionellen Erklärung zufolge »auf die Magen-, Hirn- und sonstigen Dünn- und Dickhäute beunruhigend einwirken« sollte. Von Nummer 5 an nannte es sich »Nordstern«, in Anlehnung an das Organ der englischen Chartistenbewegung, »Northern Star«. Der »Nordstern«, der bis 1866 erschien, erwarb sich dadurch ein Verdienst, daß er den Ideen Lassalles von Anfang an seine Spalten öffnete und zeitweilig die Funktion eines amtlichen Organs des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins erfüllte.

deren ersten Jahrgängen kaum noch ein vollständiges Exemplar aufzutreiben sei. Der Mangel rührte vor allem daher, daß zu jener Zeit die sozialistische Literatur verfermt war, wovon insbesondere die periodischen Druckschriften betroffen waren. Den öffentlichen Bibliotheken war es nicht erlaubt, sie zu sammeln und bei sich einzustellen. So kam es, daß über geschlossene Jahrgänge fast nur staatliche Geheimearchive verfügten, deren vertraulicher Charakter eine öffentliche Benutzung ausschloß.

Von Bebels Weitblick zeugt sein Hinweis auf den Wert einer solchen Sammlung für die künftige »kulturhistorische« Wissenschaft. Im übrigen wollte er aber ihren Inhalt nicht einseitig auf sozialistische Literatur beschränkt wissen. Die Parteibibliothek sollte also nicht nur ein Hort von Denkwürdigkeiten und ein sozialistisches Bildungsinstitut, sondern auch eine Quelle zur Bereicherung des allgemeinen Wissens für Sozialdemokraten sein.

Daß Bebel Leipzig als Sitz der Parteibibliothek empfahl, hatte seine guten Gründe. Die sächsische Landeshauptstadt besaß nicht nur eine alte Parteitradition, sie war nach dem Zusammenschluß von Lassalleanern und Eisenachern auch alleiniger sozialdemokratischer Vorort geworden. Hier war neben Bebel und Liebknecht auch Wilhelm Hasendever ansässig, der vormalige letzte Präsident des »Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins«, der sich nach der Verschmelzung des lassalleanischen Zentralorgans »Neuer Social-Demokrat« mit dem »Volksstaat« der Eisenacher bereit erklärt hatte, nach Leipzig übersiedeln, um sich mit Liebknecht die Redaktion des »Vorwärts« zu teilen ³⁾.

Die Anregung zur Gründung einer zentralen Parteibibliothek wurde von Bebel mit dem Hinweis eingeleitet, daß sie auf eine im Sommer 1877 gepflogene Unterredung »mit einem Genossen« zurückgehe. Wie die Redaktion des »Vorwärts« in einer Anmerkung feststellte, handelte es sich um August Geib. Auch er gehörte zum sozialdemokratischen Führungskreis. Der Gothaer Kongreß hatte ihn zum Parteikassierer bestellt, nachdem er schon 1874 im sächsischen Wahlkreis Freiberg ein Reichstagsmandat gewonnen hatte. Da Geib Buchhändler war und in Hamburg eine Leihbibliothek unterhielt, liegt die Vermutung nahe, daß die Initiative zu diesem Gespräch von ihm ausgegangen war.

Jedoch sind weder Geib noch Bebel die eigentlichen Väter der Idee, vielmehr geht diese auf Sigismund Borkheim und Johann Philipp Becker zurück, die sie schon Anfang bis Mitte der sechziger Jahre brieflich behandelt haben. Ausdrücklich wird dies von Julius Motteler in seinen Aufzeichnungen »Zur Ergänzung des Berichts über das Parteiarchiv« vom 6. April 1903 festgestellt ⁴⁾.

³⁾ Eine knappe Mehrheit des Gothaer Parteitages von 1876 hatte gegen Berlin als Erscheinungsort des Zentralorgans entschieden. Es lag wohl vorwiegend in der – im Gegensatz zu Preußen – milderen Handhabung der vereins- und presserechtlichen Vorschriften in Sachsen begründet, wenn sich die Eisenacher Tradition in dieser Beziehung zunächst hatte behaupten können.

⁴⁾ Motteler-Nachlaß, Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam.

Becker und Borkheim waren sich in ihrem Naturell weitgehend ähnlich, auch hatte ihr persönliches und politisches Schicksal viele Gemeinsamkeiten. Während aber Becker als Teilnehmer am Hambacher Freiheitsfest von 1832, als Oberkommandierender der badischen Volkswahren bei der revolutionären Erhebung des Jahres 1849 sowie als Mitbegründer der Ersten Internationale in die Geschichte des Sozialismus eingegangen ist, gehört Borkheim zu den Vergessenen, und wir wären auch nicht in der Lage, ein Bild von ihm zu entwerfen, hätte nicht Friedrich Engels im Vorwort der Borkheimschen Schrift »Die deutschen Mordspatrioten 1806/1807« seine abenteuerliche Lebensgeschichte erzählt⁵⁾. Die Parteiöffentlichkeit reagierte auf Bebels Anregung mit Sympathie. Den »Vorwärts« erreichten Zustimmungserklärungen, von denen eine sogar die Ausdehnung des Vorschlags auf alle Orte wünschte, wo die Partei über eine größere Anhängerschaft verfügte. Diese lokalen Parteibüchereien sollten nach Ansicht des Einsenders mit einem Lesezimmer verbunden sein⁶⁾.

⁵⁾ Borkheim kam am 29. März 1825 in Glogau zur Welt, studierte an verschiedenen deutschen Universitäten und nahm am Freischarenzug Struves im Schwarzwald teil, wobei er in Gefangenschaft geriet. Damals lernte er Johann Philipp Becker kennen, der ihm in den badischen Revolutionskämpfen gegen die preussischen Truppen die Aufstellung einer Batterie übertrug. Nach dem Scheitern des Aufstandsversuchs flüchtete Borkheim nach Genf zu Becker, wo er 1849 auch Friedrich Engels kennenlernte. Im Gegensatz zu Becker, der seit 1847 Schweizer Bürger war, wurde Borkheim aus Genf ausgewiesen und ging nach Paris, später nach Straßburg, wo er 1851 verhaftet wurde, um nach England abgeschoben zu werden, nachdem er drei Monate lang durch 25 verschiedene Gefängnisse geschleift worden war, »meist in Ketten«. Während des Krimkrieges erwarb er durch Warenspekulationen ein beträchtliches Vermögen, das er aber wieder einbüßte, als er mit einer neuen Schiffsladung nach dem Bosphorus unterwegs war und dort vom Friedensschluß überrascht wurde. Die Waren wurden am Strand ausgeladen und gingen verloren. Später wurde Borkheim erfolgreicher Vertreter von Weinexportfirmen in Bordeaux, blieb aber mit der sozialistischen Bewegung verbunden und hielt es, wie Engels bemerkt, »stets mit der Partei der extremsten Revolution«. Für den Leipziger »Volkstaat« und die Berliner Zeitschrift »Zukunft« von Johann Jakoby und Guido Weiß schrieb er eine Reihe von Aufsätzen. Seit 1876 durch einen Schlaganfall gelähmt, erlag er am 16. Dezember 1885 in Hastings einer Lungenentzündung. Engels, der in einem Brief vom 28. Dezember J. Ph. Becker vom Ableben Borkheims unterrichtet, fügt hinzu: »Er hatte seit zwölf Jahren die Schwindsucht . . . Der Arzt sagt, er habe Krankheit genug gehabt, um drei andere Leute zu töten. Er ertrug alles mit unverwundlicher Heiterkeit und verfolgte die Bewegung bis zuletzt, soweit es ihm möglich.« Eine Artikelreihe Borkheims im »Volkstaat« aus dem Jahre 1870 »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1807/1808«, die als »Gegengift« gegen den patriotischen Siegesrausch im deutsch-französischen Kriege gedacht war, erschien 1888 in Broschürenform mit der Einleitung von Engels in der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich. – Siehe Friedrich Engels, Vergessene Briefe (Briefe Friedrich Engels an Johann Phil. Becker), Ein Beitrag zum hundertjährigen Geburtstag, Berlin 1920, S. 61/62.

⁶⁾ Die weiteren Ausführungen des Einsenders dürften auch auf damalige Leser erheiternd gewirkt haben, obwohl sie anscheinend ernst gemeint waren. Er schrieb: »Würden an diese Lesezimmer, wie es ja nahe liegt, Restaurationen angereiht, so könnte schon aus der Pacht, Fortsetzung S. 13

Vorderhand wurde die Durchführung des Vorhabens durch das Gesetz »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« vereitelt, das am 21. Oktober 1878 in Kraft trat. Es spricht aber für die gute Kampfmoral und die Siegeszuversicht der Sozialdemokraten, daß sie die Archivfrage, die unter den Bedingungen des verschärften Existenzkampfes nebensächlich oder minder-rangig erscheinen konnte, trotzdem nicht aus dem Sinn verloren. Schon der erste Exilkongreß, der vom 20. bis 23. August 1880 auf Schloß Wyden in der Nähe von Winterthur tagte, nahm einen Antrag, das Parteiarchiv auf schweizerischem Boden zu errichten, »im Prinzip« an. Antragsteller war der Dresdener Delegierte Hermann Schlüter, dem überhaupt das Verdienst zukommt, in jenen für die Partei so schwierigen Jahren den Archivgedanken lebendig erhalten und gangbare Wege zu seiner Realisierung gewiesen zu haben. In einem Artikel im »Sozialdemokrat«, dem am 5. Oktober 1879 in Zürich eröffneten Auslandsorgan der Partei, entwickelte er unter Berufung auf die Anregung Bebels von 1878 einen konkreten Plan zur Errichtung einer zentralen Stelle, »wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird«⁷⁾. Die Redaktion des Parteiorgans unterstützte in einer Zusatzbemerkung den Vorschlag und empfahl im übrigen, in die Sammlung auch alle von der Partei verbreiteten Flugblätter aufzunehmen.

Der unmittelbare Erfolg dieses neuerlichen Vorstoßes war, daß eine Parteikonferenz, die in den Tagen vom 19. bis 21. August 1882 in Zürich stattfand, das Schlütersche Archivprogramm zum einstimmigen Beschluß erhob und »einen Genossen« mit der vorläufigen Entgegennahme der Eingänge betraute. Schon kurz nach der Konferenz konnte »die Verwaltung des Parteiarchivs« bekanntgeben, daß die Arbeiten zur Errichtung des Archivs bereits im Gange seien. Dieses sollte »eine möglichst vollständige Sammlung aller auf das Parteileben bezüglichen Dokumente und Schriftstücke« sein. Hierunter sei namentlich die frühere sozialistische Literatur zu verstehen, von der sich hier und da sehr wertvolle Einzelexemplare in Privatbesitz befänden. Ferner sollten in die Sammlung aufgenommen werden: »Unsere eigenen Parteibroschüren, Zeit- und Flug-schriften-Literatur, die früheren und jetzigen Wahlaufrufe, charakteristische

Fortsetzung von S. 12

die ein Unternehmer für solch ein gewiß gut frequentiertes Lokal zahlen würde, die Anschaffung der Bücher etc. bestritten werden, so daß die Bibliothek uns gar nichts kosten würde, sondern nur aus dem Profit hergestellt werden könnte, den wir heute den verschiedenen »Kneipiers« zutragen. Dabei könnten, besonders wenn sich die Sache erst einbürgert, die Kneip-Lokalitäten gewiß bedeutend schöner und eleganter, Essen und Trinken viel besser und wohlfeiler sein, als dies in den gewöhnlichen Kneipen, in denen wir uns heute herumdrücken, der Fall ist. Alle diese Vorteile entspringen der Macht der Association . . .«. Vorwärts Nr. 51 vom 3. Mai 1878.

⁷⁾ Der Sozialdemokrat, Zürich, Nr. 18 vom 27. April 1882. Wortlaut im Anhang, Dokument II.

Prozeßakten und dergleichen.« Die Anhänger der Partei wurden aufgefordert, sich an der Gründung und Vervollständigung des Parteiarchivs »durch Beiträge aller Art recht eifrig zu beteiligen«⁸⁾).

Es fällt auf, daß im Zusammenhang mit der Initiative Schlüters zum ersten Male die Bezeichnung »Archiv« für die geplante Sammlung verwendet wird. Der Terminus gilt bekanntlich für eine Sammelstelle von Urkunden und Akten. Daß auch Bücher eine archivalische Bedeutung haben können, hat die Behandlung der älteren sozialistischen Druckschriften durch die geheimen Staatsarchive gezeigt. Nach 1880 ist in den offiziellen Verlautbarungen nur noch vom »Parteiarchiv« die Rede, worunter sowohl die Bibliothek als auch die Dokumentensammlung begriffen wird. In späterer Zeit verwendet der parteiinterne Sprachgebrauch mitunter die Bezeichnung »Archiv-Bücherei«, wohl um diesen Teil des Parteiarchivs von der Dokumentensammlung besser unterscheiden zu können.

Auf schweizerischem Boden

Die ersten Archivstücke wurden von Eduard Bernstein gesammelt, der sich aber der systematischen Ordnung und Verwaltung der Eingänge nicht mit der nötigen Gründlichkeit widmen konnte, weil seine Tätigkeit als Chefredakteur des Parteiorgans ihn voll in Anspruch nahm und weil ihm anscheinend auch der rechte Sinn dafür fehlte. Eine Wendung zum Besseren trat erst ein, als Schlüter Ende des Jahres 1883 nach Zürich übergesiedelt war, um auf Vorschlag Bebels den sozialdemokratischen Schriftenvertrieb zu organisieren.

Den Rahmen dazu gab die »Schweizerische Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung«, in der auch der »Sozialdemokrat« gedruckt und vertrieben wurde. Das Unternehmen war 1882 in den Besitz der deutschen Partei übergegangen, die das Betriebskapital durch Ausgabe unverzinslicher Anteilscheine zu je fünf Franken aufgebracht hatte⁹⁾. Um der Gefahr vorzubeugen, daß die schweizerischen Behörden dem Druck der deutschen Regierung nachgaben und die an der Herstellung des in Deutschland verbotenen »Sozialdemokrat« beteiligten deutschen Emigranten des Landes verwiesen, trat ein Schweizer Bürger, der sozialdemokratische Druckereifachmann Conrad Konzett, formell als Firmeninhaber auf. Er erfreute sich des besonderen Vertrauens von Bebel und Liebknecht. Als er in seinen Wanderjahren vorübergehend in Leipzig Arbeit angenommen und dort die Buchdruckerschule besucht hatte, war Liebknecht sein Lehrer gewesen. 1885 trat Konzett von der Leitung der Genossenschaftsdruckerei zurück, beließ dieser aber auf Bitten Schlüters seinen Firmennamen ohne eine Entschädigung dafür zu verlangen¹⁰⁾.

⁸⁾ Der Sozialdemokrat, Nr. 35 vom 24. August 1882.

⁹⁾ Bebel, August, Aus meinem Leben, 3 Bde., Stuttgart 1910–14. Bd. 3, S. 240.

¹⁰⁾ Konzett, Verena, Erstrebtes und Erlebtes, Ein Stück Zeitgeschichte, Zürich 1929, S. 134 ff., 145 ff., 208 ff.

Neben seiner eigentlichen Aufgabe widmete sich Schlüter dem Aufbau des Parteiarchivs, das zusammen mit der Volksbuchhandlung im Hause Asylstraße 67 im damals selbständigen Züricher Vorort Hottingen, und zwar in einem Parterrezimmer, untergebracht war. Die Bücherregale lieferte der deutsche Schreiner Karl Schröder, »ein rühriger Partei- und Gewerkschafts-genosse, derselbe Schröder, der dann im Januar 1888 als der im Gehalt bei der Berliner Polizei stehende Spitzel entlarvt wurde«¹¹⁾.

Dank Schlüters Organisationsgabe nahm das Archiv, das ihm am 20. August 1884 von Bernstein übergeben worden war¹²⁾, nunmehr rasch Gestalt an. Einen ansehnlichen Grundstock fand er bereits vor, denn nach dem ersten Bericht über den Stand der Sammlung, der dem Protokoll des zweiten sozialdemokratischen Exilkongresses von 1883 in Kopenhagen beigegeben war, wies der Katalog bis Ende Februar des Jahres 288 Nummern auf. Seitdem war noch die Bibliothek »eines größeren ehemaligen Parteiinstituts« hinzugekommen, was dem Bericht zufolge eine Erweiterung des Bestandes um das Doppelte oder mehr bedeutete. Das Archiv konnte sich rühmen, über einen großen Teil, »leider aber bei weitem noch nicht die Gesamtheit« der parteieigenen Schriften seit Beginn der Lassalle-schen Agitation zu verfügen und im Besitz der kompletten Jahrgänge des »Neuen Social-Demokrat«, des »Volksstaat«, der »Berliner Freien Presse«, des »Dresdener Volksboten« sowie von Einzeljahrgängen der übrigen deutschen Parteiorgane zu sein. Die Sammlung umfaßte ferner verschiedene Jahrgänge nichtdeutscher sozialistischer Organe sowie andere ausländische sozialistische Literatur. Den Rest bildeten »Zirkuläre, Aufrufe, Protokolle, Prozeß- und andere Akten sowie eine Anzahl von theils sozialökonomischen, theils politischen Publikationen, meist aus der neueren Zeit«.

In dem Bericht wird bedauert, daß die Bibliothek nicht schon 1878 bestanden habe oder wenigstens gleichzeitig mit der Verkündigung des Sozialistengesetzes

¹¹⁾ Nach einer Notiz von Anna Hoppe, der geschiedenen Frau von Hermann Schlüter, niedergeschrieben am 17. Dezember 1908 für das Parteiarchiv. (Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.) – Bei der Entlarvung Schröders, der früher in Konstanz für die Sozialdemokratie agitatorisch tätig gewesen war und sich nach der Verhängung des Sozialistengesetzes als Schreiner und Versicherungsagent in Zürich-Riesbach niedergelassen hatte, hat Paul Singer eine besondere Rolle gespielt. Bei der Beratung der Vorlage zur Verlängerung und Verschärfung des Gesetzes in der Reichtagssitzung vom 27. Januar 1888 legte er dokumentarische Unterlagen vor, durch die bewiesen wurde, daß Schröder zu dem Kreis der für die deutsche Polizei im Ausland tätigen und von ihr unterhaltenen Agenten gehörte, die nicht nur die sozialdemokratische Bewegung in der Emigration überwachen, sondern auch ihre Anhänger zu Gewalttaten aufreizen sollten, offenbar um der Regierung Scheingründe für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes zu liefern. U. a. bezog sich Singer auf ein Schreiben der Polizeibehörde in Zürich, wonach der dort verhaftete Schröder bei der Vernehmung gestanden hatte, jahrelang von der Berliner Polizei ein Monatsgehalt von 200 bis 250 Mark, insgesamt mehr als 10 000 Mark, bezogen zu haben.

¹²⁾ Nach einer Notiz von Julius Motteler, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

im Ausland ins Leben gerufen worden sei, »es wäre eine ganze Anzahl von für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung höchst interessanten Preß-erzeugnissen vor der gänzlichen Vernichtung bewahrt worden«. Im Zusammenhang damit wird der Artikel Schlüters im »Sozialdemokrat« zitiert, allerdings wird der Name des Verfassers nicht genannt und nur von einem »Genossen« gesprochen, »dem das Verdienst der Wiederanregung dieser Frage gebührt«. Seinen Worten »über die Nothwendigkeit des Parteiarchivs als Sammelplatz unserer Parteiliteratur« habe man nichts hinzuzufügen, aber das Parteiarchiv solle darüber hinaus »auch Sammelstelle der Dokumente unserer Partei sein, der Aufbewahrungsort für Schriftstücke, deren Vernichtung weder zweckmäßig noch nothwendig erscheint, die aber im Bereich der deutschen Reichsspitzzelei schon aus dem Grunde nicht aufgehoben werden können, weil keine Genosse mit Sicherheit sagen kann, ob er sich morgen noch auf freiem Fuße befindet«.

Der Bericht erwähnt sodann, daß »bis jetzt alle Eingänge sofort in ein dazu angelegtes Buch eingetragen und mit laufender Nummer versehen worden« seien. Nach Abschluß der Inventarisierung werde aber außerdem noch ein »spezialisierter« Katalog angelegt werden. Schließlich wird an die Genossen appelliert, für die Vervollständigung des Parteiarchivs nach Kräften Sorge tragen zu wollen. »Kein Flugblatt sollte erscheinen, von dem nicht ein oder zwei Exemplare für das Archiv zurückgelegt werden, keine Privatbibliothek veräußert werden, ohne daß vorher mit der Verwaltung des Archivs Rücksprache genommen wäre. Auch die gegnerische Literatur darf wenigstens in ihren Hapterscheinungen im Archiv nicht fehlen, wenn dasselbe seinen Zweck erfüllen soll.«

Dem Kongreß in Kopenhagen fehlte die Zeit zu einer Debatte über das Archiv, er stellte aber mit Bedauern fest, daß diesem von den Genossen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werde, und faßte, »um diesem Übelstand abzu-
helfen«, den förmlichen Beschluß, »die Redaktion des »Social-Demokrat« möge in geeigneten Zwischenräumen zur Sammlung für das Parteiarchiv auffordern«¹³⁾.

Schlüter stellte den Archivcharakter der Sammlung in den Vordergrund und strebte vor allem ihre Bereicherung durch Dokumente und private Korrespondenzen an. Zu den Erwerbungen jener Jahre gehörten »Briefe und Erinnerungen« von Ferdinand Lassalle sowie die der Partei vermachte Korrespondenz von Johann Philipp Becker, der Ende 1886 in Genf im Alter von 77 Jahren gestorben war. Daß das Archiv schon in seinen Anfängen einen für die damaligen Verhältnisse nicht unbeträchtlichen Wert repräsentierte, läßt sich daraus entnehmen, daß es durch einen am 28. November 1885 von Schlüter abgeschlossenen Vertrag für 8200 Schweizer Franken bei der Brandassekuranz des Kantons Zürich versichert war¹⁴⁾.

¹³⁾ Protokoll über den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883, Hottingen-Zürich 1883, S. 18 und S. 34 ff.

¹⁴⁾ Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

Die Berliner Regierung, der es trotz erheblicher Anstrengungen nicht gelungen war, die illegale Verbreitung des sozialdemokratischen Exilorgans in Deutschland zu unterbinden, führte im Frühjahr 1888 einen entscheidenden Schlag gegen die Züricher Parteizentrale. Es trat jetzt ein, womit lange gerechnet worden war. Einer massiven diplomatischen Intervention Bismarcks glaubte die schweizerische Regierung nachgeben zu müssen. Durch Beschluß des Bundesrats vom 18. April wurden die vier Hauptvertreter des »Sozialdemokrat«, nämlich Bernstein, Schlüter, der Geschäftsführer Motteler und der Druckereibetriebsleiter Tauscher aus der Schweiz ausgewiesen. Gegenstand des Anstoßes war nicht so sehr die Politik des »Sozialdemokrat« als vielmehr die Haltung des satirischen Blattes »Der Rothe Teufel«, das seit Januar 1887 im gleichen Verlag unter der Redaktion Schlüters herauskam.

In 16 Kisten über den Kanal

Die Maßnahme fand in der Öffentlichkeit des Gastlandes keine ungeteilte Zustimmung und wurde vielfach als unvereinbar mit dem Asylrecht und den traditionellen Freiheitsprinzipien der Schweiz empfunden. Der bekannte demokratische Nationalrat Theodor Curti brachte im Parlament eine Interpellation ein und kritisierte in einer großen Rede die Motive des Bundesrats¹⁵⁾. Die Abreise der Ausgewiesenen am 13. Mai gestaltete sich zu einer politischen Demonstration, ein vieltausendköpfiger Zug geleitete die »vier rothen Teufel«, wie sie genannt wurden¹⁶⁾, zur Bahn¹⁷⁾. Auf Anraten von Friedrich Engels hatte sich die Parteileitung entschlossen, den »Sozialdemokrat« und die mit ihm verbundenen Einrichtungen nach London zu verlegen. Dank dem Umstand, daß Conzett die Redaktion übernahm, brauchte die Auslieferung des Blattes jedoch keine Unterbrechung zu erleiden. Es kam bis zum 23. September 1888 in Zürich heraus, d. h. bis zu dem Tage, an dem die Vorbereitungen für seine Herstellung in London abgeschlossen waren. Das Archiv wurde zur Verschiffung über den Kanal in 16 große Kisten verpackt, deren Nagelung so großen Lärm verursachte, daß der Hauswirt Einspruch erhob und schließlich Schadenersatz für einen angeblich entstandenen Riß in der Wand verlangte¹⁸⁾.

¹⁵⁾ Theodor Curti, Rede über die Landesverweisung der Herausgeber und Redakteure des Züricher Sozialdemokrat, gehalten im schweizerischen Nationalrath am 20. Juni 1888. In: Bibliothek politischer Reden, Nürnberg 1891, Bd. I, S. 222 ff.

¹⁶⁾ Kautsky verwendet diese Bezeichnung in einem Brief an Engels vom 6. Juli 1888. Vgl. Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von »Aus der Frühzeit des Marxismus«, hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 219. – Zur Bezeichnung »Rothe Teufel« und zur Ausweisung vgl. auch Eduard Bernstein, Aus den Jahren meines Exils, Berlin 1918, S. 158 f.

¹⁷⁾ Joseph Belli, Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz, Stuttgart 1912, S. 159.

¹⁸⁾ Nach Anna Hoppe, a. a. O.

Nach einem vom 1. Oktober 1887 datierten, aus Anlaß des dritten Exilkongresses in St. Gallen von Schlüter abgefaßten Bericht war der Büchereibestand inzwischen auf 3200 Nummern angewachsen. »Außerdem war noch eine große Anzahl von Schriften, Briefen und Dokumenten vorhanden, darunter solche von Marx, Lassalle, Bakunin und vielen anderen.« Besondere Erwähnung findet in dem Bericht die Abteilung der Periodika mit 160 Zeitungen in insgesamt 372 Bänden¹⁹⁾. Die Sammlung enthielt auch bereits eine Anzahl russischer Bücher und Schriften, »die dem Druckbuchstaben nach registriert wurden, weil man Russisch nicht schreiben konnte«²⁰⁾.

Schon im Juni 1888 wurde das Parteiarchiv in London im Hause Kentish Town Road 114, wo Bernstein wohnte und auch die Redaktion des »Socialdemokrat« Quartier bezogen hatte, wieder aufgestellt. Es stand hier nur ein enger Raum zur Verfügung, und auch die sonstigen Umstände waren einer gedeihlichen Entwicklung nicht günstig. Durch den Zwang zur Benutzung des Seeweges war die Verbindung mit der Heimat sehr erschwert. Die deutsche Kolonie in England war zahlenmäßig klein, so daß sich die Inanspruchnahme des Archivs in bescheidenen Grenzen gehalten haben dürfte und wohl kaum wesentlich über den engen Kreis der in der sozialdemokratischen Exilzentrale tätigen Personen hinausreichte. Ein weiteres Hemmnis ergab sich daraus, daß die menschlichen Beziehungen zwischen diesen Personen gespannt waren. Darauf bezieht sich offenbar eine Bemerkung von Engels, die in einem Brief an F. A. Sorge²¹⁾ vom 12. Januar 1889 enthalten ist: »Auf dem Bureau des Soz[ial] Demokrat herrscht auch Krakeel.« Der Brief wird von Sorge in seinem Sammelband²²⁾ mit einigen Auslassungen wiedergegeben, und die Gedankenstriche, die der zitierten Bemerkung folgen, legen die Vermutung nahe, daß der uns vorenthaltene Teil des Textes etwas über die Ursachen des Konflikts aussagt. Indessen geben andere Quellen darüber genügend Aufschluß. Man entnimmt ihnen, daß es sich in der Hauptsache um einen Streit zwischen Schlüter und Motteler gehandelt hat, dessen Anfänge in die Züricher Zeit zurückreichten. Bebel, der voraussah, daß sich die Querelen in London fortsetzen würden, hatte Engels schonend darauf vorzubereiten versucht: »Ich möchte Dich . . . dringend bitten, wenn über J[ulius] M[otteler] räsoniert wird, über M[otteler] nicht eher zu urteilen, bis Du ihn gehört hast. Kleine Krakeelereien werden nicht ausbleiben. Es besteht nicht bloß zwischen

¹⁹⁾ Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

²⁰⁾ Anna Hoppe, a. a. O.

²¹⁾ Friedrich Albert Sorge, aus Sachsen stammend, Sohn eines protestantischen Pfarrers, nahm 1849 am badischen Aufstand teil und flüchtete dann über die Schweiz nach New York, wo er später das Haupt der Internationalen Arbeiter-Association wurde. Er erfreute sich der besonderen Wertschätzung von Marx und Engels, die einen regen Briefwechsel mit ihm unterhielten.

²²⁾ F. A. Sorge, Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx und Anderen an F. A. Sorge und Andere, Stuttgart 1906, S. 307 f.

Schl[üter] und M[otteler] eine gewisse Animosität, sie besteht zwischen allen«²³⁾. Der Krach, zu dem es bald nach der Ankunft der Ausgewiesenen kam, ging jedoch über Bebels Befürchtungen weit hinaus. Entzündet zu haben scheint er sich vor allem an Meinungsverschiedenheiten über die Frage eines geeigneten Domizils, das nach der Vorstellung Mottelers neben den Bedürfnissen der Parteigeschäfte auch seinem privaten Wohnungsanspruch genügen sollte. Außerdem war man sich nicht einig über die Zweckmäßigkeit der Aufstellung einer Schnellpresse für den Druck des »Sozialdemokrat«, die offenbar in Motteler einen Fürsprecher hatte. Der in Plauen-Dresden ansässige Bebel, durch unterschiedliche Berichte Liebknechts, Mottelers und Schlüters über die Differenzen unterrichtet, wollte Paul Singer nach London entsenden. »Der wird dann durchgreifen müssen, und zwar ohne Rücksicht auf die Privatwünsche M[otteler]s«, schrieb er an Engels²⁴⁾. Die tieferen Ursachen des Zerwürfnisses unter den leitenden Funktionären der Parteibetriebe waren freilich grundlegende Auffassungsunterschiede in Fragen der gegenseitigen Kompetenz, des dienstlichen Verhaltens und des persönlichen Lebensstils. Als Geschäftsführer des Verlagsunternehmens und Ältester nach Lebens- und Parteidienstjahren schien Motteler von seinen Mitarbeitern Subordination zu erwarten und ihnen gegenüber eine Weisungsbefugnis in Anspruch zu nehmen, die ihm jedenfalls nicht ausdrücklich zugestanden war. Insbesondere Schlüter war nicht die Natur, sich einer fragwürdigen Autorität zu unterwerfen. Die Rivalität zwischen ihm und Motteler nahm solche Formen an, daß Schlüter sich veranlaßt sah, das Feld freiwillig zu räumen. »Ich bin nicht gewillt, die Torheiten eines Narren mitzumachen, daher trennen wir uns«, teilt er schon zu Beginn des Jahres 1889 dem befreundeten Karl Kautsky mit. Es sei ihm allerdings schwer geworden, das Archiv aufzugeben, denn er hänge sehr an ihm, fügt er hinzu²⁵⁾. Kautsky bedauert den Entschluß, bekundet aber Verständnis dafür: »Ich bin überzeugt, daß ich mich selbst ebensowenig wie irgend ein anderer selbständiger Mensch mit Motteler vertragen würde, sobald ich geschäftlich an ihn gebunden wäre.« Es sei ja »geradezu eine Barbarei«, das Archiv Motteler unterzuordnen, heißt es an anderer Stelle und weiter: »Das Archiv ist Deine Schöpfung, Du hast aus dem Plunder eine ansehnliche, für wissenschaftliche Zwecke wertvolle Bibliothek gemacht. Motteler hat sich nie darum gekümmert. Ihm ausgeliefert würde das Archiv bald wieder eine Rumpelkammer werden.« Er hoffe jedoch, so schließt Kautsky, daß man jetzt auch in Deutschland dem Archiv mehr Bedeutung beilege und um seine Erweiterung Sorge trage²⁶⁾. Schlüters Antwort auf Kautskys

²³⁾ Brief vom 12. Mai 1888, August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsg. von Werner Blumenberg, London, Paris, The Hague 1965, S. 331.

²⁴⁾ Brief vom 30. Mai 1888, August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 333.

²⁵⁾ Brief vom 25. Januar 1889, Kautsky-Nachlaß 1889, IISG Amsterdam.

²⁶⁾ Kautsky an Schlüter, 11. und 28. Januar 1889, Schlüter-Nachlaß, IISG Amsterdam.

Frage, ob er denn wenigstens einen Posten in Amerika habe, läßt die ganze Bitterkeit der Kontroverse mit Motteler erkennen: »Ich gehe ins Blaue hinein übers Wasser. Aber lieber gehe ich wieder an die Hobelbank, als daß ich in *der* Gesellschaft, in der ich mich befinde, weiter arbeite.« Motteler könne in der Partei tun, was er wolle, und wenn auch alle mit seinem Tun und Treiben unzufrieden seien, so werde doch keiner etwas gegen ihn unternehmen²⁷⁾.

Aus den damaligen schriftlichen Zeugnissen gewinnt man den Eindruck, Motteler müsse geradezu ein Tyrann gewesen sein. Besonders vielsagend erscheint die Bemerkung Schlüters: »Ede [Bernstein] wagt nicht einmal, in Anwesenheit Mottelers mit mir zu reden²⁸⁾.« Jetzt hat auch Bebels Nachsicht ein Ende, ärgerlich wendet er sich an Engels: »Kannst Du Ede nicht ein wenig die Ohren steifen, daß er sich nicht J[ulius] M[otteler] gegenüber so waschlappig benimmt? Daß J[ulius] M[otteler] so einen nach dem andern hinausbeißt, macht böses Blut. Wenn's ihm mal einfällt, davongehen zu wollen, halte ich ihn nicht. Es hat alles seine Grenze²⁹⁾.«

Bebel hatte nach dem Bekanntwerden von Schlüters Absicht Kautsky angeboten, die Archivverwaltung zu übernehmen, und dieser hatte sich auch dazu bereit erklärt, nachdem ihm volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Motteler zugesichert worden war. Schlüter äußert seine Befriedigung darüber, daß Kautsky das Archiv übernehmen wolle: »So geht wenigstens *das* nicht zugrunde³⁰⁾.« Er rät aber seinem Nachfolger, sich eine Art Etatrecht zu sichern, andernfalls werde er sich sofort mit Motteler »im Skandal« befinden, da dieser dann verlangen werde, daß »die Ausgabe erst durch ihn bewilligt« werden müsse. Das Archiv will er ihm in möglichst geordnetem Zustand hinterlassen. Kautskys erste Arbeit werde seiner Meinung nach die Fortsetzung des von ihm, Schlüter, begonnenen Zettelkatalogs sein, »der ein vollständiges Personen- und Sachregister bilden muß«. Er habe gehofft, vor seinem Weggang den Katalog noch beenden zu können, sehe aber nun, daß er die Arbeit unterschätzt habe. Nur für eine einzige Abteilung, »die eigentliche Parteiliteratur«, werde er ihn noch fertigbringen. Da Kautsky vorerst in Wien unabhkömmlich war, konnte er ihm die Geschäfte nicht persönlich übergeben, er wollte ihm jedoch noch verschiedene schriftliche Informationen hinterlassen, damit er sich gut in die Arbeit hineinfinde. Bei den engen Raumverhältnissen werde er sonst lange suchen müssen, ehe er Bescheid wisse³¹⁾.

²⁷⁾ Schlüter an Kautsky am 25. Januar 1889. – Als amüsantes Gegenstück zu dieser Klage kann die folgende Bemerkung von Mottelers Ehefrau Emilie gelten, die in einem Brief an Kautsky aus dem Jahre 1914 enthalten ist: »Wer sich in der Partei Rechte anmaßt kommt zur Geltung, sonst zählt man nicht.« – Kautsky-Nachlaß.

²⁸⁾ Schlüter an Kautsky, 9. Februar 1889, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

²⁹⁾ Brief vom 8. Januar 1889, August Bebels Briefwechsel a. a. O., S. 345.

³⁰⁾ Schlüter an Kautsky, 25. Januar 1889, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

³¹⁾ Ebenda.

Vom Schweinehirt zum Historiker

Gedanken machte sich Schlüter auch um die Erhaltung der »Sozialdemokratischen Bibliothek«, der in Zürich von ihm begonnenen und inzwischen gut eingeführten Schriftenreihe, in der bereits bedeutende sozialistische Autoren zu Wort gekommen waren ³²⁾. Die Übernahme dieser Aufgabe wurde ebenfalls Kautsky angetragen, der aber ablehnte mit der Begründung, daß ihn neben der Redaktion der »Neuen Zeit« das Katalogisieren des Archivs voll in Anspruch nehmen werde: »Niemand weiß besser als Du, daß das keine Spielerei ist, sondern Zeit und Arbeit erfordert.« So schrieb Kautsky am 13. Januar 1890 aus London an Schlüter ³³⁾, der zu jener Zeit bereits in New York festen Fuß gefaßt hatte; er hatte am 16. März 1889 von Liverpool aus die Reise in die »Neue Welt« angetreten.

Merkwürdigerweise ist über diesen Mann, der nicht nur als der eigentliche Schöpfer des Parteiarchivs, sondern auch als eine der interessantesten Figuren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelten kann, heute kaum etwas bekannt. Als einer der Hauptvertreter des sozialdemokratischen Auslandszentrums in der Zeit des Sozialistengesetzes wird er zwar in der Parteigeschichtsschreibung da und dort erwähnt, aber nirgends erfährt man Näheres über seine Person und sein Lebensschicksal. Auch Bebels Erinnerungsbuch liefert nur dürftige Anhaltspunkte, die sich zum Teil nicht einmal als verlässlich erweisen. Es bedurfte langwieriger Sucharbeit und der Bemühung mehrerer ausländischer Archive, um Licht in das Dunkel um Schlüter zu bringen. Die Aufhellung ist nicht vollständig gelungen, doch kennen wir jetzt seine wichtigsten Lebensdaten. Er hieß Friedrich Hermann Schlüter und war am 8. Oktober 1851 zur Welt gekommen in einem kleinen Ort in Schleswig-Holstein, dessen Name im Verborgenen blieb. Von seiner Jugend wird berichtet, daß er schon als Vierjähriger die Schweine seines Heimatdorfes hüten mußte, um zum Unterhalt seiner in kärglichen Verhältnissen lebenden Familie beizutragen. Er soll nie eine Schule besucht haben und reiner Autodidakt gewesen sein ³⁴⁾. Offenbar hat er das Schreinerhandwerk erlernt und ist in diesem Beruf zunächst auch tätig gewesen ³⁵⁾. Im Melderegister der Gemeinde Hottingen ist er als »Kaufmann« ausgewiesen. Die Eintragung gab im übrigen ein Rätsel auf: sie nennt Chicago

³²⁾ Schlüters Verdienste um die »Sozialdemokratische Bibliothek« werden auch von Bernstein in seiner Autobiographie gewürdigt. Die in dieser Reihe enthaltenen Schriften aus der Frühzeit der sozialdemokratischen Parteibewegung würden ohne den bibliographischen Eifer Schlüters heute kaum noch aufzufinden sein, heißt es dort. Besonders erwähnt Bernstein das von Schlüter herausgebrachte Büchlein »Vorwärts!«, eine Sammlung von fast 400 Gedichten »für das arbeitende Volk«. E. B.: Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928, S. 144/45.

³³⁾ Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

³⁴⁾ Laut Nachrufen auf Schlüter in der New Yorker Volkszeitung, Ende Januar/Anfang Februar 1919.

³⁵⁾ Vergl. Brief Schlüters an Kautsky, 25. Januar 1889, a. a. O.

als Schlüters Heimatort³⁶⁾. Eine Bestätigung dieser Angabe enthält der Ausweisungsbeschluß des Schweizer Bundesrates vom 18. April 1888. Es heißt dort, Schlüter habe sich in Chicago als Bürger der USA naturalisieren lassen. Als Zeitpunkt konnten nur die frühen siebziger Jahre in Frage kommen. Die Nachforschungen haben denn auch ergeben, daß Schlüter 1872 in Chicago ansässig und dort in die Bewegung der Arbeitslosen eingetreten war³⁷⁾. Spuren seines Aufenthaltes finden sich in der Chicagoer Wochenzeitung »Vorbote«, dem Organ der »Arbeiterpartei von Illinois«, der Schlüter vermutlich angehört hat. So zeigte er dort 1874 und 1875 an, daß »alle sozialistischen Schriften« bei ihm zu haben seien. Im Juli 1875 brachte das Blatt einen Artikel aus seiner Feder, der sich gegen verleumderische Behauptungen über die Pariser Kommune von 1871 wandte. Wahrscheinlich kehrte Schlüter 1876 wegen der damaligen Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurück. Zunächst arbeitet er als Korrespondent des »Vorboten«, seine Berichte sind aus Altona datiert^{37a)}. Mitte 1876 begegnen wir ihm in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden, wo er als Expedient des dortigen Parteiorgans »Volksbote« tätig ist. Das seit 1871 bestehende, wöchentlich dreimal erscheinende Blatt wurde im Februar 1877 in eine Tageszeitung unter dem Namen »Dresdener Volkszeitung« umgewandelt, deren Redaktion Georg von Vollmar, der spätere Führer der bayerischen Sozialdemokratie, übernahm. Seinem Bestreben, der Zeitung Ansehen und Einfluß im deutschen Blätterwald zu gewinnen, stand der Mangel an Mitteln zur Bezahlung regelmäßiger Mitarbeiter entgegen, weshalb er zu allerlei Manipulationen seine Zuflucht nahm, um wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob es sich um ein Blatt mit weitverzweigten Verbindungen handele. Der Vertriebsleiter Schlüter »machte amerikanische Berichte zurecht«.

Wir folgen hier der Erzählung Vollmars in einer aus Anlaß des Dresdener sozialdemokratischen Parteitag von 1903 erschienenen Festschrift³⁸⁾. Schlüter selbst ist darin mit einem Beitrag über seine »Dresdener Sturmjahre« vertreten, die er zu den inhaltsreichsten seines Parteilebens zählt. Hauptthema seiner Plauderei ist seine Begegnung mit Dr. Karl Nobiling, dem späteren Kaiser-Wilhelm-Attentäter, dessen Schüsse Bismarck einen der Hauptvorwände zur Einbringung des Sozialistengesetzes lieferten. Schlüter hatte ihn in einer öffentlichen Versammlung der Dresdener Sozialdemokratie kennengelernt, wo sich Nobiling in einer Diskussionsrede als Gegner sozialistischer Ideen und speziell

³⁶⁾ Stadtarchiv Zürich.

³⁷⁾ Nachrufe auf Schlüter, a. a. O.

^{37a)} Schlüters Buchanzeigen im »Vorboten« enthalten die Adressenangabe »443 Sedgewich Street«. Der Artikel über die Kommune in Nr. 20 erschien unter der Überschrift »Moderne Geschichtsschreiber«. Die Deutschlandberichte aus Altona sind in den Nummern 14 vom 1. April, 21 vom 26. Mai und 27 vom 1. Juli 1876 abgedruckt. Redakteur des »Vorboten« war Conrad Konzett.

³⁸⁾ Festschrift zum Dresdener sozialdemokratischen Parteitag 1903, S. 15–19.

als Nationalliberaler ausgegeben hatte. Einige Zeit später hatte er Schlüter in dessen Büro im Verlagshaus der »Volkszeitung« aufgesucht. Nach dem Anschlag wurden Vollmar und Schlüter in die gerichtliche Untersuchung verwickelt und über Nobilings Beziehungen zur Sozialdemokratie vernommen, doch das gesammelte Material, das sie vorlegen konnten, bot dem Gericht keine Handhabe, sie in die Anklage einzubeziehen. Nach den Akten der »Reichs-Commission«, einer zur Durchführung des Sozialistengesetzes geschaffenen »Beschwerdeinstanz«, gehörte Schlüter »zu den tätigsten Führern und Agitatoren der sozialdemokratischen Partei«. Der gleichen Quelle zufolge war er nach der Verhängung des Sozialistengesetzes Vertriebsleiter der »Dresdener Presse«, des ersten der versuchten Nachfolgeorgane der »Volkszeitung«, und zusammen mit Max Kegel³⁹⁾ »faktisch« auch mit der Redaktion des Blattes betraut. Nachdem dieses im September 1879 verboten worden war, setzte er seine Tätigkeit an der neu gegründeten »Dresdener Abendzeitung« fort, wo er sich insbesondere der Redaktion der satirischen Beilage »Hiddigeigei« gewidmet zu haben scheint. Das »beliebte Witzblatt« und »rührige Organ der sozialistischen Propaganda« wurde gleichzeitig mit der »Abendzeitung« im April 1881 verboten, und die dagegen erhobene Beschwerde sechs Monate später von der »Reichs-Commission« zurückgewiesen, nachdem Schlüter inzwischen verhaftet worden war⁴⁰⁾.

Von Bebel wissen wir, daß Schlüter nach seiner Ausweisung aus Dresden nach Stuttgart ging, dort aber keine befriedigende Existenz finden konnte⁴¹⁾. Ein vom 17. November 1883 aus Stuttgart datierter Brief Schlüters an Kautsky enthält die Mitteilung, daß er am Tage zuvor sein »Geschäft« verkauft habe⁴²⁾. »Dein alter Schlüter« heißt es in der Unterschrift, woraus zu entnehmen ist, daß die Freundschaft zwischen beiden schon älteren Datums war und wahrscheinlich bis zum Jahre 1877 zurückreichte, als sich Kautsky auf einer Deutschlandreise einige Wochen in Leipzig und Dresden aufhielt, mindestens aber bis zum Wydener Kongreß, auf dem Schlüter, abgesehen von seinem Vorstoß in der Archivfrage, auch mit einem politisch bedeutsamen Antrag in den Vordergrund getreten war. Er hatte darin gefordert, aus dem Passus des Gothaer Parteiprogramms, wonach die Partei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft anstrebe, das Wort »gesetzlich« zu streichen, und zwar mit der Begründung, daß das Sozialistengesetz der Partei die Möglichkeit zu legaler Betätigung genommen habe. Der Antrag, der in der damaligen politischen Situation als taktisch kluger Schachzug erscheinen mußte, war auch einstimmig angenommen worden. Man kann sich die Überraschung Schlüters vorstellen, als

³⁹⁾ Bekannter Arbeiterdichter, Schöpfer des sogenannten Sozialistenmarsches.

⁴⁰⁾ Stern, Leo, Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission, Archivalische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 3, I u. II, Berlin 1956, S. 116, 146, 150.

⁴¹⁾ Bebel, Aus meinem Leben, 3. Bd., S. 94/95.

⁴²⁾ Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

er nach mehr als 25 Jahren eines Tages las, daß sich Bebel in einer Reichstagsrede die Initiative zu dieser Änderung des Parteiprogramms selbst zugeschrieben hatte. Er protestierte in launiger Form, doch scheint Bebel den Irrtum nicht eingesehen zu haben, sein Antwortschreiben vom 16. Oktober 1905 ⁴³⁾ stellt den Vorgang auf dem Wydener Kongreß jedenfalls nicht klar. Als nach Bebels Tod der dritte Band seiner Lebenserinnerungen angekündigt wurde, bat Schlüter den Herausgeber Kautsky, »die Sache richtigzustellen, falls Bebel darauf zurückkommen sollte«. »Ich möchte sagen«, so fügt er hinzu, »daß ich mir *das* Blatt aus meinem Ruhmeskranze nicht gerne pflücken lassen mag« ⁴⁴⁾. Ob Bebel nun in seinem Manuskript Schlüter das von diesem beanspruchte Lorbeerblatt freiwillig zugestanden oder ob es einer redaktionellen Nachhilfe Kautskys bedurft hat – jedenfalls schreibt der dritte Band Schlüter das Verdienst eindeutig zu, das ihm nach dem parteiamtlichen Protokoll des Wydener Kongresses auch tatsächlich zukommt.

Dem berechtigten Wunsch Schlüters war also Genüge geschehen. Ein von Kautsky übersehener Lapsus Bebels belustigt ihn nur. Nach dem Erscheinen des Buches schreibt er dem Herausgeber: »In dem Bebelschen 3. Band hast Du einmal meinen Vornamen als »Heinrich« stehen lassen. Mein Name ist immer noch Hermann.« Die Bemerkung ist ein Postskriptum zu einem seiner letzten Briefe an Kautsky, der das Datum vom 13. März 1914 trägt ⁴⁵⁾.

In Zürich lebte sich Schlüter rasch in seinen neuen Aufgabenkreis ein. Seine Tätigkeit für die Parteieinrichtungen zeitigte schon nach kurzer Zeit sichtbare Erfolge, denen auch die Anerkennung nicht versagt blieb. In einem Bericht Kautskys an Engels, geschrieben am 16. Juli 1884 aus Zürich, heißt es, die Volksbuchhandlung werde jetzt von einem tüchtigen und energischen Manne geleitet, »welcher den alten Mist ausgeräumt hat, und unter dem das Geschäft, welches am Verscheiden lag, sich so gehoben hat, daß es einen erheblichen Überschuß für die Partei abwirft« ⁴⁶⁾. Die Arbeit für das Parteiarchiv scheint Schlüter eine wahre Leidenschaft gewesen zu sein. Davon zeugt seine Korrespondenz mit Kautsky, bei dem er am 10. März 1885 anfragt, ob er nichts fürs Archiv aufgetrieben habe, und anknüpfend bemerkt: »Ich bin hinter jedem Blättchen Papier her wie der Teufel hinter der Seele.« Aus seiner Züricher Zeit stammt auch Schlüters erster größerer literarischer Versuch, eine Untersuchung über die Chartistenbewegung in England, die 1887 in der Volksbuchhandlung als Broschüre aufgelegt wurde. Zu dieser Schrift hatte Engels einige Abschnitte geliefert, weshalb Schlüter sie ohne Nennung des eigenen Namens erscheinen ließ ⁴⁷⁾.

⁴³⁾ Bebel-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁴⁴⁾ Schlüter an Kautsky, 11. November 1913, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁴⁵⁾ Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁴⁶⁾ Kautsky, Fr. Engels' Briefwechsel mit K. Kautsky, a. a. O., S. 133.

⁴⁷⁾ Nach Bernstein, Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein mit 3 Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben, Berlin 1925, S. 181 Anm.

Die zweite amerikanische Emigration brachte Schlüter im Gegensatz zur ersten Aufstieg und Erfolg. Er wurde einer der Führer der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten und ihr anerkannter Historiker. Kautsky hatte Bedenken geäußert, weil er die Ausreise ohne festen Anhaltspunkt unternahm, gleichzeitig aber auch seiner Zuversicht Ausdruck verliehen, daß Schlüter sich trotz aller Schwierigkeiten durchsetzen werde, »denn das Managen verstehst Du ja wie wenige in unserer Partei«⁴⁸⁾. Schlüters Trachten scheint von Anfang an darauf gerichtet gewesen zu sein, in der deutschsprachigen Arbeiterpresse angestellt zu werden. Dies läßt sich aus einem Brief schließen, den Adolph Hepner, Liebknechts einstiger Mitredakteur am »Volksstaat« und einer der drei Angeklagten im Leipziger Hochverratsprozeß von 1872, am 13. April 1889 an Schlüter geschrieben hat und in dem er ihn seiner Bereitschaft versicherte, ihm bei der Suche nach einer Stellung behilflich zu sein⁴⁹⁾. Hepner, der schon bald nach der Verhängung des Sozialistengesetzes ausgewandert war, gehörte damals der Redaktion des »St. Louis Tageblatt« an. Vielleicht hatte es Schlüter der Vermittlung Hepners zu danken, daß er schon kurze Zeit später in die Redaktion der »New Yorker Volkszeitung« eintreten konnte, dem seit 1878 bestehenden Organ der deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei in den USA. Dort ist er dann auch geblieben und hat bis zu seinem Tode, d. h. fast drei Jahrzehnte, an dem angesehenen Blatt gewirkt. Als Gradmesser seiner Tüchtigkeit kann die Tatsache gelten, daß er schon anfangs der neunziger Jahre der Redaktion vorgestanden hat. Belegt wird das durch einen Brief, den Kautsky am 3. März 1893 an Schlüter geschrieben hat. »Wie mir Sorge mitteilt, bist Du wieder zum Chefredakteur der Volkszeitung gewählt worden«, heißt es darin⁵⁰⁾. Trotz seines günstigen Starts hatte sich Schlüter nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes ernstlich mit dem Gedanken einer Rückkehr nach Deutschland getragen und erst auf dringendes Anraten Kautskys davon Abstand genommen. An eine Rückkehr sei vorläufig nicht zu denken, belehrte ihn dieser am 22. Dezember 1890: »Du würdest nicht ausgewiesen, sondern eingesperrt⁵¹⁾.« Schlüter hatte offenbar angenommen, daß das Ende des Ausnahmezustandes automatisch auch die Einstellung der Verfolgung gegen ihn, Bernstein und Motteler bedeutete. Das war jedoch nicht der Fall. Die Steckbriefe wurden vielmehr alljährlich erneuert und erst 1900 annulliert.

Was die Motive der Rückwanderungsabsichten Schlüters betrifft, so gibt es dafür keine sicheren Anhaltspunkte. Es spricht aber einiges für die Annahme, daß er unter normalisierten Voraussetzungen einem politischen Wirken in Deutschland den Vorzug gegeben hätte. Eine zwingende Veranlassung zur Preisgabe der eben

⁴⁸⁾ Brief vom 11. Januar 1889, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁴⁹⁾ Laut einem Manuskript im Besitz der State Historical Society of Wisconsin.

⁵⁰⁾ Schlüter-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁵¹⁾ Ebenda.

gewonnenen Position bestand offenbar für ihn nicht, denn im gleichen, eben zitierten Brief nimmt Kautsky mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Schlüter jetzt materiell in guten Verhältnissen lebe und in F. A. Sorge eine anregende Gesellschaft habe. Als nach zehn Jahren endlich die Möglichkeit der Heimkehr für ihn gegeben war, hat er davon keinen Gebrauch gemacht. Zeitlebens blieb er jedoch der deutschen Sozialdemokratie eng verbunden und stand in regem Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den alten Freunden in der Heimat. In verschiedenen Parteiorganen, insbesondere in Kautskys »Die Neue Zeit«, erschienen gelegentlich Aufsätze aus seiner Feder, die in der Regel amerikanische Probleme zum Gegenstand hatten. Andererseits hielt er die Spalten seines eigenen Blattes den überseeischen Genossen offen. Nach seiner Auswanderung im Jahre 1889 ist er noch dreimal in Europa gewesen, das erstemal anlässlich des internationalen Sozialistenkongresses von 1904 in Amsterdam, an dem er als einer von sechs Vertretern der Sozialistischen Partei der USA teilgenommen hat. Seine Reiseroute führte über Neapel, die Schweiz und Frankreich und zurück über England, ohne deutschen Boden berührt zu haben. Hingegen nutzte Schlüter die Gelegenheit seiner Teilnahme am internationalen Kongreß von 1910 in Kopenhagen zu einem Wiedersehen mit der früheren Heimat. Er traf am 12. August in Berlin ein, wo er die Parteizentrale aufsuchte und dort mit Friedrich Ebert, Wilhelm Pfannkuch und Richard Fischer zusammenkam. In Tagebuchnotizen, in denen er über seine Europareisen berichtet⁵²⁾, bemerkt er, daß Ebert als »der kommende Mann« angesehen werde. Schlüter besichtigte auch das Parteiarchiv und hatte ferner mit anderen namhaften deutschen Genossen Gespräche, so mit Joseph Bloch, dem Herausgeber der »Sozialistischen Monatshefte«, mit Hilferding, Mehring, Heinrich Cunow, den »beiden Liebknechts« sowie mit Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Luise Zietz. Am 27. August reiste er nach Kopenhagen weiter, um nach Abschluß des Kongresses am 18. September nach den USA zurückzukehren. Am 13. März 1914 kündigte er eine neue Europareise zum Sommer des Jahres an, wiederum aus Anlaß eines Kongresses der Sozialistischen Internationale⁵³⁾. Trotz den inzwischen eingetretenen politischen Verwicklungen ging er am 28. Juli, dem Tage des Zusammentritts einer außerordentlichen Sitzung des Büros der Internationale in Brüssel, aufs Schiff, das im Ärmelkanal mit den ersten Seekriegshandlungen in Berührung kam und sein Fahrtziel Rotterdam mit Verspätung anlief. Nachdem sich Schlüter vergewissert hatte, daß an ein Durchkommen nach Belgien oder Deutschland nicht zu denken war, entschied er sich für die sofortige Rückkehr nach Amerika. Über London gelangte er am 16. August nach Quebec, von wo er in 18stündiger Eisenbahnfahrt New York wieder erreichte⁵⁴⁾.

⁵²⁾ My Trip Abroad, Schlüter-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁵³⁾ Brief an Kautsky, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁵⁴⁾ My Trip Abroad, a. a. O.

Schlüter war ein Gegner der revisionistischen Richtung in der Sozialdemokratie. Mit Bernstein hatte er keinen schriftlichen Verkehr, er hielt sich in der Hauptsache an Kautsky, dessen Haltung im theoretischen Streit seine Anerkennung findet. »Was an mir lag, um das Umsichgreifen der ›Bernsteinerei‹ auf dieser Seite des Wassers zu verhindern, habe ich getan. Bis jetzt habe ich das Blatt [die New Yorker Volkszeitung] davon reingehalten, manchmal freilich nicht ohne Mühen und Kämpfe«, schreibt er an den Freund ⁵⁵⁾. Der Weltkrieg erschwert die Verbindung mit diesem und unterbricht sie schließlich ganz, der letzte Briefwechsel datiert vom Oktober 1915, während er mit anderen, weniger prominenten Partnern noch bis in das Jahr 1918 hineinreicht ⁵⁶⁾. Die vorliegende Korrespondenz läßt keinen Zweifel daran, daß Schlüter die Kriegspolitik der deutschen Parteimehrheit mißbilligt hat. Andererseits stand er der revolutionär-internationalistischen Antikriegspropaganda russischer Emigranten, deren Zentrum New York war, ablehnend gegenüber ⁵⁷⁾. Er war inzwischen Amerikaner geworden und sah die europäischen Angelegenheiten aus einer anderen Perspektive. Durch den Krieg erfuhr auch der Kreis der reichsdeutschen Mitarbeiter an der »New Yorker Volkszeitung« eine Einschränkung. In früheren Jahren hatte Schlüter auf solche Mitarbeiter großen Wert gelegt. Als Beispiel dafür kann die Jubiläumsausgabe des Blattes im Jahre 1903 anlässlich seines 25jährigen Bestehens gelten. In Faksimile wiedergegebene handschriftliche Grußworte von Bebel und Kautsky unterstreichen Schlüters und der deutsch-amerikanischen Sozialisten inniges Verhältnis zur Partei in der alten Heimat ⁵⁸⁾. Engels stand bis zu seinem Tode in regem Gedankenaustausch mit Schlüter. Der Schlüter-Nachlaß enthält 42 Briefe, die Engels an Schlüter geschrieben hat. Sorge gegenüber äußert sich Engels beifällig zu einem polemischen Artikel Schlüters gegen die Politik des New Yorker »Vorwärts«, des Organs der »Sozialistischen Arbeiterpartei« Amerikas,

⁵⁵⁾ Brief vom 13. Dezember 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁵⁶⁾ Einer dieser Partner war der linkssozialistische Schriftsteller Sepp Oerter, der in der Revolutionszeit 1918/19 in Braunschweig eine umstrittene Rolle gespielt hat.

⁵⁷⁾ Einer der bolschewistischen Emigranten war Leo Trotzki, der sich in seiner Autobiographie über die amerikanischen Sozialisten lustig macht, die in ihrer Jugend irgendeine Rolle in Europa gespielt, aber die mitgebrachten theoretischen Voraussetzungen schnell im Gedränge des Ringens um den Erfolg verloren hätten. In seiner Schilderung der Wirkungen der bolschewistischen Agitation erwähnt er auch deren scharfe Bekämpfung durch die »Mandarine des offiziellen Sozialismus«. Daß er zu diesen auch Schlüter rechnete, geht aus folgender Bemerkung hervor: »In der deutschen Föderation verlor der alte Schlüter, der Chefredakteur der ›Volkszeitung‹ und Mitkämpfer Hillquits [Mitbegründer der Sozialistischen Partei der USA] seinen Einfluß immer mehr an den jungen Redakteur Lore, der mit uns ging.« – Leo Trotzki, Mein Leben, Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, S. 264 f.

⁵⁸⁾ SPD-Archiv Bonn. – An hervorragender Stelle enthält die Ausgabe einen umfangreichen Aufsatz Schlüters über »Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in New York und ihre Presse«.

die eine sozialdemokratische Minderheitsrichtung vertrat⁵⁹⁾. Er schenkt Schlüter auch ein Exemplar des von ihm herausgegebenen dritten Bandes von Marxens »Kapital« und trägt in seinen Briefen an Sorge wiederholt Grüße an ihn auf. Ende 1888 hatte er Sorge die bevorstehende Ankunft Schlüters in Amerika angekündigt und ihn gebeten, diesem nichts davon zu sagen, daß er ihm [Sorge] die »Heilige Familie« geschenkt habe, da er zuvor sein »Reserveexemplar halb und halb« Schlüter »fürs Archiv versprochen« hätte⁶⁰⁾. Schließlich sei noch ein Brief von Engels an Kautsky vom 28. Juli 1894 zitiert, in dem beklagt wird, daß in ganz Amerika »nicht ein einziger intelligenter Korrespondent außer Sorge und Schlüter« aufzutreiben sei⁶¹⁾. Das alles zeugt von Respekt und Wertschätzung.

Nicht nur als Journalist war Schlüter produktiv und wirkungsvoll, er hat auch in der Literatur einige noch nicht verwischte Spuren hinterlassen. 1901 veröffentlichte er in New York eine Schrift unter dem Titel »Munizipale Forderungen der Sozialdemokratie oder welche Reformen erstrebt die Sozialdemokratie in den Gemeinden?«. Ihr folgte 1907 das über 200 Seiten starke Buch »Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika«, das im Dietz-Verlag, Stuttgart, aufgelegt wurde. Es umfaßt die Geschichte der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung von den 30er Jahren bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges. Die 1918 in Chicago erschienene Arbeit Schlüters »Die Internationale in Amerika«, die den Einfluß der Internationale auf die Entstehung und Entwicklung der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung zum Gegenstand hat, wurde von ihm »in gewissem Sinne« als eine Fortsetzung dieser Untersuchung angesehen. Im Auftrag des »Internationalen Verbandes der Ver. Brau-Arbeiter von Amerika« schrieb Schlüter das Buch »Brau-Industrie und Brauarbeiter-Bewegung in Amerika« (Cincinnati, 1910), das später ins Englische übersetzt wurde. Nur in englischer Sprache aufgelegt wurde seine Schrift »Lincoln, Labor and Slavery; a chapter from the social history of America« (New York 1913). Eine weitere umfangreiche sozialwissenschaftliche Arbeit Schlüters war »Die Chartisten-Bewegung, Ein Beitrag zur sozialpolitischen Geschichte Englands« (New York 1916), die aus der gleichnamigen Broschüre von 1887 entwickelt ist. 1920 übernahm der deutsche Parteiverlag einen großen Teil der Auflage und erwarb gleichzeitig auch das Verlagsrecht für die übrigen in Amerika erschienenen Schriften Schlüters.

Schlüter ist am 26. Januar 1919 an einer »durch Lungenentzündung komplizierten Grippe« in New York gestorben. Schon seit der Jahrhundertwende war er kränklich gewesen, »lungenleidend«, wie er seinerzeit Kautsky berichtete⁶²⁾. Bei einer Trauerfeier im Labor Temple, die unter riesiger Beteiligung stattfand,

⁵⁹⁾ Brief vom 12. Mai 1894, Sorge a. a. O., 411 f.

⁶⁰⁾ Brief vom 23. Februar 1889, Sorge a. a. O., S. 309 f.

⁶¹⁾ Kautsky, Fr. Engels' Briefwechsel mit Kautsky a. a. O., S. 408.

⁶²⁾ Brief vom 13. Dezember 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

haben die Führer der sozialistischen Bewegung in Amerika, unter ihnen Algeron Lee und Joseph Joos sowie Ludwig Lore als Vertreter und nachfolgender Chefredakteur der »Volkszeitung«, das Leben und die Verdienste Schlüters gewürdigt. Eigenartigerweise fand sein Ableben in Deutschland keinerlei Echo. Weder hat der »Vorwärts« seine Leser darüber informiert, noch hat die »Neue Zeit« ihrem langjährigen Mitarbeiter einen Nachruf gewidmet. Allerdings war Kautsky 1917 in der Redaktion durch Heinrich Cunow abgelöst worden. Aber auch die »Sozialistischen Monatshefte« hielten sich in diesem Falle nicht an ihre Gepflogenheit, das Ableben bekannter Persönlichkeiten aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gewissenhaft zu registrieren. Zwar fiel der Tod Schlüters in die erste turbulente Nachkriegszeit, in der die ganze Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie den deutschen Problemen galt, doch bietet auch diese außerordentliche Situation keine hinreichende Erklärung für die Unterlassung. Erst der Parteitag von 1925 in Heidelberg hat das Versäumnis nachgeholt und der Verdienste Schlüters um das Parteiarchiv gedacht. Da sein schriftlicher Nachlaß inzwischen dem Archiv zugeführt worden war, offenbar auf Grund eines Vermächtnisses, war es vielleicht nur dieser Umstand, der die verspätete Ehrung ausgelöst hat. Der Nachlaß enthält Briefe und anderes archivalisches Material. Wenige Monate vor dem ersten Weltkrieg hatte Schlüter angekündigt, daß er die an ihn gerichteten Briefe Bebels »provisorisch« dem Parteiarchiv zur Verfügung stellen wolle unter dem Vorbehalt seiner endgültigen Entscheidung »im nächsten Sommer, wenn ich nach drüben komme zum internationalen Kongreß«. Sein Zögern war darauf zurückzuführen, daß er »kein rechtes Vertrauen mehr zum Archiv« hatte⁶³). Seine Bibliothek war schon kurz nach der Jahrhundertwende – durch Verkauf – in den Besitz der Wisconsin University in Madison übergegangen, wo sie sich heute noch befindet⁶⁴).

Berlin, Katzbachstraße

Nachdem das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890 abgelaufen und nicht erneuert worden war, standen der Heimkehr der Parteiinstitutionen im Ausland keine rechtlichen und politischen Hindernisse mehr im Wege. Der »Sozialdemokrat« stellte am 27. September 1890 nach fast auf den Tag genau elfjährigem Bestehen sein Erscheinen ein, und die Funktion des offiziellen Parteiorgans ging auf das »Berliner Volksblatt« über, das mit Wirkung vom 1. Januar 1891 den Titel »Vorwärts« annahm. Auch das Parteiarchiv sollte seinen Standort fortan in der Reichshauptstadt haben, die vom ersten ordentlichen Parteitag nach den zwölf Jahren des Ausnahmezustandes zum Sitz der Parteizentrale bestimmt

⁶³) Brief an Kautsky vom 13. März 1914, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁶⁴) Die Tamiment Institute Library, New York, besitzt die Fotokopie eines aus diesem Anlaß geschriebenen und mit handschriftlichen Korrekturen Schlüters versehenen Manuskriptes, das auch eine Übersicht über die wertvollen Teile des Bestandes enthält.

worden war. Die in der Emigration angesammelten Bestände wurden mit Ausnahme gewisser handschriftlicher Materialien im Februar/März 1891 nach Berlin verfrachtet. Den Transport organisierte Motteler, dem der Rückweg nach Deutschland vorderhand versperrt blieb. Kautsky hatte London bereits verlassen und war nach Stuttgart übergesiedelt. Er hatte erst im Oktober 1889, also ein halbes Jahr nach Schlüters Ausscheiden, die Verwaltung des Archivs übernehmen können, nachdem es interimistisch wieder von Bernstein betreut worden war.

Daß die sozialdemokratische Auslandsvertretung in den Verbotsjahren eine so ansehnliche Einrichtung von bedeutendem wissenschaftlichem Wert aufgebaut hatte, scheint in heimatlichen Parteikreisen weitgehend unbekannt gewesen zu sein. Ein Antrag »zur Frage einer Parteibibliothek«, der dem Parteitag von 1890 in Halle vorlag, wäre sonst unverständlich. Er war von den Delegierten Danzigs eingebracht worden und lautete folgendermaßen: »Die Parteigenossen Danzigs nehmen den vor Erlaß des Ausnahmegesetzes gemachten Vorschlag, Gründung einer Parteibibliothek, wieder auf und beantragen, demgemäß beschließen zu wollen. Unter Parteibibliothek ist zu verstehen: In Berlin soll eine Bibliothek errichtet werden, welche nur werthvolle wissenschaftliche Werke führt, die den agitatorisch wirkenden Genossen im ganzen Reiche zur Benutzung stehen sollen, da es den meisten Genossen nicht möglich ist, größere Summen für Anschaffung solcher Bücher zu verwenden« ⁶⁵).

Hinrichsen hat der Danziger Initiative ein Verdienst um die Entwicklung des Parteiarchivs zugeschrieben ⁶⁶). Tatsächlich waren die Türen, die hier aufgestoßen werden sollten, längst geöffnet, und wenn die Parteileitung auf eine Aufklärung des Kongresses verzichtet und keine Einwände dagegen erhoben hat, daß ihr der Antrag ohne Debatte überwiesen wurde, so kann dies nur damit erklärt werden, daß die Voraussetzungen für die Überführung des Archivs nach Berlin damals noch nicht gegeben waren. Als diese dann nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten glücklich bewerkstelligt war, fehlte es an geeigneten Räumlichkeiten für die Aufstellung, so daß die Kisten mit dem Archivgut zunächst im Keller eines Hauses in der Katzbachstraße abgestellt werden mußten, das dem Parteivorstand als provisorisches Domizil diente. »Gegen zweieinhalb Jahre« lagerten sie hier »unberührt« ⁶⁷). Erst auf dem Kölner Parteitag von 1893 konnte der Parteigeschäftsführer Auer mitteilen, »daß das Archiv jetzt endlich . . . ausgepackt und im Sekretariat der Partei untergebracht sei«, ferner,

⁶⁵) Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Halle 1890, Antrag 13, S. 272.

⁶⁶) Hinrichsen, Jonny, Aus der Geschichte des Parteiarchivs. In: Volk und Zeit, illustrierte Beilage zum Vorwärts, Berlin 1920, Nr. 8.

⁶⁷) Motteler, Julius, Aufzeichnungen zur Ergänzung des Berichts über das Parteiarchiv, 6. April 1903, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

»daß im Laufe des Jahres der Katalog fertig und in der nächsten Zeit das Archiv . . . zur Verfügung gestellt sein wird«⁶⁸⁾.

Dem nächstjährigen Parteitag berichtete der Vorstand, daß das Parteiarchiv »nunmehr neben dem Bureau des Vorstandes Aufstellung gefunden« habe und daß es »in kurzer Zeit den Interessenten zugänglich gemacht werden« würde. Ein flüchtiger historischer Rückblick war mit der Feststellung verbunden, »der Eifer und der gute Wille der Parteigenossen« habe dem Archiv »neben vielem außerordentlich Werthvollem auch mancherlei Spreu zugeführt«. Hier sei »mit schonender Hand Auslese gehalten worden«. Wenn sich auch die Grenzlinie nicht immer scharf einhalten lasse, so sei doch »eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des dem Archiv Einzuverleibenden dringend geboten«. Nach diesem Grundsatz sei auch bei der Aufstellung des Archivs und der Katalogisierung verfahren worden.

Der Umfang des Katalogs wurde mit 4000 Nummern angegeben, »eingetheilt nach den verschiedenen Materien«. Der Bericht endete mit einem Appell an die Genossen, dem Archiv möglichst viele Zuwendungen zu machen, »damit es immer mehr werde, was es eigentlich sein soll, das geistige Arsenal der Partei«⁶⁹⁾.

Die »Sparte« des »Roten Feldpostmeisters«

Inzwischen hatte sich in London eine Art Zweigstelle des Berliner Parteiarchivs etabliert. Die dort verbliebenen Autographen waren in Mottelers Obhut gegeben worden, dem nach dem Tode von Engels »bis auf weiteres« auch der Marx-Engels-Nachlaß anvertraut wurde. Der einstige »Rote Feldpostmeister«, der mit der Auflösung der Londoner Parteizentrale arbeitslos geworden war, schuf sich selbst eine seinen Neigungen entsprechende und seiner Parteitradition gemäße neue Aufgabe, indem er sich über den ihm erteilten Auftrag hinaus mit Archivangelegenheiten befaßte. In seinen Aufzeichnungen spricht er von seinem Entschluß »zur Creierung einer selbständigen Archivsparte London – für das Berliner Parteiarchiv später nach meinem Ableben bestimmt – anzusammeln auf eigene Kosten . . .«⁷⁰⁾. Damit sollte der Partei, die ihm nach Abschluß seiner Tätigkeit als Liquidator der Londoner Parteigeschäfte mit Rücksicht auf die unverschuldete Verlängerung seines Zwangsexils eine kleine Rente ausgesetzt hatte, auch ein gewisser Gegendienst geleistet werden. Daß er die Archivinteressen der Partei mit denen seines privaten Unternehmens identifizierte, überrascht bei einem Manne von der Veranlagung Mottelers nicht. Seine Formulierungen lassen erkennen, daß er sich der Eigenmächtigkeit seines Entschlusses bewußt war, der eigentlich gegen Parteigrundsätze verstieß. Die Freunde in der Parteiführung waren denn auch von seiner Marotte nicht sonderlich erbaut, konnten ihr aller-

⁶⁸⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Köln 1893, S. 144.

⁶⁹⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Frankfurt a. M. 1894, S. 35.

⁷⁰⁾ 6. April 1903, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

dings eine gewisse Nützlichkeit nicht absprechen und fanden sich jedenfalls damit ab, sicher in Anbetracht der großen Parteiverdienste Mottelers, der an Anciennität sogar Bebel übertraf. Seine Heimat war die ehemalige Reichsstadt Eßlingen in Nordwürttemberg, wo er am 18. Juni 1838 als Sohn eines höheren Baubeamten zur Welt gekommen war. Nach dem frühen Tode des Vaters hatte er die Realschule mit einer kaufmännischen Lehre vertauschen müssen und war 1859 als junger Textilkaufmann nach Crimmitschau, einem Zentrum der sächsischen Tuchweberindustrie, gekommen, wo er bald Anschluß an die dortige rührige Arbeiterbewegung fand. Mit Bebel und Liebknecht gründete er 1866 die linksdemokratische »Sächsische Volkspartei«, aus der drei Jahre später die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hervorging. Er war ferner Mitbegründer des 1870 eröffneten »Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund«, der ersten sozialdemokratischen Tageszeitung. 1874 verlor er seine Existenz, als eine von ihm ins Leben gerufene und geleitete Spinnerei-Genossenschaft dem Druck einer verschworenen kapitalistischen Konkurrenz erlegen war. Die Liquidation zehrte sein Vermögen auf. Bebel ließ ihn nach Leipzig kommen und übertrug ihm die Leitung der Genossenschaftsbuchdruckerei, die das Parteiorgan »Volksstaat« und später den »Vorwärts« herstellte. Nach dem Parteiverbot war Motteler in München an der Zeitschrift »Zeitgeist« tätig, bis ihn der Ruf nach Zürich erreichte. Er wurde der Geschäftsführer des »Sozialdemokrat«, dessen illegalen Vertrieb in Deutschland er mit großem Erfolg organisierte.

Mit der Vertreibung des »Sozialdemokrat« aus der Schweiz gingen die glorreichen Tage der »Roten Feldpost« zu Ende, und damit entfiel für Motteler eine Aufgabe, die ihm Gelegenheit gegeben hatte, sein Temperament und seinen Finessenreichtum voll zur Geltung zu bringen; man kann es daher begreifen, daß ihn die Ausweisung in eine »verbitterte Stimmung« versetzt hatte, und Bebel, der um Mottelers Schwierigkeit, »sich in fremde Verhältnisse zu finden«, wußte, hatte deshalb schon vor seiner Ankunft in London bei Engels ein Wort für ihn eingelegt und um Verständnis für seine charakterlichen und physischen Eigentümlichkeiten geworben. Er hatte Engels gebeten, sich »speziell unseres »roten Postmeisters« anzunehmen und diesem ein Quartier in seinem Hause einzuräumen, um ihm die Gewöhnung an die neue Umwelt zu erleichtern. »Unkundig der Sprache und im Essen und Trinken eine eigenartige Natur, würde er in fremder Umgebung bis zur Ankunft seiner Frau halb kaputtgehen«⁷¹⁾. Einen Teil der Schwierigkeiten Mottelers hat Bebel dem »nicht günstigen« Einfluß, »den seine Frau auf ihn ausübt«, zugeschrieben. Diese habe »neben sehr guten Seiten ihre sehr schlimmen, so daß derjenige sehr schwer mit ihr auskommt, der sie nicht näher kennt oder sie nicht zu nehmen weiß«⁷²⁾.

⁷¹⁾ Brief vom 2. Mai 1888, August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 327.

⁷²⁾ Brief vom 12. Mai 1888, August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 330 f. — Emilie, geb. Schwarz, war Mottelers zweite Frau, sie stammte ebenfalls aus Eßlingen. In erster Ehe war Motteler mit Emilie Kyber aus Trimmitschau verheiratet, von der er sich 1878 scheiden ließ.

Engels, der schon Bernstein zu sich eingeladen hatte, war von Bebels Wunsch, auch Motteler aufzunehmen, offenbar wenig erbaut und muß dies Bebel postwendend zu verstehen gegeben haben, der sich daraufhin schleunigst bei ihm entschuldigt: »Hätte ich eine Ahnung gehabt von den Molesten, welche Dir jetzt die Aufnahme eines Besuches wie M[otteler] bereitete, hätte ich Dir selbstverständlich die Zumutung nicht gemacht . . . Wie nun einmal die Sachen bei Dir liegen, wünsche ich auch nicht, daß M[otteler] bei Dir logiert«⁷³⁾.

Es ist anzunehmen, daß Engels schon von anderer Seite über die Eigenheiten Mottelers und die Schwierigkeiten eines freundschaftlichen Umgangs mit ihm unterrichtet worden war. Seine betonte Reserve sah er denn auch bald durch eigene Erfahrung gerechtfertigt. Hatte Motteler schon die Vertreibung aus der Schweiz als eine persönliche Katastrophe empfunden, so sah er sich durch den völligen Verlust seiner bisherigen Position, der sich aus der Liquidation der Londoner Parteiunternehmungen im Herbst 1889 zwangsläufig ergab, noch ungleich schwerer getroffen. Zwar nahmen die Abwicklungsformalitäten ihn über den Einstellungstermin hinaus noch für einige Zeit in Anspruch, doch war das Ende seiner Tätigkeit abzusehen. Da die Vorstellung einer formellen Entlassung mit seinem Stolz unvereinbar war, wollte er der Kündigung dadurch zuvorkommen, daß er freiwillig zurücktrat oder wenigstens den Eindruck eines solchen Schrittes zu erwecken versuchte. In seinem Nachlaß befindet sich der Entwurf eines für die Freunde in der Parteileitung bestimmten umfangreichen Schreibens, in dem er sie davon in Kenntnis setzt, daß er »seinen Abgang mit Ende März 1890 beschlossen habe« und daß er seine »vor zehn Jahren erhaltenen Vertrauensvollmachten in die Hände der Geber wieder zurücklegen« wolle. Den Entschluß begründet er mit dem Hinweis, daß zwischen ihm und seinen »einstigen Mandataren . . . seit Jahren jene geschäftsgrundsätzliche Übereinstimmung fehlt, die allein ein klares Bemessen der Aufgaben und Leistungen und ein beiderseitiges befriedigendes Weiterarbeiten möglich macht«. Im einzelnen bemängelt Motteler ein Abgehen von den »Grundsätzen der Selbstverleugnung und Sparsamkeit«. Auch empfindet er es als Ungerechtigkeit, daß seine Mitarbeiter trotz ungleich gelegener Aufgaben und wesentlich geringerer Arbeitszeit die gleiche Bezahlung erhalten wie er und daß sie zum Nachteil ihrer »festbezahlten beruflichen Arbeit« auf Nebenerwerb ausgehen können. »Drei Leute von so verschiedener Lebens- und Bedürfnisauffassung wie wir durch ein theoretisch gleichmäßiges Gehaltsfixum sozusagen zeitlebens ökonomisch voneinander abhängig zu machen, ist ein sehr unnatürliches und gefährliches Experiment«, schreibt er dann. Vermutlich sind mit den »drei Leuten« er selbst, Bernstein und der Druckereileiter Tauscher gemeint, da ja Schlüter bereits ein halbes Jahr zuvor nach Amerika verzogen war. Den Abgang Schlüters rechnet sich Motteler übrigens als persönliches Verdienst an: »Dem weiland

⁷³⁾ Ebenda.

Archivariats-Humbug (Kautsky ist soeben am Ausmisten des archivarisches Schlüterschen Schweinestalls, den Ky. staunend zugibt) und den entsprechenden Privilegien des korrupten Ex-Archivars habe ich glücklich ein Ende gemacht.« Den Vorwurf der Freunde, die wohlweislich in ihm den eigentlichen Störenfried sahen, pariert er mit einem Gegenhieb: »Das Odium der Unverträglichkeit hat man mir collegialiter gelassen und *sich* den besseren Ruf bewahrt. Den Haß wegen Bekämpfung der Züricher Bummel- und Hurenwirtschaft Schlüters hat man mir gleichfalls collegialiter überlassen, *da* war *ich* kompetent; dem Lumpen Auge in Auge zu sagen, was rechtens war, hat mir in Zürich und London niemand vorgegriffen.« Abschließend erklärt Motteler, »bitter enttäuscht« zu sein, »nicht von unseren Idealen und Grundsätzen sondern von manchem Dutzend von denen, die sie wohl auf der Zunge – stimmungsreich, ehrliebend, auch im Kopfe – nimmermehr aber im Blute tragen«. Er selbst werde einen anderen Weg beschreiten, »treu unserer Sache wie bisher – für sie weiterkämpfend«. Emphatisch-theatralisch ruft er aus: »Fort von der Stätte der Enttäuschung, der Demüthigung, der Knechtung, um des Friedens willen, fort aus dem Umkreis ehrgeiziger, selbstisch-kindischer oder eingebildeter Autorität, aus dem Gesichtskreis einer Suffisance, die um die Gunst der Massen eifert, deren Wesen sie nicht theilt!«

Wie schon erwähnt, handelt es sich nur um einen Entwurf, Motteler hat den Brief zweifellos nicht abgeschickt, doch gibt es Anhaltspunkte dafür, daß er ihn im Kreis von Freunden zirkulieren ließ, die ihm von der Weitergabe abgeraten haben dürften. Dem Schriftstück, das elf Aktenbogen umfaßt, ist übrigens ein Zettel mit tagebuchähnlichen Eintragungen beigegeben, auf dem Motteler u. a. folgendes notiert hat: »17. und 18. 5. 86: Schlüter kam um Gehaltserhöhung von 25 Fr. per Monat ein. Angeblicher Grund: Krankheit seiner Frau. Wirkliche Gründe: Schlüters Mätressenwirtschaft im Geschäft. (Schlüter sandte seine Mätresse Biehler 6 Wochen ins Bad.)«⁷⁴⁾.

Nach der endgültigen Auflösung der Londoner Parteibüros geriet Motteler in eine zunehmende Isolierung, da er – im Unterschied zu Bernstein, der eine fruchtbare schriftstellerische und journalistische Tätigkeit entfaltete – nichts Rechtes mehr mit sich anzufangen wußte. Seine Passion für das Archiv wurde jedenfalls nicht als nutzbringende Arbeit angesehen, im politischen Freundeskreis galt er als Müßiggänger. Deutlich geht dies aus einem Brief hervor, den Engels 1892 an Bebel geschrieben hat. Es heißt darin u. a.: »Ich mische mich in Julius' Angelegenheiten sicher nicht, wenn ich nicht absolut *muß*. Bei der absichtlichen Isolierung der beiden Leute [Motteler und Frau Emilie] von uns allen bleibt mir nichts anderes übrig. Die Tante⁷⁵⁾ verlangt Besuch gegen Besuch, formelle Spießeretiquette, und derlei ist unter uns kommunistischen bohémiens

⁷⁴⁾ Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁷⁵⁾ Spitzname für Emilie Motteler.

erstens absolut nicht Mode und zweitens absolut unmöglich.« Diese »soziale Tretmühle«, fährt Engels fort, sei nur für Leute zulässig, die an Zeitüberfluß litten. Wer arbeiten wolle, könne sich auf derlei nicht einlassen ⁷⁶⁾. Bei der Feier von Engels' 72. Geburtstag, der die Freunde am 28. November 1892 in seinem gastlichen Haus zu froher Geselligkeit vereinte, fehlte Motteler aber nicht. Er »war äußerst aufgelegt, sang verschiedene Lieder und erzählte lustige Geschichten, obwohl er nach seiner hartnäckigen Gewohnheit nur Wasser und Kaffee kneipte«, wie Engels am nächsten Tage an Julie Bebel berichtete ⁷⁷⁾. Das Bild eines herrschsüchtigen und querulanten Charakters, das uns aus manchen Zeugnissen entgegentritt, wird Motteler sicher nicht ganz gerecht. Querköpfigkeit und Intoleranz verdecken nicht den gutmütigen Grundzug seines Wesens. In seinem Haß gegen Schlüter wirkt er eher komisch als abstoßend auf uns. Er war ein Kauz und überdies eine Künstlernatur, bedürftig, auch seinen Aversionen künstlerischen Ausdruck zu verleihen. Sein Stil, konstruiert und schwülstig-überladen, ist dennoch bestechend, weil voller Ausdruckskraft und aus einem soliden Fundus überdurchschnittlichen Wissens schöpfend. Bebel hielt ihn für einen »genialisch angelegten« Menschen, er rühmt ihm in seinem Memoirenbuch »Energie« und »unermüdlige Arbeitskraft« nach und nennt ihn »im höchsten Grad opferwillig, gewissenhaft und zuverlässig« ⁷⁸⁾. Das letztere lesen wir freilich nicht ohne Skepsis, und geradezu eine Überraschung bereitet uns die Eloge, die Kautsky in seiner nachgelassenen Selbstbiographie auf Motteler anstimmt: »Ein anregendes und liebenswürdiges Original«, heißt es da, »sehr hilfsbereit«, und an Hilfsbereitschaft noch übertroffen durch seine Frau . . . Er »überragte . . . uns alle an Erfahrung, doch erzeugte das in ihm nicht Überheblichkeit. Er blieb stets der einfache Soldat, der nie nach einer leitenden Stelle verlangte, stets aber den Posten, den man ihm zuwies, ganz ausfüllte, voll Hingabe und Redlichkeit« ⁷⁹⁾.

Mit dem Ende seiner Verbannungszeit im Jahre 1901 war die originelle und in der historischen Sicht jedenfalls nicht unwesentliche Rolle Mottelers in der Archivgeschichte noch keineswegs ausgespielt. An seinen früheren Wohnsitz Leipzig zurückgekehrt, nahm er die Vertretung der Archivinteressen von dort aus wahr. Nach seiner Amnestierung hatte ihm der Parteivorstand eine Art Ehrensold von fünfhundert Mark jährlich zugesagt. »Ich akzeptierte unter der Erklärung und dem Entschluß, meine archivarisches und parteiagitorische Tätigkeit bis an mein Lebensende fortzusetzen in der Absicht, vollen Arbeitsersatz dafür zu leisten« ⁸⁰⁾. Diesem Vorsatz – wenigstens was den ersten Teil

⁷⁶⁾ 2. Februar, August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 501.

⁷⁷⁾ 29. November 1892, August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 627.

⁷⁸⁾ Bebel, Aus meinem Leben, 3. Bd., S. 92 f.

⁷⁹⁾ Kautsky, Karl, Erinnerungen und Erörterungen, herausgegeben von Benedikt Kautsky, s'Gravenhage 1960, S. 353, 442.

⁸⁰⁾ Motteler, Aufzeichnungen vom 6. April 1903, a. a. O.

angeht – ist Motteler auch nach seiner Wiederwahl in den Reichstag im Jahre 1903 treu geblieben und hat sich durch keinerlei Widerstände davon abbringen lassen. Sein umfangreicher Schriftwechsel mit Kautsky spiegelt das wider, denn er dreht sich in der Hauptsache um das Archiv. Viele Stunden, vielleicht halbe Nächte, dürfte er damit zugebracht haben, seine Gedanken und Ansichten in seiner unverwechselbaren, oft nicht leicht zu entziffernden Handschrift zu Papier zu bringen. Von allen seinen Briefen behielt er Abschriften oder Kopien auf dünnem Seidenpapier. In seiner Selbstherrlichkeit ist er dem Parteivorstand mitunter zu weit gegangen, beispielsweise als es um den Ankauf nachgelassener Dokumente und Bücher von Hermann Jung, einstigem Mitkämpfer von Marx und Engels aus der Zeit der Ersten Internationale, ging. Am 6. September 1901, bald nach Mottelers Rücksiedlung, berichtete ihm Dr. Max Bach aus London vom Ableben Jungs und von der Gelegenheit zur Erwerbung seines schriftlichen Nachlasses. Ein gutes Gespür für solche Gelegenheiten muß dem Gewährsmann eigen gewesen sein, wie sich seinem Schreiben entnehmen läßt. »Vorgestern«, so heißt es darin, »wurde in London Hermann Jung ermordet. Ich sprach heute bei der Witwe vor und fand meine Vermutung bestätigt. Es ist der Uhrmacher Jung, der Freund von Marx und Engels, der so traurig geendet . . . Die Witwe, eine Engländerin, erzählte, Jung habe eine reichhaltige Bibliothek und Korrespondenz hinterlassen. Ich sagte sofort, die Partei werde ein Kaufgeschäft abschließen, und machte mich anheischig, eine Liste anzufertigen«⁸¹⁾. Motteler muß ohne weiteres einverstanden gewesen sein und Bach zum Ankauf der Jung-Dokumente ermächtigt haben. Bebel, der davon erfahren hatte, legte Motteler nahe, »den Jung'schen Nachlaß nicht ohne Zustimmung des Parteivorstandes zu kaufen«. Die Erlaubnis einzuholen, hielt der »Rote Postmeister« jedoch für überflüssig und unverträglich mit seiner Würde. Bebel »war der irrigen Ansicht«, so konterte er, »daß ich das mit Parteigeldern wollte, was ich am 12. 11. sehr eingehend richtigstellen konnte als eine Voraussetzung mir schier unfasslicher Art betr. meine Sammlerarbeit überhaupt«⁸²⁾. Er beläßt es bei seinen Dispositionen, und Ende Dezember 1901 kann ihm Bach mitteilen, daß er mit Frau Jung »auf der Grundlage von 10 Pfund« übereingekommen sei. Singer und Auer äußerten ihre Verwunderung darüber, daß Motteler nicht zuvor die Zustimmung des Parteivorstandes eingeholt habe, »da es sich doch um Parteigelder handele«. Das Monitum zwingt Motteler, sein Verhalten zu rechtfertigen, was ihm indessen nicht ganz gelingt. »Der Irrtum ist aufgeklärt«, behauptet er, »aber in Nazis [Ignaz Auers] Wurschtigkeit scheint so ein kleiner Nachklang durchzuzittern, denn unsere diplomatische Bürokratenschule ist eben mitunter noch etwas neu in alten Dingen«⁸³⁾.

⁸¹⁾ Motteler an Kautsky, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁸²⁾ Motteler an Kautsky, 25. November 1901, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁸³⁾ Brief an Kautsky, 25. Dezember 1901, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

Die Zusammenarbeit Mottelers mit seinem Londoner Agenten war übrigens nicht von langer Dauer, denn kurze Zeit später führte Motteler Beschwerde darüber, daß Bach in einer Publikation »Beiträge zur Geschichte der Internationale«, die in Kautskys »Neuer Zeit« erschienen war, den Jung-Nachlaß unerlaubterweise benutzt habe. Er nannte dieses Verfahren einen »unerhörten Treubruch« und gab der Befürchtung Ausdruck, daß es »dem Meisterstenographen beigegeben sein könnte, vom gesamten katalogisierten Material wörtliche Abschriften zu nehmen« und damit die Partei zu schädigen, »in deren Interesse ich ihn als Vollmachtsträger zum Kauf ausgestattet und instruiert hatte«. Motteler empfahl in diesem Zusammenhang der Partei, Abschriften von Originalbriefen verlagsrechtlich schützen zu lassen, um eine mißbräuchliche Verwendung auszuschließen⁸⁴⁾.

Bach hatte für die Durchsicht der Jung-Papiere, »die incl. Blechkoffer 52 Kilo wogen«, von Motteler ein Honorar von 200 Mark verlangt, »genau so viel, als für die Sache selbst bezahlt werden mußte«. So liest man es in einem Brief, den der mit Motteler befreundete Konrad Rüll aus Leipzig am 12. Januar 1902 an Bebel geschrieben hat. Unter Bezugnahme auf den Ärger mit Bach setzt sich Rüll für eine feste Anstellung Mottelers ein, der, wie er schreibt, »wegen seiner ungeklärten Situation gegenüber der Partei in ständiger Aufregung lebt und sich in Selbstverbitterung verzehrt«. Auch »seine liebe Frau« leide offenbar sehr darunter, wenigstens sehe er sie sehr oft mit verweinten Augen. Wenn das so weitergehe, halte er, Rüll, »eine Katastrophe nicht für ausgeschlossen«⁸⁵⁾.

Motteler war also mit seinem Status als Parteiarchivar ohne Auftrag unzufrieden und wünschte sein Privatunternehmen in eine Parteiinstitution umgewandelt zu sehen. Zum Teil scheint dieses Begehren auch von wirtschaftlichen Gründen bestimmt gewesen zu sein, denn Rüll weist darauf hin, daß Motteler seine Schwester unterstützen müsse. Obwohl sich der Briefschreiber Mühe gibt, Bebel davon zu überzeugen, daß er diesen Schritt ohne Wissen des Freundes unternehme, der, wie er betont, auch nichts davon erfahren dürfe, hat man den Eindruck, daß er mit seinem Vorstoß den Erwartungen Mottelers entsprach.

Ein Antwortschreiben Bebels liegt nicht vor, und es ist auch nicht anzunehmen, daß der Parteivorstand den Vorschlag ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Er kam jedoch Motteler auf anderem Wege entgegen, indem er ihm bei den Reichstagswahlen von 1903 zu einer aussichtsreichen Kandidatur im Leipziger städtischen Wahlkreis verhalf. Motteler hatte auch Erfolg, in der Stichwahl nahm er dem bisherigen nationalliberalen Vertreter das Mandat ab. Er war kein Neuling in der Volksvertretung, denn er hatte ihr schon vor dem Sozialistengesetz als Vertreter des Wahlkreises Crimmitschau-Zwickau angehört, den er 1874 für die »Eisenacher« erobert hatte. In dieser ersten Periode seines parlamentarischen

⁸⁴⁾ Motteler an Kautsky, 24. Februar 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁸⁵⁾ Bebel-Nachlaß, IISG Amsterdam.

Wirkens hatte er in wehr- und sozialpolitischen Debatten den sozialdemokratischen Standpunkt verfochten und sogar mit Moltke die Klingen gekreuzt. Dagegen hat er im Reichstag der XI. Session keine vordergründige Rolle gespielt, obwohl es ihm an oratorischer Begabung nicht gefehlt hat. Nach Bebels Zeugnis war er »ein guter Redner, der die Hörer zu glänzenden Bildern hinzureißen wußte«, überdies aber ein Dauerredner, der kein Ende fand⁸⁶). Seine Kurzbiographie im Reichstagshandbuch von 1903 enthält den trotzigen Vermerk: »Seit 1893 Parteiarchiv«⁸⁷).

»Generals« Koffer

Mottelers Rückkehr nach Deutschland hatte auch Veranlassung gegeben, den Marx-Engels-Nachlaß, der sich in London größtenteils in seiner Obhut befunden hatte, nach Berlin zu überführen und in das Parteiarchiv einzubringen. Marx hatte Engels seinen gesamten schriftlichen Besitz vererbt und ihm die Herausgabe und wissenschaftliche Auswertung übertragen. In den zwölf Jahren, um die ihn der Freund überlebte, hatte dieser einen Teil der hinterlassenen Manuskripte veröffentlicht, doch hinderte ihn Augenschwäche, zu der in den letzten Lebensjahren noch ein unheilbares Halsleiden hinzukam, an der Vollendung des begonnenen Werks. Um die Fortsetzung seiner Arbeit sicherzustellen, hatte er aber zeitig Vorsorge getroffen, sie in die Hände von Schülern und Freunden

⁸⁶) An Engels schrieb Bebel am 27. Januar 1892: »Da M[otteler] jetzt Zeit hat, kann er . . . öfter im Verein [Communistischer-Arbeiter-Bildungsverein, London] verkehren, was zugleich ein probates Mittel gegen seine Misanthropie ist. Er wird auch noch fertigbringen, ab und zu einen Vortrag zu halten. Aber wirkst Du in dieser Richtung auf ihn, dann empfehle ihm auch, daß er ihn nicht über anderthalb Stunden ausdehnt. Als er noch hier in Deutschland war, tat er es nie unter drei bis vier Stunden. Das ist zuviel des Guten.« (August Bebels Briefwechsel, a. a. O., S. 497.) Engels zeigte freilich keine Neigung, in diesem Sinne auf Motteler einzuwirken. »Mein Rat an Julius wegen Redekürzung würde genau dieselbe Wirkung haben, wie der Eurige an L[ie]b[ck]n[echt], keine indiskreten Briefe zu schreiben.« – An Bebel, 2. Februar 1892, a. a. O., S. 501.

⁸⁷) Soweit sich übersehen ließ, wurde Mottelers archivarische Tätigkeit nach seinem Tode am 29. September 1908 nur in einem Nekrolog von M. G. (Max Grunwald) gewürdigt. Nachdem der Verfasser erwähnt hat, Motteler habe sowohl im Londoner Exil, wie in Leipzig »bis zum letzten arbeitsfähigen Augenblick« seine besondere Mühe darauf verwandt, alles, was auf die Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Bezug hatte, zu sammeln und zu ordnen, fährt er fort: »Diese archivalischen Arbeiten wurden ihm freilich oft so sehr Selbstzweck, machten ihm an sich so viel rein ästhetische Freude, daß sich vieles in seinen überreichen Sammlungen befindet, dessen wirklicher historischer Wert in keinem Verhältnis zu den Opfern steht, mit denen er es erwarb. Aber für ihn mußte auch das vielleicht recht unwesentliche Stück einen so großen Wert behalten, weil er jedes Stückchen einzeln bearbeitet, mit Randglossen und wohl auch schönen Randzeichnungen versah, wo es dem Inhalt entsprach, so daß schließlich jedes kleinste Stücklein ein Teil seines Selbst wurde. Er hat seinen Sammlungen Jahrzehnte hindurch seine Nächte geopfert, und auch seine beste letzte Kraft steckt in dem, was er der Partei hinterlassen hat.« – Die Neue Zeit, 26. Jg., Bd. 1, S. 1 ff. – Über Max Grunwald S. 48 ff.

legen zu können, denen er das Vertrauen entgegenbrachte, daß sie das geistige Erbe der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus getreulich verwalten und der Nachwelt überliefern würden. Schon 1889 hatte er Bernstein und Kautsky von seiner Absicht unterrichtet, ihnen Marxens »Hieroglyphenschrift« einpauken zu wollen, damit die Manuskripte »wenigstens für zwei Leute nicht länger ein Buch mit sieben Siegeln« sein würden⁸⁸⁾. Die schriftliche Mitteilung an Kautsky schien keinen Zweifel daran zu lassen, daß dieser einer der beiden Auserwählten war, weshalb es für ihn eine Überraschung und Enttäuschung bedeutete, nach dem Tode von Engels erfahren zu müssen, daß er im Testament übergangen worden war. Den Grund der Sinnesänderung des Erblassers glaubte er in »persönlichen Vorkommnissen oder Einwirkungen« suchen zu müssen⁸⁹⁾. Kautsky hatte sich 1888 von seiner Frau Louise, geborene Strasser, scheiden lassen, und Engels, der Louise sehr schätzte, hatte diesen Schritt mißbilligt. Vergebens hatte er Kautsky vor dem »dümmsten Streich« seines Lebens⁹⁰⁾ gewarnt, den er ihm nach Kautskys Überzeugung denn auch niemals verziehen hat, wenngleich der freundschaftliche Verkehr gewahrt blieb⁹¹⁾.

⁸⁸⁾ Brief an Kautsky, 28. Januar 1889, Fr. Engels' Briefwechsel mit K. Kautsky, a. a. O., S. 227 f.

⁸⁹⁾ Ebenda, S. 447 und 450.

⁹⁰⁾ Ebenda, S. 223.

⁹¹⁾ Engels' Mißbilligung von Kautskys Verhalten könnte den Anschein einer Befangenheit in den Anschauungen bürgerlicher Gesellschaftsmoral erwecken. Seine Stellungnahme zum Ehekonflikt Schlüters bestätigt jedoch diesen Eindruck nicht. Schlüters Frau Anna, geb. Müller, die 1889 mit ihrem Mann nach Amerika ausgewandert war, hatte sich 1892 von ihm getrennt und war in ihre Heimatstadt Dresden zurückgekehrt. Sie begehrte die Ehescheidung und bat Bebel, ihr dabei zu helfen. Dieser stellte fest, daß sie nach amerikanischem Recht nicht genügend Grund zur Klage habe, weshalb eine Trennung nur dadurch zu erreichen sei, daß Schlüter selbst eine Klage gegen seine Frau wegen böswilligen Verlassens anstrengt. Er appellierte an Schlüter, seiner Frau den Gefallen zu tun, da sie unter keinen Umständen zu ihm zurückkehren wolle, »die Trennung also faktisch vorhanden ist«. Engels, von Bebel über den Sachverhalt informiert, äußert sich in seinem Antwortbrief dazu wie folgt: »Wenn Schlüter gescheit ist, so tut er sich selbst und seiner Frau den Gefallen und läßt die Scheidung einleiten. Ein solcher Prozeß gegen eine abwesende Frau wegen böswilliger Verlassung hat für beide Teile wenig unangenehme Seiten, und die volle Freiheit muß ihm selbst doch auch erwünscht sein. Allerdings pflegte er sich auch sonst die Freiheit zu nehmen, wo er nur konnte. Im übrigen ist es immer erfreulich zu hören, daß eine Frau, die man kennt, sich zur Selbständigkeit aufrafft. Ihr Entschluß, sich endgültig von ihrem Hermann zu trennen, mag ihr sehr lange Kämpfe gegen sich selbst gekostet und damit ihren Charakter früher als unentschlossen haben erscheinen lassen. Was für eine Verschwendung von Energie doch die bürgerliche Ehe ist – erst bis man so weit ist, dann so lange der Kram dauert, und dann bis man sie wieder los ist.« – Bebel an Engels, 10. Oktober 1893, Engels an Bebel, 12. Oktober 1893, August Bebels Briefwechsel usw., s. o. S. S. 712 f., 719.

Ob die Ausschließung Kautskys von der Edition der Engels-Manuskripte tatsächlich auf dieser privaten Affäre beruhte, ist nicht beweisbar, doch spricht einiges für die Annahme, nicht zuletzt die Tatsache, daß Engels die geschiedene Frau als seine Haushälterin und Sekretärin zu sich nahm, die ihn auf allen seinen Reisen begleitete und die er bis zum Ende seines Lebens um sich behielt, auch nachdem sie 1894 im Einvernehmen mit ihm seinen Hausarzt, den aus Wien stammenden Dr. Ludwig Freyberger, geheiratet hatte. Engels hinterließ ihr seinen Hausrat und den achten Teil seines Barvermögens, das auf rund 30000 Pfund Sterling, damals etwa 600 000 Mark, geschätzt wurde. Im übrigen bestimmte er in seinem am 29. Juli 1893 erlassenen Testament, beziehungsweise in einem Kodizill vom 26. Juli 1895, daß die handschriftlichen Manuskripte von Marx, ausgenommen Marxens Briefe an Engels, an Eleanor, genannt Tussy, die jüngste Tochter von Marx, fallen sollten, alle anderen in seinem Besitz befindlichen Manuskripte und Briefe jedoch an Bebel und Bernstein, ausgenommen die Briefe seiner Verwandten in Barmen und Engelskirchen, ferner die von Eleanor und ihrem Gatten Edward Aveling, von Marxens zweiter Tochter Laura und deren Gatten Paul Lafargue, von Louise und Ludwig Freyberger sowie von Percy Rosher und Frau ⁹²⁾ an ihn gerichteten Briefe, die den Schreibern zurückgegeben werden sollten. Bebel und Singer erbten als Vorsitzende der Partei die bedeutende Engels'sche Bibliothek und eine Summe von tausend Pfund ⁹³⁾.

Bernstein, der ein rundes Vierteljahrhundert später ⁹⁴⁾ aus einem aktuellen Anlaß das Testament im Wortlaut veröffentlicht und über das Schicksal des Vermächtnisses berichtet hat, erwähnte dabei auch, daß Bebel, Liebknecht und Singer, die auf die Nachricht von Engels' Ableben nach London geeilt waren, nach der Trauerfeier darüber beratschlagten, was mit dem Nachlaß geschehen sollte. Über das Ergebnis dieser Beratungen erfahren wir aber nur, daß die Engels-Manuskripte »zusammen mit Sachen von Marx« in eine Kiste verpackt worden seien, deren Überwachung zunächst Bebel übernommen habe. Dieser Bericht bedarf der Ergänzung, denn ohne Zweifel war in der Übereinkunft zwischen den Parteiführern auch vorgesehen, daß der Nachlaß zunächst in London bleiben und hier der Aufsicht Mottelers unterstehen sollte.

Mit dem Entschluß Mottelers, seinen Wohnsitz in London aufzugeben und vom wiedererlangten Recht zur Heimkehr nach Deutschland Gebrauch zu machen,

⁹²⁾ Ellen Rosher war eine Nichte von Engels.

⁹³⁾ Die 1000 Pfund waren der letztwilligen Verfügung zufolge »zu Wahlzwecken« bestimmt, weil dies nach englischem Recht die einzig mögliche Form des Legats war. Engels, der am 14. November 1894 Bebel und Singer über diese Rechtslage informiert, fügt hinzu: »Sorgt also vor allem, daß Ihr das Geld bekommt, und wenn Ihr's habt, daß es nicht den Preußen in die Finger fällt. Und wenn Ihr über diese Punkte Beschluß faßt, so trinkt eine Flasche guten Wein dazu, solches tut zu meinem Gedächtnis.« – August Bebels Briefwechsel mit Engels, a. a. O., S. 783.

⁹⁴⁾ Bernstein, Friedrich Engels Testament usw., Vorwärts, 18. und 20. 9. 1929.

stellte sich automatisch auch die Frage einer anderweitigen Unterbringung des kostbaren Schatzes. Das Berliner Parteiarchiv schien Bebel kein sicherer Hort zu sein, er hatte im Sinn, die Dokumente nach Stuttgart zu dirigieren und in die Obhut des Dietz-Verlages zu geben. Seine Bedenken gegen Berlin wurden von Motteler geteilt, der seinerseits vorschlug, die Papiere nach Zürich zu bringen und sie mit dem Teil des Nachlasses zu vereinigen, den er am 1. Juli 1897 auf Wunsch Bebels nach Küßnacht gesandt hatte »zur Geschichtsschreibung von 63 an aufwärts«⁹⁵⁾.

Naheliegender wäre die Vermutung, es habe sich vor allem darum gehandelt, den Nachlaß außerhalb der Reichweite der preußischen Behörden zu stationieren, um ihn vor einem möglichen Zugriff zu sichern. Jedoch wurden die Überlegungen zumindest vordergründig von parteiinternen Gesichtspunkten bestimmt. Damals befand man sich mitten im großen Theorienstreit, ausgelöst durch Eduard Bernstein, der bald nach dem Tode von Engels damit begonnen hatte, die Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus einer kritischen Prüfung zu unterziehen und dabei zu Erkenntnissen und Schlußfolgerungen gelangt war, die die bisherigen geistigen Grundlagen der Arbeiterbewegung in Frage zu stellen schienen. Nun sollte verhindert werden, daß sich Bernstein der Marx-Engels-Dokumente bemächtigte und ihnen eine Deutung im Sinne der revisionistischen Bestrebungen gab. Motteler spricht es in seinen Briefen an Kautsky deutlich aus. Auf dem vertrauten Umweg über den Freund versucht er dem Parteivorstand den Rücken zu steifen: »Bebel und Singer sind doch wohl Manns genug, dem Ede die Zähne zu zeigen, wenn er Wippchen macht, gegen den unbestreitbaren Willen der Erblasser den Anspruch zu erheben, beide versudeln zu dürfen und den Erben ihres geistigen Nachlasses in die Suppe zu spucken.« Was in seiner, Mottelers, Macht stehe, dem Ketzer den Zutritt zu den Dokumenten zu verwehren, werde geschehen: »Die Kisten reisen dahin, wo ich wie bisher für sie hafte, so daß ich sie persönlich den rechtmäßigen Erben ausfolgen kann«⁹⁶⁾.

Motteler hätte eigentlich auf Grund seiner langjährigen nahen Bekanntschaft mit Bernstein wissen müssen, daß dieser seiner ganzen Veranlagung nach gar nicht die Rücksichtslosigkeit aufbringen würde, gegen den Willen Bebels und der Parteileitung sein Mitverfügungsrecht geltend zu machen. Daß es auch Bebel nicht gewußt haben soll, kann man sich freilich nicht vorstellen. Aber jedenfalls befürchtete dieser Schwierigkeiten und hielt Vorsichtsmaßnahmen für geboten. »Ich ärgere mich jetzt grimmig, daß ich meine Einwilligung zur Ausgabe des Nachlasses in seine [Bernsteins] Hände gab, denn unter den kommenden Verhältnissen ist auch Mißbrauch nicht ausgeschlossen«, schreibt er am 26. November 1898 an Motteler. Weiter droht er damit, daß er seine Zustimmung zurückziehen werde, falls in einer neuen, bereits angekündigten Publikation Bern-

⁹⁵⁾ Motteler an Kautsky, 12. Mai 1901, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

⁹⁶⁾ Motteler an Kautsky, 19. Mai 1901, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

steins [bei der es sich um die grundlegende revisionistische Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« gehandelt haben dürfte] »auch Marx und Engels wieder hart mitgenommen werden sollten«. Er sei sich jedoch klar, so fügt Bebel hinzu, daß daraus ein Konflikt zwischen ihm und Bernstein entstehen werde. Ein Schiedsgericht werde dann entscheiden müssen⁹⁷⁾.

Vermutlich zog Bebel Stuttgart als einstweiligen Unterbringungsort für die Dokumente vor, weil dort der Bernstein-Rivale Kautsky saß, der das Werk von Marx und Engels buchstabengetreu interpretierte und den Eklektizismus Bernsteins verwarf. Doch Kautsky scheint daran nicht sonderlich interessiert gewesen zu sein. Ihm standen die wichtigsten Quellen, nämlich die Marxschen Manuskripte, ohnehin offen. Die Marx-Töchter hatten seine Ausschließung von der Herausgabe des Engels-Nachlasses mißbilligt und ihm dafür die Herausgabe der Marxschen Schriften anvertraut, lediglich ausgenommen die bereits gedruckten, in englischer Sprache erschienenen Artikel von Marx, deren Herausgabe sich Eleanor Marx-Aveling selbst vorbehalten hatte⁹⁸⁾. Die Entscheidung über die Deponierung des Engels-Nachlasses dürfte aber bei Johann Heinrich Wilhelm Dietz gelegen haben, der jedenfalls von Stuttgart abgeraten und Berlin für die bessere Lösung gehalten hatte. Bebels Vermutung zufolge befürchtete Dietz, »Ede könnte ihn berennen«, und habe »daher den Stuttgarter Verlag von dieser Seite her reinhalten wollen«⁹⁹⁾.

So kamen denn die Kisten doch ins Parteiarchiv, wenn auch auf dem Umwege über Leipzig. Der Abtransport aus London ist wohl in der Weise vor sich gegangen, wie es Bebel gewünscht hatte und wie es von Motteler in einem Brief an Kautsky vom 12. Mai 1901 angekündigt worden war: »... sie mit unserem Hausrat ins Depot geben zu später direktem Transit im internationalen Packwagen nach unter gemeindebehördlicher Diskretion hier erfolgter Revision des

⁹⁷⁾ Fotokopie im SPD-Archiv, Bonn.

⁹⁸⁾ So wenigstens wird es von Kautsky im XVI. Kapitel »Engels' Nachlaß« seines 1935 erschienenen Buches »Aus der Frühzeit des Marxismus« berichtet. Diese Version deckt sich nicht vollinhaltlich mit der Darstellung, die er im Jahre 1905 in einer Auseinandersetzung mit Bernstein wegen der Edition des Marxschen Nachlasses in der »Neuen Zeit« gegeben hat. Dort heißt es nämlich, daß nach dem vorzeitigen Tode von Tussy [sie endete 1898 durch eigene Hand], »die andern Marx'schen Erben die Herausgabe eines Teils des noch verbliebenen Nachlasses an F. Mehring« übertragen hätten. Die Kontroverse mit Bernstein war dadurch ausgelöst worden, daß dieser in seiner Zeitschrift »Dokumente des Sozialismus« den von Kautsky herausgegebenen zweiten Band der Marxschen »Theorien über den Mehrwert« angezeigt und in einer »persönlichen Bemerkung« hinzugefügt hatte, es sei nicht ganz richtig, daß Engels die Veröffentlichung des Nachlasses Kautsky überlassen habe, vielmehr habe er zwei Personen für diese Aufgabe bestimmt. Wenn die Marxschen Erben von der zweiten Person absehen zu müssen glaubten, so solle ihr Recht dazu nicht in Frage gestellt werden, aber das sei ihre und nicht Engels' Verfügung gewesen. Demgegen-

Fortsetzung Seite 43

Kisteninhalts als Commercialpapers, Manuskripte, Bücher und Drucksachen, zum Haushalt gehörig¹⁰⁰).«

Den Angaben Mottelers zufolge waren es vier Behälter, in denen der Nachlaß bis dahin untergebracht war: »Der große Blechkoffer mit Verschuß und Hängeschloß ist mir seinerzeit von Ede als Marxens Sache bezeichnet worden, die Kiste »Hibernica« ist Generals Sache¹⁰¹), außerdem zwei Holzkisten¹⁰²).« Die Kiste »Hibernica« enthielt jedoch einer ergänzenden Mitteilung Mottelers zufolge nur Zeitungen¹⁰³). Um die Sendung für die Zollbehörde deklarieren zu können, mußte Motteler den Inhalt prüfen, wobei sich herausstellte, daß der Schlüssel zu einem der Behältnisse fehlte. Auf seine diesbezüglichen an Bebel und Kautsky gerichteten Anfragen antwortete Kautsky: »Frau Freyberger habe den Schlüssel zu Generals Koffer, sagt Bebel.« Da aber Motteler offenbar keinen persönlichen Kontakt mehr mit Frau Freyberger hatte, legt ihm Kautsky nahe, »die Koffer auf andere Weise zu öffnen, um sich von dem Inhalt zu überzeugen.« Inzwischen muß sich aber Bebel direkt an die ehemalige Vertraute von Engels gewandt haben, denn einige Tage später berichtet Motteler, daß ihm Frau Freyberger »den gesuchten kleinen Schlüssel von der großen Blechdose« übersandt habe¹⁰⁴).

Fortsetzung von Seite 42

über konnte Kautsky mit Recht darauf hinweisen, daß er in seinem »Vorwort« nicht vom »wissenschaftlichen Nachlaß von Marx«, sondern nur von dem Manuskript »Zur Kritik der politischen Oekonomie« gesprochen habe, das Engels als vierten Band des »Kapitals« hatte herausgeben wollen und das Kautsky nunmehr als »Theorien über den Mehrwert« herausgab. Weiter behauptete Kautsky, daß Engels schon 1887 mit ihm über die Herausgabe des vierten Bandes gesprochen, ihn als »eventuellen« Herausgeber bezeichnet und ihn in die Entzifferung der Marx'schen Handschrift eingearbeitet habe. Bernstein wiederum stellte es so dar, daß Engels lediglich vorgeschlagen habe, Kautsky solle mit der Reinschrift des Manuskripts über die Mehrwerttheorien beginnen, von einer »Herausgabe« sei überhaupt nicht die Rede gewesen. Die weiteren Einzelheiten der gegenseitigen Polemik, die sich fast über ein Vierteljahr erstreckte, können hier außer acht bleiben, es sei nur noch eine Bemerkung von Kautsky angeführt, in der dieser die Ausschließung Bernsteins von der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses wie folgt begründete: »Seit der Veröffentlichung seiner »Voraussetzungen« . . . halten es die Marx'schen Erben für ihre Pflicht, Bernstein von jeder Publikation Marx'scher Gedankengänge fern zu halten. Sie würden sich dazu verpflichtet fühlen, auch für den Fall, daß Engels Bernstein eine derartige Publikation zugedacht hätte. Denn der Bernstein, den Engels kannte und dem er sein Vertrauen schenkte, existiert heute nicht mehr.« Die Neue Zeit, 24. Jg. 1905/06, 1. Bd. Seiten 167 ff., 303 ff., 374 ff., 470 ff.

⁹⁹) Motteler an Kautsky, 12. Mai 1901, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁰⁰) Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁰¹) Engels wurde wegen seines Sachverständes in militärischen Fragen von seinen Freunden »General« genannt.

¹⁰²) An Kautsky, 10. Mai 1901, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁰³) An Kautsky, 15. Mai 1901, Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁰⁴) An Kautsky, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam – Louise Freybergers Beziehungen zu den Angehörigen des engeren Freundeskreises von Engels hatten sich nach dessen Tod rasch

Fortsetzung Seite 44

Der Teil des Marx-Engels-Archivs, der sich in Bebels Schweizer Gewahrsam befand, verblieb auch weiterhin dort und scheint erst einige Zeit nach seinem Tode wieder mit dem Hauptteil vereinigt worden zu sein. Den Anstoß dazu könnte Emilie Motteler gegeben haben, die nach dem Ableben ihres Mannes in seinem Geiste die Interessenvertretung des Parteiarchivs beizubehalten versuchte. Im November 1914 erinnerte sie Kautsky daran, daß »bei August in Zürich noch wertvolles geschichtliches Material liegt«, das ins Parteiarchiv gehöre, der Enkel, einziger Sohn von Bebels Tochter, habe keine Ansprüche darauf. »Ich muß unbedingt mit einer geeigneten Persönlichkeit Rücksprache nehmen, ich halte es für meine Pflicht, an Julius' Stelle dafür einzutreten, daß der Partei nichts verlorengeht«, so schließt die resolute Witwe ihren beschwörenden Appell¹⁰⁵). Eine Bestätigung dafür, daß ihre Initiative erfolgreich war oder daß es dieser überhaupt bedurft hat, gibt es nicht.

Frau Mottelers Frage nach einer »geeigneten« Persönlichkeit, nämlich einer solchen, die genügend Interesse und Autorität gehabt hätte, diese Sache in die Hand zu nehmen, war jedoch nicht unbegründet, wie wir später noch sehen werden.

Mit Bernstein hat es keine Schwierigkeiten gegeben, nachdem die Nachlaßpapiere im Parteiarchiv deponiert worden waren. Später, als der Revisionismus-Streit im wesentlichen ausgestanden war und die lange verfeindet gewesenen Kampfgefährten sich auch menschlich einander wieder genähert hatten, wurde ein Teil der Manuskripte und Briefe auf Grund einer Absprache mit Bebel in Bernsteins Berliner Wohnung übergeführt und seiner Obhut anvertraut. Er hat sie »viele Jahre hindurch, etwa seit 1910« bei sich aufbewahrt und am 21. Dezember 1924 aus besonderem Anlaß an das Parteiarchiv zurückgegeben¹⁰⁶). Unter den Manuskripten befand sich auch die noch unveröffentlichte »Deutsche

Fortsetzung von Seite 43

gelockert. Die Ursache der Abkühlung waren Erbschaftsstreitigkeiten, die zwischen Frau Freyberger und den Marx-Töchtern entstanden waren, wobei es vorwiegend um Gegenstände aus dem einstigen Besitz von Marx ging, die dieser Engels überlassen hatte. Kautsky zufolge verwandelte sich Tussy sogar aus einer glühenden Verehrerin zu einer tiefen Hasserin seiner ersten Frau. (Friedrich Engels' Briefwechsel mit Kautsky, a. a. O., S. 214) »Die Verhetzung zwischen ihr und der Gegenseite hat eine kaum glaubliche Höhe erreicht«, schrieb Bebel am 18. September 1895 an Victor Adler. Bebel nahm Louise weitgehend in Schutz und gab der Gegenseite die Hauptschuld an dem Zerwürfnis. (Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky . . ., Wien 1954, S. 187.) Zur Gegenseite gehörten außer den Marx-Töchtern Bernstein, Liebknecht, Kautsky und offenbar auch die Mottelers.

¹⁰⁵) Ebenda. – Nach der letztwilligen Verfügung Bebels sollten seine Briefe, ausgenommen Familienbriefe, dem Archiv übergeben werden. Ferner hatte er bestimmt, daß sein Briefwechsel mit Engels ebenso wie der Briefwechsel Marx-Engels 20 Jahre lang vom Archiv nicht zugänglich gemacht werden sollten. – Nach einer Notiz ohne Datum (Abschrift) in der Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

¹⁰⁶) Bernstein, Friedrich Engels' Testament, a. a. O. – Über den Anlaß der Rückgabe siehe S. 71 ff.

Ideologie«, eine Gemeinschaftsarbeit von Marx und Engels, in der sie zum ersten Male die materialistische Geschichtsauffassung entwickelt hatten. Kautskys Zeugnis zufolge hat das Parteiarchiv auch von ihm eine Reihe von Marx-Manuskripten erhalten, wobei es sich um die ihm aus der Erbschaft von Eleanor überlassenen gehandelt haben dürfte. »Daneben waren dem Archiv noch von anderen Seiten her zahlreiche Manuskripte und Briefe zugegangen, die sich auf Marx oder Engels bezogen oder von ihnen herrührten¹⁰⁷⁾.«

Das Schicksal des »gewaltigen Horts«, wie ihn Kautsky nennt, wird uns in anderen Zusammenhängen noch wiederholt beschäftigen.

Unter dem »gemeinen Recht«

Von 1890 an stand die Sozialdemokratie wieder unter dem »gemeinen Recht«, was jedoch nicht bedeutete, daß sie sich nunmehr unangefochten entfalten konnte. Nach ihren Erfolgen bei den Reichstagswahlen von 1893 setzten erneut Bestrebungen ein, durch gesetzliche Vorschriften ihren Einfluß zurückzudrängen. Diese gipfelten in der sogenannten Umsturzvorlage, die allerdings im Reichstag durchfiel. Die Regierung versuchte sich daraufhin mit einer verschärften Handhabung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen zu behelfen, womit sie es denn auch erreichte, daß im Herbst 1895 außer elf Berliner sozialdemokratischen Vereinen auch der Parteivorstand nach einer polizeilichen Durchsuchung seiner Geschäftsräume »vorläufig« geschlossen wurde. Die Partei parierte den Schlag, indem sie von ihrer Reichstagsfraktion einen geschäftsführenden Ausschuß mit dem Sitz in Hamburg einsetzen ließ. Erst nachdem im März 1897 die wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz unter Anklage gestellten und in der ersten Instanz zu Geldstrafen verurteilten Mitglieder des Parteivorstandes in einer Berufungsverhandlung freigesprochen worden waren, begannen sich die Verhältnisse wieder zu normalisieren.

Auf dem Hintergrund dieser politischen Vorgänge muß auch die Entwicklung des Parteiarchivs in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gesehen werden. In der offiziellen Berichterstattung wird es während dieser ganzen Zeit nicht erwähnt. Allgemeiner Benutzung ist es nicht zugänglich gewesen, was aber, von den räumlichen Schwierigkeiten abgesehen, auch in Mängeln seiner inneren Organisation begründet lag. Wie wenig es den Anforderungen entsprach, kann aus einer zu Beginn des Jahres 1899 von der »Neuen Zeit« veröffentlichten Zuschrift geschlossen werden, in der sich der anarchistische Historiker und Publizist Dr. Max Nettlau darüber beklagte, daß er an das für seine Arbeiten wichtige Archivmaterial nicht herankomme. Er äußerte die Vermutung, daß diese Benachteiligung auf seine politische Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zurückzuführen sei und verband damit den konstruktiven Vorschlag, »älteres, nicht auf die gegenwärtige Organisation bezügliches parteihistorisches Material« aus der Partei-

¹⁰⁷⁾ Kautsky, Fr. Engels' Briefwechsel mit K. Kautsky, a. a. O., S. 448.

verwaltung herauszunehmen und einer von der Partei getrennten öffentlichen Institution zur Aufbewahrung zu überweisen, damit es der Forschung uneingeschränkt zur Verfügung stehe¹⁰⁸). Die »Neue Zeit« brachte dazu in einer ihrer folgenden Ausgaben eine redaktionelle Notiz des Inhalts, daß das Anliegen Nettlaus in nächster Zeit seine Erledigung finden würde, da das Parteiarchiv künftig »einen selbständig verwalteten Teil der Volksbibliothek von Hugo Heimann in Berlin« bilden und das Archivmaterial alsdann »allen, ohne Unterschied der Parteirichtung« zur wissenschaftlichen Auswertung unter möglichst günstigen Bedingungen zugänglich gemacht werden solle. Eine exklusive Behandlung der Interessenten sei niemals beabsichtigt gewesen. Aber da es aus verschiedenen Gründen erst jetzt möglich geworden sei, das Archiv zu ordnen, hätten der Benutzung bisher Grenzen gezogen werden müssen, die künftig wegfallen könnten¹⁰⁹).

Heimann hatte schon zu Beginn des Jahres 1898 Kautsky davon unterrichtet, daß das Parteiarchiv, »mit dessen Zustand Bebel höchst unzufrieden« sei, in seine Volksbibliothek eingebracht werden solle, Singers Zustimmung liege bereits vor¹¹⁰). Nachdem am 26. Oktober 1898 das Heimannsche Unternehmen unter großer Anteilnahme der hauptstädtischen Presse und zahlreicher Behörden seine Pforten eröffnet hatte, kam es am 14. Januar 1899 zu dem formellen Beschluß des Parteivorstandes, das Archiv an Heimann zu übergeben, mit der Maßgabe, daß es in einem besonderen Raum aufbewahrt werde und daß Bücher aus seinen Beständen nur mit besonderer Erlaubnis nach außen verliehen werden dürften. Gegen das Anlegen eines gemeinsamen Katalogs und die Benutzung der Bücher in den Räumen der Bibliothek hatte der Parteivorstand jedoch keine Bedenken¹¹¹).

Die Bestätigung der angekündigten Neuordnung brachte der Vorstandsbericht an den Lübecker Parteitag von 1901. Abweichend von der Mitteilung in der »Neuen Zeit« wurde darin allerdings die Unterbringung des Archivs in »der von dem Genossen Hugo Heimann¹¹²) gestifteten und von ihm unterhaltenen ›Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle«, Berlin, Alexandrinenstraße 26, Gartenhaus«, ausschließlich damit begründet, daß man »den Parteigenossen« bei der Benutzung der Bücher größere Bequemlichkeit bieten wolle. Auch wahrte der

¹⁰⁸) Die Neue Zeit, Jg. 1898/99, 1. Bd., S. 564 ff.

¹⁰⁹) Ebenda, S. 636.

¹¹⁰) Brief vom 9. Januar 1898, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹¹¹) Heimann an Kautsky, 15. Januar 1899, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹¹²) Hugo Heimann wurde am 15. April 1859 in Konitz (Westpreußen) als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns geboren. Als Verlagsbuchhändler erwarb er ein beträchtliches Vermögen, mit dem er eine Reihe sozialdemokratischer Unternehmungen und wohltätiger Einrichtungen finanzierte. Die 1899 errichtete Bibliothek und Lesehalle stellte er jedermann zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung. Sie war aber in erster Linie »für

Fortsetzung Seite 47

Parteivorstand sein ausschließliches Verfügungsrecht über die Bestände durch die Erklärung, daß die Benutzung der Bücher außerhalb der Unterkunftsräume in jedem Einzelfalle seiner Entscheidung unterliege¹¹³⁾.

Der nunmehr vorliegende systematische Katalog wies auf 400 Folioseiten in Schreibmaschinenschrift einen Bestand von 8000 Nummern auf. Verfasser war der Reichstagsabgeordnete Max Schippel, damaliger Archivar¹¹⁴⁾, der dieses Amt wahrscheinlich mit Beginn des Jahres 1896 übernommen hatte, nachdem die von ihm geleitete parteioffizielle Wochenzeitung »Sozialdemokrat«, die als eine Fortsetzung des gleichnamigen Emigrationsorgans gedacht war, auf Grund eines Beschlusses des Breslauer Parteitages mit Wirkung vom 31. Dezember 1895 ihr Erscheinen hatte einstellen müssen. Eine erstmalige Erwähnung der Tätigkeit Schippels im Archiv findet sich im Vorwort der ersten Neuauflage der Marx-schen Schrift »Zur Kritik der politischen Oekonomie«, Berlin 1897. Darin dankt der Herausgeber Karl Kautsky »dem Verwalter des sozialdemokratischen Parteiarchivs in Berlin, Max Schippel« für die liebenswürdige Überlassung der Hand-exemplare von Marx und Engels. Sollte es sich um eine hauptamtliche Funktion gehandelt haben, wofür es keine sicheren Anhaltspunkte gibt, kann sie in der Praxis nicht über die eines literarischen Ratgebers oder wissenschaftlichen Mit-arbeiters hinausgegangen sein, denn mehr hätte Schippel mit seinen zahlreichen

Fortsetzung von Seite 46

gewerbliche Arbeiter« gedacht und wurde auch vorwiegend von ihnen benutzt. 1903 wies ihr Katalog 18 000 Nummern aus. Heimann gehörte von 1903 bis 1933 der Berliner Stadt-verordnetenversammlung an und wurde 1918 deren Vorsteher. Er war ferner Mitglied des Preußischen Landtages von 1908 bis 1910, der Nationalversammlung von 1919 und des Reichstages von 1920 bis 1933. Die Stadt Berlin ernannte ihn zum Ehrenbürger. Lange trotzte er dem Judenhaß der Nationalsozialisten und ging erst 1939 in die Emigration. Er starb am 24. Februar 1950 in New York im Alter von fast 91 Jahren.

¹¹³⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Lübeck 1901, S. 31. – Die Unterbringung des Instituts in dem gemieteten Gartenhaus Alexandrinenstraße 26 war ein kurzfristiges Pro-visorium, später wurde es in einem eigens für seine Zwecke errichteten Gebäude Adalbert-straße 41 in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses betrieben. Dies entnehmen wir einer 1947 von Heimann vorgelegten, für seine Familie und seine Freunde bestimmten Niederschrift seiner Lebenserinnerungen. Die Frequenz der Bibliothek gibt er bis 1919 mit zweieinhalb Millionen Besuchern an und stellt fest, daß entgegen manchen Erwartungen nur geringe Verlustziffern zu verzeichnen waren, die weder geldlich noch sonstwie in Be-tracht gekommen wären. Als »Kuriosum« erwähnt er, daß man den größten Verlust »durch die zwei berühmtesten inzwischen längst verstorbenen Bolschewiki« erlitten habe. »Wir hatten ihnen auf Wunsch des Parteivorstandes ein Zimmer eingeräumt, in dem sie zugleich das Parteiarchiv ungestört benutzen konnten. Eines Tages blieben sie aus. Ihre Rückreise erfolgte so plötzlich, daß sie an Rückgabe geliehener Bücher nicht denken konnten.« (SPD-Archiv, Bonn).

¹¹⁴⁾ Drahn, Ernst, Das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seine Geschichte und Sammlungen, Die Neue Zeit, Jg. 1918, 2. Bd., S. 519, auch als Sonderdruck. Desgl. Hinrichsen, Jonny, Das sozialdemokratische Parteiarchiv, Sozialistische Monatshefte, Jg. 1928, 1. Bd., S. 116 ff.

sonstigen Verpflichtungen als Parlamentarier und Agitator, als Wirtschaftsforscher und Wirtschaftstheoretiker, als Herausgeber der »Berliner Arbeiterbibliothek« sowie als vielbeschäftigter Schriftsteller und Journalist schwerlich in Einklang bringen können. Die Zeit, die ihm für die Arbeit im Archiv blieb, reichte für dessen Bedürfnisse sicher nicht aus. Darin könnte eine Erklärung für Bebels Unzufriedenheit liegen. Möglicherweise spielten da aber auch die parteiideologischen Streitigkeiten hinein. Ehemaliger Radikaler, der 1890 einer der Wortführer der sogenannten »Berliner Opposition« – gegen die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion – gewesen und sogar anarchistischer Neigungen verdächtigt worden war, hatte sich Schippel inzwischen zu einem entschiedenen Reformisten entwickelt, der insbesondere wegen seiner undoktrinären Ansichten in Fragen der Wehrpolitik, des Freihandels und der Lebensmittelzölle mit der damaligen Parteimehrheit in Konflikt geraten war. Der Bremer Parteitag von 1904 sprach ihm seine »schärfste Mißbilligung« aus und drohte ihm sogar mit dem Parteiausschluß, den Schippel vielleicht nur dadurch abgewendet hat, daß er sein seit 1890 behauptetes Chemnitzer Reichstagsmandat niederlegte. Er blieb der Partei verbunden, schloß sich in der Folgezeit jedoch enger an die Gewerkschaften an, in deren Generalkommission er 1911 die sozialpolitische Abteilung übernahm. Nach der Umwälzung 1918 folgte er einem Ruf als Leiter der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft und war zuletzt ordentlicher Professor für Staatswissenschaften am Polytechnikum in Dresden, wo er am 6. Juni 1928 neunundsechzigjährig gestorben ist.

Es fällt auf, daß der Tätigkeit Schippels im Archiv weder in biographischen Notizen noch in den zahlreichen Nekrologen anläßlich seines Ablebens gedacht wird. Selbst der Historiker Kampffmeyer, der das Archiv in der Zeit der Weimarer Republik wissenschaftlich betreute, hat sie in einer eingehenden Würdigung der Persönlichkeit und der Lebensleistung Schippels in den »Sozialistischen Monatsheften« mit keinem Wort erwähnt.

Der kleine Max Grunwald

Die Annahme, daß Schippels Auftrag im Parteiarchiv zeitlich begrenzt und im wesentlichen auf die Erteilung von Direktiven und den Entwurf eines Katalogschemas beschränkt war, während die eigentliche Katalogisierungsarbeit vom bibliothekarisch geschulten Personal der Heimannschen Lesehalle geleistet wurde¹¹⁵⁾, gewinnt auch dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß der Parteivorstand bereits im Zusammenhang mit der Aussiedlung des Archivs die Bestellung eines ordentlichen Archivverwalters erwogen und für diesen Posten einen jüngeren sozialdemokratischen Literaten in Aussicht genommen hatte. Diese Kenntnis

¹¹⁵⁾ Hinrichsen, ebenda. – Drahn's Bericht ist sicher nicht korrekt, wenn er die Aufstellung des Katalogs durch Schippel in die Zeit nach Eingang des Marx-Engels-Nachlasses, d. h. nach 1901 verlegt, während der Vorstandsbericht von 1901 sie bereits als vollzogen gemeldet hat.

verdanken wir wiederum Motteler, der sich am 20. August 1900 von London aus mit folgendem Anliegen an Kautsky wendet: »Thu mir den Gefallen, den Freunden Bebel und Singer den kleinen Max Grunwald, Weimar, der sich auf Pauls [Singers] Anregung um die Stelle des dirigierenden Bibliothekars für den Teil Parteiarchiv der Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle bewarb, in meinem Namen aufs allerbeste und dringendste zu empfehlen. Praktisch erprobt, absolut beschlagen in der Literatur, treuehrlich, arbeitstüchtig und restlos umsichtig, wäre seine Anstellung besonders wichtig im Interesse der Sparte Parteiarchiv London¹¹⁶⁾.«

Am 3. Oktober 1900 bringt Motteler seine Empfehlung erneut in Kautskys Erinnerung, indem er ihn darauf aufmerksam macht, daß »der kleine Grunwald jetzt in Berlin-Pankow, Florastraße 34 b, 2. Tr.«¹¹⁷⁾ anzutreffen sei. Die wiederholte Anspielung auf die äußere Erscheinung Grunwalds erklärt sich daraus, daß dieser von ungewöhnlich kleiner Gestalt war und deswegen zu Spötteleien Anlaß gegeben hat. Das läßt sich auch einer Gruppenaufnahme vom Münchener sozialdemokratischen Parteitag von 1902 entnehmen, wo Grunwald von einem schmunzelnden Ignaz Auer auf dem Schoß gehalten wird¹¹⁸⁾. Das Wissen um das auffällige körperliche Merkmal Grunwalds wie auch die Bestimmtheit, mit der sich Motteler über dessen fachliche und charakterliche Eigenschaften äußert, deuteten auf eine persönliche Bekanntschaft hin. Auf deutschem Boden konnte sie nicht zustande gekommen sein, da Motteler diesen bereits verlassen hatte, als der am 6. Oktober 1873 in Stolzenhagen (Pommern) geborene Max Grunwald noch im frühen Kindesalter stand. Als Stätte eines Zusammentreffens kam praktisch nur England in Frage. Es stellte sich denn auch heraus, daß Grunwald die Familie Motteler in ihrer Londoner Wohnung in der Hugo Road aufgesucht hat, wahrscheinlich im Sommer 1898. Bestätigt wird die Begegnung durch einen in Durchschrift erhaltenen Brief Julius Mottelers an Grunwald, der das Datum vom 21. Oktober 1898 trägt und folgendermaßen beginnt: »Bester junger Freund und Genosse! Mit diesem vorausgeschickten Gruß verbinden wir – Tante und ich – das herzlichste Erinnern an die kurze Zeit Ihrer Einkehr bei uns.« Die Unterschrift lautet dementsprechend familiär: »Ihr Onkel und Tante«¹¹⁹⁾.

Motteler muß schon seit längerem in schriftlichem Kontakt mit Grunwald gestanden haben, jedenfalls behauptet er Kautsky gegenüber, er habe den jungen Mann »in jahrelangem Verkehr in bibliophilen Aufgaben praktisch erprobt«. Das war sicher in dieser und jener Hinsicht ein wenig übertrieben, aber zweifellos beherrschte Grunwald die sozialistische Literatur und verband damit ein

116) Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

117) Durchschrift im Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

118) SPD-Archiv, Bonn.

119) Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

pädagogisches und organisatorisches Talent. Als er um die Mitte der neunziger Jahre in Berlin Nationalökonomie und Naturwissenschaften studierte, hatte er sich mit Erfolg um eine politische Aktivierung der sozialistisch gesinnten Kommilitonen bemüht. Das Zustandekommen des ersten sozialistischen Akademikerkongresses, der am 20. Oktober 1895 außerhalb Berlins im Geheimen tagte, scheint weitgehend sein Verdienst gewesen zu sein. Er war Mitarbeiter der im Januar desselben Jahres von dem jungen Mathematiker Dr. Joseph Bloch ins Leben gerufenen Zeitschrift »Sozialistischer Akademiker«, aus dem sich zwei Jahre darauf die »Sozialistischen Monatshefte« entwickelten. Später, als er ein Medizinstudium in Jena aufgenommen hatte, änderte sich seine Stellung zu dem Organ, weil es die damals auch von Grunwald vertretene orthodoxe marxistische Lehrmeinung und überhaupt dogmatisches Denken bekämpfte, um weitere Kreise der Intelligenz für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Sicher nicht zuletzt wegen seiner antirevisionistischen Einstellung wird Grunwald von den Mottelers mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln protegiert und mit wärmsten Empfehlungen versehen, um ihn in maßgebenden Parteikreisen einzuführen. Das geschieht beispielsweise in einem an Kautsky gerichteten Brief vom 5. Oktober 1899, der die für den Stil des »Roten Postillons« besonders charakteristische Stelle enthält: »Unser jüngster germanischer Neffe in partibus sowie Genosse ersten Aufgebots und Freund Max Grunwald, Weimar, wünscht von mir Eurer Huld empfohlen zu werden, was hiermit aufrichtigst geschieht . . . Er steht im Begriff, auf dem Parteitag in Hannover Dir, Soldat¹²⁰⁾, August und einem Bündel anderer eingefleischter Marx-Dogmatiker frei nach Ede vorgestellt zu werden«¹²¹⁾. Die Gelegenheit zu dieser Vorstellung dürfte sich denn auch geboten haben, denn als Delegierter des 3. Weimarer Wahlkreises nimmt Grunwald an jenem denkwürdigen Parteitag teil und greift in die vieltägige hitzige Grundsatzdebatte mit einer geharnischten Anti-Bernstein-Rede ein. Zu einer Anstellung im Parteiarchiv verhilft ihm aber dieser Auftritt nicht. Wenigstens scheitert eine Vereinbarung an den finanziellen Ansprüchen Grunwalds, die der Parteivorstand nicht für tragbar hielt, wenn wir Emilie Motteler richtig verstehen. »Der kleine Max Grunwald hätte viel nützen können«, klagt sie am 12. Mai 1901 bei Kautsky, »aber der Mensch strebt nach Selbständigkeit, von der Luft kann man nicht leben. Weshalb hat Baron¹²²⁾ nicht den Antrag gestellt, den Mann für sich zu behalten, er wäre sicher mit demselben Gehalt wie jetzt zufrieden gewesen¹²³⁾.«

Grunwald war am 1. April 1901 als Redakteur am Erfurter Parteiblatt »Tri-

¹²⁰⁾ Spitzname für Wilhelm Liebknecht.

¹²¹⁾ Motteler-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹²²⁾ Spitzname für Kautsky.

¹²³⁾ Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

büne« tätig geworden, nachdem zuvor seine Bewerbung um eine Stelle am »Braunschweiger Volksfreund« fehlgeschlagen war. Auf dem Lübecker Parteitag von 1901 nimmt er in einer neuen Bernstein-Debatte das Wort, hinterläßt aber keinen günstigen Eindruck und wird anschließend im Rahmen einer Aussprache über die Zustände in den Redaktionen der sozialdemokratischen Provinzblätter wegen des »unangenehmen« Tones, mit dem er in seinem Blatt gegen Genossen und andere Parteiblätter zu polemisieren pflege, selbst scharf angegriffen. Der Abgeordnete Daniel Stücklen, selbst Parteiredakteur im thüringischen Raum, wirft ihm Hochnäsigkeit und präventives Auftreten vor und erklärt unter stürmischer Heiterkeit des Parteitages, Grunwald scheine ihm »eine mißlungene männliche Ausgabe der Genossin Luxemburg«¹²⁴⁾ zu sein. Anfang 1902 gerät Grunwald in Konflikt mit der für sein Blatt zuständigen Preßkommission, die dagegen war, daß er im Wahlkreis Mühlhausen eine Kandidatur zum Reichstag angenommen hatte, und zwar mit der Begründung, daß sie mit seinen Berufspflichten an der »Tribüne«, besonders in der Wahlzeit, unvereinbar sei. Grunwald wurde vor die Alternative gestellt: entweder Niederlegung der Kandidatur oder Kündigung zum 1. April 1902¹²⁵⁾. Als er an der Kandidatur festhielt¹²⁶⁾, wurde ihm tatsächlich der Stuhl vor die Tür gesetzt. Auf der Suche nach einer neuen Stellung konzentriert er seine Hoffnungen zunächst auf eine Redakteurstelle an einem angeblich geplanten »parteigenössischen Berliner Montagsblatt (streng alte gute Richtung)«, dessen Finanzierung jedoch noch nicht gesichert war. Grunwald hatte die Idee, »pecunia causa bei Dietzgen anzubohren, der mehrfacher Millionär sein soll«, für die er Kautsky zu gewinnen suchte¹²⁷⁾. Durch den Verlust seines Postens an der »Tribüne« in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, klagt er über seine »mißliche Situation«. Die freie Schriftstellerei war kein Ausweg aus dieser Lage, er erstrebte wieder eine feste Position, denn er habe, wie er in Selbsterkenntnis bemerkte, »die nicht unbedenkliche Natur in ›freier Arbeit‹ nur ›rezeptiv‹ und, wenn nicht absolut gezwungen, wenig pro-

¹²⁴⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Lübeck 1901, S. 156 ff. und S. 196.

¹²⁵⁾ Brief an Kautsky, 7. Januar 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹²⁶⁾ Bei den Reichstagswahlen von 1903 konnte Grunwald das Mandat für Mühlhausen nicht gewinnen, er gelangte nicht einmal in die Stichwahl. – Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang eine Bemerkung von Victor Adler, die in einem Brief an Kautsky vom 30. November 1901 enthalten ist. Adler bezeichnet es hier als sehr erfreulich, daß Bernstein zu den Reichstagswahlen von 1903 kandidieren werde und fährt dann fort: »Ich hoffe, daß ihn das ganz kurieren wird. Daß der Mann mit dem vorgeschuhten Hirn (Max Grunwald?) das so albern als möglich ausgesprochen hat, ist freilich ein besonderes Stück Dummheit. Dem Kerl sollte man doch ewiges Stillschweigen auferlegen.« – Victor Adler, Briefwechsel mit Bebel und Kautsky, a. a. O., S. 387. Den Namen Grunwald hat der Herausgeber Friedrich Adler in Klammern eingefügt und mit einem Fragezeichen versehen.

¹²⁷⁾ An Kautsky, 10. Februar 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam. – Gemeint war nicht der sozialistische Populärphilosoph Joseph Dietzgen, der schon 1888 gestorben war, sondern dessen Sohn Eugen, der die gesammelten Werke seines Vaters herausgab.

duktiv zu arbeiten«¹²⁸). Da ihm eine solche Vakanz aber noch nicht geboten wurde, suchte er einstweilen die für die damaligen Verhältnisse nicht unbedeutende Summe von 4000 Mark, »zum Teil um Rückstände decken zu können, und das übrige zum Rückhalt für ruhige Arbeit«. Er legt Kautsky nahe, »H«, offenbar Hugo Heinemann, seine Lage vorzustellen und diesen zu bitten, ihm die Hälfte der genannten Summe leihweise zu überlassen, die er bis 1. Juni, »also in acht Tagen«, brauche¹²⁹).

Es ist anzunehmen, daß sich Kautsky dem dringlichen Anliegen gegenüber nicht tatenlos verhalten hat. Jedoch reichte sein Einfluß offenbar nicht aus, Grunwald zu einer festen Position in der parteigenössischen Presse zu verhelfen. Die sozialdemokratische Montagszeitung trat einige Zeit später tatsächlich ins Leben, entsprach aber nicht den Vorstellungen Grunwalds, denn der Herausgeber war Eduard Bernstein, der Vater der »neuen Richtung«. Das »Neue Montagsblatt«, wie die erste sozialdemokratische Montagszeitung hieß, sollte die Lücke schließen, die dadurch entstanden war, daß der »Vorwärts« montags nicht erschien; doch die Hoffnungen des Herausgebers erfüllten sich nicht. Der Parteivorstand distanzierte sich von diesem »Privatunternehmen«, radikale Parteiorgane wie die »Leipziger Volkszeitung« polemisierten heftig gegen das »Montagsblatt«, und sogar Boykottversuche wurden gestartet. Mit der Nummer 30 vom 27. November 1904 verschwand die Wochenzeitung nach wenig mehr als halbjähriger Lebensdauer wieder aus dem reichshauptstädtischen Blätterwald.

Um diese Zeit war das Existenzproblem Grunwalds bereits auf andere Weise gelöst. Im Einvernehmen mit dem Parteivorstand hatte ihn die aus den Wahlen vom 16. Juni 1903 hervorgegangene sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ihrem Geschäftsführer (Fraktionssekretär) bestellt, mit der Aufgabe der Sammlung und Sichtung des Materials, dessen die Abgeordneten für ihre Reichstagsarbeiten bedurften. Im Zusammenhang damit erreichte er auch das seit Jahren von ihm erstrebte und von seinem großen Gönner Motteler hartnäckig angestrebte Ziel: seine Berufung zum Verwalter des Parteiarchivs mit Wirkung vom 1. Oktober 1904. Zuvor hatte er bereits einen Lehrauftrag an der Berliner Arbeiterbildungsschule erhalten¹³⁰). Sozusagen mit einem

¹²⁸) Brief vom 23. April 1903, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹²⁹) Brief vom 25. Mai 1902, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹³⁰) Die Daten sind dem Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, III. Jg. 1914, entnommen. – Die Anstellung Grunwalds als Fraktionssekretär wurde von der Fraktion in ihren Sitzungen vom 20./25. Januar 1904 beschlossen. Schon am 13. Mai 1901 hatte die Fraktion der vorausgegangenen 10. Legislaturperiode einer Anregung Bebels entsprechend das Bedürfnis der Schaffung dieser Funktion einstimmig anerkannt und ihr grundsätzlich zugestimmt, und in der Sitzung vom 5. Dezember 1901 hatte Singer mitgeteilt, daß der Parteivorstand mit der Übernahme der Kosten für die Besoldung des Sekretärs auf die Parteikasse einverstanden sei. In diesem Zusammenhang hatte er auch erklärt, daß die Personenfrage Schwierigkeiten bereite, die Vorstände der Partei und Fraktion jedoch die Angelegenheit weiter verfolgen würden – Protokolle der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, IISG Amsterdam, Edition in Vorbereitung.

Schlage sah er sich vor reiche Möglichkeiten des Wirkens auf verschiedenen Gebieten seiner Neigung gestellt. Wie er es allerdings fertiggebracht hat, die drei Funktionen, von denen wenigstens eine eine volle Arbeitskraft erfordert haben dürfte, gleichzeitig zu erfüllen, kann man sich nur schwer vorstellen. Am wenigsten scheint er sich den Aufgaben des Fraktionssekretariats gewidmet zu haben. Er nahm jedenfalls nicht an den Fraktionssitzungen teil, die Sitzungsprotokolle wurden von Abgeordneten, zunächst von Wilhelm Pfannkuch, später von Richard Fischer geführt. Aber auch das Parteiarchiv muß bei der Ämterhäufung zu kurz gekommen sein. Die Mottelers jedenfalls waren mit den Leistungen ihres Schützlings nicht zufrieden und haben in ihren Mitteilungen an Kautsky wiederholt ihrer Enttäuschung Ausdruck verliehen. Schlüter, der bei seinem Besuch im Archiv im Sommer 1910 Grunwald sah, empfing einen »guten Eindruck« von seinem Nachfolger, das Archiv sei »wesentlich vergrößert«, notiert er, »doch klagt man sehr über ihn«¹³¹).

Grunwalds Amtsantritt im Parteiarchiv fiel zeitlich zusammen mit einem neuerlichen Domizilwechsel des Archivs, das im Oktober 1904 im Hause Lindenstraße 69 wieder mit dem Parteivorstand vereinigt wurde. Die Trennung hatte sich demnach doch nicht bewährt. Sie war wohl auch in der Hauptsache als einstweiliger Ausweg aus den räumlichen Schwierigkeiten der Parteizentrale gedacht gewesen.

Dem ersten Jenenser Parteitag von 1905 wurde mitgeteilt, daß das Archiv in den neuen Räumen »allgemeinerer« Benutzung zugänglich geworden sei, womit offenbar einer möglichen oder tatsächlichen Kritik an der Neuordnung begegnet werden sollte. Bei einer erneuten Revision der Bestände hatten sich viele »Lücken in der älteren Literatur der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung« gezeigt. Auf Grund dieser Feststellung hatte der Parteivorstand schon im Juni 1905 einen Aufruf an die Mitglieder der Partei erlassen, ihren etwaigen Besitz an älteren Presse-Erzeugnissen der Arbeiterbewegung und Protokollen der Parteitage aus den Anfangsjahren dem Archiv zu überlassen, »eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung«. Da die Ergebnisse des Appells nur teilweise befriedigend waren, wurde er im Jahresbericht wiederholt. Weiter hieß es darin, daß das Archiv in den neuen Räumen »den Verhältnissen nach« bereits fleißig benutzt worden sei. Die Archivverwaltung sei neben Auskünften und Unterweisungen an Ort und Stelle auch brieflich um literarische Quellennachweise und Materialzusammenstellungen vielfach ersucht worden¹³²).

1907 liegen erstmalig statistische Angaben über die Frequenz des Archivs vor. Danach war es in den beiden vorausgegangenen Jahren durchschnittlich von 144 Personen mit zusammen 258 Besuchen in Anspruch genommen worden. Die Zahl der ausgeliehenen Bände wurde mit jährlich 234 angegeben. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß unter Zuhilfenahme des Parteiarchivs bekannte wissen-

¹³¹) My Trip Abroad, a. a. O.

¹³²) Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Jena 1905, S. 54 ff.

schaftliche und historische Werke geschaffen worden seien, und zwar »nicht nur von parteigenössischen, sondern auch von bürgerlichen Schriftstellern und Gelehrten«¹³³).

Von 1907 bis 1919 ruht die parteioffizielle Berichterstattung über das Archiv. Die lange Pause kann mit den umwälzenden politischen Ereignissen, die in diesen Zeitabschnitt fielen, nur zum Teil erklärt werden. Erhalten geblieben ist eine Archivordnung aus dem Jahre 1913, in der bestimmt wurde, daß Unica nicht nach außen versandt und nur in den Räumen des Parteiarchivs eingesehen werden dürften. »Nichtparteigenossen« war dieser Ordnung zufolge die Einsichtnahme in handschriftliche Stücke »wie Briefe, Protokolle und Manuskripte« in keinem Falle gestattet, während Parteigenossen verpflichtet waren, Publikationen über solche handschriftliche Dokumente nur in einem der Partei gehörigen oder ihrer Kontrolle unterstellten Verlag vorzunehmen¹³⁴).

Nach einer Notiz aus dem Jahre 1912, die anscheinend nur der internen Information gedient hat, wurden bei einer Bestandsaufnahme 8686 Bände gezählt, »ausgenommen Zeitungsbande und noch nicht registrierte«. Weitere 473 Bände waren der Heimannschen Lesehalle als Leihgabe zur Verfügung gestellt¹³⁵).

Drahn¹³⁶) verzeichnet für die Amtsperiode Grunwalds eine Reihe besonders wertvoller Neuerwerbungen, darunter »Dokumente aus der alten Internationale«¹³⁷), eine »mehrere tausend Stücke umfassende Sammlung des Reichstagsabgeordneten Julius Motteler, Schriften aus dem Nachlaß von Moses Heß, Bestände aus den Privatbibliotheken von Auer, Singer, Bebel und anderen. Mit den »anderen« könnten die Nachlässe von Paul Lafargue¹³⁸) und von Friedrich Lessner¹³⁹) gemeint gewesen sein, die in dem oben zitierten Aktenvermerk von 1912 als Zugänge verzeichnet waren.

¹³³) Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag, Essen 1907, S. 51/52.

¹³⁴) Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

¹³⁵) Ebenda.

¹³⁶) Drahn, a. a. O.

¹³⁷) Gemeint ist der Jung-Nachlaß.

¹³⁸) Paul Lafargue war der Führer des linken Flügels der französischen Sozialisten. 1911 schied er mit seiner Frau, der Marx-Tochter Laura, freiwillig aus dem Leben. Der Lafargue-Nachlaß war von Rjasanow im Auftrag des SPD-Archivs übernommen worden, vgl. D. Rjasanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär, Wien, Berlin 1928, S. 148 f. Die Marxenkelin Jenny Longuet hatte der Sammlung allerdings die wichtigsten Schriftstücke entnommen. Emile Bottigelli fand sie 40 Jahre später wieder und veröffentlichte sie; so den Briefwechsel von Friedrich Engels mit Paul und Laura Lafargue 1868–1895, Paris 1956–1959, 3 Bde., englische Ausgabe in Moskau 1959–1963, 3 Bde. und die Familienbriefe von Marx 1856–1883; in den »Annali« des Instituts Feltrinelli, Mailand 1958. Rjasanow hatte schon 1912 vermutet, daß der Lafargue-Nachlaß unvollständig sei, hatte aber keine Ahnung von der Bedeutung der fehlenden Schriftstücke.

¹³⁹) Leßner (1825–1910) war einer der Angeklagten im Kölner Kommunisten-Prozeß von 1852. Nach seiner Freilassung 1856 ging er nach London und wurde Mitarbeiter von Marx und Engels im Generalrat der Internationalen Arbeiter-Association.

Was den Nachlaß Mottelers betrifft, so war dieser zunächst dem Historiker und Publizisten Franz Mehring, damaligem Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung«, zur Sichtung übergeben worden, was offenbar nur im halben Einvernehmen mit der Witwe geschah. Sie hielt »die Wegnahme für verfrüht« und wollte »Dr. M., der ja in vielen Dingen sehr tüchtig sein mag«, nicht als Autorität in Archivangelegenheiten anerkennen. Man habe »alles verkehrt« angefaßt und aus dem Zusammenhang gerissen, wodurch manches unbrauchbar geworden und verlorengegangen sei, behauptete sie. »Julius hatte alles so geordnet und so pünktlich zusammengestellt, daß die Zerstörung einem Verbrechen gleichkommt¹⁴⁰⁾.«

Für Mehrings literarische Arbeiten dürften die Motteler-Papiere keine ergiebige Quelle gewesen sein. Er reichte sie an das Parteiarchiv weiter, wo sie unbearbeitet liegenblieben, zum Leidwesen der Witwe, die das Versäumnis Grunwald zur Last legt. Ihre letzte, aus dem Jahre 1914 stammende Klage enthält die bittere Bemerkung: »Ich glaube, Julius' Nachlaß liegt noch so da, wie die Kisten ausgepackt worden sind¹⁴¹⁾.«

Emilie Motteler würde sich gewiß im Grabe umdrehen, wenn sie wüßte, daß noch ein volles halbes Jahrhundert verging, ehe der Nachlaß ihres Mannes bibliographisch geordnet und methodischer wissenschaftlicher Bearbeitung erschlossen war.

Eine interessante Bereicherung des Parteiarchivs, die ihm 1911 durch eine Stiftung des russischen Fürsten David Josiphowitsch Bebutoff zuteil geworden ist, wird von Drahn nicht erwähnt. Der in Berlin lebende Aristokrat, der sich zur sozialistischen Bewegung bekannte, übergab seine bedeutende Sammlung an Büchern und Dokumenten dem Archiv in Verwahrung und Verwaltung, allerdings mit der Verpflichtung, sie dem Zentralvorstand der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auszuhändigen an dem Zeitpunkt, an dem die politischen Zustände Rußlands dies gestatten würden. Die Urkunde über die im Einvernehmen mit den bekanntesten russischen Sozialistenführern, unter ihnen Lenin, Trotzki, Plechanow, Axelrod und Martow, vollzogene sogenannte Schenkung war von den damaligen Mitgliedern des deutschen Parteivorstandes Bebel, Ebert, Scheidemann, Hermann Müller, Otto Braun, Molkenbuhr, Pfannkuch und Robert Wengels gegengezeichnet¹⁴²⁾. 1922 erhob Raphael Abramowitsch im Namen der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die in Berlin ihren Sitz hatte, beim deutschen Parteivorstand Einspruch gegen das angebliche Verlangen Bebutoffs, ihm sein Archiv zurückzugeben. Es wurde behauptet, der Fürst sei jetzt Vertreter der bolschewistischen Partei, und da der Sammlung inzwischen zahlreiche Beiträge anderer

¹⁴⁰⁾ An Kautsky, 3. Mai 1908, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁴¹⁾ An Kautsky, 24. Januar 1914, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁴²⁾ Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

russischer Genossen zugeführt worden seien, zum Beispiel Axelrods umfangreiches Privatarchiv, bestehe die Gefahr, daß die bolschewikische Geheimpolizei die Dokumente gegen russische Sozialdemokraten ausnützen könne. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Protest der menschewikischen Exilzentrale auf unzutreffenden Informationen beruhte. In einer Besprechung des Parteivorstandes mit Bebutoff versicherte dieser, daß er nicht beabsichtige, die bolschewistische Partei zur Eigentümerin seines Archivs zu machen. Vielmehr wolle er es nur einer geeinten russischen Sozialdemokratie zuführen und bleibe bei der seinerzeit mit dem deutschen Parteivorstand getroffenen Vereinbarung¹⁴³). In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Lenin »dem Genossen Max Grunwald« im September 1913 ein Schreiben überbringen ließ mit der Bitte, dem namentlich genannten Vorzeiger die Erlaubnis zu geben, im Bebutoff-Archiv zu arbeiten¹⁴⁴).

Um diese Zeit war der Stern Grunwalds bereits im Sinken. Der Reihe nach, wie sie ihm zugefallen waren, verlor er binnen kurzer Frist seine drei Ämter. Die im Juni 1912 gewählte sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte den Vertrag mit ihm nicht erneuert. Seine Tätigkeit an der Arbeiter-Bildungsschule Berlin ging im Frühjahr 1913 zu Ende. Mit dem 31. März 1914 schied er auch aus den Diensten der Parteiarchivs aus. Die Triplizität der Ereignisse deutet auf eine gemeinsame Ursache hin. Daß sie schwerwiegender Natur war, läßt sich daran ermessen, daß sogar die Ausschließung Grunwalds aus der Partei zur Debatte gestanden hat. Auch dies hat uns Emilie Motteler überliefert, die am 24. Januar 1914 bei Kautsky noch einmal ein gutes Wort für ihr einstiges Hätschelkind einlegt, das auch wie eine letzte Selbstrechtfertigung klingt: »Max«, so seufzt sie, »könnte der Partei wertvolle Dienste leisten, wenn er auf dem Posten wäre. Er hat sich's früher sehr angelegen sein lassen und hat viel für die Partei getan, das sollte man berücksichtigen und von seinem Ausschuß absehen, ein Tadel genüge, er wird wohl für die Zukunft wissen, wo er dran ist und sich auf sich selbst besinnen und die Seitensprünge aufgeben«¹⁴⁵). Welcher Art diese »Seitensprünge« waren, erfahren wir nicht.

Grunwald behielt sein Mitgliedsbuch und konnte die redaktionelle Vertretung der »Leipziger Volkszeitung« in Berlin übernehmen. Während des ersten Weltkrieges vollzog er eine geistige Annäherung an die von ihm früher bekämpfte reformistische und nun auch betont patriotisch gewordene Parteirichtung. Er folgte damit dem Beispiel anderer ehemaliger Radikaler wie Paul Lensch, Konrad Haenisch und Parvus-Helphand. In des Letztgenannten Zeitschrift »Die Glocke« feierte er 1915 in einem dithyrambischen Geburtstagsartikel den Tan-

¹⁴³) Ebenda.

¹⁴⁴) Der Brief wurde 1953 auf einer Auktion in München angeboten. – Faksimilierte Wiedergabe im Anhang Dokument III.

¹⁴⁵) Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

nenbergsieger Hindenburg, der, wie er schrieb, »im Verein mit seinem genialen Stabschef Ludendorff dieses Jahrhundert in die Schranken fordert«. Ob seine Tätigkeit im Kriegspresseamt Ursache, Begleiterscheinung oder Folge dieses Gesinnungswandels war, ließ sich nicht feststellen. Nach der politischen Umwälzung im Gefolge des verlorenen Krieges wurde er Pressechef im Reichswirtschaftsministerium. Später konzentrierte er sich wieder auf Bildungsfragen. Er unterhielt in Berlin ein privates Seminar »für wissenschaftlichen Sozialismus« und gab die Schriftenreihe »Abhandlungen und Beiträge zur Geschichte des Sozialismus« heraus. Als eigene Beiträge Grunwalds zu einer 1912 von ihm eröffneten Schriftenreihe »Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung« waren im gleichen Jahr erschienen: »Zur Einführung in Marx' Kapital« und »Goethe und die Arbeiter«. Seine erste größere Publikation stammt aus dem Jahre 1900 und hieß »Weltpolitik und Reichsverfassung«. Von 1907 ab war Grunwald Vorstandsmitglied des »Vereins Arbeiterpresse« und hatte als solches auch die Aufgabe, die monatlichen »Mitteilungen« der Standesorganisation sozialdemokratischer Journalisten und Parteibeamten zu redigieren. Diese Tätigkeit endete im Jahre 1913, nachdem Grunwald auf der Generalversammlung des Vereins im September nicht wiedergewählt worden war, möglicherweise ebenfalls im Zusammenhang mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Sein Nachfolger im Vereinsvorstand und als Schriftleiter der »Mitteilungen« war Konrad Haenisch, der spätere preußische Kultusminister. Das einzige parlamentarische Mandat, das Grunwald erlangt hat, war eine Mitgliedschaft in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Am 5. Juli 1926 erlag er einem Herzschlag, erst 53 Jahre alt. Die »Sozialistischen Monatshefte« widmeten ihm einen ehrenvollen Nachruf¹⁴⁶⁾, während der »Vorwärts« erst nach der Beisetzung an unauffälliger Stelle eine kleine Notiz brachte, worin auch erwähnt wurde, daß Grunwald »zeitweilig« am Parteiarchiv tätig gewesen sei. Daran schloß sich die ungewöhnliche Bemerkung: »Einem Wunsch des Verstorbenen entsprechend geben wir von seinem Ableben und der Beerdigung Kenntnis«¹⁴⁷⁾.

»Dr. D.«

Das neue Heim der Parteizentrale, Lindenstraße 69, war noch nicht lange bezogen, als es sich bereits als unzulänglich erwies. Davon war auch das Archiv betroffen¹⁴⁸⁾. Eine endgültige Bleibe fand es im vierten Stock des Hauses Lindenstraße 3, das im September 1914, kurz nach Kriegsausbruch, die zentralen

¹⁴⁶⁾ Sozialistische Monatshefte, Bd. 63, 1926, S. 636.

¹⁴⁷⁾ Vorwärts, Berlin, 8. Juli 1926.

¹⁴⁸⁾ Das geht auch aus einem Brief Bebels an G. Winkler vom 18. Oktober 1906 hervor. Es heißt darin u. a.: »Wir sind im Vorwärts mit dem Raum zu Ende, so groß er anfangs schien. Die Räume für die Parteischule und die Frauenorganisation mußten bereits außerhalb
Fortsetzung Seite 58

Parteiinstanzen aufnahm. Die Vorwärts-Druckerei war schon einige Monate vorher dorthin verlegt worden. Den ständig wachsenden Bedürfnissen des Parteiarchivs mußte in späteren Jahren noch wiederholt durch innere Umgruppierungen im Parteihaus Rechnung getragen werden, wodurch vor allem die Bereitstellung von Leseräumen ermöglicht wurde.

Nach dem Abgang Grunwalds hatte der Reichstagsabgeordnete Dr. Eduard David die Leitung des Parteiarchivs übernommen, ein angesehener sozialdemokratischer Politiker, in verschiedenen Sparten der Parteiarbeit vieljährig erfahren und erprobt. Aus einem kleinen Weinort an der Mosel stammend, hatte er nach Absolvierung einer kaufmännischen Lehre Germanistik studiert und war in Gießen im höheren Schuldienst tätig gewesen, den er 1894 der Sozialdemokratie zuliebe aufgab. Er diente ihr hauptberuflich als Redakteur in Mainz und als erster Parteisekretär für das Großherzogtum Hessen. Durch seine marxkritischen Beiträge zu einer sozialdemokratischen Agrartheorie sowie als Hauptwortführer der revisionistischen Minderheit in den großen Bernstein-Debatten um die Jahrhundertwende erwarb er sich einen Namen. Die reife Frucht seiner agrarökonomischen Studien war das stattliche Werk »Sozialismus und Landwirtschaft«, das die theoretischen Hindernisse für eine Ausbreitung der Partei in ländlichen Gebieten aus dem Wege räumen sollte. Sein Leitfaden für Funktionäre, der »Referentenführer«, wurde eines der auflagenstärksten Erzeugnisse der sozialdemokratischen Parteiliteratur. Seit 1896 Mitglied des hessischen Landtages, hatte er 1903 im Wahlkreis Mainz-Oppenheim ein Reichstagsmandat gewonnen, das er auch in den Wahlen von 1907 und 1912 behaupten konnte. Er stand im Ruf eines kultivierten Redners und galt als Mentor der sozialdemokratischen Parlamentarier. Davids wirtschaftliche Verhältnisse waren nicht die besten, was ihn bewogen haben könnte, den Posten im Parteiarchiv zu übernehmen. Eine ideale Lösung war es nicht, sie war wohl auch nur für eine Übergangszeit gedacht. Der kluge, vielseitig gebildete und überaus verbindliche Mann mochte zwar als würdiger Repräsentant einer nun schon traditionsreichen Parteiinstitution erscheinen. Impulse zum Ausbau des Archivs und zur systematischen Erschließung seiner Schätze für die wissenschaftliche Forschung konnten indessen nicht von ihm erwartet werden. Fast hätten wir sein Auftreten in der Archivgeschichte gänzlich übersehen, denn keine parteiamtliche Chronik, keine Abhandlung über das Archiv und keine Lebensbeschreibung Davids zeugen davon. Nur Johannes Fischart (d. i. Erich Dombrowski) hat in einer aus dem Jahre 1919 stammenden Porträtskizze im Vorbeigehen daran erinnert. Bevor uns

Fortsetzung von Seite 57

ermietet werden. In wenigen Jahren – und unser Kontrakt läuft bis 1915 – sind nicht nur die Vorwärts- sondern auch die Parteivorstands-Archiv-Räume etc. zu eng. Wir müssen also an die Sammlung der Mittel für ein eigenes Haus denken, das, wenn alle Bedürfnisse ausreichend befriedigt werden sollen, mehrere Millionen kostet.« – Abschrift im SPD-Archiv, Bonn.

diese zu Gesicht kam, waren wir auf das noch unveröffentlichte Tagebuch aufmerksam gemacht worden, das David in der Zeit vom 29. Juli 1914 bis 9. März 1919 geführt hat. Die stenographischen Notizen im Telegrammstil erwähnen seine Tätigkeit im Archiv gelegentlich beiläufig und meist in Zusammenhängen, die außerhalb dieser Funktion lagen. Konkrete Anhaltspunkte liefert nur eine einzige Eintragung; sie versetzt uns in den Stand, die Dauer seiner Tätigkeit ziemlich genau zu bestimmen, außerdem macht sie deutlich, daß David ein rechtes inneres Verhältnis zu dieser Aufgabe gefehlt hat. Unter dem Datum vom 3. Februar 1917 notiert er: »Abgabe des Archivs! Hatte es beinahe drei Jahre inne. Eine ideale Stelle für einen bloßen Parteigelehrten. Für mich auf die Dauer unmöglich. Nun aber Konzentration!«¹⁴⁹⁾

Außer der vagen Andeutung Fischarts fand sich nur noch eine einzige Bestätigung der Archivverwalterfunktion Davids. Sie ist in einem Brief enthalten, den Emilie Motteler am 3. November 1914 an Kautsky gerichtet hat. Die unverändert treue Wächterin über die Archivinteressen wird hier nochmals wegen des Bebel-Nachlasses vorstellig und bemerkt dabei: »Wenn ich mit Dr. D. so bekannt wäre wie mit Max reiste ich nach Berlin, um die Sache ins Rollen zu bringen. Leider kennt Dr. D. die Bewegung von Beginn nur aus der Geschichte und ist nicht so verwachsen mit der Partei wie Max, der von Anfang an großes Interesse hatte und einer der Bestbeschlagenen ist¹⁵⁰⁾.«

Daß der Vergleich zugunsten Grunwalds ausfiel, überrascht nicht, doch wird man bei aller ihrer Voreingenommenheit Emilie Motteler zugestehen müssen, daß ihre Skepsis nicht unbegründet war. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß die Kriegsverhältnisse die Archivarbeit weitgehend zum Erliegen gebracht hatten. Die Sammeltätigkeit und der Austausch auf internationaler Grundlage waren fast völlig unterbunden. Auch litt die Beschaffung von Literatur unter dem Parteikonflikt, der sich an der Frage der Bewilligung der Kriegskredite entzündet hatte. David war einer der Hauptverfechter der Politik des 4. August 1914, die er auch in zahlreichen Publikationen zu rechtfertigen unternahm. Außerdem war er viel auf Reisen, oft in diplomatischer Mission. Der Rücktritt vom Archivleiteramt gab ihm die Hände für politische Aufgaben frei, die ihm näher lagen und unter den damaligen Voraussetzungen auch seiner Partei vorrangig erscheinen mußten.

Die revolutionären Ereignisse im Gefolge des verlorenen Krieges gingen am Parteiarchiv nicht spurlos vorüber. Sehr gefährdet war es bei der Besetzung des Vorwärts-Gebäudes durch die Spartakusleute im Januar 1919. Die dicken Zeitungsbände wurden von den Belagerern für den Bau von Barrikaden auf dem Dach des Hauses verwendet, wodurch sie teilweise beschädigt wurden. Im übrigen kam das Archiv aber glimpflich davon, nur zwei Vitrinen, die Erinne-

¹⁴⁹⁾ Bundesarchiv, Koblenz. Das Tagebuch wurde inzwischen ediert. S. Bibliographie im Anhang.

¹⁵⁰⁾ Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

rungsstücke russischer Revolutionäre aus der Zeit ihrer Festungshaft in Schlüsselburg enthielten, wurden aufgebrochen und ihrer Kostbarkeiten beraubt ¹⁵¹⁾).

Die verschwundenen Engels-Briefe

Archivverwalter war jetzt der schon mehrfach erwähnte Ernst Drahn, der die erste Abhandlung über die Geschichte des Parteiarchivs schrieb und darüber hinaus weitere Spuren in der sozialistischen Literatur hinterlassen hat. Seine Schrift »Zur Geschichte des sozialistischen Buchhandels und der Arbeiterpresse« war der erste, wenn auch mit unzulänglichen Mitteln unternommene Versuch zur wissenschaftlichen Erforschung der sozialistischen Publizistik. Das Material zu dieser Untersuchung konnte ohne die Inanspruchnahme des sozialdemokratischen Parteiarchivs kaum erarbeitet werden, was möglicherweise einen Anhaltspunkt für den Ursprung der Beziehungen Drahn's zur Parteizentrale ergibt, der trotz vieler Bemühungen nicht geklärt werden konnte. Die 1913 in Gautzsch bei Leipzig erschienene Broschüre könnte Drahn als Ausweis seiner Befähigung für das durch Davids Rücktritt erneut vakant gewordene Amt des Archivverwalters gedient haben. Daß die Wahl tatsächlich auf ihn fiel, kann man sich freilich nur mit einem Mangel an anderen geeignet erscheinenden Bewerbern erklären, der wohl auch in den Kriegsverhältnissen begründet lag. Zur Zeit seiner Berufung hatte Drahn seinen Wohnsitz in Berlin-Steglitz. In einer Rednerliste der SPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin, Ausgabe Juli 1917, ist er als Referent »für Geschichte und Militärwesen« aufgeführt.

Unter eifriger Nutzung der ihm nunmehr zu Gebote stehenden reichen Archivbestände entwickelte Drahn in der Kriegs- und Revolutionszeit eine bemerkenswerte schriftstellerische Aktivität auf historisch-bibliographischem Gebiet. Sein gemeinsam mit Dr. Ernst Friedegg herausgegebener »Revolutionsalmanach für das Jahr 1919« knüpfte an die berühmten Vorbilder aus der Zeit der französischen Revolution an. Aus demselben Jahr stammt sein Buch »Gift und Galle, unterirdische Literatur aus zwei Jahrhunderten«, eine Anthologie poetischer Beiträge zur revolutionären Propaganda. Zu einem seiner Mitwirkung nicht ganz angemessenen Autorenruhm gelangte Drahn mit dem thematisch verwandten Werk »Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges« (1920), das ihn als Verfasser neben Susanne Leonhard ausweist. Eine echte Gemeinschaftsarbeit war es nicht, denn das Konzept zu diesem Buche stammte von der Mitherausgeberin, zu deren bereits fertigem Manuskript Drahn nachträglich einen zweiten Teil über die »revolutionäre Propaganda vom Ausland her« beigezeichnet hatte ¹⁵²⁾.

Noch bevor das Buch erschien, hatte die Tätigkeit Drahn's im Parteiarchiv ein jähes Ende genommen. Nachdem er sich von Susanne Leonhard hatte dazu über-

¹⁵¹⁾ Hinrichsen, a. a. O., S. 117.

¹⁵²⁾ Susanne Leonhard, schriftliche Auskunft an den Verfasser.

reden lassen, der KPD als Mitglied beizutreten und am 31. Dezember 1919 eine entsprechende Erklärung unterzeichnet hatte, waren am 2. Januar 1920 die Archivtüren natürlich für ihn verschlossen ¹⁵³). Ein echter Überzeugungswandel kann dem offenbar wenig bedachten Schritt nicht zugrunde gelegen haben. Von seiner neuen Partei wurde Drahn zwar zunächst mit bibliographischen Arbeiten betraut, doch hat er dort nicht recht Fuß fassen können, vermutlich weil einmal die Grenzen seiner fachlichen Eignung auf die Dauer nicht zu übersehen waren und weil ihm andererseits der kämpferische Fanatismus fehlte, den die Kommunisten von ihren Funktionären erwarteten. Um die Mitte der zwanziger Jahre müssen die Beziehungen wieder gelöst worden sein, denn 1926 setzte Drahn seine früheren sozialdemokratischen Freunde mit einer Veröffentlichung in Erstaunen, die auf einen neuerlichen politischen Farbenwechsel schließen ließ. Es war seine Schrift »Die deutsche Sozialdemokratie, ihr Werden, Wollen, Wirken«, die in einem von den sogenannten vaterländischen Verbänden bevorzugten Münchener Verlag herauskam. Drahn machte sich darin wesentliche Argumente der rechtsgerichteten Gegner der Sozialdemokratie zu eigen, indem er ihr undeutschen Internationalismus und Mangel an Staatsgesinnung vorwarf. Paul Kampffmeyer hat das Buch einer schonungslosen Kritik unterzogen, die vernichtend für dieses und für den Autor war ¹⁵⁴). Bald nach seinem Ausscheiden aus dem Parteiarchiv war Drahn beschuldigt worden, der Sammlung wichtige Dokumente und bibliophile Raritäten entnommen und nicht zurückgegeben zu haben. Eine vom Exekutivkomitee der kommunistischen Jugendinternationale veröffentlichte Schrift »Friedrich Engels' politisches Vermächtnis« stützte sich in der Hauptsache auf Briefe von Engels, die offenbar aus den Nachlaßbeständen des deutschen Parteiarchivs stammten. Kautsky, der im Oktoberheft 1921 in der österreichischen sozialistischen Zeitschrift »Kampf« darauf aufmerksam machte, legte der Verwaltung des Parteiarchivs nahe, sich davon zu überzeugen, ob die ihr anvertrauten Engels-Briefe noch vollzählig vorhanden seien. Über die Person, die bei eventuellen Veruntreuungen in Betracht komme, werde sie nicht lange im Zweifel sein, denn der Kreis derjenigen sei nicht groß, die im Parteiarchiv eine Vertrauensstellung genossen hätten und dann zu den Kommunisten übergegangen seien. Jonny Hinrichsen, der inzwischen die Stelle Drahns eingenommen hatte, wandte sich daraufhin schriftlich an Kautsky und stellte fest, daß die fraglichen Engels-Briefe in der Tat verschwunden seien. Drahn habe sich nach dem Erscheinen des Kautsky-Artikels im Archiv, das er vordem öfters aufgesucht habe, nicht mehr sehen lassen. Auf die schon verschiedentlich an ihn gerichtete Frage nach dem Verbleib von »Büchern, Briefen etc.« habe er jedesmal ausweichende Antworten gegeben. Hinrichsen äußerte die Ansicht, daß die

¹⁵³) Ebenda.

¹⁵⁴) Bücherwarte, 1. Jhg. 1926, Heft 12, S. 376/77.

Vertrauensstellung, die Drahn innegehabt habe, der Partei kaum eine Handhabe biete, ihn für die fehlenden Stücke haftbar zu machen ¹⁵⁵⁾.

In derselben Angelegenheit wendet sich Hinrichsen einige Tage später nochmals an Kautsky und berichtet ihm von einer Aussprache mit Drahn, in der dieser behauptet habe, daß sich Originalbriefe aus dem Engels-Nachlaß während der Zeit seiner Verwaltungstätigkeit nicht im Archiv befunden hätten, sondern lediglich Abschriften, »die sich finden müßten«. Im übrigen habe er erklärt, er sei auf alles gefaßt und sehe weiteren Angriffen auf seine Person mit Ruhe entgegen. Auf die ihm dann vorgelegte Frage, ob er der Verfasser der Moskauer Schrift sei, habe er erwidert, daß er nur der Korrektor gewesen sei. »Es steht also fest«, schließt Hinrichsen, »daß Drahn mit dem Herausgeber der verstümmelten Engels-Briefe mindestens in engster Verbindung steht« ¹⁵⁶⁾.

Die Anschuldigung der Veruntreuung wurde von Kampffmeyer im Zusammenhang mit der Besprechung des Drahn-Buches über die deutsche Sozialdemokratie in massiver Form öffentlich wiederholt. Er nannte den Autor einen »phantasielosen Zeilenreißer«, der sich wohl die Dokumente und Schriften der Sozialdemokratie aneignen könne, nicht aber deren Ideen.

Es ist nicht bekanntgeworden, daß Drahn sich gegen den ehrenrührigen Vorwurf zur Wehr gesetzt hätte. Der Spielraum für seine literarische Arbeit hatte sich nunmehr weiter verengt, doch erschien er bis 1938 alljährlich in Kürschners Gelehrtenkalender. Den letzten Eintragungen entnimmt man, daß er am 25. März 1873 in Stargard (Pommern) geboren und nach wie vor in Berlin-Steglitz ansässig war. Weiter heißt es, Drahn sei früher »Begutachter an der Preussischen Staatsbibliothek« gewesen. Von Drahns Tätigkeit im sozialdemokratischen Parteiarchiv wie auch von seinen Beiträgen zur Bibliographie und Geschichte des Sozialismus ist jetzt nicht mehr die Rede. Als Publikationen aus seiner Feder werden lediglich aufgeführt: »Der 9. November 1918« und »Verbotene und undeutsche Bücher«, beide aus dem Jahre 1933. Die erstgenannte Schrift war eine Gemeinschaftsarbeit mit dem deutschvölkischen Schriftsteller Gottfried Zarnow, die andere »ein Führer zur völkischen Gestaltung der deutschen Leihbüchereien, zusammengestellt im Auftrage der Literatur-Prüfstelle der Fachschaft II, Leihbüchereien«. Über das fernere Schicksal Drahns im Dritten Reich war nichts in Erfahrung zu bringen. Wahrscheinlich hat er den zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Drahn ist ein Beispiel dafür, daß politisch tätige Personen, die sich zwischen verschiedene Stühle gesetzt haben, nirgendwo mehr rechte Beachtung finden und dem Gedächtnis der Nachwelt verlorengehen.



¹⁵⁵⁾ Brief vom 15. November 1921, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁵⁶⁾ Brief vom 25. November 1921, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

Blütezeit

Nachdem die Sozialdemokratie durch die politische Umwälzung Hauptträger der neuen Staatsordnung geworden war, konnten Beziehungen zu ihr und ihren Institutionen nicht mehr wie früher als gesellschaftlicher Makel empfunden werden. Die Anziehungskraft des Parteiarchivs auf die wissenschaftliche Forschung und die akademische Jugend nahm merklich zu. Die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung empfahl sich als zeitgemäßer Gegenstand für Examensarbeiten und Dissertationen. Eine gewisse Konjunktur bahnte sich an. 1925 wurden 42 Personen gezählt, die zum Zwecke ihres wissenschaftlichen Studiums das Archiv in Anspruch nahmen, darunter sieben Doktoranden. Die bemerkenswert hohe Zahl von 22 Doktoranden unter 40 Studierenden wurde im darauffolgenden Jahr erreicht. Von den 121 Besuchern des Jahres 1930 erarbeiteten sich 12 im Parteiarchiv das Material für Dissertationen und 16 für Diplomarbeiten. Die Einführung des Grundsatzes von der Gleichberechtigung der Frau in die neue Gesellschaftsverfassung hatte eine wesentliche Zunahme der weiblichen Studierenden zur Folge, die sich auch in den Besucherzahlen des Parteiarchivs widerspiegelte. Von 58 im Jahresbericht von 1927 registrierten Personen waren elf weiblich. Vier Jahre später betrug der Anteil der weiblichen Besucher 22, d. h. mehr als ein Sechstel der Gesamtzahl. Auch die starke Erhöhung des Anteils der ausländischen Gäste war ein Zeichen der neuen Zeit.

Es ist zu berücksichtigen, daß diese Statistik nur diejenigen Besucher erfaßte, die das Archiv für längere Zeit zu Studienzwecken in Anspruch nahmen, nicht aber solche, die sich nur vorübergehend dort aufhielten. Ferner muß in Betracht gezogen werden, daß Nichtmitgliedern der sozialdemokratischen Partei der Zugang nicht ohne weiteres offenstand, sie vielmehr der Empfehlung einer der Archivleitung bekannten Persönlichkeit oder einer öffentlichen Körperschaft bedurften¹⁵⁷⁾.

In dem noch erhaltenen, 1920 angelegten und mit Eintragungen bis zum 29. November 1932 versehenen Gästebuch des Parteiarchivs¹⁵⁸⁾ haben sich viele seinerzeit sehr bekannte Persönlichkeiten des geistigen und politischen Lebens verewigt. unter ihnen Leo Trotzki, der Historiker Hermann Oncken, der Philosoph Karl Vorländer, der Dichter Karl Henckell, die ausländischen Sozialistenführer Jean Longuet, Louis de Brouckère, Morris Hillquit und Th. Magnusson sowie Max, Friedrich und Kathia Adler.

Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang noch, daß zu Beginn der dreißiger Jahre eine bedeutende Zunahme der Besucherzahlen und erhöhte Anforderungen an Ausleihebüchern und Auskunftserteilung zu verzeichnen waren, und zwar als Folge der Wirtschaftskrise, in der viele arbeitslose Partei-

¹⁵⁷⁾ Hinrichsen, a. a. O., S. 120.

¹⁵⁸⁾ Aufbewahrt im IISG Amsterdam.

und Gewerkschaftsfunktionäre ihre Freizeit durch geistige Betätigung ausfüllten. Das Volumen der Sammlung war inzwischen beträchtlich gewachsen. Waren im amtlichen Bericht von 1919 die katalogisierten Bestände an Buchbänden mit 15 000 angegeben worden, »nicht eingerechnet einige hundert Zeitungs- und Zeitschriften-Jahrgänge sowie Tausende von Organisationsberichten der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften«, so verzeichnete der Bericht von 1925 bereits 26 578 Bände. Die Zahl ist jedoch fragwürdig, denn 1927 ist von nur noch 20 790 Bänden die Rede, und der Bericht von 1928 beziffert den gesamten Buchbestand auf 15 538 Werke in 21 216 Bänden. Diese Angabe deckt sich ungefähr mit der Hinrichsens vom Februar 1928, der 15 326 Werke in 20 919 Bänden verzeichnet und sich dabei auf eine »genaue Zählung« beruft ¹⁵⁹). Die Schwierigkeiten einer zahlenmäßig genauen Erfassung von größeren Büchereibeständen liegen auf der Hand, auch können sich in Zahlenstatistiken, die oft eilig zusammengestellt werden, leicht Irrtümer oder Druckfehler einschleichen. Zu berücksichtigen bleibt aber auch, daß eine Bibliothek mit so speziellem Aufgabengebiet darauf bedacht sein mußte, die ihr gesetzten Grenzen möglichst nicht zu überschreiten, um der Gefahr einer Verfälschung ihres Charakters vorzubeugen. Daher stand den Neuerwerbungen die oft schon aus räumlichen Gründen gebotene Ausscheidung zweckfremder Literatur gegenüber. Auch mußten ausgeliehene Bücher, die nicht zurückgegeben wurden und auch nicht wieder einzutreiben waren, abgeschrieben werden. Das Ausleihen war zwar grundsätzlich unzulässig, ließ sich aber nicht immer vermeiden, was damit begründet wurde, daß die wissenschaftlichen Bibliotheken auf diesem Gebiet »vollkommen« versagten ¹⁶⁰).

Raritäten und Rarissima

War die Archivbücherei, was ihren zahlenmäßigen Umfang betrifft, gemessen an dem anderer wissenschaftlicher Bibliotheken auch nicht sonderlich imponierend, so übertraf sie doch viele an ideellem und wissenschaftlichem Wert. In ihrer Eigentümlichkeit und Reichhaltigkeit war sie unvergleichlich. Nirgendwo sonst gab es eine so umfassende Sammlung von Literatur zur Geschichte der sozialistischen Ideen und der sozialen Bewegungen. Sie enthielt nicht nur die Werke, in denen sich die Ergebnisse vieljähriger historischer Forschungsarbeit niedergeschlagen hatten, sondern auch einen großen und bedeutenden Bestand an Originalschrifttum vergangener Epochen, also die eigentliche Quellenliteratur, wie sie in dieser Konzentration und Lückenlosigkeit in ähnlichen oder verwandten Instituten nicht anzutreffen war. Sie reichte zurück bis zur großen französischen Revolution als dem Ausgangspunkt aller modernen Bestrebungen, überkommene politische und soziale Ordnungen zu verändern, um sie den

¹⁵⁹) Hinrichsen, a. a. O., S. 118.

¹⁶⁰) Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1928, S. 182.

Bedingungen einer veränderten Umwelt anzupassen. Zu den größten Seltenheiten gehörten periodische Druckschriften aus jener Zeit wie der Pariser »Le Moniteur universel« in der kompletten Reihe von 1789 bis 1815, »Le Point du jour«, Paris, 1789, die »Strassburgische Zeitung« von 1789 und die berühmten Göttinger Revolutionsalmanache der Jahre 1793 bis 1801, ferner die zeitgenössische Geschichtsschreibung von Peltier »Histoire de la révolution du 10. août«, 1792, von Proudhon »Révolutions de Paris« und »Histoire de la révolution de 1789«, Paris 1790 bis 1798, und von James White »The History of the Revolution in France«, London 1793. Die theoretischen Schriften der bedeutenden utopischen Sozialisten lagen größtenteils in Erstausgaben vor, so die der Franzosen Cabet, Considérant, Fourier, Proudhon und Saint Simon, des Engländers Robert Owen und des Deutschen Wilhelm Weitling sowie der deutschen Frühsozialisten Karl Grün und Moses Heß. Zeugen der letzten Jahre des französischen Bürgerkönigtums waren die fortschrittlichen Pariser Blätter »L'Egalitaire, Journal de l'Organisation sociale«, 1841, »Revue sociale«, 1845/1846, »Revue encyclopédique«, 1845/1846, und »La Ruche populaire«, 1842. An die englische Chartistenbewegung der dreißiger und vierziger Jahre erinnerten ihr berühmtes Organ »Northern Star« sowie die Zeitschriften »Notes to the People« und »Democratic Review«. Aus dem Deutschland jener Zeit, wo die Karlsbader Zensurvorschriften von 1819 dem Aufkommen einer freiheitlichen Presse noch immer im Wege standen, stammten die »Halleschen Jahrbücher« von Arnold Ruge, 1838 bis 1841, die von Karl Marx redigierte »Rheinische Zeitung«, Köln, 1842/1843, das »Westphälische Dampfboot« von Otto Lüning und Josef Weydemeyer, Bielefeld, 1845, und der »Gesellschaftsspiegel« von Moses Heß, Elberfeld 1845/1846. Als Unica gelten konnten auch »Der Geächtete« von Jacob Venedy, Paris 1834/1835, Wilhelm Weitlings »Hülferuf der deutschen Jugend«, Genf 1841 (später unter dem Titel »Junge Generation«, Vevey), die »Deutsch-französischen Jahrbücher« von Marx und Ruge, Paris 1844, und die »Deutsche Brüsseler Zeitung«, Brüssel 1847. Das Sturmjahr 1848 war vertreten mit zahlreichen periodischen Druckschriften, die meist Eintagsfliegen waren, ausgenommen die »Neue Rheinische Zeitung«, Köln 1848/1849 (mit ihrer von London aus versuchten Fortsetzung »Politisch-oekonomische Revue«, 1849) und »Das Volk«, Berlin, später unter dem Namen »Verbrüderung«, Leipzig, begründet von Stephan Born. Interessante Dokumente jener bewegten Tage waren auch die »Deutsche Reichstags-Zeitung« und das »Volkstaschenbuch Vorwärts!«, beide von Robert Blum, Frankfurt 1848, »Der Nürnberger Trichter« 1849, und der »Komische Volkskalender für 1849« von Adolf Glaßbrenner.

Die Schriften von Marx und Engels besaß das Archiv meist in ihren Erstausgaben, zum Teil mit handschriftlicher Widmung der Autoren. Von den Zeitungen und Zeitschriften, an denen sie von London aus mitgearbeitet hatten, wurden Exemplare mit ihren Beiträgen aufbewahrt, beispielsweise die »New York

Daily Tribune«, die »Neue Oder-Zeitung«, Breslau, die »Free Press«, London, und die »Pall Mall Gazette«, London, letztere mit den kritischen Kriegsberichten von Engels. Aus der Reihe der Flüchtlingsblätter seien herausgegriffen »Das Volk«, London 1859, »Hermann«, London 1864, und »Der Pionier« von Karl Heinzen, New York, der in der lückenlosen Reihe von 1856 bis 1879 vorhanden war. Selbstverständlich fehlten nicht die sozialdemokratischen Parteiorgane aus den Anfangsjahren der Bewegung, unter ihnen der »Nordstern«, Hamburg 1862 bis 1866, »Der Social-Demokrat«, Berlin 1864 bis 1871, mit dem Nachfolgeblatt »Neuer Social-Demokrat«, Berlin 1871 bis 1876, der »Agitator«, Berlin 1870/71, der zeitweilig die Funktion eines amtlichen Organs der Lassalleaner übernommen hatte, die »Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung«, herausgegeben von den Arbeiterbildungsvereinen, Coburg 1863 bis 1866, die »Deutsche Arbeiterhalle«, Organ des Vereinstages der deutschen Arbeitervereine, Mannheim 1867 und das Pressekuriosum aus der Ära Tessedorf »Lassalle'sche Westentaschenzeitung für Arbeiter«, Berlin 1875. Aus der Zeit des Sozialistengesetzes erfaßte die Sammlung alle wesentlichen in Deutschland erschienenen periodischen Druckschriften mit offener oder getarnter sozialdemokratischer Tendenz, bei denen es sich in der Regel um kurzlebige Versuche handelte, darüber hinaus die verschiedenen Emigranten-Zeitschriften, darunter Karl Hirschs »Laterne« in Briefcouvertformat, Brüssel, Johann Mosts Londoner »Freiheit«, die anarchistischen Organe »Die Autonomie« und »Londoner Arbeiterzeitung« sowie die sogenannten Spitzbubenblätter »Lumpenproletarier«, London 1893, »Die Rache«, »Die Anarchie« und »Der Einbrecher, Wien 1892/1893. Schließlich sei noch erwähnt die reichhaltige Kollektion anarchistischer Buchliteratur mit den Erstausgaben der Schriften von Max Stirner, Wilhelm Marr, Krapotkin und Bakunin ¹⁶¹⁾.

An wissenschaftlichem Wert wurden die bibliophilen Kostbarkeiten zum Teil noch übertroffen durch die schriftlichen Nachlässe bedeutender Sozialistenführer. Zu den bereits erwähnten von Johann Philipp Becker, Jung, Heß, Marx, Engels und Motteler hatten sich in späteren Jahren noch die von Vollmar, Bernstein, Schlüter, Weydemeyer, Adolf Braun, Hermann Müller, Friedrich Bartels sowie der des französischen Sozialisten und Philosophen Pierre Leroux (1797–1871) »in vier starken Bänden« gesellt. Laut Jahresbericht von 1926 wurden die Nachlässe von Heß, Jung, Motteler und Vollmar »nochmals nach ihrem sachlichen Inhalt gesichtet und geordnet«, wodurch wichtige Briefe, Aktenstücke und Aufzeichnungen den Bearbeitern dieser Materialien leichter zugänglich geworden seien ¹⁶²⁾.

Ergänzt wurde der Bestand an Büchern und Archivalien durch eine Sammlung

¹⁶¹⁾ Vom Verfasser überarbeitete und nach dem Katalog des Parteiarchivs von 1927 ergänzte Aufstellung von Drahn, a. a. O., S. 521/22.

¹⁶²⁾ Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1926, S. 55.

von parteigeschichtlichen Bildern und Denkwürdigkeiten. Die Bedeutung eines Bildarchivs war frühzeitig von den Mottelers erkannt worden. Schon in London legten sie eine Sammlung von Fotografien an, in der sie »alle hervorragenden Männer der Partei vereinigt sehen« wollten, und erbaten dazu von Kautsky sein Foto in »Cabinet-Form«¹⁶³). Aber erst als die Verbesserung der Reproduktionstechnik und das Aufkommen der Filmpropaganda eine steigende Nachfrage nach parteigeschichtlichen Bilddokumenten bewirkt hatten, wendete sich einer bis dahin stiefmütterlich behandelten Archivsparte stärkere Beachtung zu. Hinrichsen verweist in einem Brief an Louise Kautsky vom Jahre 1927 mit Stolz auf seine Fotosammlung, »die ich soeben alphabetisch [geordnet] in einem besonderen Schrank untergebracht habe«¹⁶⁴). Der Jahresbericht von 1929 bezifferte den Bildarchivbestand auf 1602 für Reproduktionen geeignete Photographien¹⁶⁵).

Zu den Denkwürdigkeiten gehörten die Totenmasken Lassalles und Bebels, zwei Metallschilder, die 1864 in dem von der Gräfin Hatzfeld veranstalteten Umzug mit der Leiche Lassalles quer durch Deutschland mitgeführt worden waren¹⁶⁶) sowie der historische Kranz, der das Haupt des toten Lassalle geschmückt hatte. Die Ronsdorfer Sozialdemokraten, denen die mütterliche Freundin Lassalles den Kranz übergeben hatte, »zum Andenken an den Ronsdorfer Schwur«¹⁶⁷), hatten ihn zu Beginn der zwanziger Jahre dem Parteivorstand zur Verfügung gestellt.

Stiefkind oder Sorgenkind?

Über die bibliothekstechnischen Einrichtungen wissen wir einiges durch Drahmann. Seiner Darstellung zufolge wurden die Eingänge an Büchern und Zeitschriften »zuerst laufend nach Nummern aufgestellt, nur daß sprachliche Grenzen gezogen und für französische, englische, russische usw. Literatur besondere Abteilungen durch Überspringen von Nummern geschaffen wurden«. Getrennt davon aufgestellt waren Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle, Jahrbücher und Kalender sowie eine Handbibliothek mit Nachschlagewerken und Gesetzes-

¹⁶³) Brief von Emilie Motteler, 29. Mai 1895, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁶⁴) Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁶⁵) Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1929, S. 221.

¹⁶⁶) Conrad, Alexander, Ein Gang durchs Parteiarchiv, Vorwärts-Almanach, Berlin 1921, S. 67.

¹⁶⁷) Der Ronsdorfer Schwur bildete den Abschluß der letzten öffentlichen Rede Lassalles auf dem Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in Ronsdorf am 22. Mai 1864. Lassalle schloß mit den Worten: »Möge mit meiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht zugrunde gehen, sondern die Feuersbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter fressen, solange ein einziger von euch atmet. Das verspreche mir, und zum Zeichen dessen hebt eure Rechte empor.« Die Versammlung folgte dieser Aufforderung. Vgl. F. Lassalle: Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1919, Bd. IV, S. 229.

sammlungen. Dokumente, Briefe und Originalmanuskripte waren dagegen von Anfang an sekretiert¹⁶⁸⁾.

Neben dem Namenskatalog gab es den um die Jahrhundertwende angelegten Sachkatalog. Er wurde 1927 erneuert und umfaßte nunmehr 1020 Seiten in Maschinenschrift, auf drei großformatige und dickleibige Bände verteilt. Der Katalog wurde in einer beschränkten Auflage vervielfältigt und konnte von Interessenten zum Preise von 60,- Mark bezogen werden. 1932 erschien ein Ergänzungsband. Über die Zweckmäßigkeit des Systems waren die Meinungen geteilt. Friedrich Salomon, der von 1928 bis 1933 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Parteiarchiv war, hat später, als er in der Emigration in Prag mit Plänen für einen Wiederaufbau des Archivs befaßt war, in bezug auf die Organisation vieles als verbesserungswürdig bezeichnet. In einem Exposé klagt er über Mißstände und führt sie auf eine unzureichende Wertschätzung der Einrichtung zurück, die immer ein »Stiefkind der Bewegung« gewesen sei. Kompetenz- und Arbeitsschwierigkeiten seien infolgedessen unvermeidlich gewesen¹⁶⁹⁾.

Das Urteil, das in dieser und jener Beziehung zweifellos zutrifft, erscheint in der Summierung etwas überspitzt. Auf keinem der sozialdemokratischen Parteitage war Kritik am Parteiarchiv laut geworden, wie es denn dort auch überhaupt niemals Gegenstand von Diskussionen gewesen ist. Darin drückte sich weniger Geringschätzung als mangelnde Sachkenntnis aus, die vielleicht auch zum Teil auf unzureichender Information beruhte. Was das Archiv betrifft, so ist eine gewisse Scheu der Parteiführung vor der Publizität nicht zu verkennen. Das gilt zumindest für die Zeit vor 1914, als die Sozialdemokratie noch politisch suspekt war und polizeilich überwacht wurde. Immerhin barg das Archiv Urkunden, die als Belastungsmaterial gegen die Partei oder einzelne ihrer Funktionäre hätten dienen können und deren Schutz dadurch gefördert werden konnte, daß man das Archiv möglichst wenig ins öffentliche Gespräch brachte. Für die Parteiführung ist es sicher kein Stiefkind gewesen, eher ein Sorgenkind.

An ihren finanziellen Aufwendungen für das Archiv läßt sich der Grad der Bedeutung, den sie diesem beigemessen hat, nicht schlüssig ablesen. Die Bestände an älterer Literatur, Briefsammlungen und anderen Dokumenten stammten größtenteils aus Schenkungen und Hinterlassenschaften. In früheren Jahren genügte in der Regel der Appell an den Idealismus der Parteigenossen, die in ihrer Anhänglichkeit an die Bewegung auch gar nicht auf den Gedanken kamen, aus der Hergabe ihres literarischen Besitzes einen geschäftlichen Nutzen zu ziehen. Daraus erklärt sich die Reserve der Parteiführung, Geldmittel für Neuerwerbungen bereitzustellen¹⁷⁰⁾.

Über die Höhe der Aufwendungen für das Archiv gibt die Übersicht der Partei-

¹⁶⁸⁾ Drahn, a. a. O., S. 521.

¹⁶⁹⁾ Salomon, Friedrich, Anregungen zum Wiederaufbau des Parteiarchivs, Prag, 17. April 1934, Salomon-Nachlaß, SPD-Archiv Bonn.

¹⁷⁰⁾ Vergl. Motteler an Kautsky über den Ankauf des Jung-Nachlasses S. 36.

hauptkasse für die Zeit vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907 erstmalig Aufschluß. Danach wurden in jenem Haushaltsjahr 7654,97 Mark ausgegeben, und zwar zusammen für das Archiv und das Fraktionssekretariat. Der gemeinsame Titel ergab sich aus der damaligen Personalunion der beiden Funktionen Archivleiter und Fraktionssekretär. Das Gehalt für Grunwald wurde jedoch nicht aus diesem Titel bestritten, was daraus geschlossen werden kann, daß in einzelnen Monaten die Ausgaben 162,— Mark nicht überstiegen. Es dürfte vielmehr in dem Titel »Gehälter und Verwaltungsausgaben« enthalten gewesen sein, für den im genannten Rechnungsjahr 34 667,— Mark aufgewendet wurden. Der auf die Fraktion entfallende Anteil des Gehalts für Grunwald wurde von der Fraktionskasse der Parteikasse ersetzt, und dieser Posten unter den »Vermischten Einnahmen« verbucht¹⁷¹⁾. Von 1909 ab ist in der Übersicht vom Fraktionssekretariat nicht mehr die Rede, es gibt nur noch den Titel »Archiv«, was das Absinken der Ausgaben im Haushaltsjahr 1908/09 auf 3925,67 Mark erklären könnte¹⁷²⁾. Im Kassenbericht für das letzte Vorkriegsjahr erscheint das Archiv mit 10 726,— Mark bei einer Gesamtausgabe von 1 825 714 Mark, was einen Anteil von etwas mehr als 0,5 Prozent bedeutet¹⁷³⁾. Die schwere Krise, von der die Partei während des ersten Weltkrieges durch die Spaltung und die Einberufungen zahlreicher Mitglieder zum Heeresdienst betroffen wurde, blieb auch auf die Haushaltsgebarung nicht ohne Einfluß. Die Mitgliederzahl fiel von rund 1 085 000 am 31. März 1914 auf 249 000 am 31. März 1918, die Beitragseinnahmen gingen im gleichen Zeitraum von 786 000 Mark auf 134 000 Mark zurück. Das Gesamtvolumen der Ausgaben erfuhr eine drastische Senkung auf 815 000 Mark, wobei das Archiv mit einem Aufwand von 6558,— Mark noch verhältnismäßig glimpflich davonkam¹⁷⁴⁾. Der sprunghafte Anstieg auf 33 638,— Mark im Rechnungsjahr 1920/21¹⁷⁵⁾ dürfte in erster Linie eine Folge der Geldentwertung gewesen sein. Trotz der erhöhten Anforderungen, die in der Zeit der Weimarer Republik an das Archiv gestellt wurden, änderte sich nach der Stabilisierung der Mark das Bild nur unwesentlich. Durchschnittlich wurden in jedem der sechs Kalenderjahre von 1926 bis 1931 etwa 30 000,— Mark für das Archiv zur Verfügung gestellt, was einem Anteil von nur etwa einem Prozent der Gesamtrechnung entspricht, wobei immer vorausgesetzt wird, daß die Gehälter der Archivbediensteten im Titel »Persönliche Verwaltungskosten« untergebracht waren, der beispielsweise 1929 mit über 190 000,— Mark ausgewiesen wurde¹⁷⁶⁾. In diesem Zusammenhang muß allerdings der außerordentliche Beitrag zur historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung erwähnt werden, den der

¹⁷¹⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Essen 1907, S. 66 ff.

¹⁷²⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Leipzig 1909, S. 69.

¹⁷³⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Würzburg 1917, S. 46.

¹⁷⁴⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Weimar 1919, S. 16, 52, 54.

¹⁷⁵⁾ Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1929, S. 268.

¹⁷⁶⁾ Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Görlitz 1921, S. 50.

Parteivorstand im Jahre 1929 mit dem Umbau des Karl-Marx-Hauses in Trier und seiner Herrichtung als Museum und Marx-Erinnerungsstätte geleistet hat. Er wendete dafür den ansehnlichen Betrag von 41 720,— Mark auf¹⁷⁷⁾. In der Zeit vom 14. September bis Jahresschluß wurde aus Anlaß der in Aussicht genommenen Überführung von »Ölgemälden, Skulpturen und Reliquien« eine der Öffentlichkeit zugängliche Ausstellung der betreffenden Gegenstände »im großen Lesesaal« des Parteiarchivs veranstaltet¹⁷⁸⁾. Die Wirtschaftskrise zwang dann allerdings den Parteivorstand, die »Fertigstellung« des Museums im Karl-Marx-Haus und seine »Übergabe an die Parteiöffentlichkeit auf eine spätere Zeit zu vertagen«¹⁷⁹⁾. Es war nicht festzustellen, ob eine offizielle Übergabe überhaupt stattgefunden hat, möglicherweise wurde sie durch die politische Entwicklung verhindert.

Moskau und der Marx-Engels-Nachlaß

Jonny Hinrichsen war der letzte Verwalter des alten Parteiarchivs. Geboren am 14. November 1868 in Hamburg, hatte er das Zimmererhandwerk erlernt und war seit 1908 Angestellter in seiner Berufsgewerkschaft gewesen, zuletzt als stellvertretender Leiter der Zahlstelle Berlin. Er besaß keine fachliche Vorbildung für die Archivarbeit, scheint aber diesen Mangel nicht nur durch Liebe zur Sache, sondern auch durch Zuverlässigkeit, Treue und Uneigennützigkeit weitgehend ausgeglichen zu haben, Eigenschaften, auf die der Parteivorstand nach der Enttäuschung mit Drahn doppelten Wert legen mußte.

1921 trat Paul Kampffmeyer als literarischer Berater in die Dienste des Parteiarchivs und gleichzeitig auch in die der Buchhandlung des Parteiverlages J. H. W. Dietz. Er besaß bereits einen Ruf als Historiker, den er im Laufe der zwanziger Jahre durch zahlreiche Publikationen weiter erhärten konnte. Am 29. November 1864 in Berlin geboren, war er um 1890 wie Schippel einer der »Jungen« gewesen, die der Parteileitung und der Reichstagsfraktion »Diktaturgelüste«, »Versumpfung« und »Korruption« vorgeworfen und dadurch eine Krise hervorgerufen hatten, die 1891 auf dem Erfurter Kongreß mit dem Parteiausschluß ihrer Hauptwortführer endete. Aus Protest gab Kampffmeyer seine damalige Stellung als Redaktionsmitglied der »Magdeburger Volksstimme« auf und lebte jahrelang in Zurückgezogenheit von der Tagespolitik, aus der er erst 1899 als Arbeitersekretär in Frankfurt a. M. wieder hervortrat. Nach zweijähriger Tätigkeit als Redakteur an der »Krankenkassen-Zeitung« kam er 1905 als Arbeitersekretär nach München und leitete von 1907 ab die politische Redaktion der »Münchener Post«, nach 1918 war er auch deren Chefredakteur. Obwohl die Archivverwaltung weiterhin in den Händen von Hinrichsen blieb,

¹⁷⁷⁾ Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1930, S. 303.

¹⁷⁸⁾ Ebenda, S. 259/60.

¹⁷⁹⁾ Ebenda, S. 193.

wuchs Kampffmeyer auf Grund seiner besonderen Qualifikation bald in die Position eines wissenschaftlichen Leiters hinein. Von der Aufgabe eines Archivars hatte er eine hohe Auffassung¹⁸⁰⁾. Sein Ziel war es, das Archiv zu einer zentralen Forschungsstelle für die Geschichte des Sozialismus auszubauen. Er verstand es, namhafte Gelehrte zu interessieren und für eine ständige Mitarbeit zu gewinnen, so den Lassalle- und Engels-Forscher Prof. Gustav Mayer, der damals Dozent für die Geschichte der Arbeiterbewegung an der Berliner Universität war. Das gleiche Ziel leitete ihn bei einer Zusammenarbeit mit dem Marx-Engels-Institut in Moskau, das im Herbst 1923 mit der Vorbereitung einer erstmaligen Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels begann, die 42 starke Bände umfassen sollte. Sie war als eine »internationale« Ausgabe gedacht und sollte zunächst in deutscher Sprache von der Marx-Engels-Archiv-Verlags-Gesellschaft mbH, Frankfurt a. M., herausgebracht werden, einem Unternehmen, das eigens zu diesem Zweck von dem Moskauer Institut in Gemeinschaft mit der Gesellschaft für Soziale Forschung e. V., Frankfurt a. M., gegründet worden war. Initiator war David B. Rjasanow, der Schöpfer und Leiter des Marx-Engels-Instituts, der vor der Oktoberrevolution viele Jahre als russischer Emigrant in Deutschland gelebt und in freundschaftlichen Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie gestanden hatte. Er war ständiger Mitarbeiter der »Neuen Zeit« gewesen und hatte vor dem ersten Weltkrieg im Auftrag des Parteivorstandes eine Sammlung der Zeitungs- und Zeitschriftenartikel herausgegeben, die Marx und Engels für die »New York Tribune« geschrieben hatten. Das MEGA-Vorhaben war nicht zu bewerkstelligen ohne die Mithilfe des Berliner sozialdemokratischen Parteiarchivs mit seinen reichen Beständen an Briefen, Dokumenten und älteren Werken der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Nachdem die Sowjetregierung dem Plan Rjasanows zugestimmt und die dafür notwendigen Mittel bewilligt hatte, wurde durch Vermittlung von Luise Kautsky, Rudolf Hilferding und Adolf Braun der weitaus größte Teil des Marx-Engels-Nachlasses dem Herausgeber zugänglich gemacht¹⁸¹⁾. Zur Unterstützung des Vorhabens hatte Bernstein die Teile des Nachlasses, die sich zur wissenschaftlichen Bearbeitung und Auswertung noch in seiner Obhut befanden, laut einer Erklärung vom 19. Dezember 1924 dem Parteiarchiv übergeben und der Frankfurter Gesellschaft »alle seine Urheber- bzw. Herausgeberrechte an den Schriften und Briefen von Marx/Engels« übertragen, auch für die Zukunft

¹⁸⁰⁾ In einer Bewerbungsunterlage vom 28. September 1935 schreibt Friedrich Salomon u. a.: »Als mich Paul Kampffmeyer als wissenschaftlichen Mitarbeiter ins Parteiarchiv holte, erklärte er mir, er wolle einen Menschen, der das Archiv als seine Lebensaufgabe ansähe, nicht als Sprungbrett für eine politische oder sonstige Karriere.« – Salomon-Nachlaß, SPD-Archiv Bonn.

¹⁸¹⁾ Rjasanow im Vorwort des 1. Bandes der Marx-Engels-Gesamt-Ausgabe, Frankfurt a. M. 1927, S. XXVII.

»auf weitere Herausgebertätigkeit an diesen Werken« verzichtet. Er hatte sich lediglich vorbehalten, seinen eigenen Briefwechsel mit Friedrich Engels, zu dessen Herausgabe er sich bereits dem Dietz-Verlag gegenüber verpflichtet hatte, zunächst in diesem Verlag zum Abdruck zu bringen¹⁸²). Im Vorwort zu diesem Briefwechsel, der im darauffolgenden Jahre erschien, weist der Herausgeber einleitend darauf hin, daß diese Briefe bereits im Frühsommer des Jahres 1924 in russischer Übersetzung erschienen seien, herausgegeben von Rjasanow, »dem ich die Briefe einige Monate vorher zugleich mit in meiner Verwahrung befindlichen Manuskripten Engels'schen Abhandlungen zur photographischen Abbildung und etwaigen späteren Veröffentlichung im Russischen überlassen hatte«. Jahrelang konnten die Beauftragten des Moskauer Instituts im Parteiarchiv ungehindert arbeiten und Fotokopien der Originale aus dem Nachlaß herstellen. Da aber ungeachtet dieses großen Entgegenkommens die russischen Kommunisten fortfuhren, die deutschen Sozialdemokraten zu diffamieren, auch nicht davor zurückschreckten, ihre eigenen Marx-Engels-Publikationen mit antisozialdemokratischen Kommentaren zu versehen, gelangte man mit der Zeit zu Überlegungen, ob die Begünstigung des sowjetischen Unternehmens unter diesen Umständen noch länger verantwortet werden könnte. Auf Grund von Beschwerden über eine mißbräuchliche Benutzung der Dokumente beschloß der Parteivorstand im Jahre 1930, dem Moskauer Institut das Fotokopieren nicht mehr zu gestatten, und zwar auf Antrag von Hilferding und Hermann Müller, die der Ansicht waren, daß »einer völligen ideellen Ausplünderung des Archivs« vorgebeugt werden müsse¹⁸³).

Vergeblich versuchte Rjasanow in einer persönlichen Intervention den Parteivorstand zur Zurücknahme seiner Entscheidung zu bewegen. Er wurde von dem hauptamtlichen Vorstandsmitglied Dittmann empfangen, dessen Dezernat seit dem Ableben Adolf Brauns das Parteiarchiv unterstand. In einer Aktennotiz, die Dittmann über die Unterredung ausgefertigt hat, heißt es u. a.: »Sie sagen zwar (die Russen), sie sprächen nur als Wissenschaftler, nicht als Politiker, aber die Moskauer Machthaber betrachten ihre Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Propaganda durchaus politisch, und auch wir müssen politisch dazu Stellung nehmen¹⁸⁴).«

Wegen der Editionsrechte an Manuskripten aus dem Nachlaß war es schon einige Monate zuvor zu einer Kontroverse zwischen dem Parteivorstand und Rjasanow gekommen. Offenbar hatte Bernstein auf Wunsch des Parteivorstandes den Leiter des Moskauer Instituts aus gegebener Veranlassung darauf aufmerksam gemacht, daß die Rechte ausschließlich beim Parteivorstand lägen und bei Publikationen dessen Zustimmung in jedem Falle einzuholen sei. Das wurde von Rjasanow

¹⁸²) Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

¹⁸³) Wilhelm Dittmann an Maximilian Rubel, Paris, 26. März 1952, SPD-Archiv Bonn.

¹⁸⁴) Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

angezweifelt, und zwar unter Berufung auf die Bernstein-Erklärung vom Jahre 1924. Diese Erklärung war in der Tat fragwürdig und stellte die Rechtslage jedenfalls nicht eindeutig klar, was dem Parteivorstand aber erst durch die Reklamation von Rjasanow bewußt geworden zu sein scheint. Er dürfte nunmehr auf Bernstein eingewirkt haben, um ihn zu einem Schritt zu bewegen, der den rechtlichen und politischen Belangen des Parteivorstandes Rechnung trug. Bernstein kam auch diesem Verlangen prompt nach und richtete unter dem 16. November 1929 folgendes Schreiben an die Gesellschaft, in dem er sich den Standpunkt des Parteivorstandes voll zu eigen macht und seine Erklärung vom 19. Dezember 1924 ausdrücklich widerruft:

Geehrte Gesellschaft!

Neuerliche Vorkommnisse veranlassen mich, auf die Erklärung zurückzukommen, die ich Ihnen unter dem 19. 12. 1924 abgegeben habe. Herr Rjasanow vom Marx-Engels-Institut hat sich dem Parteivorstand der SPD gegenüber auf diese meine Erklärung berufen und aus ihr für sich das Recht abgeleitet, das ich dort lediglich Ihnen übertragen. Es besteht zwischen uns kein Geschäftsvertrag, der mich verpflichten könnte, Ihnen Stücke aus den in meiner Verwahrung befindlichen Manuskripten usw., Nachlaß von Friedrich Engels, auszuhändigen. Entscheidend fällt dabei zunächst in Betracht, daß ich diesen Nachlaß nicht als mein Eigentum sondern als anvertrautes Gut betrachte, und daß mein verstorbener Freund und Parteigenosse August Bebel, dem und mir Friedrich Engels in seinem Testament vom 29. 7. 1893, Kodizill vom 26. 7. 1895, diese Schriftstücke hinterlassen hat, und ich darüber einig waren, daß wir dabei von Engels nur als Vertrauenspersonen der SPD gedacht waren, daß er *ihr* als eigentlicher Erbin diese wie andere Teile seines Nachlasses zugedacht hatte und demgemäß dem Vorstand der SPD in jedem Einzelfalle die maßgebliche Entscheidung über die Verwendung dieses Nachlasses zuerklärt habe. Nach Bebels Tod habe ich selbstverständlich an dieser Regelung festgehalten und über kein Stück des Nachlasses verfügt, ohne mich vorher mit meinem Parteivorstand darüber verständigt zu haben, wobei, wie Ihnen ja wohl bekannt ist, das jüngst verstorbene Mitglied des Vorstandes Adolf Braun bis zuletzt als Mittelsperson fungiert hat. Es geschah denn auch aufgrund einer solchen vorhergegangenen Verständigung, daß ich Ihnen seinerzeit die Erklärung abgegeben, auf welche sich jetzt Rjasanow gegenüber dem Parteivorstand beruft. Ich kann deshalb diese Erklärung nicht aufrechterhalten. Sie erfolgte meinerseits unter Voraussetzungen, die sich nachträglich als völlig irrig herausgestellt haben. Ich nahm an, daß diese Ihre Gesellschaft in dem Geiste geleitet werde, der einst Grünbergs Archiv auszeichnete, aber den parteipolitischen Tendenzen des Moskauer Marx-Engels-Instituts gegenüber sich durchaus unabhängig verhalte. Da das ein Irrtum war, der Moskauer Geist aber sich systematisch in gehässigen Verdächtigungen und Verleumdun-

gen aller der bolschewistischen Politik unabhängig gegenüberstehenden Sozialisten, ganz besonders der SPD, geltend macht und dadurch jedes harmonische Zusammenarbeiten dieser mit von ihm beeinflussten Körperschaften dauernd verhindert, sehe ich mich veranlaßt, meine erwähnte Erklärung hiermit ausdrücklich und in aller Form zurückzuziehen. Ich bestreite Ihnen jedes Recht, unter Berufung auf sie die Auslieferung von Stücken des mir anvertrauten Manuskripte-Briefe-Nachlasses an Sie zu verlangen, als dessen Eigentümer ich lediglich den Vorstand der SPD anerkenne.

Mit gebührender Achtung ¹⁸⁵⁾.

Rjasanow gab sich indessen mit diesem Bescheid noch nicht zufrieden, sondern legte dem Parteivorstand Fotokopien der Bernstein-Erklärung von 1924 sowie eines Briefes vor, den Adolf Braun am 1. Dezember 1924 an die Frankfurter Gesellschaft geschrieben hatte. Braun hatte diesem Brief zufolge das Gesuch der Gesellschaft, ihr Herausgeberrechte am Marx-Engels-Nachlaß zu übertragen, an Bernstein weitergeleitet, zusammen mit einem gleichzeitig empfangenen Scheck über 4200 Mark und mit der Bitte, den Brief der Gesellschaft zu beantworten und den von ihr gewünschten »Revers« zu unterschreiben. Mit diesen 4200 Mark sollten offenbar bereits in Anspruch genommene Herausgeberrechte abgegolten werden.

Jetzt war der Parteivorstand gezwungen, sich eingehender mit diesem komplizierten Fall zu beschäftigen. In einem ausführlichen Schreiben, gez. Dittmann, nahm er zu der Eingabe Rjasanows Stellung. Er bezeichnete darin die Schlußfolgerung Rjasanows aus dem Schriftwechsel von 1924 als falsch und stellte den seinerzeitigen Vorgang folgendermaßen dar:

Braun habe den Brief der Gesellschaft mit dem Scheck an Bernstein gar nicht weitergegeben, vielmehr den Scheck auf das Konto des Parteivorstandes übertragen lassen und dann das Geld durch Boten, »einen unserer Kassenangestellten«, Bernstein persönlich überbringen lassen. In einer Aussprache mit dem Parteivorsitzenden Otto Wels und Wilhelm Dittmann habe Bernstein nunmehr auf das bestimmteste erklärt, daß er sich an die Ablieferung des Geldes absolut nicht erinnere, auch in seinen Büchern keinerlei Aufzeichnungen darüber finden könne. Er habe diese Angabe auch durchaus glaubwürdig gemacht, aber ebenso glaubwürdig sei die Angabe des Kassenangestellten, der das Geld Bernstein persönlich übergeben habe. Bei Bernstein, der im Jahre 1925 zweimal einen Schlaganfall erlitten habe, könne trotz seiner im allgemeinen großen geistigen Frische eine Erinnerungslücke vorhanden sein.

Weiter wird in dem Schreiben zu der Geldgeschichte ausgeführt, daß Bernstein zwar auf Grund einer telefonischen Mitteilung Adolf Brauns gewußt habe, daß

¹⁸⁵⁾ An die Marx-Engels-Archiv-Verlags-Gesellschaft, Briefentwurf mit der Jahreszahl 1929, Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

dieser einen von der Gesellschaft stammenden Scheck an ihn per eingeschriebenem Brief abgesandt habe, daß er aber nicht habe ahnen können, daß die ihm persönlich überbrachten 4200 Mark identisch seien mit dem als Einschreibbrief avisierten Scheck, dessen Höhe ihm Braun anscheinend nicht genannt hatte. Dies erkläre auch, daß Bernstein niemals zum Bewußtsein gekommen sei, für die Überlassung des Herausgeberrechts am Marxschen Nachlaß Geld bekommen zu haben, und daß er mit gutem Gewissen diese Tatsache bestritten habe.

Sodann wird in dem Brief des Parteivorstandes festgestellt, daß Bernsteins Erklärung gegenüber der Gesellschaft vom 19. Dezember 1924 eine »einseitige Willenserklärung« sei, »kein Vertrag«. Sie enthalte kein Wort von einer Gegenleistung für die Überlassung des Herausgeberrechts. Durch die nachträgliche Aufklärung der Geldangelegenheit habe sich die Situation nicht geändert, denn Bernstein habe niemals von dem »Verkauf« gewußt und niemals in ihn eingewilligt. Das sei der entscheidende Punkt. Offenbar habe, wie das Schreiben fortführt, Braun »aus vermeintlichem wissenschaftlichem Interesse, aus alter Freundschaft zu Rjasanow und Mitgefühl mit Bernsteins ungünstiger Finanzlage am Ende der Inflationszeit den Handel tätigen wollen, »und zwar in für Bernstein möglichst schonender Form«. Durch Brauns »gutgemeintes aber etwas eigenmächtiges Vorgehen« sei die Partei rechtlich nicht gebunden, wie ja Braun übrigens selber in seinem Brief vom 21. 12. 1924 betont habe, »in dem er darauf verwies, daß der Parteivorstand keine juristische Person sei und laut § 19 des Organisationsstatuts die Partei durch keinerlei Rechtsgeschäfte verbindlich machen könne«.

Abschließend heißt es in dem Schreiben, daß der Parteivorstand, der neuerdings zu dieser ganzen Angelegenheit Stellung genommen habe, jedes Verkaufsgeschäft mit dem Marxschen Nachlaß ablehne. Soweit Materialien aus diesem und aus dem Parteiarchiv zur Verfügung gestellt worden seien, sei das unentgeltlich geschehen. Der Betrag von 4200 Mark sei an die Gesellschaft zurückzuzahlen, »natürlich nicht von Bernstein sondern vom Parteivorstand«. Deshalb sei am heutigen Tage auf das Postscheckkonto der Gesellschaft der Betrag von 4200 Mark überwiesen worden ¹⁸⁶⁾.

Damit schließen die Akten über diesen merkwürdigen Vorgang. Die Sache mit den 4200 Mark wird man durch die Darstellung des Parteivorstandes nicht als hinreichend geklärt ansehen können. Nachzutragen bleibt noch, daß Adolf Braun in seinem erwähnten Brief an die Marx-Engels-Archiv-Verlags-Gesellschaft vom 21. Dezember 1924 den Empfang des Schecks bestätigt und seinen Ausführungen über die Eigentumsrechte des Parteivorstandes am Marx-Engels-Nachlaß folgende Bemerkung angefügt hat: »Andererseits können Sie ruhig

¹⁸⁶⁾ Duplikat im Bernstein-Nachlaß, IISG Amsterdam.

schlafen und in vollem Vertrauen auf mehr als unsere Loyalität Ihre Marx-Ausgabe in Angriff nehmen ¹⁸⁷⁾.«

Rjasanows Mißerfolg könnte dazu beigetragen haben, daß er im Februar 1931 seines Postens enthoben und aus der KPdSU ausgeschlossen wurde, weil er angeblich »die konterrevolutionäre Tätigkeit der Menschewiki« unterstützt habe. Dabei war er noch im Februar 1930 anlässlich seines 60. Geburtstages in überschwenglicher Weise als »Kämpfer für die Reinheit der Marx-Engels-Theorie« gefeiert worden. Kampffmeyer widmete dem Fall Rjasanow einen Artikel, worin er die Amtsenthebung als eine Maßnahme mit politischen Hintergründen kennzeichnete, deren wirkliche Ursachen darin zu suchen seien, daß Rjasanow die Sachkenntnis hervorragender sozialdemokratischer Gelehrter für die Forschungsarbeit des Moskauer Instituts verwendet habe. Es sei nunmehr damit zu rechnen, daß das Marx-Engels-Institut im Zuge der geistigen Kollektivierung in der Sowjetunion in ein Kampfinstitut gegen die Sozialdemokratie verwandelt werde.

In diesem Zusammenhang setzte sich Kampffmeyer für eine Kontaktpflege mit den Staatsarchiven Berlins zum Nutzen der wissenschaftlichen Forschung sowie für ein gemeinsames Wirken der drei großen Organisationen der Arbeiterbewegung – Partei, Gewerkschaften und Genossenschaftsbewegung – ein. Auch hier werde sich, wie er abschließend bemerkte, die von Lassalle einst so gefeierte »Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter« bewähren ¹⁸⁸⁾.

Unter Denkmalschutz

Der Besitz des Archivs gereichte der Partei zum Ansehen. Mit Genugtuung registriert wurde ein Artikel in den von der Zentrumpartei herausgegebenen »Kommunalpolitischen Blättern«, worin das Archiv als eine »mustergültig aufgebaute und mit großen Kosten ausgestattete und unterhaltene Einrichtung« bezeichnet wurde. Das Lob war sicher darauf berechnet, zur Nachahmung anzuregen, entbehrte aber nicht der Berechtigung, da keine andere politische Partei auch nur annähernd Ähnliches aufzuweisen hatte. Hinzu kam der internationale Aspekt. Nur die sozialdemokratischen Parteien in Schweden und Finnland unterhielten gleichartige Einrichtungen, weshalb – wie Hinrichsen mit Recht hervorhebt – der Bestand des Berliner Archivs an fremdsprachiger Geschichts- und Parteiliteratur um so wertvoller erscheinen mußte. Wegen seines wissenschaftlichen und geschichtlichen Interesses für die Allgemeinheit genoß das Archiv den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken ¹⁸⁹⁾.

¹⁸⁷⁾ Akte Parteiarchiv, IISG Amsterdam.

¹⁸⁸⁾ Das Marx-Engels-Institut und die Arbeit sozialistischer Forschung, Sozialistische Monatshefte, 1931, Bd. I, S. 355 ff.

¹⁸⁹⁾ Laut folgendem Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 19. November 1923: »Die Bibliothek der sozialdemokratischen Partei hat ein Fortsetzung Seite 77

1928 wurde über eine erstmalige Verwendung der urkundlichen Materialien »zu ihrem ursprünglichen Zweck« berichtet, »nämlich um sie der späteren Generation für die Geschichte der Partei zugänglich zu machen«. Einmal sei es die fünfzigste Wiederkehr des Tages der Verhängung des Sozialistengesetzes gewesen, die den Parteivorstand veranlaßt habe, den »Archivleiter« Paul Kampffmeyer mit der Abfassung einer Jubiläumsschrift zu beauftragen. Sodann seien die Archivsammlungen für die Herstellung eines Films »Im Anfang war das Wort« verwendet worden, der auf der 1928 in Köln veranstalteten Internationalen Presseausstellung (Pressa) im »Haus der Arbeiterpresse« vorgeführt wurde. Für die Ausstellung selbst wurden die Archivbestände an Zeitungen und Zeitschriften sowie die klassische Literatur des älteren und neueren Sozialismus zur Verfügung gestellt. Aus dem gleichen Anlaß wurde die »Neue Rheinische Zeitung« von 1848/1849 in Faksimile für eine größere Auflage vervielfältigt, wozu das im Parteiarchiv befindliche Original verwendet wurde ¹⁹⁰⁾. Beachtung fand auch eine im Herbst 1931 im Rahmen des Gedenkens zum 100. Todestag des Philosophen Hegel im Parteiarchiv veranstaltete Ausstellung »Hegel und die Sozialdemokratie« ¹⁹¹⁾.

1927 hatte man sich des 45jährigen Bestehens des Parteiarchivs erinnert, wobei man vom 21. August 1882 ausgegangen war, dem Tag, an dem die Zürcher Parteikonferenz den grundlegenden Beschluß gefaßt hatte. Zuvor war schon anläßlich des Heidelberger Parteitages von 1925 »der Gründer Bebel und Geib« gedacht worden, die, wie es in der etwas unbeholfenen Berichtssprache hieß, »wohl kaum geahnt haben, welche hervorragende Bedeutung und Inanspruchnahme, die sich auf die ganze Kulturwelt erstreckt, einmal diese von ihnen befürwortete Stelle, deren Ausfüllung unserem unvergeßlichen Hermann Schlüter vorbehalten blieb, für die Geschichte der Partei einnehmen würde« ¹⁹²⁾. Wie jener Bericht, so mag auch unser Kapitel über die Blütezeit des Parteiarchivs mit dem Bekenntnis eines begeisterten Besuchers ausklingen, der sich mit folgenden Worten in das Gästebuch einschrieb: »Ergriffen von der Vergangenheit,

Fortsetzung von Seite 76

besonderes wissenschaftliches und geschichtliches Interesse für die Allgemeinheit und genießt daher den Schutz der Verordnung über den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken vom 8. Mai 1920. Auf Grund der Ziffer III der Ausführungsbestimmungen vom 7. 2. 1921 benachrichtige ich Sie hiermit, daß die genannte Bücherei in die von mir geführte Liste unter Berlin Nr. 9 eingetragen wurde. Mit der Eintragung in die Liste wird der Schutz der Verordnung wirksam, dessen Bedeutung aus der anliegenden Erläuterung ersichtlich ist.« – Hinrichsen, a. a. O., S. 119.

¹⁹⁰⁾ Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1928, S. 180/181.

¹⁹¹⁾ Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1931, S. 171.

¹⁹²⁾ Protokoll sozialdemokratischer Parteitag Heidelberg 1925, S. 56.

in die ich hier einen Blick tun durfte, umweht von dem Geist unserer Vorkämpfer, beseelen mich die heißesten Wünsche für die Zukunft des arbeitenden, schaffenden Volkes« ¹⁸³).

¹⁸³) Ebenda.

ZWEITER TEIL

In der Zwangslage von 1933

Der Übergang von der parlamentarischen Demokratie zum totalitären Einparteienstaat, den das Jahr 1933 brachte, vollzog sich nicht über Nacht, sondern als ein Prozeß in Etappen, der sich über mehrere Monate erstreckte. Hitler hatte sich gehütet, den billigen Triumph vom 30. Januar mit dem endgültigen Gelingen seines Umsturzversuchs gleichzusetzen. Damals rechnete er noch mit einem stärkeren Widerstand seiner Gegner und befürchtete namentlich einen Generalstreik mit nachfolgenden schweren inneren Kämpfen. Eine Bürgerkriegssituation hätte nicht nur das Vertrauen seiner Wähler erschüttern können, die sich vom Sieg seiner Bewegung nationale Befriedung und wirtschaftliche Gesundung versprochen hatten, sie würde auch die Gefahr einer ausländischen Intervention erhöht haben, die angesichts der scharfen Reaktion der Versailler Vertragsmächte auf die revisionistischen und expansionistischen Tendenzen des neuen deutschen Regimes ohnehin gegeben schien. Aus allen diesen Gründen wollte er den Bogen nicht überspannen und war darauf bedacht, bei der Etablierung seiner Macht wenigstens den Schein der Legalität zu wahren.

Das Bewußtsein, daß einer etwaigen Gegenbewegung damit viel Wind aus den Segeln genommen sei, lähmte den Widerstandswillen der demokratischen Kräfte. Solange sich Hitler an die Verfassung hielt, mußten außerparlamentarische Aktionen zur Abwehr von Anschlägen auf eben diese Verfassung gegenstandslos erscheinen und konnten kaum mit einer Resonanz in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit rechnen. Die Organisationen der Arbeiterbewegung und der militanten republikanischen Verbände wurden von ihren Führern aufgerufen, kühles Blut, Besonnenheit und Disziplin zu wahren und ihre Kräfte nicht in Einzelaktionen zu zersplittern, sondern sich für die entscheidende Stunde des gemeinsamen Kampfes bereitzuhalten. Als aber Hitler durch das am 23. März mit Hilfe einer manipulierten Reichtagsmehrheit¹⁾ zustande gekommene sogenannte Ermächtigungsgesetz das Parlament ausgeschaltet und damit praktisch die Verfassung außer Kraft gesetzt hatte, war die Arbeiterbewegung durch den nationalsozialistischen Terror und durch die Unterdrückung ihrer Presse bereits so geschwächt und demoralisiert, daß sie zu einer wirksamen Gegenwehr wahrscheinlich auch dann nicht mehr imstande gewesen wäre, wenn unter ihren Führern Einigkeit über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens bestanden hätte²⁾. Und da auch der im stillen erhoffte Zusammen-

¹⁾ Die 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands waren zu der Sitzung nicht zugelassen worden.

²⁾ Nach einer Darstellung des SPD-Vorsitzenden Otto Wels, die der Rechtfertigung der Haltung des Parteivorstandes dienen sollte, hatte ihm Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, erklärt, er könne es nicht über sich bringen, Fortsetzung Seite 80

bruch des Regimes infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten im Lande und außenpolitischen Druckes ausblieb, schien keine andere Wahl zu bestehen, als weiterhin auf der Stelle zu treten und sich den Verhältnissen notgedrungen anzupassen, was immerhin für vertretbar gehalten werden konnte, solange die eigene organisatorische Existenz nicht in Frage gestellt wurde. Die Führung des ADGB glaubte ihre Organisation dadurch retten zu können, daß sie sich von der politischen Arbeiterpartei distanzierte und das Regime ihrer Neutralität versicherte. Dessenungeachtet und trotz ihrer Beteiligung an den nationalsozialistischen Maikundgebungen wurden am Tage danach zahlreiche Funktionäre der freien Gewerkschaftsbewegung mit Leipart an der Spitze verhaftet und die Gewerkschaftshäuser schlagartig von der SA besetzt. »Nun mußte auch der Blindeste erkennen, daß es keinen Frieden mit Hitler gab, sondern daß er den Krieg gegen die Arbeiterbewegung wollte bis zu ihrer völligen Vernichtung«, schreibt Friedrich Stampfer in seinen Erinnerungen³⁾.

Nunmehr entschloß sich der sozialdemokratische Parteivorstand, einige seiner Mitglieder ins Ausland zu entsenden mit dem Auftrag, dort ein Zentrum aufzubauen, von dem aus der Kampf gegen Hitler illegal weitergeführt werden konnte. Die Delegation bestand aus sechs in Spitzenfunktionen der Parteiarbeit bewährten Männern, nämlich dem Vorsitzenden Otto Wels und seinem Stellvertreter Hans Vogel, dem Schatzmeister Siegmund Crummenerl⁴⁾, dem bisherigen Chefredakteur des zentralen Parteiorgans »Vorwärts«, Friedrich Stampfer, dem Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Paul Hertz, und dem Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Erich Ollenhauer. Die beiden Letztgenannten waren erst durch Beschluß einer Reichskonferenz der Partei vom 26. April 1933 zusammen mit acht weiteren mehr oder weniger bekannten Funktionären in den Vorstand aufgenommen worden. Wenige Tage nach der Abreise der Delegation formierte sich jedoch aus dem Kreis der noch in Deutschland verbliebenen Vorstandsmitglieder und einer Mehrheit der inzwischen stark zusammengeschmolzenen Reichstagsfraktion eine Meinungsgruppe, die für eine Beibehaltung der Taktik des Abwartens und des Lavierens war und sich darüber hinaus auf den Standpunkt stellte, daß in dieser

Fortsetzung von Seite 79

auf den Knopf zu drücken und das Signal zum Bürgerkrieg zu geben, um so weniger als ihm der Ausgang nicht zweifelhaft sei. Auch der Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Karl Höltermann, der gleichzeitig Befehlshaber der Eisernen Front war, sei zu einem solchen Entschluß nicht zu bewegen gewesen. Wels folgert daraus: »So war für den Parteivorstand eine Zwangslage schlimmster Art entstanden. Allein konnte er nichts unternehmen.« – Eigenhändige Aufzeichnung vom 16. Juni 1933, Dokumentensammlung Otto Wels, SPD-Archiv, Bonn.

³⁾ Stampfer, Friedrich, Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957, S. 270.

⁴⁾ Siegmund Crummenerl, geb. am 19. Februar 1892 in Lüdenscheid, von Beruf Graveur, leitete in seinem Heimatkreis die Sozialistische Arbeiter-Jugend und später den sozialdemokratischen Parteivorstand.

Fortsetzung Seite 81

Situation die Führer nicht außer Landes gehen dürften, sondern bei den Massen auszuharren hätten. Die nationalsozialistische Propaganda verstand es, die beiden divergierenden Gruppen geschickt gegeneinander auszuspielen und förderte damit die Entstehung eines offenen Konflikts, der schließlich dazu führte, daß am 19. Juni eine weitere Reichskonferenz der Partei die Emigrantenpolitik verurteilte und einen neuen Parteivorstand mit Paul Löbe und Johannes Stelling als Vorsitzenden wählte. Praktische Bedeutung haben diese Beschlüsse nicht erlangt, denn drei Tage später wurden die sozialdemokratischen Parlamentsmandate annulliert und der Partei jegliche Betätigung untersagt. Viele führende Funktionäre, an ihrer Spitze Löbe, kamen in Lagerhaft, andere bezahlten ihr Vertrauen in die Gesetzlichkeit des neuen Regimes mit dem Leben, wie Stelling, der von der SA auf besonders grausame Weise umgebracht wurde. Hitler saß jetzt fest im Sattel und brauchte die alten Parteien nicht mehr, die nun innerhalb weniger Wochen, meist durch Selbstauflösung, restlos von der politischen Bildfläche verschwanden.

Um Akten und Vermögen

Das stufenweise Vorgehen der Nationalsozialisten bei der Errichtung ihrer totalen Herrschaft hatte der Sozialdemokratie immerhin eine Atempause verschafft, die zum Teil auch ein positives Ergebnis ihrer Stillhaltepolitik gewesen sein mag. Zumindest vor dem 10. Mai, dem Tage, an dem eine Verfügung des Generalstaatsanwalts über die Beschlagnahme des Parteivermögens erging, war ihre Bewegungsfreiheit noch nicht so weit eingeengt, daß sie zu völliger Passivität verurteilt gewesen wäre. So erlaubte der noch verbliebene Spielraum vorbereitende Maßnahmen, um für den äußersten Fall eines totalen Verbots der Organisation gerüstet zu sein. Wollte sich die Partei nicht selbst aufgeben, würde sie dann versuchen müssen, in den Untergrund zu gehen und ihre Zentrale möglicherweise ins Ausland zu verlegen, entsprechend einem Verfahren, das in der Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes schon einmal mit Erfolg praktiziert worden war. Dazu bedurfte es aber der Sicherstellung beträchtlicher Geldmittel, zumal vorauszusehen war, daß die Beitragseinnahmen auf ein Minimum zurückgehen und die Partei dann im wesentlichen von der Substanz würde leben müssen.

Mit solchen Fragen hatte sich der Parteivorstand bereits unmittelbar nach Hitlers

Fortsetzung von Seite 80

schen Ortsverein Lüdenscheid. Seit 1924 Bildungssekretär für den Parteibezirk Magdeburg-Anhalt, wurde er 1929 vom Parteitag in Magdeburg in die zentrale Kontrollkommission der SPD gewählt. Nach dem Tode des Ersten Parteikassierers Friedrich Bartels berief ihn ein Parteiausschußbeschuß vom 6. Februar 1932 in den Parteivorstand. Hier teilte er sich mit Konrad Ludwig in die Führung der Kassengeschäfte, die er im Laufe des Jahres in alleiniger Verantwortung übernahm, nachdem Ludwig infolge schwerer Erkrankung arbeitsunfähig geworden war.

Berufung zum Reichskanzler befaßt. Es wurde erwogen, dem Beispiel der Gewerkschaften zu folgen, die große Teile ihres Kapitalvermögens in Berlin abgehoben und bei der Münchener Filiale der Arbeiterbank deponiert hatten. Das wurde als ausreichende Sicherung angesehen, da die süddeutschen Länderregierungen noch nicht gleichgeschaltet waren. Diese Ansicht wurde jedoch von Wels nicht geteilt, der sich für die »Außerlandesbringung möglichst großer Werte« einsetzte. Konkretes Ergebnis der Beratung war der Beschluß, den Sitz des Vorstandes vorläufig nach München zu verlegen. Zunächst war Stuttgart vorgeschlagen worden, doch hatte der der Zentrumspartei angehörende württembergische Staatspräsident Bolz dringend empfohlen, »mit Akten und Vermögen« nach München zu gehen, das nach damals vorherrschender Meinung größere Sicherheit versprach. Für die Entscheidung des Parteivorstandes war auch der Gesichtspunkt mitbestimmend, daß gegebenenfalls der Zugang zur Schweiz über Österreich erfolgen könnte, das von Bayern aus am schnellsten zu erreichen war. »Die Verlegung des Sitzes war damit beschlossen und in Vorbereitung. Auch die Verlegung in das Ausland war damit grundsätzlich beschlossen«⁵⁾.

Die vorgesehene Etablierung des Parteivorstandes im Verlagsgebäude des Parteiorgans »Münchener Post« kam indessen nicht zustande, da nach den Reichstagswahlen vom 5. März auch Bayern von den Wogen der nationalsozialistischen Revolution überspült wurde. Wels und Vogel, die bereits in München weilten, kehrten am 8. bzw. am 9. März nach Berlin zurück, nachdem sie die bei der Filiale der Arbeiterbank eingezahlten Gelder wieder abgehoben hatten⁶⁾.

Der Fehlschlag des Münchener Projekts dürfte Wels und seine nächsten Mitarbeiter in dem Vorsatz bestärkt haben, das Parteivermögen ins Ausland zu schaffen, soweit die Umstände dies noch erlaubten. Es wurden nunmehr Konten bei tschechoslowakischen und schweizerischen Banken eröffnet und nach und nach die verfügbaren Kapitalreserven in einer Gesamthöhe von etwa einer Million Mark übertragen, von denen ein großer Teil in ausländischen Wertpapieren angelegt wurde. Zur Zeit des Erlasses über die Vermögensbeschlagnahme war die Transferierung im wesentlichen abgeschlossen, nur Restkontenbeträge im Gesamtwert von 2700 Mark und etwa 300 Mark Kassen-Barmittel wurden zurückgelassen⁷⁾.

Schwerlich zu mobilisieren war in der gegebenen Situation das große, Anfang 1931 mit 63,5 Millionen Mark ausgewiesene Sachvermögen der Partei in Gestalt der sozialdemokratischen Zeitungsdruckereien, die das Hauptobjekt der na-

⁵⁾ Otto Wels a. a. O.

⁶⁾ Ebenda.

⁷⁾ Nach mündlicher Auskunft von Rudolf Leeb, Bonn, seinerzeit Buchhalter bei der Parteihauptkasse. — Edinger verlegt den Beginn der Transferierung in die Zeit unmittelbar nach dem Reichstagsbrand, eine Annahme, die in der Darstellung von Wels keine Stütze findet.

tionalsozialistischen Begehrlichkeit waren. Anders verhielt es sich mit dem Parteiarchiv, das neben seinem ideellen auch einen bedeutenden materiellen Wert repräsentierte. Es konnte allerdings nicht vorausgesetzt werden, daß die Nationalsozialisten sich dieses Wertes bewußt waren, eher mußte befürchtet werden, daß sie in ihrem antimarxistischen Komplex die geistige Schatzkammer der sozialistischen Bewegung kurzerhand auf den Scheiterhaufen werfen würden. Wenn auch ein geschlossener Abtransport des gesamten Archivs wegen des zu erwartenden Aufsehens nicht in Frage kam, so konnte es doch nicht allzu schwierig sein, besonders wertvolle Teile der Bestände unauffällig zu evakuieren und irgendwo einzulagern, wo sie aller Voraussicht nach wenigstens fürs erste vor einem Zugriff des Gegners geschützt sein würden.

Diese Bergungsaktionen konnten sich nur in aller Heimlichkeit vollziehen und waren natürlich kein Diskussionsthema für ein Parteiforum. Auch der Parteivorstand in seiner Gesamtheit dürfte nicht damit befaßt worden sein. Allem Anschein nach blieben die Erörterungen darüber und die Kenntnis der getroffenen Maßnahmen auf einen kleinen Kreis von Eingeweihten beschränkt. In einem Stadium fortgeschrittener Entwicklung, in dem sich das Debakel bereits abzuzeichnen begann, konnte ohnehin von regulären Beratungen und Beschlüssen nicht mehr die Rede sein. Was dann noch geschah, waren meist spontane Handlungen einzelner ohne besondere Autorisation und auf eigenes Risiko. Die wichtigsten Aktionen wurden allerdings schon im Februar gestartet, d. h. zu einer Zeit, als der Parteiapparat noch einigermaßen intakt war, und zwar, wenn nicht auf ausdrückliche Weisung von Wels und Crummenerl, so doch zumindest im Einverständnis mit ihnen, bei denen letztlich die Verantwortung lag. Von den Ergebnissen der unternommenen Schritte allerdings haben auch sie erst viel später Kenntnis erhalten, als der Vorhang über dem Berliner Drama längst gefallen war und die maßgeblichen Parteiführer im Ausland saßen, wo sie versuchten, aus den geretteten Trümmern des einst so stolzen Parteibaues eine Notunterkunft zu zimmern. In legitimem Auftrag hatte die Auslandsdelegation des Parteivorstandes nach dem 4. Mai Berlin verlassen und nach vorübergehender Stationierung in Saarbrücken um die Mitte des Monats in Prag ihr Domizil aufgeschlagen. Nach dem Verbot der Parteiorganisation in der Heimat betrachtete sie sich als die alleinige Repräsentanz der deutschen Sozialdemokratie und wurde trotz manchen Anfechtungen auch als solche respektiert, wozu auch der Umstand beigetragen haben dürfte, daß sie über den eingespielten Apparat und über größere Geldmittel verfügte, die für eine zentrale Verwaltungsfunktion nicht entbehrt werden konnten. In der SOPADE, wie sich der Parteivorstand im Exil nannte, wurden die Archivangelegenheiten von Paul Hertz bearbeitet, der in den am 26. April 1933 ergänzten und erweiterten Parteivorstand als einer von drei Vertretern der »Jugend« delegiert worden war⁸⁾.

⁸⁾ Hertz war damals bereits fast 45 Jahre alt. Geboren am 23. Juni 1888 in Worms, hatte er
Fortsetzung Seite 84

Marx unter Tapetenrollen

Die größte Kostbarkeit, über die das Parteiarchiv verfügte, war der Marx-Engels-Nachlaß. Die riesige Sammlung von Manuskripten stellte die Urschrift der Lehren dar, von denen eine kaum vergleichbare Wirkung auf die moderne Gesellschaftsentwicklung ausgegangen war. Dem Proletariat hatten die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus die schärfsten Waffen für seinen Emanzipationskampf geliefert, und wenn auch nicht alle dieser Waffen sich als brauchbar erwiesen hatten und einige inzwischen stumpf geworden waren, so ging doch von ihrem Vermächtnis noch immer ein geheimnisvoller Zauber aus, der wohl zum Teil auch in seinem seltsamen Schicksal begründet lag. Für die sozialistische Bewegung war dieses Erbe nach wie vor ein Kraft- und Glaubensquell, ein Hort der Pietät, gewissermaßen der Gral, den der Willkür eines rohen und haßerfüllten Feindes auszusetzen geradezu einem Verrat und einer Selbstentäußerung gleichgekommen wäre. Daher galten die Anstrengungen zuvörderst der Rettung dieses einzigartigen Besitzes, und zwar wurde er bereits im Februar aus den Archivräumen entfernt, allem Anschein nach noch vor dem Reichstagsbrand⁹⁾.

Fortsetzung von Seite 83

eine kaufmännische Lehre absolviert und war von 1906 bis 1910 Angestellter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gewesen. Er nahm dann ein Studium der Staatswissenschaften auf und wurde nach seiner Promotion zum Dr. rer. pol. Redakteur an der »Leipziger Volkszeitung«. Bei Kriegsbeginn eingezogen, stand er bis 1917 im Militärdienst. Nachdem er sich der USPD angeschlossen hatte, wurde er 1919 von Hilferding als politischer Redakteur an das Berliner Parteiorgan »Freiheit« berufen. Dem Reichstag gehörte er seit 1920 an. 1924 wurde er Sekretär der wiedervereinigten sozialdemokratischen Fraktion und trat als einer ihrer Sprecher in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen in Erscheinung. 1929 sollte er Nachfolger des zurückgetretenen Reichsfinanzministers Hilferding werden, lehnte aber ab. Hertz war auch Stadtverordneter in Berlin und Geschäftsführer des Kuratoriums der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, die gemeinsam von der SPD, den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften getragen wurde und auch eine Bibliothek unterhielt. Da die Einrichtung dieser Bibliothek teilweise aus Dublettenbeständen des Parteiarchivs bestritten wurde, ist anzunehmen, daß Hertz dadurch in nähere Beziehung zum Parteiarchiv trat. Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, wann er den Auftrag zur Betreuung der Archivangelegenheiten erhalten hat. Auch seine Witwe, Hanna Hertz, wußte die Frage nicht zu beantworten. In schriftlichen Auskünften an den Verfasser erwähnt sie jedoch die Tätigkeit von Paul Hertz für die Forschungsstelle und fügt hinzu, daß ihn seit Januar 1933 das Schicksal des Archivs stark beschäftigt habe. Als Zeitpunkt der Aufnahme seiner Tätigkeit in Prag gibt sie Mitte Juni an. In seinem ersten Brief, den Hertz aus der Emigration an Kautsky richtet und der das Datum vom 26. Juli 1933 trägt, heißt es jedoch: »Ich bin jetzt seit drei Wochen in Prag!« Demnach könnte er erst Anfang Juli dort tätig geworden sein.

⁹⁾ Der einzige Hinweis auf diesen Zeitpunkt fand sich in einem Brief, den Boris Nicolaevsky am 18. Dezember 1935 an Otto Wels gerichtet hat. – SOPADE-Akte G/142, SPD-Archiv, Bonn. – Über Boris Nicolaevsky und seine Rolle in der Archivgeschichte siehe S. 90 ff.

Zunächst waren die Marx-Engels-Papiere im offenen Laden eines Tapezierers in der Lutherstraße in Berlin untergebracht, in dem sie wohl niemand vermutet hätte, der aber in einer so kritischen Phase der politischen Entwicklung auch nicht als zuverlässiger Aufbewahrungsort für einen so kostbaren Schatz angesehen werden konnte¹⁰⁾.

Als man im Sekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Angelegenheit besprach, erinnerte sich der dort als wissenschaftlicher Assistent tätige Gerhard Breitscheid, Sohn des prominenten sozialdemokratischen Politikers Rudolf Breitscheid, daß der Vater eines seiner Schulfreunde, ein bekannter Berliner Antiquar mit Namen David Salomon in seiner Wohnung in der Westfälischen Straße einen Handel mit wertvollen Manuskripten betrieb, und er erörterte mit seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer vorläufigen Unterbringung der Marx-Engels-Papiere an dieser Stelle, wo sie in einem Riesenlager von Autographen unauffällig liegen könnten. Der Vorschlag wurde dem Parteivorstand unterbreitet, Wels und Crummenerl waren einverstanden. In mehreren Kraftwagen wurden die Pakete mit den Dokumenten von der Lutherstraße in die Westfälische Straße übergeführt, wobei mit großer Vorsicht zu Werk gegangen wurde, um vor etwaigen Verfolgungen sicher zu sein¹¹⁾.

Etwa um die Mitte des Monats Mai emigrierte Gerhard Breitscheid nach Dänemark, einem Lande, zu dem er bereits Beziehungen hatte und dessen Sprache er beherrschte. Befreundet war er mit Hans Hansen, damaligem Sekretär der dänischen Sozialdemokratischen Partei, der später den Namen Hedtoft annahm und 1961 als dänischer Ministerpräsident gestorben ist. Breitscheid wohnte zunächst auf Schloß Avernaes bei Bellerup nahe der Westküste der dänischen Insel Fünen, das außer ihm auch anderen deutschen Emigranten als vorläufiger Zufluchtsort gedient hat. Avernaes gehörte seit dem Jahre 1929 seinem Freund Hans Roger Madol, der eigentlich Gerhard Salomon hieß und der Sohn jenes Berliner Autographenhändlers war, der die Marx-Engels-Dokumente in zeitweilige Verwahrung genommen hatte. Gerhard Salomon war historischer Schriftsteller und hatte mit Genehmigung des preußischen Justizministeriums den Namen Hans Roger Madol angenommen.

Als Madol bald nach Gerhard Breitscheids Ankunft selbst nach Avernaes kam, machte er dem Freunde Vorwürfe, weil er mit der Unterbringung des Marx-Engels-Archivs im Hause seines Vaters diesen unnötigen Gefahren ausgesetzt habe. Daraufhin begab sich Gerhard Breitscheid nach Kopenhagen und suchte Hans Hansen auf, der sich bereit erklärte, den Marx-Engels-Nachlaß in die Obhut der dänischen Partei zu übernehmen. Hansen sorgte dann auch dafür,

¹⁰⁾ Otto Wels war gelernter Tapezierer und gehörte noch als Parteivorsitzender seiner Berufsorganisation als Mitglied an. Darin könnte eine Erklärung für die Wahl des Verstecks liegen.

¹¹⁾ Nach der Erinnerung von Gerhard Breitscheid, Kopenhagen, der persönlich an dem Unternehmen teilnahm.

daß die Dokumente direkt von der Berliner Westfälischen Straße nach Kopenhagen gebracht wurden ¹²⁾).

Im Faltboot nach Dänemark

Über den Hergang des Transports sind wir nur teilweise unterrichtet. Er wurde in Etappen durchgeführt und hat sich mindestens über einige Wochen, wenn nicht über Monate erstreckt. Ungeklärt blieb, wie die Materialien aus Berlin herausgebracht wurden, fest steht nur, daß die Sendung zunächst nach Kiel kam, wo sie von dortigen Sozialdemokraten in Empfang genommen wurde, die für die Weiterbeförderung nach Flensburg sorgten ¹³⁾. Von dort wurden die Pakete von Mitgliedern der deutschen und der dänischen Arbeiterjugend in Rucksäcken und mit Faltbooten auf vielen gefährlichen Wegen über die Grenze geschmuggelt ¹⁴⁾. Die Organisation dieser Etappe des Unternehmens lag in den Händen eines dänischen Sozialdemokraten mit Namen Uwe Andersen, der von dem deutschen Genossen Wilhelm Schmehl aus dem Grenzort Harrisleefeld unterstützt wurde ¹⁵⁾.

Das glückliche Gelingen des gewagten Unternehmens wird erstmalig bestätigt in einem Schreiben von Paul Hertz an Boris Nicolaevsky, Paris, vom 12. Oktober 1933. Danach war Hertz in Paris, wo er Ende August an einer Konferenz der Sozialistischen Internationale teilgenommen hatte, mit Gerhard Breitscheid zusammengetroffen, der in Paris seinen Vater besucht hatte und anschließend mit Hertz nach London weiterfuhr. G. Breitscheid erzählte, »daß alle Materialien aus dem Parteiarchiv, die er abzutransportieren übernommen hatte, bei der dänischen Partei eingetroffen seien« ¹⁶⁾.

In Kopenhagen stellte Hans Hansen fest, daß die Ordnung der Dokumente zu wünschen übrigließ. Im Einvernehmen mit der SOPADE bat er Karl Raloff ¹⁷⁾,

¹²⁾ Nach der Erinnerung von Gerhard Breitscheid.

¹³⁾ Auskunft von Richard Hansen, Kiel.

¹⁴⁾ Auskunft von Karl Raloff, Kopenhagen. – Christoph Gregersen, Kopenhagen, der an den Schmuggeltransporten beteiligt war, erinnert sich, wiederholt in Kiel gewesen zu sein, um Informationen und anderes Material abzuholen und weiterzubefördern. Die Aktionen hätten sich stets am Tage abgespielt, wobei Eisenbahn, Förfähren und Faltboote benutzt worden seien. In einigen Fällen hätten sich auch Fischer zur Verfügung gestellt, doch habe sich gerade dieser Weg als der gefährlichste erwiesen. Infolge der Ungeduld eines deutschen Emigranten, der sich bereits in Sicherheit befunden habe, seien die nationalsozialistischen Grenzwächter auf diesen Schleichweg aufmerksam geworden, weshalb die Bewegungen hätten gestoppt werden müssen. Den Mitteilungen Gregersens an den Verfasser ist zu entnehmen, daß das Schmuggelgut nicht nur die Marx-Engels-Papiere betraf.

¹⁵⁾ Auskunft von Richard Hansen.

¹⁶⁾ Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

¹⁷⁾ Karl Raloff war ein emigrierter deutscher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Journalist, der in Kopenhagen den Prager »Neuen Vorwärts« vertrat und zeitweilig auch im Archiv der dänischen Partei tätig war. Von 1950 bis 1965 war er Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Kopenhagen.

die Vollständigkeit der Materialien an Hand eines Sachverzeichnisses zu überprüfen, das die SOPADE inzwischen an Gerhard Breitscheid gesandt und das dieser an Hansen weitergereicht hatte. Die SOPADE hatte das Sachverzeichnis von Hinrichsen erhalten¹⁸⁾. Bei der Durchsicht der Materialien, die zum Teil »in Form von fliegenden Blättern, vollkommen ungeordnet«, in einem Safe der dänischen Arbeiterbank lagen, zeigte sich, daß sie nicht identisch waren mit den Archivstücken, die in der von Prag übersandten Liste aufgeführt waren. Raloff fand jedoch in einem der Koffer eine »Liste I«, eingeteilt in die Abschnitte »Karl Marx« und »Friedrich Engels«, die 229 Konvolute an Manuskripten und Dokumenten auswies, von denen acht fehlten. Andererseits enthielt die Sammlung noch zahlreiche weitere Materialien aus dem Marx-Engels-Archiv, die nicht in der Liste verzeichnet waren. Raloff vermutete, daß sich die fehlenden Stücke noch im Besitz von Gerhard Breitscheid befänden und erkundigte sich bei diesem, der daraufhin versprach, zwei Pakete, die er noch in Verwahrung hatte, nach Kopenhagen zu schicken¹⁹⁾.

Den Vollzug der Übergabe bestätigte G. Breitscheid selbst in einem Bericht an den emigrierten Parteivorstand in Prag, in dem er auch zu den in einem Brief von Hertz vom 27. November 1933²⁰⁾ enthaltenen Anfragen wegen des Sachverzeichnisses und der fehlenden Stücke eingehend Stellung nahm. Unter den wenigen authentischen Zeugnissen der Überführung des Marx-Engels-Nachlasses nach Dänemark ist der Bericht G. Breitscheids der aufschlußreichste, weshalb er hier im Wortlaut wiedergegeben sei:

Avernaes, 3. Dezember 1933

An den
Partei Vorstand der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
z. Hd. Herrn Crummenerl
P r a g

Lieber Genosse Crummenerl!

Das Archivverzeichnis, auf das Sie Bezug nehmen, wurde mir von Gen. Hertz mit der Bitte übersandt, in Kopenhagen dafür zu sorgen, daß dort jemand den Teil der dort lagernden Archiv-Sachen, die durch mich dorthin gesandt worden sind, katalogisiere.

Daraufhin habe ich bei einer zufälligen Anwesenheit in Kopenhagen den Gen. Hans Hansen, dem ich seinerzeit die Materialien zu treuen Händen der dänischen Parteiorganisation übergeben hatte, gebeten, jemanden zu beauftragen. Er hat den von Ihnen genannten Genossen ausgewählt, und ich hatte Gelegenheit, mit diesem Genossen auch noch zu sprechen.

¹⁸⁾ Hertz an Nicolaevsky, 18. Oktober 1933, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

¹⁹⁾ Raloff an die SOPADE, 25. November 1933, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

²⁰⁾ Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

Die Liste, die er über Hertz von mir bekommen hat, ist nicht die Liste der in Kopenhagen befindlichen Materialien. Das steht nebenbei auch ausdrücklich darauf. Bei den in Kopenhagen befindlichen Materialien befindet sich eine Liste, die mir seinerzeit von Hinrichsen übergeben worden ist. Ob sie mit dem übereinstimmt, was da ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Sie wissen ja, daß damals in Berlin keine Zeit war, die riesenhaften Manuskript-Pakete einzeln auf Vollständigkeit nachzuprüfen. Ich hatte schon damals meine Zweifel, ob alles genau stimmte, und die habe ich Ihnen ja auch zum Ausdruck gebracht. Ich kann also keine Garantie übernehmen, ob die vom Parteiarchiv den mir übergebenen Materialien beigelegte Inhaltsliste tatsächlich den Inhalt der Pakete darstellt. Dagegen übernehme ich jede Garantie dafür, daß *alles*, was mir damals zur Besorgung nach Dänemark übergeben worden ist, auch wirklich in Kopenhagen liegt. Die beiden Pakete, die noch hier lagerten, sind inzwischen ebenfalls in Kopenhagen übergeben worden. Sie enthielten Manuskripte, die ich nicht gern auf dem Postwege versenden wollte – Leichenrede von Marx usw.

In jedem Falle wird es wohl zweckmäßig sein, wenn einmal ein Verzeichnis der Dinge, die in Kopenhagen sind, angefertigt wird. Die Ordnung der Manuskripte ist, wie mir Hansen sagte, schauderhaft – das liegt aber daran, daß das Parteiarchiv die Sachen nicht systematisch geordnet hatte –, auf dem Transport ist ihre Ordnung so geblieben, wie sie war, als sie übergeben wurde.

Hoffentlich sind nun alle Fragen geklärt – sonst stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung. Ich selbst habe auf die Marx-Engels-Autographen keinen direkten Einfluß mehr, weil ich die ganze Sache seinerzeit der Partei übergeben habe. Sie werden verstehen, daß ich sie nicht hier behalten konnte, weil weit und breit kein Raum ist, in dem sie sicher untergebracht werden konnten und weil ja auch nicht sicher war und ist, wie lange ich hier und in Dänemark bleibe. In Kopenhagen hat die Partei die ganze Sache im Safe.

Mit den besten Grüßen
an Sie und die anderen
Ihr

gez. Gerhard Breitscheid ²¹⁾

Ende Februar 1934 war die Sichtung und Ordnung der nach Kopenhagen gelangten Teile des Parteiarchivs abgeschlossen. Zur Registrierung der Materialien, die nicht in der Liste I aufgeführt waren, hatte Raloff eine zweite Liste angelegt.

²¹⁾ Ebenda. – Der Verfasser hatte aus diesem Schreiben von G. Breitscheid den Schluß gezogen, daß die Marx-Engels-Papiere, nachdem sie – den Augenzeugenberichten zufolge – in vielen Einzeltransporten über die Grenze gebracht worden waren, zunächst in Avernæs gesammelt worden seien, bevor sie der dänischen Partei geschlossen übergeben wurden. Die Annahme beruhte auch auf der Überlegung, daß sich G. Breitscheid nicht für die Vollständig-

Fortsetzung Seite 89

Die vermißten acht Konvolute der Liste I waren nicht aufgefunden worden. Der gesamte vorhandene Bestand war wohlverpackt in zwei versiegelten Koffern im Banksafe abgestellt. Einer der Koffer war außerdem verschlossen, und der Schlüssel befand sich im Besitz des Hauptkassierers der dänischen Partei, C. Klüwer, der auch das Inventarverzeichnis an sich genommen hatte²²⁾.

Außer dem eigentlichen Marx-Engels-Nachlaß verwahrte das Archiv noch zahlreiche weitere handschriftliche Dokumente, die von Marx und Engels herrührten oder sich auf sie bezogen. Sie waren erst im Laufe der Jahrzehnte durch Erbschaften, Schenkungen oder Ankauf in den Besitz der Partei übergegangen, jedoch nur zum Teil in den Nachlaß aufgenommen worden. Es blieb noch ein ansehnlicher Rest, der aus irgendwelchen Gründen in anderen Ordnungen aufbewahrt wurde. Er befand sich jedenfalls nicht unter den nach Kopenhagen ausgeführten Materialien, sondern war Bestandteil einer zweiten umfangreichen Kollektion von Archivgut, die etwa um die gleiche Zeit, also ebenfalls im Februar 1933, von Hinrichsen besorgt und sichergestellt worden war. Zu ihr gehörten zahlreiche andere Dokumente von sehr unterschiedlicher Herkunft und Bedeutung, in der Hauptsache jedoch bibliophile Raritäten wie die Erstdrucke der Werke von Marx und Engels und die periodischen Schriften aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung, ferner eine nicht sehr systematische Auswahl neuerer, mehr oder weniger wertvoller sozialistischer Literatur. Das Ganze war in Kisten verpackt, deren Zahl mit fünf angegeben wurde. Wo ihr Versteck lag, war nicht bekannt, selbst Wels und Crummenerl wußten nichts davon. Lange hat man ver-

Fortsetzung von Seite 88

keit der Materialien hätte verbürgen können, wenn er zuvor nicht Gelegenheit gehabt hätte, sich von der Vollständigkeit zu überzeugen. Diese Vermutung findet jedoch in der heutigen Erinnerung von G. Breitscheid keine Stütze. Seinen Mitteilungen zufolge sind die Manuskripte ohne sein Mitwirken und ohne daß er nähere Einzelheiten zu wissen bekam, direkt von Berlin nach Kopenhagen übergeführt worden. Einzelne kleinere Pakete, die über Fünen gegangen seien, habe vermutlich David Salomon selbst mitgebracht, als er seinen Sohn besucht habe. Diese Pakete seien von ihm, G. Breitscheid, so schnell wie möglich nach Kopenhagen weitergeleitet worden, womit sein Mitwirken an der Angelegenheit beendet gewesen sei. – Daß einzelne Teile des Marx-Engels-Archivs in Avernoes gewesen sind, wird auch in zwei Briefen des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig bestätigt, die dieser am 10. und 11. Juni 1950 an das Mitglied des SPD-Vorstandes Fritz Heine geschrieben hat. Heinig gehörte zu den deutschen Emigranten, die vorübergehend in Avernoes Aufnahme gefunden hatten. Er vertrat später den deutschen Parteivorstand in Stockholm, wo er 1956 gestorben ist. In einem der erwähnten Briefe heißt es u. a.: »Mit uns zusammen wohnte auch der damalige Inhaber von Avernoes, Madol – er heißt eigentlich Salomon und ist der Sohn jenes Berliner Antiquars, der die Manuskripte ... nach Dänemark schickte ... Ich entsinne mich auch des Originalmanuskripts eines Buches von Marx oder Engels, das der alte Salomon als harmlose Drucksache nach Avernoes schickte.« – Akten des SPD-Archivs.

²²⁾ Raloff an Crummenerl, 23. Februar 1934, SOPADE-Akte G/142.

geblich danach geforscht, und es vergingen mehr als zwei Jahre, ehe man auf ihre Spur kam.

Das Abenteuer vom 8. Mai

Die größte Anstrengung zur Rettung des Parteiarchivs wurde erst in den kritischen Maitagen unternommen, und zwar offenbar auf Grund einer Initiative russischer Sozialdemokraten, die in westeuropäischen Ländern im Exil lebten. Einer von ihnen war der Schriftsteller und Historiker Boris Nicolaevsky. Am 20. April 1887 in Belebei in der Gegend von Ufa als Sohn eines Pfarrers geboren, hatte er sich schon als Jugendlicher der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen. Unter dem zaristischen Regime wurde er politisch verfolgt und wiederholt zu Freiheitsstrafen verurteilt. Nach der Oktoberrevolution war er Direktor des Historisch-Revolutionären Archivs in Moskau, fiel aber bei der bolschewistischen Regierung in Ungnade und wurde zu Beginn des Jahres 1922 nach einem Hungerstreik im Gefängnis zusammen mit anderen Anhängern der menschewistischen Richtung aus Rußland ausgewiesen. Er ließ sich in Berlin nieder und arbeitete hier auf Wunsch des ihm befreundeten Rjasanow als wissenschaftlicher Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts, betreute aber gleichzeitig auch im Auftrag des Präsidiums der Organisation der Menschewiki im Ausland, das damals seinen Sitz in Berlin hatte, das dem Parteiarchiv der SPD angegliederte Bebutoff-Archiv.

Die durch den Nachlaß des Menschewikenführers Paul B. Axelrod inzwischen stark angereicherte russische Sammlung war durch die Errichtung der Hitler-Herrschaft kaum weniger bedroht als das deutsche Parteiarchiv. Der wissenschaftliche Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts in Paris, Boris Souvarine, von seinem Kollegen in Berlin über die dortige Situation unterrichtet, wandte sich rat- und hilfesuchend an den damaligen französischen Erziehungsminister Anatole de Monzie, der ihm als besonders aufgeschlossen für die theoretischen Fragen des Sozialismus und die Probleme der russischen Emigration bekannt war. Von der Bedeutung des russischen Archivs für die Erforschung der Geschichte des Menschewismus und des Bolschewismus überzeugt, hatte de Monzie den Einfall, dessen Ausfuhr aus Deutschland dadurch zu ermöglichen, daß es pro forma vom französischen Staat erworben würde. Augenblicklich dazu entschlossen, legte er die Hand auf den Telefonhörer und rief den Botschafter Frankreichs in Berlin, François-Poncet, an, um ihn von diesem Plan in Kenntnis zu setzen und ihn zu bitten, das Erforderliche zu veranlassen. Inzwischen sollte Souvarine den Direktor der französischen Nationalbibliothek, Julien Cain, aufsuchen und ihn darauf vorbereiten, daß die russische Sammlung in seinem Institut untergebracht würde. Im Augenblick, so meinte de Monzie, sei es das Wichtigste, die Zerstörung der Schätze zu verhindern, nachher werde man weitersehen.

Gemäß diesem Plan wurde gehandelt. Nachdem Souvarine mit Julien Cain ge-

sprochen hatte, unterrichtete er Nicolaevsky von dem Ergebnis seiner Demarche, und der Rest der Operation lag dann in dessen Händen, im Zusammenwirken mit der Berliner französischen Botschaft ²³⁾).

Zum Abtransport des russischen Archivs bedurfte es einer Übereinkunft mit dem Vorstand der SPD, dessen zumindest zeitweiliges Besitzrecht in dem 1913 mit Fürst Bebutoff abgeschlossenen und 1922 bestätigten Vertrag ausdrücklich statuiert war. Natürlich mußte man in der Berliner Parteizentrale sofort erkennen, daß sich hier eine einmalige Gelegenheit bot, weitere wesentliche Teile des deutschen Archivs ins Ausland zu schaffen. Allerdings bezog sich die Vereinbarung mit der französischen Regierung nur auf die russische Sammlung, und Nicolaevsky war von dem Beauftragten der Botschaft, der das Verfahren zu regeln und die notwendigen Absprachen zu treffen hatte, wiederholt eindringlich davor gewarnt worden, auch deutsches Material in die Versackung einzubeziehen, da man ihn sonst nicht vor einer Verhaftung durch die Nationalsozialisten werde schützen können, falls diese Wind von der Sache bekämen ²⁴⁾. Verständlicherweise wollten sich die Franzosen nicht mit der Verantwortung belasten, um der Gefahr diplomatischer Verwicklungen aus dem Wege zu gehen. Das erklärt auch ihre große Vorsicht bei der Auswahl der Mittelspersonen ²⁵⁾. Man kann jedoch die Möglichkeit nicht ausschließen, daß ein stillschweigendes Einvernehmen zwischen den zuständigen Stellen der Botschaft und der sozialdemokratischen Parteileitung bestanden hat, das aus Sicherheitsgründen auch den russischen Emigranten verborgen bleiben sollte ²⁶⁾.

²³⁾ Resümee aus einem Aufsatz von B. Souvarine »Comment les archives social-democrates ont été sauvées« (Wie die sozialdemokratischen Archive gerettet wurden), veröffentlicht in der Pariser Zeitschrift »Le Contrat Social«, 1964, Bd. VIII, Nr. 4, und verschiedenen ergänzenden und erläuternden brieflichen Mitteilungen Souvarines an den Verfasser.

²⁴⁾ Schriftliche Auskunft von Boris Nicolaevsky, der seit 1940 in Amerika lebte und zuletzt an der Universität Stanford, California, tätig war.

²⁵⁾ Nach den Angaben Nicolaevskys handelte es sich bei dem Beauftragten der Botschaft um deren Kulturattaché, der sich »Weiß oder Waitz« nannte. Da aber die französischen Missionen im Ausland in der Zeit vor 1933 die Funktion des Kulturattachés noch nicht kannten und es auch den Informationen von B. Souvarine zufolge unter den Bediensteten der damaligen Berliner Botschaft keinen dieses Namens gegeben hat, liegt die Vermutung nahe, daß hier eine Tarnung versucht wurde, durch die etwaige Nachforschungen der deutschen Behörden erschwert werden sollten.

²⁶⁾ Otto Wels war über alle Einzelheiten der Vereinbarung mit den Franzosen genauestens unterrichtet. B. Nicolaevsky, der dies ausdrücklich hervorhebt, berichtet weiter, die Frage einer Ausfuhr des Archivs sei innerhalb des Parteivorstandes sehr umstritten gewesen, und auch Wels habe anfänglich unter dem Einfluß der Gegner des Abtransports gestanden. Später habe er jedoch ihn, Nicolaevsky, gebeten, alles Mögliche zu versuchen, um die Bestände zu retten. Sein letztes Zusammentreffen mit Wels habe am 29. April in einer kleinen Bierstube in der Nähe vom Belle-Alliance-Platz stattgefunden, in der Wels zu verkehren

Fortsetzung Seite 92

Die Abholung und Verfrachtung des Archivmaterials lag in den Händen einer kleinen Speditionsfirma, die von den Franzosen ausgewählt und als verlässlich und verschwiegen bezeichnet worden war. Sie legte eine hohe Rechnung vor, wußte aber auch den Transportraum zu beschaffen. Das Geld für die Begleichung der Rechnung erhielt Nicolaevsky von dem Beauftragten der Botschaft, der ihm riet, »nicht um den Preis zu feilschen«²⁷⁾.

Tag des Abtransports war der 8. Mai, ein Montag. Die Fuhren waren für 9 Uhr vormittags bestellt. Das Vorwärts-Gebäude Lindenstraße 3 war menschenleer, nur die Pförtner anwesend und Hinrichsen im Archiv. Dieser hatte auf Anweisung von Otto Wels das zur Ausfuhr bestimmte Material vorbereitet, das den Inhalt von drei Hauptsicherheitsschränken bildete²⁸⁾.

Es waren 30 Pakete, darunter 9 mit dem Archiv von Axelrod/Bebutoff, ferner 114 Aktenmappen mit Briefen verschiedener Personen an Marx, Engels, Moses Heß und andere. Auf Nicolaevskys Vorschlag wurden dann noch weitere beträchtliche Mengen deutschen Archivmaterials, das in anderen Räumen untergebracht war, zur Verladung bereitgestellt. Sie füllten 76 Pakete, von denen 48 schriftliche Nachlässe enthielten (17 Vollmar, 15 Motteler, 12 Bernstein, 4 Verschiedene), 10 weitere das Archiv von Wolfgang Heine²⁹⁾, 14 die Akten des Zen-

Fortsetzung von Seite 91

pflögte. Von Nicolaevsky über den Stand der Vorbereitungen unterrichtet, habe Wels erklärt, daß er nun ruhigen Herzens wegfahren könne. Nachts sei er nach Prag abgereist. – Zumindest was den Termin betrifft, muß hier eine Verwechslung vorliegen. Wels hat nämlich erst am 10. Mai, dem Tag der Vermögensbeschlagnahme, Berlin verlassen, und zwar begab er sich zunächst nach Saarbrücken. Dies wird in einem Situationsbericht festgestellt, den das Vorstandsmitglied Max Westphal am 10. Juni der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erstattet hat. – Laut stenographischer Niederschrift des damaligen Reichstagsabgeordneten Josef Felder, abgedruckt bei Matthias, *Der Untergang der alten Sozialdemokratie*, 1933, in: Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, Jg. 4, 1956, S. 183.

²⁷⁾ Schriftliche Auskunft von B. Nicolaevsky. – Unmittelbar beteiligt an der Verpackungs- und Verladungsarbeit war nach einer weiteren ergänzenden Mitteilung Nicolaevskys ein emigrierter menschewikischer Arbeiter mit Namen Nicola Niconow, der jetzt in Paris leben soll.

²⁸⁾ Schriftliche Auskunft von B. Nicolaevsky. – Nach einem Bericht von Hinrichsen aus dem Jahre 1929 waren die Dokumente in drei feuerfesten Panzerschränken untergebracht. Schrank 1 enthielt die Erstausgaben der Werke von Marx und Engels, die Schriften von Weitling, Bruno Bauer und Arnold Ruge, ferner die seltenen alten periodischen Druckschriften, Schrank 2 war dem Marx-Engels-Nachlaß vorbehalten. Den Inhalt des dritten Schrankes bildeten die Protokolle der Ersten Internationale und die ausführlichen handschriftlichen Protokolle der Parteikongresse in der Zeit des Sozialistengesetzes sowie »Diverses«. – Jonny Hinrichsen, *Die Rüstkammer der Arbeiterbewegung*. (Ein Besuch im Parteiarchiv.) Unser Weg, Monatsschrift für die Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie, 3. Jg., 1929, Nr. 11, S. 257 u. 260.

²⁹⁾ Wolfgang Heine, von Beruf Rechtsanwalt, spielte vor 1920 eine hervorragende Rolle in der Sozialdemokratie, insbesondere als einer der ersten Anhänger der reformistischen Lehre um die Jahrhundertwende und als entschiedener Verfechter der Politik des 4. August 1914.

Fortsetzung Seite 93

tralrats der Arbeiter- und Soldatenräte, 2 das Bildarchiv, 1 den Briefkatalog und 1 eine vollständige Serie des Zürich-Londoner »Sozialdemokrat«³⁰⁾. Damit umfaßte die Auswahl alles handgeschriebene Material mit Ausnahme des von Paul Kampffmeyer privat gesammelten und in seinem Arbeitszimmer aufbewahrten sowie des Archivs der »Neuen Rheinischen Zeitung« von 1848/49. Das letztere war vorher dem Parteivorstandsangestellten Paul Neumann übergeben worden, der es zur Ausstattung des Karl-Marx-Hauses in Trier verwenden sollte³¹⁾.

Für den Versand des abgefahrenen Materials wurden zwei Eisenbahnwaggons benötigt³²⁾. Bei der Verladung wurden die deutschen Pakete unter dem russischen Material versteckt. Dieses umfaßte auch die Archive des »Bund« (Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund für Rußland und Polen), was ebenfalls in der französisch-russischen Vereinbarung nicht vorgesehen war.

Fortsetzung von Seite 92

Im November 1918 trat er als Justizminister in die erste republikanische Regierung in Preußen ein und wurde später Innenminister, mußte aber nach dem Kapp-Putsch zurücktreten, da ihm vorgeworfen wurde, die Gefahr der Gegenrevolution nicht rechtzeitig erkannt und bekämpft zu haben.

³⁰⁾ Nicolaevsky an Hertz, 19. Januar 1934, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

³¹⁾ Schriftliche Auskunft von B. Nicolaevsky. – Neumann war ursprünglich Buchhalter bei der Parteihauptkasse. Gerüchte, denen zufolge er jetzt in Ostberlin lebe, konnten nicht auf ihre Richtigkeit geprüft werden.

³²⁾ Nach schriftlicher Auskunft von B. Nicolaevsky. – André François-Poncet, Paris, vom Verfasser dazu befragt, erklärt in seiner Antwort vom 10. Mai 1964, es sei nicht wahr und überhaupt nicht denkbar, daß er als damaliger Botschafter in Berlin zwei Eisenbahnwaggons zur Verfügung gestellt habe. Richtig sei, daß er den Abtransport von Teilen des sozialdemokratischen Parteiarchivs durch Benutzung seines diplomatischen Kuriers ermöglicht habe. So wertvoll die Auskunft einerseits ist, so ist es auf der anderen Seite doch unvorstellbar, daß so riesige Mengen von Dokumentenmaterial und Druckschriften als Kuriergepäck im Eisenbahnabteil oder im Packwagen befördert werden konnten. B. Nicolaevsky, auf den Widerspruch der Mitteilungen des Botschafters zu seiner eigenen Darstellung aufmerksam gemacht, bestreitet jedenfalls entschieden, die französische Diplomatenpost benützt zu haben, bemerkt allerdings in diesem Zusammenhang, daß er einen Teil des russischen Materials durch die tschechoslowakische Diplomatenpost nach Paris geschickt habe. Sollte dies richtig sein, bestünde noch die Möglichkeit, daß der Botschafter persönlich über den Umfang der Aktion nicht unterrichtet war und vielleicht sogar bewußt darüber im Unklaren gehalten wurde, um ihn für den Fall der Entdeckung vor der Verantwortung für die Ausweitung des Unternehmens zu schützen.

Gerhard Breitscheid hat sich zu der Frage nach seiner Kenntnis der französischen Hilfe bei der Rettung des Parteiarchivs wie folgt geäußert: »Vermutlich im April schwanden die Hoffnungen auf die berühmten zwei Güterwagen der französischen Botschaft. Soweit ich mich erinnere, war ein französischer Abgeordneter Gaston Berger (?) Vermittler. Otto Wels und Crummenerl wurden bedenklich wegen des Archivs . . .« Demnach würde schon vor der russischen Aktion ein Kontakt zwischen dem Parteivorstand und französischen Stellen bestanden haben. André François-Poncet ist auf die Frage des Verfassers nach der Vermittlerrolle eines französischen Abgeordneten mit Namen Gaston Berger nicht eingegangen.

Während die Beladung der Fuhren im Hofe Lindenstraße 3 im Gange war, wurde gemeldet, daß im Stabsquartier der SA in der Hasenheide rege Tätigkeit herrsche und dort davon gesprochen werde, die Besetzung des Vorwärts-Hauses stehe unmittelbar bevor. Nicolaevsky benachrichtigte den Mittelsmann der Botschaft, der sofortige Gegenmaßnahmen in Aussicht stellte. Die Verladungsaktion wurde beschleunigt, konnte aber ohne Störungen fortgesetzt und bis zum Abend abgeschlossen werden. Bei einem verabredeten Treffen im russischen Restaurant »Medved« berichtete der Beauftragte der Botschaft von einer angeblichen persönlichen Intervention des Botschafters bei dem damaligen Berliner Polizeipräsidenten, Admiral a. D. von Levetzow, durch die erreicht worden sei, daß die Besetzung des Vorwärts-Hauses um zwei Tage verschoben wurde. Er schloß daraus, daß den deutschen Behörden sehr daran gelegen wäre, in der gegenwärtigen politischen Situation das Verhältnis zu Frankreich nicht unnötig zu belasten, und daß sie deshalb den Eifer der braunen Sturmabteilungen gebremst hätten.

Gegen Mitternacht teilte der Spediteur telefonisch mit, daß die Verladung beendet und die Waggons sofort abgegangen seien. Vor Freude über das gelungene Unternehmen leerten Nicolaevsky und sein französischer Komplize gemeinsam eine Flasche Wein³³⁾.

Wann der Transport in Paris eingetroffen ist, ließ sich nicht eruieren, daß er aber seinen Bestimmungsort wohlbehalten erreicht hat, kann aus einem vertraulichen Schreiben geschlossen werden, das Camille Bloch, damaliger Direktor der »Bibliothèque et Musée de la Guerre« in Vincennes (Seine) am 13. September 1933 an de Monzie gerichtet hat³⁴⁾. Darin wird bestätigt, daß die Bibliothek der russischen sozialdemokratischen Partei (Menschewiki) gemäß der Entscheidung des Ministers von den »Vereinigten National-Bibliotheken« erworben worden sei. Wörtlich heißt es dann: »Die Überprüfung der aus Berlin gekommenen Sendung hat ergeben, daß darin außer der Bibliothek noch die Archive dieser Partei enthalten waren, unter die sogar noch Stücke von Dokumenten der deutschen sozialdemokratischen Partei gemengt sind.« Bloch macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen

³³⁾ Nach schriftlicher Auskunft B. Nicolaevskys an den Verfasser. – André François-Poncet erinnert sich nicht an eine Intervention der Botschaft beim Polizeipräsidenten und stellt ihre Möglichkeit entschieden in Abrede. Auch hat eine Besetzung des Vorwärts-Hauses durch die SA am 10. Mai oder an einem der folgenden Tage nicht stattgefunden. Nach Erlaß der Verordnung über die Vermögensbeschlagnahme wurde ein »Pfleger« bestellt, der die in der Parteikasse noch vorhandenen Mittel zu verwalten hatte, doch wurde die Arbeit in den Geschäftsräumen des Vorstandes nicht behindert, was sich der Feststellung Max Westphals in seinem bereits oben zitierten Bericht an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entnehmen läßt: »Bis jetzt sind wir in unserem Berliner Büro ungeschoren . . .« – Der Untergang der alten Sozialdemokratie, a. a. O., S. 186.

³⁴⁾ Fotokopie wurde dem Verfasser von B. Souvarine freundlichst zur Verfügung gestellt.

die Aufbewahrung fremder Archive in den Einrichtungen des französischen Staates »anscheinend selbst vorübergehend« unzulässig sei und bittet den Minister, falls er diese Auffassung teile, um eine entsprechende Anweisung. Der Minister wollte sich nicht über die geltenden Vorschriften hinwegsetzen. Er ordnete an, daß die russischen und deutschen Archivmaterialien aus den Räumen der Nationalbibliothek zu entfernen seien. Nicolaevsky, der inzwischen in Verbindung mit der Verlegung des Sitzes der russischen Exilzentrale nach Paris übergesiedelt war, mußte sie deshalb kurzfristig dort abholen lassen und anderweitig unterbringen. Durch Vermittlung von Jean Longuet³⁵⁾ gelang es ihm, im Verwaltungsgebäude des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Avenue d'Orsay 9, einen verschließbaren Raum zu bekommen³⁶⁾. Zur Deckung der Unkosten in Höhe von 2000 Francs erbat er von der SOPADE die Hälfte des Betrages, »da das deutsche und das russische Archiv ungefähr gleich groß sind«³⁷⁾. Hierbei handelte es sich um einmalige Ausgaben für den Transport und die Anschaffung des benötigten Inventars. Später wurde Nicolaevsky der Bereitschaft der SOPADE versichert, ihm für die Dauer von sechs bis neun Monaten 1000 Francs monatlich zu zahlen, die er erbeten hatte, um das Archiv ordnen und ein Sachverzeichnis aufstellen zu können³⁸⁾. Daß er die Verwaltung der nach Paris gebrachten Archivmaterialien übernehmen sollte, scheint schon in Berlin vereinbart worden zu sein. In seiner letzten Unterhaltung mit Wels und Vogel hatte Nicolaevsky erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für die Sicherstellung der Materialien übernehme, daß aber das Verfügungsrecht bei den beiden Parteivorsitzenden und bei Paul Hertz bleiben sollte³⁹⁾.

³⁵⁾ Enkel von Karl Marx und lange Zeit führender französischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionär.

³⁶⁾ An Hertz, 21. Oktober 1933, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs. – Der Umzug wird auch durch ein Schreiben von Georg Stolz, Untersekretär des IGB, vom 14. November 1933 an Hertz bestätigt mit dem beiläufigen Vermerk: »Es wird Sie interessieren, daß wir in unseren Räumen den unverkauften Teil des Archivs der Menschewiki untergebracht haben.« – Die russische *Bibliothek* war zuvor um den Preis von 50 000 Francs in französischen Besitz übergegangen. Der Betrag wurde nach schriftlicher Auskunft von B. Nicolaevsky im Juli oder August 1933 an die Adresse von Theodor Dan, Präsident der Organisation der Menschewiki im Ausland, überwiesen und diente der Finanzierung ihres Umzuges von Berlin nach Paris.

³⁷⁾ An Hertz, 4. Dezember 1933, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

³⁸⁾ Hertz an Nicolaevsky, 16. Juli 1934, ebenda.

³⁹⁾ Nicolaevsky an Hertz, 6. Februar 1934, ebenda. – Es muß allerdings bezweifelt werden, daß sich das Verfügungsrecht auch damals schon auf Hertz bezogen hat, da dieser erst am 26. April Vorstandsmitglied geworden war und zur Zeit der Absprachen mit Nicolaevsky kaum für die Archivangelegenheiten kompetent gewesen sein kann.

Auf der Spur des »alten Jonny«

In den Tagen vom 21. bis 25. August 1933 hielt sich Wels in Paris auf, wo er an einer Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teilnahm. Bei dieser Gelegenheit traf er mit Nicolaevsky zusammen, der ihn über das Ergebnis des Rettungswerks informierte. Im Verlauf der Unterhaltung erkundigte sich Wels auch nach dem Verbleib der Protokolle des Parteivorstandes und des Rats der Volksbeauftragten aus den Jahren 1918/19, von denen Nicolaevsky aber nichts wußte.

Entsprechend einer Anregung Nicolaevskys, auch die nach Dänemark geretteten Teile des Archivs nach Paris zu überführen, erklärte sich Wels grundsätzlich damit einverstanden, daß alle im Ausland befindlichen Materialien in Paris konzentriert würden⁴⁰⁾.

Kurze Zeit später erkundigte sich Nicolaevsky in Prag nach dem Schicksal der schon erwähnten fünf Kisten, von denen er wußte, daß sie wichtiges Archivmaterial enthielten⁴¹⁾. Die SOPADE war im Besitz einer langen Liste, die sich vermutlich auf den Inhalt dieser Kisten bezog. Man wußte jedoch nicht, wo man die Nachforschungen ansetzen sollte, da die Adresse des »alten Jonny« (Hinrichsen) nicht bekannt war. Nach vorliegenden Informationen waren er und Kampffmeyer verhaftet worden. Kampffmeyer sollte nach Mißhandlung wieder freigelassen worden sein, während das weitere Schicksal Hinrichsens im Dunklen blieb⁴²⁾.

Im Sommer 1934 hatte Nicolaevsky den Besuch eines gewissen Arthur Dreyer aus Berlin-Hohenschönhausen empfangen, dessen Erzählung zufolge bei der Verhaftung eines alten Genossen, ehemaligen Parteisekretärs in einem Berliner Vorort, ein Teil des dort verborgenen Archivmaterials beschlagnahmt worden sei, das man in einem »eingemauerten Kamin« gefunden hatte und das den zwischen dem SPD-Vorstand und der österreichischen Partei geführten Schriftwechsel enthielt⁴³⁾.

Da dieser Schriftwechsel jedoch nicht im Parteiarchiv aufbewahrt worden war, wurde in Prag angenommen, daß es sich um Akten des Parteivorstandes handele. Ein anderer Besucher aus Berlin, ein »Akademiker«, hatte Nicolaevsky das Gerücht zugetragen, daß die Archiv-Bibliothek von der Deutschen Arbeitsfront übernommen worden sei. Diese Mitteilungen veranlaßten Hertz zu folgender Aktennotiz: »Man muß Fühlung aufnehmen mit den Leuten, die noch Material

⁴⁰⁾ Nicolaevsky in einem Brief an Hertz vom 26. September 1933, seiner ersten schriftlichen Nachricht, die sich in der Akte »Verbleib des Parteiarchivs« befindet.

⁴¹⁾ An Hertz, 21. Oktober 1933, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁴²⁾ Salomon an die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe Prag, 13. Oktober 1933, Salomon-Nachlaß, SPD-Archiv, Bonn.

⁴³⁾ An Hertz, 12. Juli 1935, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

vom Archiv haben, ihr Einverständnis erwirken und den Transport durchführen⁴⁴⁾).

Für die fünf Kisten, die Hinrichsen in Berlin irgendwo sichergestellt hatte, interessierte sich auch der holländische Sozialist Dr. N. W. Posthumus, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Amsterdam und Direktor der »Economisch-Historische Bibliotheek«. In jenen Jahren, als die Woge des Nationalsozialismus Deutschland und nach ihm andere Länder Zentraleuropas überrollte, entfaltete er eine große Aktivität, um Archive und Bibliotheken von sozialgeschichtlicher Bedeutung vor der Vernichtung zu bewahren. Zu diesem Zweck unternahm er viele Reisen, auf denen es ihm gelang, eine Reihe von Privatbibliotheken anzukaufen, die von ihren Besitzern aufgegeben wurden oder im Stich gelassen werden mußten. Die erworbenen Bücher und Archivalien bildeten den Grundstock des »Internationalen Instituts für Sozialgeschichte«, das Posthumus im November 1935 ins Leben rief. Gedacht war es als eine westeuropäische Zentralstelle für alle Materialien, die sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung beziehen. Die Finanzierung wurde von einem gemeinnützigen Unternehmen der holländischen Arbeiterbewegung, der »Centrale Arbeiders-Verzekerings- en Deposito-Bank« in s'Gravenhage übernommen, deren Direktor Nehemia de Lieme das Präsidium des Instituts-Kuratoriums übernahm.

Im März 1935 begab sich Posthumus nach Berlin, wo er im Einvernehmen mit dem Prager Parteivorstand auch nach den fünf Kisten forschte, jedoch ohne unmittelbaren Erfolg. Es sei nicht gelungen, die Reste des Archivs ausfindig zu machen, berichtete er am 9. April an Hertz. Um so überraschender war seine Mitteilung vom 8. Oktober: Aus Berlin haben wir Kisten bekommen, von denen wir einige geöffnet haben. In einer waren eine Büste von Marx, in einer anderen Schriften von Marx, Engels und andere Sozialistika«⁴⁵⁾. Eine genaue Überprüfung des Inhalts mußte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Umzug des Instituts zunächst unterbleiben und sollte später nachgeholt werden. Ein Bericht darüber fehlt, doch ist anzunehmen, daß sich dabei die von Hertz vermutete »Übereinstimmung mit der von Hinrichsen vor etwa zwei Jahren gelieferten Aufstellung«⁴⁶⁾ ergeben hat.

Demnach hatte Posthumus, ohne es zu wissen, die Spur von Hinrichsen gefunden, der aber offenbar aus Sicherheitsgründen im Verborgenen bleiben wollte. Wer der Absender war, erfährt man nicht, auch nichts über die Anzahl der Kisten. Vermutlich waren es mehr als fünf, da diese kaum ausgereicht haben dürften, die Masse der Bücher, Dokumente und Denkwürdigkeiten zu befördern, die in Hinrichsens Sachverzeichnis aufgeführt waren⁴⁷⁾.

⁴⁴⁾ Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁴⁵⁾ An Hertz, ebenda.

⁴⁶⁾ Hertz an Nicolaevsky, 8. Oktober 1935, ebenda.

⁴⁷⁾ Vgl. Anhang, Dokument IV.

Damit war auch die dritte der großen Rettungsaktionen, die auf Veranlassung oder im Einvernehmen mit dem Parteivorstand oder der Archivverwaltung geplant und in die Wege geleitet worden waren, erfolgreich abgeschlossen. Darüber hinaus sind – mit oder ohne ausdrückliche Billigung des Parteivorstandes – sowohl vor als auch nach dem 10. Mai noch verschiedene weitere Versuche unternommen worden, um Dokumente und Bücher aus dem Parteiarchiv herauszuschaffen und in Sicherheit zu bringen. Dafür gibt es einige konkrete Anhaltspunkte. So ist in einem Schreiben der Hausratsverwaltung der jüdischen Gemeinde Berlin vom 21. 6. 1934 von bei ihr »eingelagerten Kisten mit Büchern aus dem früheren Parteiarchiv« die Rede, die von Salomon sichergestellt worden seien⁴⁸⁾. Alfred Flatau, seinerzeit in der Werbeabteilung des Parteivorstandes tätig, erinnert sich, »etwa im März« davon unterrichtet worden zu sein, daß der Parteivorstand Wert darauf lege, Mobiliar und gewisse Materialien abzutransportieren und anderweitig unterzubringen. Daraufhin habe er, Flatau, einen leerstehenden Keller in der Wassertorstraße gemietet, in dem dann die Ladung von zwei oder drei Lastwagen eingelagert worden sei. Außer Möbeln hätte diese auch eine komplette Sammlung sämtlicher Vorwärts-Jahrgänge enthalten sowie eine Reihe von Kisten und Kartons, deren Inhalt man für Archivmaterial gehalten habe. Als nach der Beschlagnahme des Parteivermögens die Lage kritisch geworden sei, habe man den Lagerkeller liquidiert. Einige der Möbel seien abgeholt worden, während man die Vorwärts-Bände und alles, was nach Archivmaterial ausgesehen habe, durch Vermittlung der Speditionsfirma Schenker & Co. unfrankiert an die Deutsche Bücherei in Leipzig gesandt habe, »in der Hoffnung, Bibliothekare würden schon alles aufheben«⁴⁹⁾. Aus dieser Mitteilung läßt sich nicht mit Sicherheit schließen, daß es sich tatsächlich um Material aus dem Parteiarchiv gehandelt hat. Es könnte ebenso gut aus den Geschäftsräumen des Parteivorstandes gekommen sein, wo es wahrscheinlich auch Sammelbände des »Vorwärts« für den Handgebrauch gegeben hat⁵⁰⁾. Dagegen sind die Handakten von Hermann Müller aus der Zeit seiner Reichskanzlerschaft 1928/30, die das heutige SPD-Archiv 1963 zusammen mit einer Reihe von

⁴⁸⁾ Salomon-Nachlaß, SPD-Archiv, Bonn. – Salomon selbst weist in seinen bereits erwähnten »Anregungen zum Wiederaufbau des Parteiarchivs« vom 17. April 1934 darauf hin, »daß es auch jetzt noch Möglichkeiten gibt, Bücher und Akten aus Deutschland herauszuschaffen«, ein solcher Weg sei von ihm erfolgreich ausprobiert worden. Man erfährt jedoch weder aus den Salomon-Papieren noch aus den Hertz-Akten etwas über den Verbleib der von Salomon geretteten Bücher.

⁴⁹⁾ Schriftliche Auskunft.

⁵⁰⁾ Ebenfalls nicht zu den Beständen des Parteiarchivs gehörten andere wichtige und wahrscheinlich besonders vertrauliche Dokumente, deren Verlust damals bestätigt wurde. Hierauf bezieht sich folgende Mitteilung von Hertz an Nicolaevsky mit dem Datum vom 8. März 1935: »Derjenige Teil der Akten des Parteivorstandes, der mit seiner Kenntnis an einer bestimmten Stelle untergebracht worden war, mußte, wie nachträglich festgestellt wurde, wegen der Gefahr der Entdeckung verbrannt werden.«

Büchern und Handschriften aus dem Nachlaß von Paul Kampffmeyer erworben hat, unzweifelhaft ehemaliges Archivgut, das Kampffmeyer vermutlich zur Sicherung und Ordnung an sich genommen und während des Dritten Reiches in seinem Heim in Wilhelmshagen bei Berlin verwahrt hatte⁵¹⁾.

In der Pariser »Ecole Normale«

Für die nach Paris geretteten Teile des Parteiarchivs mußte im Frühjahr 1934 eine neue Unterkunft gesucht werden, da der IGB, um seine Kosten herabzusetzen, einen Teil der von ihm benutzten Etage aufgeben wollte. Nicolaevsky befragte Rudolf Breitscheid um Rat, der daraufhin mit Hilferding die Möglichkeit einer Übersiedlung in die Ecole Normale besprach⁵²⁾. Die Ecole Normale Supérieure war ein altes berühmtes Pariser Lehrinstitut, und der französische Parteiführer Léon Blum, der selbst diese Schule besucht hatte, nannte den Vorschlag »eine glänzende Idee«. Nicolaevsky, der Hertz davon unterrichtete, bedauerte in diesem Zusammenhang, daß Crummenerl, wie er gehört habe⁵³⁾, eine ablehnende Haltung einnehme und »beinahe geneigt« sein solle, das Archiv »an irgendeine befreundete Partei« zu verkaufen. »Diese Angelegenheit«, schreibt Nicolaevsky, »liegt natürlich ganz in Ihren Händen, obwohl ich beim besten Willen nicht sagen möchte, daß mir das Schicksal des Archivs, dessen Rettung so viel Mühe gekostet hat, gleichgültig sei.« Er erinnert daran, daß das Parteiarchiv ebenfalls in Zeiten der Verbannung entstanden sei, und fährt fort: »Wenn eine emigrierte Partei die Dokumente ihrer ruhmvollen Vergangenheit aufbewahrt, strahlt diese Vergangenheit auf sie zurück, und sie wird als Wahrerin ihrer Tradition angesehen. Deshalb legen auch wir [die Russen], die wir uns nun auch schon seit fast fünfzehn Jahren in der Emigration befinden, einen so großen Wert nicht nur auf die Erhaltung des alten Archivbestandes, sondern auch auf den weiteren Ausbau. Sogar jetzt, als wir gezwungen waren, die Bibliothek zu verkaufen, damit wir Berlin verlassen konnten, haben wir kein einziges Blättchen aus dem Archivmaterial, kein einziges Manuskript verkauft.« – Abschließend meint Nicolaevsky, daß die Vorteile, die ein Verkauf mit sich bringe, in keiner Weise den Prestigeverlust aufwiegen würden, weshalb er dringend rate, »die Verkaufsfrage nicht zu forcieren«⁵⁴⁾.

Hertz kann Nicolaevsky beruhigen und ihm mitteilen, daß der Parteivorstand »gegenwärtig« nicht an einen Verkauf denke. Er habe sich vielmehr mit dem

⁵¹⁾ Kampffmeyer starb dortselbst im Februar 1945.

⁵²⁾ Rudolf Breitscheid an Crummenerl, 15. April 1934, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁵³⁾ Crummenerl weilte damals zu kurzem Aufenthalt in Paris, traf aber nicht mit Nicolaevsky zusammen.

⁵⁴⁾ Brief vom 18. April 1934, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

Vorschlag einverstanden erklärt, das Archiv der Ecole Normale zur Aufbewahrung zu übergeben und einen genauen Vertrag darüber abzuschließen⁵⁵⁾.

Der Umzug konnte erst einige Monate später bewerkstelligt werden. Zunächst stand in der Ecole Normale nur ein kleines Zimmer zur Verfügung, ein zweites wurde jedoch in Aussicht gestellt⁵⁶⁾.

Das Prager Dementi hatte zwar das Bestehen von Verkaufsabsichten zum damaligen Zeitpunkt bestritten, die Möglichkeit einer Veräußerung des Archivs jedoch nicht grundsätzlich verneint. Daß die Frage auf der Tagesordnung blieb, dafür sorgten verschiedene Vorschläge und Angebote, die von außen kamen und nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen waren, da sie möglicherweise dazu beitragen konnten, die schwierige Lage des emigrierten Parteivorstandes zu erleichtern. Seine Niederlassung in Prag hatte zur Folge gehabt, daß die tschechoslowakische Metropole binnen kurzer Zeit das Zentrum der deutschen politischen Emigration geworden war. Die zahlreichen Flüchtlinge, die über die nahe Grenze kamen, suchten Rat und Hilfe bei der SOPADE, die diese meist nicht in dem erwarteten Maße gewähren konnte, da sie ihre Kräfte auf den Kampf gegen das Hitlerregime konzentrieren mußte. Die Finanzierung verschiedener periodischer Publikationen, darunter der Wochenzeitung »Neuer Vorwärts«, die Herstellung von vielgestaltigem illegalem Schriftenmaterial und seine Einschleusung nach Deutschland, die Unterhaltung von Kurieren und eines Netzes von Grenzssekretariaten, die mit besoldeten Funktionären besetzt waren, und nicht zuletzt die Unterstützung sozialdemokratischer Untergrundgruppen in der Heimat, all das verursachte beträchtliche Aufwendungen, die nicht durch entsprechende Einnahmen kompensiert werden konnten.

Die geretteten Teile des Parteiarchivs stellten eine Vermögensreserve dar, deren Realisierung unter den gegebenen Umständen von Bedeutung sein konnte. Jedoch hat dieser Gesichtspunkt zunächst kaum eine Rolle in den Überlegungen der SOPADE gespielt, und noch weniger waren sie von dem Wunsch bestimmt, die verhältnismäßig geringen Kosten für die Lagerung und Betreuung der Materialien einzusparen. Vordergründig war das Interesse an einer ordnungsmäßigen Aufstellung des Archivs und einer zweckentsprechenden Nutzung seiner dokumentarischen Schätze. Da aber der Exilvorstand das Problem noch nicht als dringlich ansah, vermied er definitive Stellungnahmen zu den vorliegenden Anregungen, deren erste schon im Juni 1933 an ihn herangetragen wurde, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Aktionen zur Rettung des Archivs noch gar nicht abgeschlossen waren. Als Nicolaevsky im September in einem Gespräch mit Rudolf Breitscheid die Frage des weiteren Verbleibs der nach Dänemark gebrachten Materialien anschnitt, stellte sich heraus, daß dieser »keine Ahnung

⁵⁵⁾ Brief vom 24. April 1934, ebenda.

⁵⁶⁾ Nicolaevsky an Hertz, 23. Juni 1934, ebenda.

von der Angelegenheit« hatte⁵⁷⁾. Aber selbst Crummenerl kann von dem Gelingen des Rettungswerks noch keine Kenntnis gehabt haben, als er Anfang Juni in Zürich »mit Oprecht«⁵⁸⁾ die Frage der Unterbringung des Archivs erörterte⁵⁹⁾. Oprecht hatte die Idee, »das unter Denkmalschutz stehende deutsche Parteiarchiv durch eine in Genf zu bildende Gesellschaft, die im Zusammenhang mit Völkerbund, Internationalem Arbeitsamt und der Universität Genf stünde, nach Genf übernehmen zu lassen«. Breitscheid kündigte an, daß Oprecht deswegen »in der nächsten Woche« nach Genf fahren wolle⁶⁰⁾.

Über das Ergebnis der Bemühungen Oprechts liegen keine Mitteilungen vor. Offenbar war es nicht konkret, was den Prager Parteivorstand der Verpflichtung zu einer Stellungnahme enthoben hätte.

Ein holländisches Pachtangebot

Ende April 1934 erhielt die SOPADE ein Schreiben des Vorsitzenden der holländischen sozialdemokratischen Partei, J. W. Albarda, in dem mitgeteilt wurde, daß sich Professor Posthumus für die ins Ausland verbrachten »Reste des Parteiarchivs« interessiere. Eines der Mitglieder des Exilvorstandes hatte anlässlich einer Sitzung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die am 27. und 28. Mai in Brüssel stattfand, Gelegenheit, mündlich mit Albarda darüber zu sprechen. Auf diese Vorgänge Bezug nehmend, erklärte die SOPADE in einem an Posthumus gerichteten Schreiben vom 20. Juni, daß auch sie es als einen Gewinn betrachten würde, wenn die wertvollen Dokumente aufgestellt und einer Benutzung zugänglich gemacht werden könnten. Voraussetzung sei aber die Katalogisierung der Materialien und die Aufbringung der Kosten für diese Arbeit sowie für die Bewachung und Ausleihe. Der Parteivorstand sei jedoch nicht in der Lage, die von Posthumus mit 10 000 Gulden veranschlagten Mittel zur Verfügung zu stellen. »Unsere Mittel«, so wird weiter ausgeführt, »dienen ausschließlich dem politischen Kampf, und sie sind so beschränkt, daß wir schon heute viele notwendige und nützliche Maßnahmen unterlassen müssen. Unter diesen Umständen haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir die Materialien nur sicher unterbringen müssen, daß aber eine Benutzung einstweilen noch nicht in Frage kommt. Wir würden aber diesen Standpunkt gern ändern, wenn die Aufbringung der Mittel, die bei einer Benutzung in Betracht kämen, von anderer Seite geschehen würde«⁶¹⁾.

Für eine unmittelbare Reaktion von Posthumus auf diesen Bescheid gibt es keine

⁵⁷⁾ Nicolaevsky an Hertz, 26. September 1933, ebenda.

⁵⁸⁾ Vermutlich der schweizerische sozialistische Verleger Dr. Emil Oprecht.

⁵⁹⁾ Rudolf Breitscheid an Hertz, 7. Juni 1933, Hertz-Nachlaß, Mappe XVI.

⁶⁰⁾ Rudolf Breitscheid an Hertz, 17. Juni 1933, ebenda.

⁶¹⁾ Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs. – Zur Erörterung stand um die gleiche Zeit die Möglichkeit einer finanziellen Förderung des Parteiarchivs durch das ehemalige »Insti-
Fortsetzung Seite 102

Anhaltspunkte. Erst ein Besuch von Crummenerl, den Posthumus im November 1934 in seiner Amsterdamer Bibliothek empfing, dürfte das Gespräch wieder in Gang gebracht haben. Es vergingen aber wiederum einige Monate, ehe es konkrete Formen annahm, und zwar auf Grund einer neuen Initiative von Posthumus. Bei einem Aufenthalt in Paris hatte er mit Nicolaevsky Fühlung genommen, wobei sich dieser bereit erklärte, einige Tage in der Woche regelmäßig an der Katalogisierung des Parteiarchivs zu arbeiten. Unter Hinweis darauf, daß es sich um eine Arbeit von längerer Dauer handele, wünschte Posthumus, hierüber ein Abkommen mit dem Parteivorstand zu schließen. Er schlug diesem vor, alle Archivmaterialien in dem von ihm zu gründenden Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte für zehn Jahre unentgeltlich unterbringen zu lassen, damit »die Wissenschaft davon profitieren« könne, und unterbreitete einen Vertragsentwurf folgenden Inhalts:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und das Nederlandsch Economisch-Historische Archief, Haag (NEHA), sind übereingekommen:

- I. Das NEHA übernimmt die Katalogisierungsarbeit des Archivs der SPD und die Kosten der Katalogisierung und Aufbewahrung des Archivs.
- II. Der Vorstand der SPD erteilt dem NEHA das ausschließliche Recht zur Katalogisierung und zur Publikation des Archivmaterials der SPD für die Zeit von zehn Jahren. Sollte es dem NEHA jedoch unmöglich sein, eine ihm zur Publikation angebotene Arbeit herauszugeben, so hat die SPD das Recht, das Material anderweitig zu verleihen.
- III. Falls sich in diesem Archiv Dubletten von gedruckten Sachen befinden, werden sie dem NEHA abgetreten.
- IV. Das Archiv bleibt Eigentum der SPD⁶²⁾.

Zur Fortsetzung des Gesprächs hatte Posthumus eine persönliche Begegnung mit einem Vertreter des Exilvorstandes außerhalb der Tschechoslowakei vorge-

Fortsetzung von Seite 101

tut für soziale Forschung«, Frankfurt a. M., dessen führende Mitglieder nach dem Westen emigriert waren und ihre Tätigkeit in Paris und Genf zu entfalten versuchten. Eine vordergründige Rolle spielte dabei ein gewisser Dr. Pollock, der mit Nicolaevsky Kontakt aufgenommen und großes Interesse für das Parteiarchiv zu erkennen gegeben hatte. Nicolaevsky hielt es nicht für ausgeschlossen, daß man von dieser Seite her eine Unterstützung erhalten könne, gab aber zu bedenken, daß zu der Leitung des Instituts Personen gehörten, die mit den Kommunisten sympathisierten. Im Januar 1935 hatte Pollock, der sich mittlerweile zu ständigem Aufenthalt in New York niedergelassen hatte, nach Paris kommen wollen, doch fehlen Mitteilungen darüber, ob die Begegnung zustande kam, auch wird das Thema in der Korrespondenz nicht weiter behandelt. – Nach Briefen von Nicolaevsky an Hertz, 12. Juli und 19. Dezember 1934, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁶²⁾ An Hertz, 19. Februar 1934. – Die von Posthumus geleitete Economisch-Historische Bibliothek in Amsterdam war eine Unterabteilung des Nederlandsch Economisch-Historisch Archief im Haag.

schlagen. Die SOPADE hielt es jedoch »weder für notwendig noch für zweckmäßig«, die Verhandlungen an einem anderen Ort als Prag stattfinden zu lassen, zumal hier »alle führenden Genossen versammelt« seien⁶³). Daraufhin erklärte sich Posthumus bereit, nach Prag zu kommen, wo er am 16. März 1935 eintraf, um am gleichen Abend nach Berlin weiterzureisen. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde von Hertz in einer Aufzeichnung festgehalten, in der es u. a. heißt:

»Nachdem ich Posthumus unsere Einwände gegen seinen Vorschlag dargelegt hatte, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß wir eventuell an der Verfügung über unser Eigentum gehindert werden könnten, erklärte Posthumus, daß er zu jeder Abänderung bereit sei. Ihm liege überhaupt nichts an dem Erwerb des Eigentums, sondern nur an der Sicherung des Materials für wissenschaftliche Arbeit.

Für ein Abkommen mit uns stehen nach dieser Aussprache folgende Möglichkeiten zur Diskussion, die entweder für sich allein oder kombiniert verwirklicht werden können:

1. Die Materialien bleiben in Kopenhagen oder in Paris. Das Recht zur Katalogisierung und die Pflicht zur Tragung der Kosten werden dem NEHA übertragen.
2. Die Materialien in Kopenhagen und Paris werden dem NEHA leihweise zur Verfügung gestellt, das uns eine Rente zahlt.
3. Die Materialien gehen gegen eine Kapitalabfindung oder eine Rentenzahlung in das Eigentum der NEHA über.

Bezüglich des Vorschlages zu 1, der im wesentlichen dem Vertragsentwurf entspricht, wäre ohne jede Schwierigkeit eine Abänderung möglich, die uns die Verfügungsfreiheit im Falle eines Verkaufs sichern würde. Ich versprach ihm, *diesen* Vorschlag dem PV zu unterbreiten⁶⁴).«

Nachdem Posthumus von seiner Berliner Reise zurückgekehrt war⁶⁵), erkundigte er sich in Prag nach dem Stand der Dinge, erfuhr jedoch von Hertz, daß die SOPADE sich wegen anderweitiger Inanspruchnahme noch nicht mit seinem Vorschlag habe beschäftigen können⁶⁶). Hertz sah keinen Anlaß zur Eile und vermied es, im Parteivorstand auf eine Entscheidung zu drängen. An Nicolaevsky, der ihm im Zusammenhang mit den holländischen Bemühungen geraten hatte, das Archiv »nicht endgültig« zu verkaufen⁶⁷), schrieb er, daß die Befürchtung, der Parteivorstand werde gegenwärtig eine Entscheidung über den Verkauf treffen, unbegründet sei, er sei lediglich bereit, Posthumus die Katalogisierungs-

⁶³) Hertz an Posthumus, 28. Februar 1935, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁶⁴) Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁶⁵) Über das Ergebnis dieser Reise wurde bereits oben berichtet.

⁶⁶) Brief vom 10. April 1935, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁶⁷) Brief vom 14. April 1935, ebenda.

arbeit zu übertragen⁶⁸⁾).

Der holländische Vorschlag lag also zunächst auf Eis, und dann wurde er von einem anderen sensationellen Angebot für längere Zeit in den Hintergrund gedrängt.

Stalins Millionenofferte

»Ich muß Ihnen eine spannende Geschichte erzählen«, schreibt Nicolaevsky am 16. August 1935 an Hertz. »Seit gestern versuchen die Bolschewisten – von verschiedenen Seiten – mit mir in Verbindung zu treten. Heute habe ich festgestellt, daß die Ursache dieser unerwarteten Aufmerksamkeit folgende ist: der Wunsch, das Marx-Engels-Archiv zu bekommen. Aus zuverlässiger Quelle hat man mir gesagt, daß sie bereit seien, eine sehr große Summe dafür zu zahlen, die sich sogar auf einige Millionen stellen kann.« – Nicolaevsky bat um Verhaltensmaßregeln⁶⁹⁾.

Die überraschende Information, an deren Verlässlichkeit nicht gezweifelt werden konnte, versetzte die SOPADE in eine begreifliche Verlegenheit. Sollte sich das sowjetrussische Interesse zu einem reellen Angebot ausformen, würde man sich vor eine schwierige Entscheidung gestellt sehen, deren hochpolitische Bedeutung außer Frage stand. Hertz konnte sich nicht gleich entschließen, den Parteivorstand mit der Sache zu befassen. Er beschränkte sich zunächst darauf, mit einer Postkarte den Empfang der Mitteilung zu bestätigen und eine Stellungnahme für die folgenden Tage anzukündigen⁷⁰⁾. Bevor diese jedoch erging, trafen aus Paris weitere aufsehenerregende Nachrichten ein. Moskau hatte zwei Sondervertreter in die französische Hauptstadt entsandt mit dem Auftrag, das Marx-Engels-Archiv zu erwerben, angeblich »um jeden Preis«. In der Annahme, daß die Materialien, nachdem sie aus Deutschland evakuiert worden waren, zusammen mit dem Archiv der Menschewiki in französischen Staatsbesitz übergegangen seien, hatten sie den zuständigen französischen Stellen eine »Austauschofferte« unterbreitet. Die Bolschewiki boten für das Marx-Engels-Archiv eine Sammlung seien, hatten sie den zuständigen französischen Stellen eine »Austauschofferte« unterbreitet. Die Bolschewiki boten für das Marx-Engels-Archiv eine Sammlung einzigartiger historischer Dokumente, nämlich den Briefwechsel Napoleons I. mit Alexander I. und anderen Staatsmännern jener Zeit, ferner alle Briefe französischer Staatsmänner der Napoleonischen Epoche, die sich in russischem Besitz befanden, alle Berichte der russischen Geheimagenten Napoleons, etwa 500 an der Zahl, sowie das gesamte Archiv der großen Armee Napoleons, das 1812 den Russen in die Hände fiel. Das französische Interesse an diesen Dokumenten war eminent. Die Nationalbibliotheken hatten für die Briefe Napoleons an Marie-Louise über eineinhalb Millionen Francs bezahlt. Was hier geboten wurde, war unvergleichlich interessanter und wertvoller. Kein Wunder, daß die franzö-

⁶⁸⁾ Brief vom 10. April 1935, ebenda.

⁶⁹⁾ Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁷⁰⁾ Auf diese Postkarte bezieht sich ein Brief von Hertz an Nicolaevsky vom 1. September 1935, ebenda.

sischen Gelehrten darauf brannten, diese Materialien in ihre Hände zu bekommen, deren Erwerbung nahezu »ein Nationalereignis« für Frankreich sein würde. Erklärlich auch, daß allerlei Projekte erwogen wurden, um den Austausch zu ermöglichen⁷¹⁾. Da sie jedoch sämtlich gegen die administrativen Konventionen Frankreichs verstießen, blieb nichts anderes übrig, als die russischen Interessenten an die Adresse des rechtmäßigen Eigentümers zu verweisen.

Es ist nicht ganz klar, was Nicolaevsky zunächst veranlaßt hat, bei den Abgesandten Moskaus zwischen einem politischen Beauftragten und einem Wissenschaftsexperten zu unterscheiden. Beide gaben an, Sekretäre des Marx-Engels-Instituts zu sein. Einer nannte sich »Hermann«, während der andere unter dem Namen Tichomirnow in Erscheinung trat. »Hermann«, der sich anscheinend schon länger in Paris aufhielt, war es, der den Kontakt mit Nicolaevsky aufgenommen hatte. Inzwischen über seinen Irrtum aufgeklärt, hatte er am 27. August eine weitere Zusammenkunft mit diesem, der ihm zu verstehen gab, daß nach seinen Informationen der sozialdemokratische Parteivorstand das Archiv nicht verkaufen wolle. Der sowjetische Unterhändler erklärte daraufhin, daß das Moskauer Institut auch bereit sei, die Dokumente gegen ein unbefristetes und unverzinsbares Darlehen in Verwahrung zu nehmen. Dem Parteivorstand würde in diesem Falle das Recht zugestanden werden, die Manuskripte »selbst nach einer unbeschränkten Zahl von Jahren« gegen Rückerstattung des Darlehens zurückzuverlangen. Sollten inzwischen kriegerische Verwicklungen eintreten, so würden die Russen die Materialien sofort in ein sicheres neutrales Land bringen, in welches, könne eventuell schon jetzt vereinbart werden. Sie würden ferner bereit sein, von allen Materialien Fotokopien anzufertigen, die dem Parteivorstand überlassen werden könnten, und sie würden sich außerdem verpflichten, ihm Fotokopien sämtlicher in ihrem Besitz befindlichen auf Marx und Engels bezüglichen Originaldokumente zur Verfügung zu stellen. Diesem letzten Punkt maß Nicolaevsky insofern Bedeutung zu, als die jüngsten Moskauer Publikationen gezeigt hätten, daß das Institut im Besitz von Dokumenten sei, von denen man bis dahin nichts gewußt habe. Nach seiner Vermutung handelte es sich dabei um das gleiche Material, das Laura Lafargue vor dem ersten Weltkrieg Rjasanow zur Bearbeitung überlassen, das dieser aber nicht an das deutsche Parteiarchiv weitergegeben hätte⁷²⁾.

Nicolaevskys Auffassung ging zunächst dahin, daß man das Angebot »voll und ganz« ablehnen sollte, und zwar aus den gleichen Motiven, wie er sie bereits früher in anderem Zusammenhang angeführt hätte. Falls sich aber der Parteivorstand für die Anknüpfung von Verhandlungen entscheiden sollte, würde er, Nicolaevsky, es für richtig halten, diese unter Ausklammerung aller übrigen

⁷¹⁾ Nicolaevsky an Hertz, 22. August 1935, ebenda.

⁷²⁾ Nicolaevsky an Hertz, 28. August 1935, ebenda.

Teile des Parteiarchivs auf die Marx-Engels-Materialien zu beschränken, für die man nach seiner Meinung 200 000 bis 250 000 Dollar verlangen könne⁷³). Die Sowjetrussen seien an einer Vereinbarung, »die sie zweifellos auf persönliche Anordnung Stalins anstrebten«, dermaßen interessiert, daß sie »fast alle möglichen Bedingungen annehmen und alle denkbaren Garantien der Vereinbarung geben würden«. Sie bäten aber, die Entscheidung möglichst zu beschleunigen, da sie etwa bis zum 10. September Paris wieder verlassen müßten⁷⁴).

Wissenschaftsinteresse oder politische Intrige?

Hertz benachrichtigte Nicolaevsky, daß eine Stellungnahme des Parteivorstandes infolge Abwesenheit seiner maßgeblichen Mitglieder vor Mitte September nicht möglich sei⁷⁵). Er selbst hatte schwerste Bedenken gegen eine Überlassung des Archivs oder einzelner seiner besonders wertvollen Teile an das Moskauer Institut, wie er in einem Brief ausführlich darlegte. Eine Übergabe des Archivs an diese Stelle werde nach seiner Auffassung als eine symbolische Handlung dafür angesehen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie und die II. Internationale das geistige Werk von Marx und Engels an die Bolschewisten abgetreten hätten. Man müsse mit einer schweren Beeinträchtigung des Ansehens der sozialistischen Bewegung in allen Ländern rechnen. Besonders stark werde die Wirkung in denjenigen Schichten sein, die die II. Internationale und die deutsche Partei immer als die Erben von Marx und Engels angesehen hätten und von ihnen erwarteten, daß sie dieses Gut gegen die Bolschewisten schützen würden. Hertz war im übrigen der Ansicht, daß der Parteivorstand allein nicht über die Materialien verfügen sollte. Er sei zwar formell Eigentümer, aber das geistige Gut gehöre der gesamten Bewegung, die man deshalb zu Rate ziehen müsse, bevor man irgendeinen positiven Schritt in der Richtung auf eine Vereinbarung mit den Russen unternehme. »Es könnte ja sein, daß das Angebot der Bolschewisten ähnliche Angebote anderer, uns geistig und politisch näher stehender Kreise hervorrufen wird, und wenn das der Fall ist, fällt für Verhandlungen mit den Russen der einzige Grund fort, der für den Parteivorstand Veranlassung zu einer anderen Stellungnahme sein könnte, nämlich die Möglichkeit, auf diese Weise die Mittel zur Fortsetzung seiner Arbeit zu erhalten. Wer politisch die Zusammenarbeit mit den Kommunisten grundsätzlich ablehnt, setzt sich ja in jedem Falle schweren Angriffen aus und ruft peinliche Verdächtigungen hervor, wenn er geschäftliche und finanzielle Beziehungen für erlaubt hält. Dazu kommt eine Reihe praktischer Bedenken. Das wichtigste ist, daß man noch keine vollständige Übersicht über das hat, was das Archiv alles enthält⁷⁶).«

⁷³) An Hertz, 27. August 1935, ebenda.

⁷⁴) An Hertz, 28. August 1935, ebenda.

⁷⁵) Telegramm vom 30. August 1935, ebenda.

⁷⁶) An Nicolaevsky, 1. September 1935, ebenda.

Rudolf Breitscheid, von Nicolaevsky über das sowjetrussische Begehren unterrichtet, hatte ähnliche Bedenken, die er in einem vertraulichen Brief an Hertz formulierte⁷⁷⁾, »obwohl mich die Sache eigentlich nichts angeht«. Er sprach von einer »sehr gewagten Transaktion« und äußerte die Befürchtung, daß die Kommunisten sich damit brüsten würden, den Sozialdemokraten aus finanziellen Verlegenheiten geholfen und ihnen die Fortsetzung ihrer Arbeit ermöglicht zu haben. Da eine Übertragung des Besitzes an die Bolschewisten gleichzeitig eine Übergabe an die III. Internationale bedeuten würde, müsse zuvor die Zustimmung der II. Internationale eingeholt werden. Breitscheid bezweifelte überhaupt das Recht der SOPADE, das Archiv »ohne Rücksicht auf den Willen der Partei« zu veräußern. Der Vorstand habe sich zwar zum Treuhänder des Parteivermögens erklärt, »aber ich glaube nicht, daß man das Archiv zum Vermögen rechnen kann«. Falls jedoch diese Auffassung in Prag nicht geteilt werde, sei es zumindest notwendig, alle Mitglieder des Vorstandes, »also auch Aufhäuser und Böchel«, an der Entscheidung zu beteiligen.

Damit rührte Breitscheid an die internen Schwierigkeiten des emigrierten Parteivorstandes, die sich aus Richtungsstreitigkeiten und Sonderbündeleyen ergeben hatten. Die maßgeblichen Mitglieder der SOPADE, insbesondere Wels, Vogel und Stampfer, galten als die Hauptvertreter einer Politik, die als gescheitert angesehen wurde, weil sie das Heraufkommen des Nationalsozialismus nicht hatte verhindern können. Unter dem Eindruck des Zusammenbruches entwickelten sich Tendenzen zu einer Revolutionierung und Radikalisierung der Partei und ihrer ideologischen Annäherung an die Kommunisten. Die alten Parteiführer kamen dieser Stimmung bis zu einem gewissen Grade entgegen und hatten sie schon vor dem Verlassen Deutschlands dadurch aufzufangen versucht, daß sie vier Vertreter des linken Flügels in den Vorstand aufgenommen hatten. Von diesen waren drei in die Emigration gegangen, und zwei hatten sich in Prag niedergelassen, wo sie zu den Sitzungen des Parteivorstandes hinzugezogen wurden, obwohl sie nicht zu der Delegation gehörten, die gemäß Vorstandsbeschuß vom 4. Mai 1933 die Auslandsvertretung aufbauen sollte. Es waren der Reichstagsabgeordnete und langjährige Vorsitzende des AFA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, und der sächsische Landtagsabgeordnete und frühere Chefredakteur der »Chemnitzer Volksstimme«, Karl Böchel. Während sich die Zusammenarbeit in der ersten Zeit »im allgemeinen reibungslos« gestaltete, waren seit Anfang des Jahres 1934 Differenzen zutage getreten, die in der Folgezeit an Schärfe zugenommen hatten. Aufhäuser und Böchel traten im Parteivorstand als die Vertreter einer Fraktion auf, die sich »Revolutionäre Sozialisten« nannte und eine von mehreren oppositionellen Gruppierungen war, die den alten Vorstandsmitgliedern das moralische Recht auf die Beibehaltung der Führung streitig zu ma-

⁷⁷⁾ 12. September 1935, Hertz-Nachlaß, Mappe XVI.

chen suchten. Die »Revolutionären Sozialisten« glaubten, daß sich die alte SPD und die KPD überlebt hätten und die Schaffung einer neuen proletarischen Einheitspartei angestrebt werden müsse. Als sie dann ihre Absicht zu erkennen gaben, die linksoppositionellen Gruppen zu einem Kartell zusammenzuschließen, lehnte die SOPADE-Mehrheit eine weitere Zusammenarbeit mit Aufhäuser und Böchel ab⁷⁸⁾.

In den ersten Septembertagen unternahmen die Abgesandten Moskaus den erwarteten förmlichen Schritt, um an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen. Durch Vermittlung Nicolaevskys unterbreiteten sie dem Prager Parteivorstand ein offizielles Angebot, das inhaltlich ungefähr mit den bereits vorliegenden Informationen übereinstimmte. Die Russen wünschten die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Parteivorstand einverstanden sein könnte, dem Marx-Engels-Institut das Marx-Engels-Archiv »in Verwahrung zu geben« und erklärten ihre Bereitschaft, »die Rückgabe des Archivs durch Übergabe einer vom PV zu bestimmenden Summe zu sichern«, wobei sie diesem das Recht zugestehen wollten, jederzeit das Archiv zurückzuverlangen, »unter Rückzahlung der Summe, natürlich ohne jegliche Zinsen«. Sie baten um die Entsendung eines bevollmächtigten Vorstandsvertreters nach Paris, wollten aber auch nach Genf kommen, falls man in Prag einem anderen Treffpunkt den Vorzug geben sollte. Das Schreiben mit dem Datum vom 5. September war an Otto Wels gerichtet und trug die Unterschrift »Sekretär des Marx-Engels-Instituts, gez. Hermann«⁷⁹⁾.

So verlockend der SOPADE in ihrer schwierigen Situation die Offerte auch erscheinen mochte, so konnte sie dieser nach allen Erfahrungen, die die Sozialdemokraten mit den Kommunisten gemacht hatten, doch nur mit Skepsis und Mißtrauen begegnen. Es fehlte nicht an Gründen für den Verdacht, daß sich dahinter weniger wissenschaftliches Interesse als vielmehr eine weitreichende politische Intrige verbarg. Auch mußte damit gerechnet werden, daß eine solche Transaktion nicht geheim bleiben und in der Welt sofort dahin ausgelegt werden würde, daß sich die Sozialdemokraten von den Kommunisten hätten kaufen lassen, obwohl sie politisch die Zusammenarbeit mit ihnen ablehnten. Man war sich außerdem darüber klar, daß auch eine sehr hohe Summe keine Garantie für die spätere Rücklieferung des Archivs wäre, weil der Kontrahent über ungemessene Mittel verfügte und eine Wiedererstattung der Gelder für ihn keinen erheblichen Anreiz zu einer Rückgabe der Materialien darstellen würde.

Das Ergebnis der Überlegungen konnte nach Lage der Umstände nur eine Absage sein. Gemäß Entscheidung einer Vorstandssitzung vom 16. September, an der Wels, Vogel, Crummenerl, Stampfer, Hertz, Ollenhauer, Dr. Erich Rinner

⁷⁸⁾ Materialzusammenstellung über organisatorische Sonderbestrebungen in der Partei, Rundschreiben der SOPADE, 30. Januar 1935, SOPADE-Akte G/17, SPD-Archiv, Bonn.

⁷⁹⁾ SOPADE-Akte G/142, Anhang, Dokument V.

und Emil Stahl teilnahmen⁸⁰⁾, und zu der man Nicolaevsky als Berater hinzugezogen hatte, wurde dem Sekretär des Marx-Engels-Institutes mitgeteilt, daß das politische Verhältnis der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der deutschen Sozialdemokratie zur Komintern es dem Parteivorstand nicht ermögliche, auf das Angebot einzugehen, und daß nach dieser grundsätzlichen Entscheidung die konkreten Bedingungen nicht diskutiert werden sollten⁸¹⁾.

Einschaltung der II. Internationale

Damit war aber das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Das Moskauer Angebot hatte der SOPADE die große Bedeutung des Parteiarchivs erst zu vollem Bewußtsein gebracht. Dies kam auch darin zum Ausdruck, daß Wels und Crummenerl jetzt die Korrespondenz an sich nahmen⁸²⁾, obwohl die Zuständigkeit von Hertz grundsätzlich bestehen blieb. Die maßgeblichen Mitglieder des Vorstandes waren nicht abgeneigt, das Archiv unter Wahrung der Eigentumsrechte der Partei gegen eine Garantiesumme in der Größenordnung der russischen Vorschläge zeitweilig in andere Hände zu geben, doch wollten sie die Verantwortung für einen solchen Schritt nicht allein tragen, sondern die Internationale daran beteiligen, in der Annahme, daß sämtliche sozialdemokratischen Parteien an der Erhaltung des deutschen Archivs interessiert seien.

Die Anregung Breitscheids, die Hertz an den Parteivorstand weitergegeben haben dürfte, war also auf fruchtbaren Boden gefallen, was der Absagebrief an den Vertreter des Marx-Engels-Instituts bereits erkennen ließ. Noch bevor dieser Bescheid erging, hatte sich die SOPADE in einem Rundschreiben an die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und die Vorstände der ihr angeschlossenen Parteien gewandt, um sie über den Sachverhalt zu informieren und ihnen die Gründe für die Ablehnung des Moskauer Angebots darzulegen. Sie erinnerte darin u. a. auch an die schlechten Erfahrungen mit dem Institut in den zwanziger Jahren, als man diesem das Fotokopieren der Originaldokumente im Parteiarchiv gestattet, aber hinterher hatte feststellen müssen, daß die publizierten Texte mit tendenziösen Kommentaren versehen worden waren, was dann den Parteivorstand veranlaßt hätte, die Beziehungen zu Rjasanow abubrechen. »Wir sind sicher«, so fuhr das Rundschreiben fort, »daß das ungeheure Material, das die Dokumentensammlung enthält und das der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich war, in ähnlicher Weise verwendet werden würde.« Abschließend wurden die befreundeten Parteien um eine Meinungsäußerung in dieser Angelegenheit gebeten⁸³⁾.

Die Reaktion aus dem Lager der Internationale war unterschiedlich. Die hollän-

⁸⁰⁾ Wels an Adler, 9. März 1936, SOPADE-Akte G/142.

⁸¹⁾ Wels an »Hermann«, 19. September 1935, ebenda.

⁸²⁾ Hertz an Nicolaevsky, 1. Januar 1936, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

⁸³⁾ 17. September 1935, SOPADE-Akte G/142.

dische Arbeiterpartei stimmte dem PV-Beschluß vom 16. September vorbehaltlos zu und verband damit die Empfehlung, die Aufbewahrung und Versorgung des Archivs in die Hände von Posthumus zu legen⁸⁴). Ähnlich beifällig äußerte sich der Holländer W. Schevenels, der als Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes ebenfalls das Zirkular erhalten hatte⁸⁵). Der Belgier Louis de Brouckère, damaliger Präsident der SAI, nannte den Vorschlag des Moskauer Instituts »unannehmbar«, setzte jedoch einschränkend hinzu: »wenigstens in seiner aktuellen Form.« Er meinte, daß sicher eine ernsthafte Möglichkeit bestehe, mit dem holländischen Institut zu einem Arrangement zu kommen, wobei es selbstverständlich sei, daß dieses keinen ähnlich günstigen Vorschlag wie Moskau unterbreiten könne. De Brouckère hielt es aber »in jedem Falle für geboten, sich mit der definitiven Entscheidung nicht zu beeilen, da die Zeit Möglichkeiten eröffnen könne, die jetzt noch nicht sichtbar seien«⁸⁶). Otto Bauer erklärte im Namen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten, damals in Brünn, es sei das Wichtigste, die Archivbestände ordnungsgemäß zu verwalten und ihre wissenschaftliche Verwertung für die Zukunft zu sichern, wozu die finanziellen Mittel des Amsterdamer Instituts wahrscheinlich nicht ausreichen würden. Er hielt es für möglich und wünschenswert, eine der großen westeuropäischen Bibliotheken für das Parteiarchiv zu interessieren, »am besten das Britische Museum«⁸⁷).

Der Vorsitzende der italienischen Partei im Exil, G. E. Modigliani, erkannte die Wichtigkeit des deutschen Archivs für die Geschichte im allgemeinen und die der sozialistischen Bewegung im besonderen an, betonte jedoch, daß eine Verpachtung oder ein endgültiger Verkauf des Archivs »ausschließlich Sache der deutschen Partei« sei, der es daher auch offenstehe, das Anerbieten Moskaus anzunehmen oder nicht⁸⁸).

Am weitesten vom Standpunkt der SOPADE entfernt war die Stellungnahme von Friedrich Adler, dem Sekretär der SAI, der für eine Annahme des Moskauer Angebots eintrat, wobei er nicht verhehlte, daß eine Unterhaltung mit dem Beauftragten des Marx-Engels-Instituts ihn in dieser Auffassung bestärkt habe. Er würdigte die Bemühungen der holländischen sozialgeschichtlichen Bibliothek, gab jedoch zu bedenken, daß diese in ihren finanziellen Möglichkeiten beschränkt und daß der sozialistische Einfluß auf sie gering sein würde, weil sie keine Parteiinstitution und zur Neutralität verpflichtet sei. Dagegen biete der russische Vorschlag »vom wissenschaftlich-theoretischen Gesichtspunkt aus gesehen eine Reihe ernst zu nehmender Vorteile«. Adler leugnete nicht das Bestehen schwer-

⁸⁴) 28. September 1935, ebenda.

⁸⁵) 20. September 1935, ebenda.

⁸⁶) 6. Oktober 1935, ebenda.

⁸⁷) 24. September 1935, ebenda.

⁸⁸) 23. September 1935, ebenda.

wiegender Gegengründe politischer Natur, meinte aber, daß man bei aller Kritik an dem Vorgehen der Bolschewisten anerkennen müsse, daß sie mit der Schaffung des Marx-Engels-Instituts »ihre Pflicht gegenüber der Schaffung der Voraussetzungen der historischen Forschung erfüllt« hätten. So bedauerlich manche Vorreden zu den Publikationen des Instituts seien, so sei ihm doch kein einziger Fall bekanntgeworden, in welchem Texte aus politischen Gründen verfälscht worden seien. Wenn begreiflicherweise die SOPADE angesichts der politischen Verleumdungsmethoden, denen sie »von faschistischer und bolschewistischer Seite ausgesetzt« sei, ernste Bedenken trage, in direkte Verhandlungen mit irgendeiner Moskauer Institution einzutreten, so schlage er vor, daß diese Verhandlungen von einem kleinen Kreis von Genossen geführt würden, deren Interesse für die marxistische Forschung außer jedem Zweifel stehe und die auch individuell die politische Verantwortung für das, was sie als Verhandlungsergebnis befürworten würden, zu tragen in der Lage seien⁸⁹⁾.

Schon vor der Abfassung dieses Briefes hatte Adler denselben Standpunkt in einer Sitzung des Büros der Internationale vom 10. Oktober vertreten, nachdem Wels die Gründe für die ablehnende Haltung der SOPADE mündlich dargelegt hatte; das Büro hatte diese verschiedenen Ansichten zur Kenntnis genommen, es jedoch nicht für seines Amtes gehalten, in der einen oder anderen Richtung dazu Stellung zu nehmen⁹⁰⁾.

Fast zur gleichen Zeit mit dem Schreiben Adlers traf in Prag ein solches von Nicolaevsky ein, das von ähnlichen Überlegungen ausgehend zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangte. »Je mehr ich mir die Sache durch den Kopf gehen lasse«, erklärte Nicolaevsky, »um so mehr gelange ich zu der Überzeugung, daß man die Sache mit dem Marx-Engels-Institut zum Abschluß bringen muß.« Da irgendwelche Transaktionen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Bolschewisten als politisch untragbar angesehen würden, dieses negative Ergebnis jedoch keine Lösung der anstehenden Probleme sei, müsse eine Vermittlungsstelle eingeschaltet werden, die den Parteivorstand von jeder politischen Verantwortung befreien würde. Nicolaevsky schlug die Gründung eines »Internationalen Instituts für die Erforschung der Geschichte des Sozialismus« vor, dessen Grundzüge er in seinem sechsseitigen Memorandum entwarf. Danach sollte dieses Institut die notwendige wissenschaftliche Organisation für die Geschichtsforschung schaffen und sicherstellen, daß die marxistische Forschungsarbeit in einer Periode der Ausschaltung der deutschen Sozialdemokratie nicht zu einem Monopol des Marx-Engels-Instituts würde. Wenn die Verhandlungen über eine Aufbewahrung der Marx-Engels-Dokumente in Moskau von einer solchen »unzweifelhaft wissenschaftlichen Körperschaft« geführt würden, werde

⁸⁹⁾ 20. Oktober 1935, ebenda.

⁹⁰⁾ Adler an Aufhäuser/Böchel, 10. Februar 1936, SOPADE-Akte G/17, SPD-Archiv, Bonn.

dies auch die beste Sicherung gegen irgendwelche politische Wirkungen dieser Verhandlungen sein⁹¹⁾).

Das »SAPUG«-Projekt

Die SOPADE zeigte sich von diesem Projekt, das offenbar im Einvernehmen mit Adler, möglicherweise sogar auf dessen Anregung entwickelt worden war, »stark beeindruckt« und erklärte ihre »eventuelle Bereitschaft«, einem solchen Forschungsinstitut die deutschen Archivbestände »unter Wahrung unseres Eigentumsrechts« zur Verfügung zu stellen⁹²⁾. Daraufhin begaben sich Adler und Nicolaevsky auf Einladung des Parteivorstandes nach Prag, um die Einzelheiten des Planes mit ihm zu besprechen und eine Marschroute für die Verhandlungen mit den Russen festzulegen. Man kam überein, ein Organisationskomitee aus namhaften Persönlichkeiten der internationalen Sozialdemokratie zu berufen, das die Aufgabe haben sollte, die marxistische Forschung »organisatorisch und materiell auf eine neue Grundlage zu stellen« und zu diesem Zweck eine »Sozialistische Archiv- und Publikationsgesellschaft«, abgekürzt »SAPUG«, ins Leben zu rufen. Der Marx-Engels-Nachlaß sollte dann in den Besitz der SAPUG übergehen, die ihn ihrerseits dem Marx-Engels-Institut als Leihgabe gegen eine zu vereinbarende Garantiesumme zur Verfügung stellen würde, und zwar unter der Bedingung, daß die Dokumente jederzeit zurückgefordert werden könnten, welchem Verlangen das Marx-Engels-Institut dann innerhalb sechs Wochen zu entsprechen hätte. Die übrigen Teile des deutschen Parteiarchivs, soweit sie gerettet werden konnten, sollten der SAPUG leihweise bis auf Widerruf überlassen werden.

Dieser grundsätzlichen Vereinbarung entsprach der im Anschluß an die Prager Besprechungen von Adler aufgestellte Organisationsplan, der darüber hinausgehend auch Vorschläge zur Verteilung des Garantiebetrages enthielt, der aus der leihweisen Übertragung der Marx-Engels-Dokumente an Moskau erwartet wurde. Danach sollte die SOPADE 50 Prozent zur freien Verfügung für ihre Parteiaufgaben erhalten. Weitere 10 Prozent sollten zwar ebenfalls von ihr verwaltet, jedoch nur im Einvernehmen mit der SAI »für Zwecke der deutschen Arbeiterbewegung« verausgabt werden dürfen. 20 Prozent sollten der Finanzierung der SAPUG dienen, und die restlichen 20 Prozent an eine Organisation »Sozialistische Arbeiterhilfe Deutschlands« gegeben werden, die diese Gelder für die politischen Gefangenen in Deutschland und ihre Familien sowie als Subventionen an sozialistische Flüchtlingsbetreuungsorganisationen außerhalb Deutschlands zu verwenden haben würde.

Dieser Verteilungsplan fand jedoch nicht in allen Punkten die Billigung der SOPADE, die vor allem der Auffassung Adlers widersprach, daß mit den für

⁹¹⁾ An Wels, 21. Oktober, SOPADE-Akte G/142.

⁹²⁾ Wels an Adler, 6. November 1935, ebenda.

karitative Zwecke vorgesehenen Mitteln alle antifaschistischen Kämpfer rechts von den Kommunisten, also auch Anhänger der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP) und Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen, unterstützt werden sollten. Die SOPADE habe zwar, so lautete das Prager Gegenargument, Anhänger der einzelnen Gruppen, als sie in Bedrängnis gekommen oder in Prozesse verwickelt worden seien, unterstützt, es könne aber keine Rede davon sein, daß die Gruppen ein prinzipielles Anrecht auf eine solche Hilfe hätten. Die gleichen Meinungsverschiedenheiten entzündeten sich an dem Punkt, der festlegen sollte, daß 10 Prozent der Gesamtsumme nur mit Zustimmung der SAI verausgabt werden dürften, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Adler diese Mittel zur Subventionierung sozialdemokratischer Exilgruppen ohne Rücksicht auf ihre Einstellung gegenüber der SOPADE verwenden wollte⁹³).

Bei dem Besuch in Prag hatte Adler zugesagt, daß er die SOPADE telegrafisch benachrichtigen wolle, sobald man sich mit den Russen über einen Verhandlungstermin verständigt haben würde. Die Vertreter des Moskauer Instituts waren inzwischen davon in Kenntnis gesetzt worden, daß als Verhandlungspartner nunmehr das von der SAI gegründete internationale Forschungsinstitut in Betracht komme, an das der sozialdemokratische Parteivorstand das Eigentum am Marx-Engels-Archiv abgetreten habe. Daraufhin hatte sich einer der beiden Russen nach Moskau begeben, um die nötige Vollmacht einzuholen. Der ungeduldige Eifer, den sie an den Tag legten, um den Kontakt mit Nicolaevsky aufrechtzuerhalten und auf seine das Archiv betreffenden Überlegungen Einfluß zu nehmen, ließ auf die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten schließen. Als sich Ende September erneut das Problem einer anderweitigen Unterbringung der Materialien gestellt hatte, weil ihre Betreuung mit dem Lehrbetrieb der Ecole Normale kollidierte, infolgedessen auch ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet erschien, hatten sie sich erboten, die Aufbewahrung »an einer anderen sicheren Stelle materiell zu fördern« und die Dokumente einer neutralen Person zu geben. Noch kurioser war ihr Vorschlag, das Archiv auf einem Gutshof außerhalb von Paris in einem Gebäude einzulagern, das von Nicolaevsky durch offiziellen Kontrakt gemietet werden und wo eine Person nach seiner Wahl als Wächter wohnen sollte. Solche nicht ganz durchsichtigen Pläne mit dem Merkmal des Abenteuerlichen waren natürlich für die Gegenseite nicht diskutabel, sie kennzeichneten aber die Beflissenheit und den Phantasieichtum ihrer Urheber. Das Problem war damit freilich nicht gelöst, weshalb sich Nicolaevsky entschloß, das Archiv einstweilen in seiner Wohnung unterzubringen, doch unterblieb die Durchführung des Vorhabens im Hinblick auf die in Aussicht stehenden Veränderungen in den Besitz- und Verfügungsrechten⁹⁴).

Schon wenige Tage nach den Prager Besprechungen meldete Nicolaevsky, daß

⁹³) Nach Aufzeichnungen von S. Crummenerl, Näheres s. Anm. 96.

⁹⁴) An Hertz, 12. Oktober 1935, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

die bevollmächtigten Vertreter Moskaus, »nachdem sie inzwischen täglich in der Angelegenheit telefoniert hatten«, jetzt unterwegs nach Paris seien und damit gerechnet werden könne, daß die ersten Verhandlungen unmittelbar bevorstünden, weshalb es ihm wichtig erscheine, daß der Vorstand sofort eine Delegation nach Paris entsende, damit er sich von Anfang an mit allen Details vertraut und seinen Einfluß geltend machen könne⁹⁵). Wels und Crummenerl kamen dem dringenden Ersuchen nach und begaben sich am 21. November auf eine Westreise, die sie zunächst nach Wien führte. Dort trafen sie Paul Hertz, der sie davon unterrichtete, daß Kautsky mit der vorgesehenen Regelung einverstanden sei.

Diese in einer ausführlichen Niederschrift Crummenerls über den Verlauf der Reise⁹⁶) enthaltene Feststellung deckt sich nicht völlig mit dem, was Hertz am 7. Oktober in einem Brief an Hilferding schrieb. Nach einer Darlegung seiner politischen Bedenken gegen die geplante Transaktion bemerkt er darin: »Auch Karl Kautsky ist mit unserer Haltung einverstanden. Sein entscheidendes Argument ist, die Materialien müßten in einem Lande aufbewahrt werden, das freier Forschung zugänglich ist⁹⁷).« Hingegen berichtet Nicolaevsky, der auf der Rückreise von Prag Kautsky in Wien aufgesucht hatte, dieser sei »ganz unserer Meinung in allen gefaßten Entschlüssen« und habe sich sogar bereit erklärt, nach Paris überzusiedeln, um an der Institutsarbeit teilzunehmen, was mehr sei, als er, Nicolaevsky, zu hoffen gewagt habe. Kautskys Unterstützung sei von sehr großer Bedeutung »vom moralischen Standpunkt«, sein Name müsse das Banner des Instituts werden⁹⁸). Nicolaevsky scheint Kautsky mißverstanden zu haben, da dessen Übersiedlung nach Paris weder von ihm selbst noch von seinen nächsten Freunden ernstlich in Betracht gezogen wurde. Klar ergibt sich dies aus einem Brief von Hertz an Kautsky, der folgende Passage enthält: »Friedrich Adler war von der Idee Nicolaevskys, Dich nach Paris zu verpflanzen, nicht nur überrascht, er hält sie auch für ebenso absurd wie wir«⁹⁹).

Am 17. November setzten Wels und Crummenerl ihre Fahrt fort, die sie dann in Zürich unterbrachen, um mit Hilferding zusammenzutreffen, der dort in einem Hotelzimmer wohnte, sich aber zeitweilig in Paris aufhielt. Ihm, der als eine Autorität auf dem Gebiet der Marx-Interpretation galt, war eine hervorragende Rolle in dem projektierten Unternehmen zugeordnet. Im Organisationsstatut¹⁰⁰) waren als leitende Organe ein Verwaltungsrat und ein wissenschaft-

⁹⁵) An Wels, 17. November 1935, ebenda.

⁹⁶) S. Crummenerl, Aufzeichnungen über die Unterredungen auf der Westreise betreffend das sozialdemokratische Parteiarchiv, undatiert, SOPADE-Akte G/142.

⁹⁷) Hertz-Nachlaß, Mappe XVII.

⁹⁸) An Wels 17. November 1935, SOPADE-Akte G/142.

⁹⁹) 3. November 1935, Kautsky-Nachlaß, IISG Amsterdam.

¹⁰⁰) SOPADE-Akte G/142.

licher Beirat aus je sieben Mitgliedern vorgesehen. Der Verwaltungsrat sollte einen Arbeitsausschuß (Präsidium) berufen, bestehend aus dem wissenschaftlichen Leiter, dem Generalsekretär und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsrats. Die Position des wissenschaftlichen Leiters wollte man Hilferding anbieten, während Nicolaevsky als Generalsekretär in Aussicht genommen war. Als drittes Präsidiumsmitglied wurde Léon Blum empfohlen, vorzüglich mit der Begründung, daß er ein qualifizierter Jurist sei¹⁰¹).

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß auch eine enge Zusammenarbeit mit dem holländischen Institut eingeplant war. Posthumus sollte in den wissenschaftlichen Beirat berufen werden, sogar eine Hausgemeinschaft mit der Pariser Filiale des Instituts stand zur Diskussion. Posthumus gehörte erklärlicherweise zu den Widersachern einer Vergabe des Archivs nach Moskau. Er hielt sie »für unmöglich, solange es im Parteivorstand noch Charaktere gibt«, und erklärte sich bereit, nach Prag zu kommen, »um zu versuchen, diese Schande zu verhüten«, man könne doch für Geld nicht alles in dieser Welt kaufen«¹⁰²). Später, nachdem inzwischen die internationale Kommission die Sache in die Hand genommen hatte, bat er, in der Vereinbarung mit den Russen wenigstens vorzusehen, daß sie statt einer Kopie der Dokumente deren zwei zu liefern hätten, von denen nach seiner Meinung eine in Amsterdam aufbewahrt werden sollte¹⁰³).

Was Hilferding betrifft, so scheint dieser nicht abgeneigt gewesen zu sein, die ihm zugedachte Aufgabe zu übernehmen, er hielt sich jedoch bei den Besprechungen sehr zurück und legte eine unverkennbare Skepsis an den Tag. Gegen die Übertragung des Marx-Engels-Archivs an Moskau hatte er »sehr große Bedenken«, allerdings nicht solche moralischer Natur, »weil das Geld für einen unpersönlichen hohen Zweck und für sozialdemokratische Ziele verwendet werden soll«. Entscheidend wichtig war nach seiner Auffassung »die Stellung zur Demokratie, und die darf nicht verdunkelt werden durch irgendeinen Kompromiß mit den Bolschewisten«. Hilferding sprach sich »gegen eine Einheitsfront im internationalen Maßstab« aus¹⁰⁴), mit anderen Worten gegen eine Verallgemeinerung der Entwicklung, wie sie in Frankreich zu verzeichnen war. Dort hatte sich am historischen Tage des 14. Juli feierlich die »Volksfront« konstituiert, nachdem am 26. Januar die beiden sozialistischen Parteien und die Kommunisten durch gemeinsames Vorgehen im Wahlkampf eine Mehrheit im Parlament erreicht hatten. Die Sozialistische Internationale konnte sich dem atmosphärischen Einfluß, der von diesen Ereignissen ausging, nicht entziehen, er

101) S. Crummenerl, a. a. O.

102) An Hertz, 30. August 1935, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

103) An Hertz, 20. November 1935, ebenda.

104) An Hertz, 25. Dezember 1935 und 5. März 1936, Hertz-Nachlaß, Mappe XVII.

verringerte auch ihre politischen Bedenken gegen einen Akkord mit den Bolschewisten über das deutsche Parteiarchiv.

Die strittige Garantiesumme

Als Wels und Crummenerl, von Hilferding begleitet, am 23. November in Paris eintrafen, hatte Adler das Organisationskomitee für das Forschungsinstitut provisorisch zusammengesetzt. Mitglieder waren außer ihm die Franzosen Léon Blum, Alexander Bracke und Jean Longuet, der Italiener Modigliani und der Menschewikenpräsident Dan. In den Besprechungen der Kommission mit der SOPADE-Führung, an denen auch Hilferding und Nicolaevsky teilnahmen, wurde die von den Russen zu fordernde Garantiesumme auf fünf Millionen Schweizer Franken festgesetzt. Nach langwierigen, teils heftig geführten Diskussionen wurde auch eine Einigungsformel in den noch strittig gewesenen Fragen des Verteilungsplans gefunden. Danach sollten sechs Prozent der Gesamtsumme als Fonds für die Unterstützung sozialdemokratischer Emigrantengruppen reserviert werden, die Gewährung solcher Beihilfen jedoch in jedem Fall von der Zustimmung der SOPADE abhängig sein. Wels und Crummenerl waren der Auffassung, daß die Formen des illegalen Kampfes von den Parteien selbst bestimmt werden müßten und nicht von der Internationale vorgeschrieben werden könnten, die »eine Arbeitsgemeinschaft und keine vorge-setzte Behörde« sei¹⁰⁵).

Es fanden dann mehrere Zusammenkünfte der Kommissionsmitglieder mit den Vertretern des Marx-Engels-Instituts statt, denen die geforderte Garantiesumme zu hoch erschien, weshalb sie zunächst Moskau unterrichten und neue Vollmachten einholen müßten. An den folgenden Tagen wurden fast täglich Telefonate geführt, und jedesmal lautete die Auskunft, daß noch keine Nachricht eingegangen sei. Erst am 29. November wurde mitgeteilt, ein weiterer Vertreter des Instituts befinde sich auf dem Wege nach Paris, vermutlich mit neuen Vollmachten. Als er eintraf, stellte sich jedoch heraus, daß er keine Vollmachten hatte. Dieser dritte sowjetische Abgesandte hieß Arosew.

Die hinhaltende Art, mit der die Russen das Gespräch führten, veranlaßte die Vertreter der SAI zu einer Änderung ihrer Taktik. Sie verhielten sich fortan sehr reserviert, vermieden jegliche eigene Initiative und überließen dem Kontrahenten den Vortritt. Dies geschah in Übereinstimmung mit den Beauftragten der SOPADE, die bei den Verhandlungen mit den Russen überhaupt nicht in Erscheinung getreten waren¹⁰⁶). Wels begab sich nach Brüssel, wo er sich noch

¹⁰⁵) S. Crummenerl, a. a. O.

¹⁰⁶) Wels und Crummenerl hielten sich, wie Rudolf Breitscheid berichtet, in Paris »incognito und unter falschem Namen« auf, was nach Breitscheids Ansicht »im Grunde komisch war«. Auf Wunsch von Crummenerl habe er die beiden in ihrem Hotel aufgesucht, und als dort
Fortsetzung Seite 117

einige Tage aufhielt, um in der Nähe zu sein, falls in Paris eine neue Entwicklung eintreten würde. Als aber nichts geschah, kehrte er nach einer Lagebesprechung mit sozialdemokratischen Grenzsekretären am 14. Dezember nach Prag zurück. Crummenerl erledigte Parteigeschäfte in Zürich, bis ihn dort die Nachricht erreichte, daß die Russen ihren Widerstand gegen die finanzielle Forderung des Komitees aufgegeben hätten und nunmehr die Kopenhagener Dokumente einzusehen wünschten. Nachdem ihnen aber Nicolaevsky das von Raloff aufgestellte Inventarverzeichnis¹⁰⁷⁾ vorgelegt hatte, das ihm inzwischen von Prag übersandt worden war, begnügten sie sich damit und verzichteten auf eine Prüfung der Materialien¹⁰⁸⁾.

In weiteren Zusammenkünften der beiden Delegationen wurde noch die Frage der Zahlungsmodalitäten erörtert. Die sowjetischen Unterhändler wollten anfänglich die Zahlung auf fünf Jahre verteilt wissen, sahen dann aber ein, daß sie damit nicht durchkommen würden und akzeptierten schließlich die Bedingung der Gegenseite, daß ein Drittel der Garantiesumme bei Unterzeichnung des Vertrages und die beiden restlichen Drittel bei der Auslieferung der Dokumente zu entrichten seien, und zwar in einer Valuta, die der Eigentümer vorschlagen würde¹⁰⁹⁾. Auf ihren Wunsch wurde ihnen am 18. Dezember ein von Blum und Adler ausgearbeiteter vorläufiger Vertragstext überreicht, der die Vorschläge aus den bisherigen Verhandlungen klar präzisierte. Ausdrücklich wurde darin festgestellt, daß der Vertrag keinen politischen Charakter besitze und daß er den vertragschließenden Parteien keine politischen Bindungen irgendwelcher Art auferlege. Vorgesehen war auch der Austausch von Fotokopien und Maschinenabschriften von Dokumenten, die sich auf die Geschichte der I. Internationale und der sozialistischen Vereinigungen aus noch früherer Zeit bezogen, im einzelnen besonders die Protokolle der Internationale und ihre Archive aus der New Yorker Periode (Sorge), sowie die Urkunden von Weitling und aus den Kölner Kommunistenprozessen. Das Komitee verpflichtete sich sei-

Fortsetzung von Seite 116

die Unterhaltung auf den Archivverkauf gekommen sei, habe Wels so getan, als ob er ihn in ein Geheimnis einweihe. »Dabei wußte alle Welt doch schon längst Bescheid.« Breitscheid bringt seine Bedenken gegen ein Geschäft mit Moskau noch einmal zum Ausdruck, und zwar in einer Form, die kennzeichnend für sein distanzierendes und kritisches Verhältnis zur SOPADE ist: »Auch diese Sache ist ja nun nicht weitergekommen und das ist nicht zu verwundern, da mit der Bereitwilligkeit der Russen, 5 Millionen Schweizer Franken zu zahlen, nicht zu rechnen war. Das Ganze sieht außerdem stark nach einer Schiebung aus. Man will ein internationales Institut schaffen, aber das Geld soll schließlich von den Russen aufgebracht werden. Diese Camouflage würde niemanden täuschen, und, so oder so, die Russen würden doch immer eine Waffe gegen die SPD in der Hand haben.« – An Hertz, 14. Dezember 1935, Hertz-Nachlaß, Mappe XVI.

¹⁰⁷⁾ Anhang, Dokument VI.

¹⁰⁸⁾ Nicolaevsky an Wels, 18. Dezember 1935, SOPADE-Akte G/142.

¹⁰⁹⁾ Crummenerl, a. a. O.

nerseits, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Manuskripte von Marx und Engels wiederaufzufinden, die sich früher im Berliner Parteiarchiv befunden hatten und seither verschollen waren. Im Falle der Wiedererlangung sollten sie gegen eine entsprechende Erhöhung der Garantiesumme nachgeliefert werden¹¹⁰⁾.

Diese Klausel trug den Einwänden der Russen Rechnung, die bei der Durchsicht der Kopenhagener Listen festgestellt hatten, daß einige der ursprünglichen Nachlaßpapiere fehlten. Nicolaevsky vermutete, daß die vermißten Schriftstücke bei der Verpackung in Berlin oder auf dem Transport nach Dänemark entwendet worden seien, und machte die SOPADE darauf aufmerksam, daß bereits einige der Materialien auf dem antiquarischen Markt aufgetaucht seien, wo das Moskauer Institut das Handexemplar Band I des »Kapital« mit den Korrekturen von Marx, ferner einen Brief von Marx an Weydemeyer sowie ein Gedicht von Engels erstanden habe¹¹¹⁾. Einer anderen Version zufolge soll es sich um 40 Hefte mit Marx-Briefen und »oekonomischen Manuskripten« gehandelt haben, die in der Schweiz aufgetaucht und in Italien verkauft worden seien¹¹²⁾.

Die Vertreter des Marx-Engels-Instituts nahmen den Entwurf des »Depot-Vertrages« mit dem Bemerken entgegen, daß das Schwergewicht in der Preisfrage liege. Kurz vor Weihnachten begab sich Arosew nach Moskau, nachdem er versichert hatte, sich dort für ein Abkommen in dem vorgesehenen Rahmen einsetzen zu wollen. Er stellte seine Rückkehr für Mitte Januar in Aussicht, zu welchem Zeitpunkt er das unterbrochene Gespräch wiederaufzunehmen wünschte¹¹³⁾. Seine beiden Kollegen blieben in Paris und waren weiterhin bemüht, den Anschluß nicht zu verlieren und das Interesse der anderen Seite wachzuhalten. Auf ihren dringenden Wunsch brachte Nicolaevsky einen von ihnen, offenbar Tichomirnow, am 10. Januar mit Hilferding zusammen, der sich nur widerstrebend zu dieser Begegnung bereit fand. Der Russe zeigte sich besorgt, daß die Gelder zur Bekämpfung der Sowjetregierung verwendet werden könnten, und behauptete zu wissen, daß ein Teil zur Unterstützung der menschewikischen Emigration bestimmt sei. Dazu erklärte Nicolaevsky, es sei lediglich darüber gesprochen worden, daß er eine Provision erhalten solle, die er in diesem Falle der Organisation der Menschewiki für karitative Zwecke zur Verfügung stellen würde. Nach einigem Hin und Her kam der sowjetische Vertreter damit heraus, daß die geforderte Garantiesumme »viel zu hoch« sei. Hilferding erklärte sich für unzuständig und verwies ihn an Adler und Blum. In

¹¹⁰⁾ Hilferding fertigte eine deutsche Übersetzung des Vertragsentwurfs an und sandte sie am 19. Dezember 1935 an Wels. – SOPADE-Akte G/142.

¹¹¹⁾ An Wels, 18. Dezember 1935, ebenda.

¹¹²⁾ Hilferding an Wels, 11. Januar 1936, ebenda.

¹¹³⁾ Crummenerl, a. a. O.

einem Bericht über das Treffen bemerkt er, der Gesprächspartner habe auf ihn »weder einen bedeutenden noch einen angenehmen Eindruck« gemacht. Hilferding spricht die Vermutung aus, daß mit diesem Vorstoß eine »Pression in politischer Beziehung« versucht werden sollte. Es könnte keinem Zweifel unterliegen, daß den Russen von verschiedenen Seiten alle möglichen Gerüchte zugetragen würden und Kräfte am Werk seien, »sie von dem Abschluß abzureden«¹¹⁴).

Um die Kompetenz der SOPADE

Nicolaevsky führte die Verzögerung des Abschlusses ebenfalls auf politische Gründe zurück und schrieb die Schwierigkeiten dem Einfluß »irgendwelcher Oppositioneller«, wahrscheinlich »aus der Gruppe Böchels«, zu, denen Münzenberg¹¹⁵) als Mittelsmann gedient habe¹¹⁶). Für diese Behauptung gibt es keine Beweise, doch haben sich die »Revolutionären Sozialisten« einer Übertragung des Parteiarchivs an die russischen Kommunisten entschieden widersetzt. In einer Eingabe an die SAI protestierten sie gegen den »vor dem Abschluß stehenden... politisch geradezu verhängnisvollen Verkauf des letzten Vermögensbestandes der deutschen Partei auf einem Umweg« und bestritten dem »Prager Rumpfparteivorstand« das Recht, das Archiv in der beabsichtigten Weise zu veräußern, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, eine Entscheidung der »erreichbaren Mitgliedschaft« herbeizuführen.

Adressat der Eingabe, deren Form sich aus der Rivalität der Gruppe gegenüber der SOPADE erklärt, war Adler, der gebeten wurde, sie der Exekutive der SAI als Antrag zu unterbreiten¹¹⁷). In seinem ausführlichen Antwortschreiben wies Adler nach einer Klarstellung des Sachverhalts auf die Problematik der Kompetenzfrage hin. So wichtig auch der Marx-Engels-Nachlaß sei, so werde man doch zugeben müssen, daß der Prager Parteivorstand zu noch weit wichtigeren politischen Entscheidungen immer wieder gezwungen sei. Der Vorschlag, ein Votum der erreichbaren Mitgliedschaft herbeizuführen, könne nicht sehr ernst gemeint sein, da es auch den Antragstellern klar sein müsse, daß unter den bestehenden Verhältnissen ein Parteitag oder auch nur eine Reichskonferenz nicht zustande kommen könne. Die Verantwortung der SOPADE bei einer Ablehnung der Vorschläge der internationalen Kommission werde nach seiner Meinung ebenso groß sein wie im Falle der Zustimmung, der Ausweg, »durch Nichtstun und Ruhenlassen der Agenden« den Schwierigkeiten auszuweichen,

¹¹⁴) An Wels, 11. Januar 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹¹⁵) Willi Münzenberg, vor 1933 führender KPD-Funktionär, Reichstagsabgeordneter, Generalsekretär der Internationalen Arbeiterhilfe, lebte als Emigrant in Paris, wo er für eine Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte eintrat. Als Gegner der Deutschlandpolitik Stalins wurde er 1939 aus der KP ausgeschlossen und kam bald darauf auf ungeklärte Weise ums Leben.

¹¹⁶) An Wels, 11. Januar 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹¹⁷) 31. Januar 1936, SOPADE-Akte G/17.

könne unter obwaltenden Umständen nicht der Verantwortung entheben. Abschließend gab Adler der Hoffnung Ausdruck, die Interpellanten davon überzeugt zu haben, daß eine Weitergabe ihres Antrags an die Instanzen der SAI auf falschen Voraussetzungen beruhen würde ¹¹⁸⁾.

Aufhäuser/Böchel verschlossen sich dieser Einsicht nicht und zogen ihren Antrag zurück. Sie meinten allerdings, daß das Organisationskomitee die für die reichsdeutsche Bewegung geltenden politischen und parteirechtlichen Verantwortlichkeiten nicht ignorieren könne, und hielten an ihrer Auffassung fest, daß der »Rumpfparteivorstand in seiner heutigen, von ihm selbst gewählten Zusammensetzung« auf keinen Fall als rechtmäßiger Verkäufer anerkannt werden dürfe. Sie forderten die SAI auf, in Erwägungen darüber einzutreten, in welcher Weise sie zu den »neben der SOPADE bestehenden, in ihrer Gesamtheit quantitativ und qualitativ entscheidenden sozialdemokratischen Organisationsgruppen« Beziehungen herstellen könne ¹¹⁹⁾.

Das Auftreten der »Revolutionären Sozialisten« war nur eine kurze Episode in der sozialdemokratischen Emigrationsgeschichte. Unter dem Eindruck des Scheiterns ihrer Bemühungen um die Schaffung einer proletarischen Einheitspartei beschlossen sie am 2. September 1937 ihre Auflösung und ihren politischen und organisatorischen Wiederanschluß an die Gesamtpartei. Der Prager Parteivorstand stimmte diesem Beschluß zu und verlieh der Erwartung Ausdruck, daß sich nunmehr wieder ein Verhältnis vertrauensvoller Zusammenarbeit anbahnen werde ¹²⁰⁾.

Bucharin tritt auf

In der Sache selbst, die die Veranlassung zu dieser Kontroverse gegeben hatte, war man inzwischen nicht weitergekommen. Noch immer wartete man auf Arosew, der seinem Versprechen, um die Mitte des Monats Januar nach Paris zurückkehren zu wollen, nicht nachgekommen war. Auch eine Mitteilung Tichomirnows vom 7. Februar, daß sein Kollege an diesem Tage von Moskau abfahren und ein ganz konkretes Angebot, »das den Betrag von 15 Millionen nicht überschreite«, mitbringen werde, bewahrheitete sich nicht ¹²¹⁾. Die Verzögerung wurde damit entschuldigt, daß er durch Teilnahme an einer Tagung des Allrussischen Exekutivkomitees, dessen Mitglied er war, verhindert gewesen sei ¹²²⁾. Als er am 3. März endlich eintraf, schienen aber alle Anzeichen dafür zu sprechen, daß die Verhandlungen nunmehr in eine entscheidende Phase eintreten würden, zumal Arosew nicht allein gekommen war. In seiner Begleitung

¹¹⁸⁾ 10. Februar 1936, ebenda.

¹¹⁹⁾ 4. März 1936, ebenda.

¹²⁰⁾ 7. September 1936, ebenda.

¹²¹⁾ Nicolaevsky an Wels, 7. Februar 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹²²⁾ Nicolaevsky an Crummenerl, 6. Februar 1936, ebenda.

befanden sich zwei hervorragende sowjetische Funktionäre, nämlich V. Adoratsky, Nachfolger Rjasanows als Direktor des Marx-Engels-Instituts, und N. Bucharin, einer der brilliantesten Köpfe der revolutionären russischen Intelligenz, Professor und namhafter Wirtschaftstheoretiker, einstiger enger Mitkämpfer Lenins und zeitweiliger Chef der Komintern, der dann wegen seines Widerstandes gegen eine überstürzte Kollektivierung bei Stalin in Ungnade gefallen und 1929 aus dem Politbüro der KPdSU ausgeschlossen worden war. Sein Erscheinen in Paris wurde geradezu als eine Sensation empfunden und ließ die letzten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der russischen Absichten verstummen ¹²³⁾.

Bucharin und Arosew sprachen am 7. März bei Léon Blum vor, um ihren Wunsch nach Fortsetzung der Verhandlungen zu bekunden. Blum, der kurz vor seiner Berufung zum französischen Ministerpräsidenten stand, sollte gerade an diesem Tage einen Erholungsurlaub antreten, der wegen eines auf ihn verübten Attentats notwendig geworden war, und sah sich infolgedessen außerstande, die Verhandlungen zu führen. Diese Aufgabe wurde von Adler übernommen. Die Moskauer Vertreter, die sich als »offiziell beauftragt« bezeichneten, erklärten zu Beginn des Gesprächs, positive Vorschläge erst dann unterbreiten zu können, wenn sie den Marx-Engels-Nachlaß eingesehen hätten. Die Gelegenheit dazu wurde ihnen gegeben; in Begleitung Nicolaevskys reisten sie nach Kopenhagen und verbrachten zwei Tage im dänischen Parteisekretariat mit dem Studium der Dokumente ¹²⁴⁾. Um das Einverständnis und die Unterstützung der dänischen Genossen hatte sich Wels bereits im Dezember 1935 bemüht ¹²⁵⁾, nachdem die Russen erstmalig diesen Wunsch angemeldet hatten. Nach der Rückkehr von der Nordlandreise brachte die sowjetische Delegation ihren »lebhaftesten Dank« dafür zum Ausdruck, daß man ihr die Möglichkeit zur Prüfung der Dokumente geboten habe. Sie habe dabei festgestellt, daß unter den in der Liste aufgeführten Schriftstücken solche von größter Wichtigkeit fehlten. Besonders vermisst habe sie 23 präparative Notizbücher, enthaltend die Theorien über den Mehrwert, und einige Notizbücher über die Jahre 1857/58 ¹²⁶⁾. Gleichzeitig überreichten die Russen den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf für ein »Projet

¹²³⁾ Nicolaevsky an Adler, Kopie an Wels, 29. Februar 1936, ebenda.

¹²⁴⁾ Adler, Gedächtnisprotokoll über die Verhandlungen betreffend den Marx-Engels-Nachlaß. – Die Reise führte über Amsterdam, wo die Russen das Internationale Institut für Sozialgeschichte besichtigten.

¹²⁵⁾ In einem sehr persönlich gehaltenen Schreiben an den ihm eng befreundeten Hans Hedtoft. – Auf das Zirkular der SOPADE vom 17. September 1935 scheint die dänische Partei nicht geantwortet zu haben.

¹²⁶⁾ An das Komitee zur Förderung marxistischer Forschung, 25. März 1936, SOPADE-Akte G/142. – Es handelt sich hier um 23 von Marx betitelte und nummerierte Hefte: »Zur Kritik der politischen Oekonomie. I–XXIII«, enthaltend 1472 Seiten. Wo sich die Originale befinden, ist unbekannt. Im Archiv fand sich an ihrer Stelle lediglich eine Bleistiftnotiz, wonach »Meyer« 23 Hefte entnommen habe. Bisher ist nicht festgestellt worden, wer das war.

Fortsetzung Seite 122

d'accord«. Er basierte auf einer Garantiesumme von nur 7 Millionen Francs französischer Währung, von der die eine Hälfte während der Übergabe der Dokumente, die zweite nach einem Jahr fällig sein würde. Für den Fall, daß auch die anderen im Parteiarchiv verwahrten, nicht zum Nachlaß gehörenden Briefe an Marx und Engels, ferner die Archive von Weydemeyer und Johann Philipp Becker sowie die Dokumente über den Kommunistenbund und die I. Internationale übergeben würden, war eine Erhöhung der Summe auf 8 Millionen vorgesehen. Die Dauer des Depots sollte nicht weniger als 20 Jahre betragen ¹²⁷⁾.

Diese Vorschläge waren von denen der internationalen Kommission so weit entfernt, daß Adler die Verhandlungen als gescheitert ansah. Er erklärte, es unter diesen Umständen nicht verantworten zu können, die Zeit der Mitglieder des Komitees für eine neue Sitzung in Anspruch zu nehmen ¹²⁸⁾. Die Russen bekundeten Überraschung und bezeichneten es als »sonderbar«, daß Adler die Verhandlungen abbrechen könne, ohne die Komiteemitglieder unterrichtet zu haben. Sie forderten Gegenvorschläge, damit die Verhandlungen »auf einer wirklich festen, rein geschäftsmäßigen Grundlage« weitergeführt werden könnten ¹²⁹⁾. Dies wurde indessen von Adler abgelehnt. Bevor sich das Komitee erneut mit der Frage beschäftigen könne, müsse über drei Hauptpunkte Klarheit geschaffen werden: 1. Die Ablehnung aller politischen Verpflichtungen, eine Bestimmung, die im russischen Projet d'accord vollständig fehlte; 2. die Höhe der Garantiesumme, die das Komitee keineswegs willkürlich gewählt habe, sondern die der Notwendigkeit entspringe, »die mannigfachen Interessen, die für das Gelingen der Übergabe der Manuskripte entscheidend seien, miteinander in Einklang zu bringen«; 3. die Frage der Zahlungstermine, da der diesbezügliche Vorschlag des russischen Projekts nicht in Betracht gezogen werden könne ¹³⁰⁾.

Indessen arrangierte Nicolaevsky auf Drängen der russischen Unterhändler eine neue Besprechung mit Adler, die am 6. April stattfand. Bucharin, der der Wort-

Fortsetzung von Seite 121

Fotokopien aller 23 Hefte befinden sich in Moskau, nach ihnen ist die neue Ausgabe der Mehrwert-Theorien gemacht worden, deren Bd. I 1965 bei Dietz, Ostberlin, erschienen ist. Bei den Notizbüchern handelt es sich um 11 Hefte, die Marx von Juli 1857 bis Februar 1859 benutzte und die die Bezeichnung »M«, I-VII, B' und B'' tragen; eins ist unnummeriert. Die Originale befinden sich zum Teil in Amsterdam, während sie in Moskau vollständig in Fotokopien vorhanden sind. Sie wurden 1939 und 1941 in Moskau unter dem Titel »Grundrisse der Kritik der politischen Oekonomie (Rohentwurf) 1857-1858« veröffentlicht und 1953 bei Dietz, Ostberlin, fotomechanisch nachgedruckt.

¹²⁷⁾ Ebenda, vgl. Anhang, Dokument VII.

¹²⁸⁾ An Nicolaevsky, 27. März 1936, Kopie an Wels, SOPADE-Akte G/142.

¹²⁹⁾ Tichomirnow an Nicolaevsky, 28. März 1936, zitiert von Nicolaevsky im Brief an Adler, 30. März 1936, ebenda.

¹³⁰⁾ An Nicolaevsky, 31. März 1936, Kopie an Wels, ebenda.

führer bei dieser Zusammenkunft war, erklärte, daß die sowjetische Delegation den Punkt 1 ohne weiteres akzeptiere und ihn nur deshalb nicht in ihr Projekt aufgenommen habe, weil er ihr selbstverständlich erscheine. Auch hinsichtlich der Zahlungstermine werde sich sicher eine Einigung erzielen lassen. Die wesentlichen Differenzen bezögen sich auf die Garantiesumme, über die man nun »kommerziell« verhandeln könne. Arosew schaltete sich mit dem Bemerkens ein, er habe aus Gesprächen mit Nicolaevsky entnommen, daß vielleicht noch ein Rabatt von 30 Prozent möglich sei. Dazu erklärte Adler, die Kommission habe sich vorgestellt, daß die Gegenseite anstatt 5 Millionen (Schweizer Franken) vielleicht nur 4 Millionen anbieten und daß man sich dann auf irgendeine Summe innerhalb dieser beiden Grenzen einigen würde. Er deutete die Bereitschaft der Kommission an, als Ausgleich für die fehlenden Manuskripte die Summe um zehn Prozent herabzusetzen. Als Adoratsky die Frage aufwarf, ob man die Sache nicht auf Goldrubel umstellen könne, erwiderte Adler, daß dagegen im Prinzip wohl keine Bedenken bestünden, falls in der Frage der Zahlungstermine die von der Kommission geforderten Voraussetzungen geschaffen würden. An diesem Punkt des Gesprächs erklärte nun Bucharin, daß er und seine Begleiter sich zunächst untereinander verständigen müßten. Adler und Nicolaevsky zogen sich darauf in die Halle des Hotels zurück, um den Russen Gelegenheit zu einer internen Unterhaltung zu geben. Nach einer Weile stellte sich jedoch heraus, daß sie sich über ihr weiteres Vorgehen noch nicht hatten einig werden können, sie sagten, daß sie mehr Zeit brauchten und sich eventuell nach zwei Tagen wieder melden würden. Am 8. April teilten sie indessen mit, daß sie die Verhandlungen erst nach Ostern fortführen könnten ¹³¹).

Abrupter Rückzug

Am 20. April rief Adler in Prag telefonisch an und ersuchte um die sofortige Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters der SOPADE, da die Verhandlungen über das Archiv »vor dem Abschluß« stünden. Die Russen wollten nunmehr zehn Millionen französische Francs (zwei Millionen Schweizer Franken) geben unter der Voraussetzung, daß sie das Material zwanzig Jahre behalten dürften. Dreizehn Millionen Francs (eine Million Goldrubel) und Beschränkung der Depotzeit auf zehn Jahre lautete die Gegenforderung der Kommission. Crummenerl traf am 22. April in Paris ein, erfuhr jedoch am nächsten Tage, daß die sowjetische Delegation laut inzwischen empfangener strikter Order aus Moskau nicht über sieben Millionen hinausgehen könne. Nicolaevsky weigerte sich, dieses Angebot der Kommission mitzuteilen, da es nach seiner Ansicht eine Beleidigung darstelle. Am gleichen Tage wurde er durch einen französischen

¹³¹) Adler, Gedächtnisprotokoll, s. o.

Mittelsmann mit Namen Rollin¹³²⁾ davon unterrichtet, daß die russischen Unterhändler große Schwierigkeiten hätten und umgehend nach Moskau zurückreisen müßten. Kurz vor Mitternacht verließen sie Paris. Sie hatten der Kommission weder eine Antwort noch eine Mitteilung über ihre Abreise zukommen lassen¹³³⁾.

Was war die Ursache dieses abrupten Rückzuges, der fast einer überstürzten Flucht gleichkam? Lag die Erklärung tatsächlich in der Nachricht, die einige Wochen später aus Moskau kam: Bucharin und seine Kollegen hätten ihre Vollmachten weit überschritten und seien völlig desavouiert worden, wobei ihnen ein strenger Verweis erteilt worden sei? Dies wenigstens erfuhr M. Rollin von dem stellvertretenden sowjetischen Botschafter in Paris, Hirschfeld. Aus der gleichen Quelle verlautete, der Käufer kehre jetzt zu seinem ersten Angebot – sieben Millionen Francs – zurück, das angeblich von Stalin persönlich bestätigt oder sogar fixiert worden sei. Die früher angebotene Summe von zehn Millionen sei »für das ganze Geschäft« bestimmt gewesen, d. h. einschließlich der Reisespesen der Unterhändler, Provisionen, der Kosten für die Herstellung der Fotokopien und andere Aufwendungen. Nicolaevsky empfahl eine glatte Ablehnung – übrigens im Einvernehmen mit Theodor Dan – und regte eine aktenkundige Darstellung des gesamten Verhandlungsverlaufs an, die das »illoyale« Verhalten der Bolschewiken für eine spätere Geschichtsschreibung festhalten sollte. Falls der Vorstand – hier war der Vorstand der SOPADE gemeint – es aber nicht auf einen Bruch anlegen wolle, werde man versuchen müssen, »in irgendwelcher Weise die Kapitulation zu verdecken«, was sicher sehr schwer sein würde¹³⁴⁾.

Die SOPADE schien jedoch diesen Pessimismus nicht zu teilen und zog ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des Vertragspartners in Erwägung, »um noch einen letzten Versuch zur positiven Erledigung der Angelegenheit zu unternehmen«. Sie erklärte sich bereit, seine Auslagen teilweise zu übernehmen, allerdings dürfe der Preisnachlaß nicht die Höhe der Differenz zwischen der ursprünglichen Vereinbarung und dem jetzigen Angebot erreichen¹³⁵⁾.

¹³²⁾ Henri Rollin war außenpolitischer Redakteur in der Pariser Zeitung »Le Temps« und Autor einer aufklärenden Schrift über die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion, aus denen die Nationalsozialisten ihre Pseudokenntnis der Judenfrage schöpften. Ein Prozeß, der 1934/35 vor dem Polizeigericht in Bern geführt wurde, stellte klar, daß es sich bei diesen Protokollen um eine plumpe Fälschung handelte, die auf Veranlassung der russischen Geheimpolizei aufgelegt worden war, um die Judenpogrome unter dem Zarismus zu rechtfertigen. Nicolaevsky wurde in dem Berner Prozeß als Sachverständiger gehört. In Verbindung damit kam seine Bekanntschaft mit Rollin zustande. – Schriftliche Auskunft von B. Nicolaevsky an den Verfasser.

¹³³⁾ Aktennotiz Crummenerl, undatiert, SOPADE-Akte G/142.

¹³⁴⁾ An Adler, 12. Juni 1936, Kopie an die SOPADE, ebenda.

¹³⁵⁾ An Nicolaevsky, 26. Juni 1936, ebenda.

Einzigster Gesprächspartner auf Seiten der Russen war jetzt der nach wie vor in Paris weilende »M. Hermann«, obwohl er kaum in Erscheinung trat und sich in der Regel damit begnügte, durch den französischen Kontaktmann das Terrain sondieren zu lassen. Offenbar hat nur am 17. Juli eine Begegnung zwischen Hermann und einem Mitglied der Kommission stattgefunden, und zwar mit Modigliani, da Adler wegen seiner Inanspruchnahme durch die Rückwirkungen der spanischen Ereignisse auf die internationalen Beziehungen in Brüssel unabhkömmlich war. Es war wiederum ein unverbindliches Gespräch, da Hermann keine Vollmachten hatte. Die von Modigliani gemäß den Prager Vorstellungen erhobene Forderung von neun Millionen hielt er für aussichtslos, ließ aber die Möglichkeit eines »unbedeutenden« Zugeständnisses offen. Nachdem er sich mit dem Versprechen verabschiedet hatte, sich nochmals mit seinen Auftraggebern in Verbindung setzen zu wollen¹³⁶⁾, ließ er einige Tage später mitteilen, daß es bei 7,5 Millionen bleiben müsse, jedoch für den Fall, daß der Verpächter auf eine zweite Fotokopierserie verzichte, mit einer Erhöhung um 200 000 Francs gerechnet werden könne. Jetzt aber weigerte sich Modigliani, auf dieser Basis die Verhandlungen fortzusetzen. Er bezeichnete 8,5 Millionen als äußerste Grenze des Entgegenkommens und berichtete in diesem Sinne auch an Adler, wobei er die Niederlegung seines Mandats androhte, falls weitere Konzessionen in Betracht gezogen werden sollten. Nicolaevsky riet dem Komitee und der SOPADE, sich umgehend für oder gegen das russische Angebot auszusprechen, da es keinen Zweck habe, den Handel weiter fortzusetzen. Er stellte die Frage, ob es logisch sei, von 25 auf 8,5 Millionen herunterzugehen und dann wegen einer Differenz von einer Million die Sache fallenzulassen. Nicolaevsky behauptete in diesem Zusammenhang, daß »im Vergleich zu den Aprilverhandlungen« die Bedingungen jetzt bedeutend günstiger seien, womit er ein angebliches Zugeständnis Moskaus in der Frage der Leihfrist meinte. Die Russen seien nunmehr mit einer Herabsetzung der Vertragsdauer von 20 auf 10 Jahre einverstanden, »so daß wir gerade in der Frage, die damals ja ausschlaggebend war, die Möglichkeit haben, unsere Ambition zu bewahren«¹³⁷⁾. Die Mitteilung Nicolaevskys stützte sich offenbar lediglich auf ein Gespräch mit Rollin, in dem dieser erklärt hatte, Hermann sei »bevollmächtigt«, eine entsprechende Änderung im Vertragstext vorzunehmen¹³⁸⁾.

Der Moskauer Prozeß

Die SOPADE verkannte nicht, daß eine Annahme der russischen Bedingungen einer Kapitulation gleichkäme, doch glaubte sie, daß der mit der Transaktion verbundene Zweck auch dieses letzte Zugeständnis rechtfertige. Der Vorstand,

¹³⁶⁾ Nicolaevsky an Adler, 20. Juli 1936, Kopie an Wels, ebenda.

¹³⁷⁾ An Adler, 28. Juli 1936, Kopie an Wels, 28. Juli 1936, ebenda.

¹³⁸⁾ An Adler, 20. Juli 1936, Kopie an Wels, ebenda.

der sich am 30. Juli nochmals mit der Angelegenheit beschäftigte, entschied demgemäß. Ein Telegramm an Adler erbat die Zustimmung der Kommission, »in Würdigung der Gesamtumstände«. Hertz bemerkte erläuternd in einem Brief an Nicolaevsky: »Wir wollen keinen Konflikt mit der Kommission, zumal das wahrscheinlich dazu führen würde, daß der Wandschirm überhaupt platzt«¹³⁹). Mit Adlers Einverständnis setzte Nicolaevsky den Vertreter des Marx-Engels-Instituts umgehend davon in Kenntnis, daß das Komitee zur Unterzeichnung des Abkommens bereit sei, »so wie es im Laufe der Besprechungen vom April 1936 redigiert worden ist und gemäß den Bedingungen, die im Nachgang zu Ihrem Brief an Mr. Rollin hinzugesetzt worden sind«. Den definitiven Text des Vertrages fügte er bei¹⁴⁰). An Stelle von Modigliani hatte sich Jean Longuet bereit erklärt, den Vertrag zu unterzeichnen, worüber Hermann »sehr erfreut« gewesen sein soll¹⁴¹). Nicolaevsky drängte bei den Franzosen auf eine Unterzeichnung bis zum 5. August, und Rollin erklärte dazu, daß auch Hermann für äußerste Beschleunigung sei, ihm fehle nur noch die Legitimation. Doch der 5. August verstrich, ohne daß etwas geschah. Am 21. August hieß es, Hermann habe ein Telegramm bekommen, demzufolge die Instruktionen für die Unterzeichnung des Vertrages unterwegs seien. Es sei allerdings noch nicht klar, ob sie ihm schriftlich zugestellt würden oder ob Moskau zum Vollzug der Unterschrift einen Sondervertreter entsenden werde. Nicolaevsky, der von Rollin in diesem Sinne informiert worden war, hatte jetzt den Verdacht, daß die Russen vielleicht nur die Kopenhagener Dokumente in Empfang nehmen, 60 Prozent der Garantiesumme entrichten und sich dann von der Entgegennahme der in Paris lagernden Materialien drücken würden, weshalb er die schnellstmögliche Vereinigung beider Depots, entweder in Kopenhagen oder in Paris, dringend empfahl. Im übrigen befürchtete er auch neue Komplikationen im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in Europa und insbesondere dem »Moskauer Prozeß«¹⁴²). Er meinte damit den ersten stalinistischen Schauprozeß, in dem Sinowjew, Kamenew und 14 weitere namhafte Bolschewistenführer wegen angeblicher Organisation von »sowjetfeindlichen terroristischen Gruppen« und des Mordes an Kirow unter Anklage standen. Der Verlauf der Gerichtsverhandlung und die am 23. August verhängten Todesurteile lösten bei den westeuropäischen Sozialdemokraten Bestürzung aus und wirkten ernüchternd auf die Anhänger des Gedankens der »Volksfront« und antifaschistischer Aktionsgemeinschaften mit den Kommunisten. Unter dem Eindruck der Nachrichten verstärkten sich auch wieder die Aversionen gegen ein Übereinkommen mit Moskau in der Angelegenheit des deutschen Parteiarchivs, die unter der Oberfläche immer spürbar ge-

¹³⁹) 31. Juli 1936, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

¹⁴⁰) Nicht bei den Akten.

¹⁴¹) Nicolaevsky an Adler, 1. August 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹⁴²) An Wels, 22. August 1936, ebenda.

wesen waren. Es überrascht freilich, daß auch Adler, der eigentliche Initiator der Vertragsverhandlungen, jetzt stärkste Bedenken gegen ein Arrangement mit den Russen hatte, was er in Briefen an die SOPADE deutlich zum Ausdruck brachte: »Sogleich wie das Unglück des Prozesses in seinem ganzen Ausmaß sichtbar wurde, fühlte ich die Notwendigkeit, mit Euch eine gründliche Aussprache darüber zu haben, ob unter diesen ganz veränderten Bedingungen nicht wenigstens ein Zeitaufschub nötig ist, um einige Distanz zu den Ereignissen zu gewinnen.« Die plötzliche Erkrankung Rollins, der sich in den letzten Augusttagen einer Blinddarmoperation unterziehen mußte, war für Adler »ein wahres Geschenk des Himmels, da es uns in dem schwierigsten Moment zunächst einer Entscheidung ent hob«¹⁴³). Das Ausstrecken neuer Fühler hielt er für unangebracht und fühlte sich sehr erleichtert, als ein Besuch Nicolaevskys am Krankbett des Franzosen ergeben hatte, daß dieser noch einige Zeit der Erholung bedürfe und in diesem Zusammenhang sogar selbst die Frage aufgeworfen hatte, ob es unter den gegebenen Umständen nicht zweckmäßiger wäre, die Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen¹⁴⁴).

Der Abscheu vor dem terroristischen Despotismus Stalins wurde natürlich von der SOPADE geteilt, die sich durch die Ereignisse in der Sowjetunion auch in ihrer ablehnenden Einstellung gegenüber einer politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten bestätigt sehen konnte, in der sie im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Parteien und Emigrationsgruppen stets konsequent gewesen war. Dessen ungeachtet blieb ihre Bereitschaft zu einem Arrangement mit dem Marx-Engels-Institut grundsätzlich bestehen. Sie verhielt sich zwar völlig passiv, registrierte aber mit unvermindertem Interesse alle Nachrichten, die sich auf diese Sache bezogen. Solche trafen jetzt freilich nur noch in größeren Zeitabständen ein und waren noch weniger bestimmt als vorher, erweckten jedoch den Anschein, als befänden sich die Dinge nach wie vor in der Schwebe und würden in naher Zukunft wieder greifbare Gestalt annehmen. Soweit diese Informationen aus Paris kamen, war ihre Quelle stets Rollin, der wiederholt operiert worden war, sich zeitweilig in Lebensgefahr befunden hatte¹⁴⁵) und Anfang Oktober noch immer im Krankenhaus lag¹⁴⁶). Nach seiner Entlassung traf er wieder mit Nicolaevsky zusammen, wobei er sich in bezug auf das Zustandekommen der Vereinbarung optimistisch gestimmt gab und eine nahe bevorstehende neue Initiative von russischer Seite voraussagen zu können glaubte. Die Verzögerung führte er ausschließlich auf seine Erkrankung zurück, da er nach seiner Überzeugung als Verbindungsmann für die Russen unentbehrlich war¹⁴⁷). Man hielt das zunächst für eine plausible Erklärung, zumal sich

¹⁴³) An Crummenerl, 5. September 1936, ebenda.

¹⁴⁴) An Crummenerl, 14. September 1936, ebenda.

¹⁴⁵) Nicolaevsky an Crummenerl, 4. September 1936, ebenda.

¹⁴⁶) Nicolaevsky an Crummenerl, 10. Oktober 1936, ebenda.

¹⁴⁷) Nicolaevsky an Adler, 2. November 1936, Kopie an Wels, ebenda.

keine andere anbot. Schließlich hatten die Russen ihr Verhandlungskonzept fast auf der ganzen Linie durchsetzen können und allenfalls in der Frage der Vertragsfrist Neigung zu einem Kompromiß gezeigt, der jedoch mit den ursprünglichen Vorstellungen der Gegenseite kaum noch etwas gemein hatte. Warum zögerten sie noch immer, ihre Unterschrift unter das Abkommen zu setzen, dem ihre Unterhändler bereits zugestimmt hatten?

Eine Reihe von Vermutungen wurde angestellt, doch schienen die wenigsten durchdacht zu sein und keine den Kern des Problems zu treffen. Daß die Erklärung nicht in der zufälligen Erkrankung des Franzosen lag, sollte sich bald herausstellen, denn die Stagnation hielt auch nach seiner Genesung an, und monatelang hörte man überhaupt nichts mehr von ihm. Erst am 8. April 1937 sprach er wieder bei Nicolaevsky vor und wartete mit folgender Erzählung auf: »H.« sei von seiner Reise, die ihn inzwischen in die Sowjetunion geführt hatte, zurückgekehrt und habe ihm erklärt, daß Anfang August 1936 die Angelegenheit in positivem Sinne entschieden gewesen sei. Der vereinbarte Garantiebetrug sei assigniert worden, und T. (wohl Tichomirnow) habe sich auf den Weg machen sollen. Inzwischen sei aber der Moskauer Prozeß über die Bühne gegangen, und in diesem seien Andeutungen gemacht worden, die sich auf Bucharin bezogen, worauf die Abreise von T. bis zur Aufklärung der Umstände, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Bucharin standen, verschoben worden sei¹⁴⁸). Die Aufklärung sei zwar bis heute noch nicht restlos gelungen, aber die maßgebenden Persönlichkeiten, mit denen er gesprochen habe, hätten ihm gesagt, daß ihr Interesse an der Vereinbarung unverändert sei, und daß man »in kurzer Zeit« darauf zurückkommen werde, wovon er, Rollin, die andere Seite unterrichten möchte.

Der Wiener Draht

Nicolaevsky gab die Version unter Vorbehalt weiter¹⁴⁹). Das unfruchtbare Hin und Her der Verhandlungen hatte ihn ermüdet¹⁵⁰). Sein Mißtrauen war berechtigt, die Sache rührte sich nicht vom Fleck. Jetzt schien auch Rollin zu resignieren, er hüllte sich fortan in Schweigen. Statt dessen gelangten Nachrichten über einen anderen Draht nach Prag. Sie kamen aus Wien von einem gewissen M. (wahrscheinlich Michael) Krieger, einem polnischen Sozialdemokraten deutsch-jüdischer Abstammung, der »wissenschaftlichen Kontakt« mit einer »autoritativen Persönlichkeit« aus dem Marx-Engels-Institut hatte¹⁵¹), außerdem bei der Wiener Sowjetgesandtschaft gut eingeführt war und der es sich auf Grund dieser Beziehungen zutraute, die festgefahrenen Verhandlungen über

¹⁴⁸) An Adler, 9. Juli 1937, Kopie an Crummenerl, ebenda.

¹⁴⁹) An Crummenerl, 9. Juli 1937, ebenda.

¹⁵⁰) Brief vom 28. Mai 1937, Hertz-Nachlaß, Verbleib des Parteiarchivs.

¹⁵¹) An Crummenerl, 28. September 1936, SOPADE-Akte G/142.

eine Abtretung des deutschen Parteiarchivs wieder in Gang bringen zu können. Crummenerl, der Krieger von Berlin her kannte, wo dieser vor 1933 ansässig und Mitglied der polnischen Mission gewesen war¹⁵²), hatte im Prinzip nichts dagegen einzuwenden, legte aber eine betonte Reserve an den Tag. Er ließ Krieger wissen, daß die SOPADE neuerdings in Erwägung ziehe, das Parteiarchiv an eine der befreundeten skandinavischen Parteien zu verkaufen, und sprach von seiner Absicht, die in Paris liegenden Materialien demnächst nach dem Norden bringen zu lassen und dann ein »ernstes Gespräch« mit den dortigen Freunden zu beginnen, an dessen positivem Ausgang er nicht zweifle¹⁵³). Krieger glaubte mit dem Hinweis auf die »nahe bevorstehende Skandinavienmöglichkeit« einen neuen Anreiz auf den Appetit der Russen ausüben zu können, denen er empfahl, sich mit ihrer Entscheidung zu beeilen, da es sonst zu spät sein könne. In einem »langen Gespräch«, das er am 26. Oktober mit dem Gesandten in Wien führte, warf dieser die Frage auf, ob man unbedingt an Paris gebunden sei oder ob der Abschluß nicht auch in Prag erfolgen könne¹⁵⁴). Diese Möglichkeit wurde jedoch von Crummenerl sofort verneint. Die Verhandlungen könnten nur in Paris stattfinden, schrieb er, »da wir als SOPADE keine Partner sind«¹⁵⁵).

Von der Aktivität Kriegers zeugen 14 Briefe, die er in der Zeit vom September 1936 bis Februar 1937 an Crummenerl geschrieben hat. Dann legte er eine zwei-monatige Pause ein, die dadurch bedingt war, daß sich der Gesandte während dieser Zeit in der Sowjetunion aufhielt. Nach dessen Rückkehr hatte er eine neue Unterredung mit ihm, und was er dabei in Erfahrung brachte, hielt er für so wichtig und vertraulich, daß er es nicht auf dem üblichen postalischen Weg weitergeben wollte. Am 23. April besuchte er Crummenerl in Prag und eröffnete ihm, daß der bisher beschrittene Weg der Verkaufsverhandlungen kompromittiert sei und ein neuer gefunden werden müsse, der über die sowjetische Gesandtschaft in Wien laufen könne. Falls die SOPADE einverstanden sei, »würde die Sache in vier Wochen perfekt sein«. Allerdings müsse der Preis um die Hälfte herabgesetzt und eine Zahlung in vier bis sechs Raten zugestanden werden. Darauf erwiderte Crummenerl, daß ihm von einer Kompromittierung des bisherigen Weges nichts bekannt sei, denn vor sechs (?) Wochen sei in Paris noch »verhandelt« worden. Die Entrichtung des Garantiebetrages in Raten sei möglich, wenn vereinbart werden könne, daß das Recht des Pächters, über Teile der Archivbestände entsprechend dem Wert der einzelnen Zahlungsraten zu verfügen, erst nach Einzahlung der Gesamtsumme wirksam werde. Nicht möglich

¹⁵²) Nach der Erinnerung von Rudolf Leeb, an den Krieger in seinen Mitteilungen an Crummenerl wiederholt Grüße ausrichten läßt.

¹⁵³) An Krieger, 14. Oktober 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹⁵⁴) An Crummenerl, 27. Oktober 1936, ebenda.

¹⁵⁵) An Krieger, 29. Oktober 1936, ebenda.

sei eine Halbierung des Preises, »orientalischen Teppichhandel müssen wir ablehnen«¹⁵⁶).

Krieger hatte versprochen, sich nach Rücksprache mit der Wiener Sowjetgesandtschaft wieder zu melden. Das tat er auch, ohne indessen Neues berichten zu können. Die Behauptung, daß in Paris kürzlich noch verhandelt worden sei, hatte dem Gesandten zu der Ausrede verholfen, daß die Diskussion in Wien ruhen müsse, solange in Paris nichts entschieden sei. Er ließ sich aber eine weitere Hintertür offen, indem er zu verstehen gab, daß von dem ursprünglich vereinbarten Preis nicht mehr die Rede sein könne. Dessenungeachtet wollte Krieger die Überzeugung gewonnen haben, daß sich an der Absicht der Russen, das Archiv »so oder so« zu erwerben, nichts geändert habe. Er empfahl der SOPADE, »in aller Ruhe bis September« abzuwarten und nicht auf der Einhaltung des ursprünglichen Weges zu bestehen, da sich sonst die Sache »wahrscheinlich ad calendas graecas« hinziehen werde¹⁵⁷). In seinen weiteren Mitteilungen versuchte er Hoffnungen auf eine Wiederangleichung des russischen Angebots an die Bedingungen der SOPADE zu erwecken, ohne jedoch darüber hinwegtäuschen zu können, daß er von seinen Gesprächspartnern nicht mehr zu hören bekommen hatte als Höflichkeitsfloskeln und unverbindliche Vertröstungen auf eine mehr oder weniger ferne Zukunft¹⁵⁸). Seine letzte Äußerung vom 27. September 1937 war wesentlich skeptischer, ließ jedoch noch Raum für die Aussicht, daß der Gesandte bei einem bevorstehenden neuen Besuch in Moskau »Näheres« in Erfahrung bringen werde¹⁵⁹). Die Berichte Kriegers sind von dem gleichen Wunschdenken und fehlenden Wirklichkeitssinn diktiert, der für die ganzen Bemühungen um die Veräußerung des Parteiarchivs kennzeichnend war. Ein eigennütziges Interesse Kriegers dürfte jedoch nicht vorgelegen haben, wenigstens kein solches materieller Natur. Das kann man auch daraus schließen, daß er seine Privatbibliothek, die wertvolle ältere Literatur enthielt, dem Parteiarchiv geschenkt hat. Sie füllte sieben Kisten, die Krieger im Februar 1937 von Berlin nach Paris schicken ließ, wo sie in die alten Archivbestände aufgenommen wurden¹⁶⁰). Im Dezember 1936 hatte Nicolaevsky den Besuch Kriegers empfangen¹⁶¹), beide waren alte Bekannte aus der Berliner Zeit. Paul Hertz, der in den Tagen vom 10. bis 24. Dezember eine Westeuropareise unternahm, suchte in Paris eine Begegnung mit Krieger, die aber nicht zustande kam, da dieser inzwischen die französische Hauptstadt wieder verlassen hatte. Hertz fuhr weiter nach England und hatte in London eine Unterhaltung mit dem sowjetischen Botschafter Maiski, in der auch die Rede auf das Parteiarchiv kam. Maiski erwies

¹⁵⁶) Aktennotiz Crummenerl, undatiert, ebenda.

¹⁵⁷) An Crummenerl, 26. und 27. April, 5. Juni 1936, ebenda.

¹⁵⁸) An Crummenerl, 15. und 18. Juni 1936, ebenda.

¹⁵⁹) An Crummenerl, ebenda.

¹⁶⁰) Nicolaevsky an Crummenerl, 3. März 1937, ebenda.

¹⁶¹) Krieger an Crummenerl, 28. Dezember 1936, ebenda.

sich als »genau unterrichtet«, er hatte in Paris mit Bucharin über die Sache gesprochen und tat jetzt erstaunt, als er hörte, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Seine Frage, ob die Ursache in Differenzen über die Bedingungen zu suchen sei, wurde von Hertz verneint, der Maiski mit dem Hinweis zu beeindrucken versuchte, daß neuerdings Bestrebungen im Gange seien, das Archiv anderweitig zu verkaufen, wofür »eine ganze Reihe von Möglichkeiten« bestehe¹⁶²⁾.

Im Sande verlaufen

Der Zweck, das Interesse der Russen neu zu beleben, wurde jedoch auch durch diesen Fühler nicht erreicht. Hertz meinte zwar, daß die Hoffnung, das Archiv an die Russen zu verkaufen, »doch nur zu 99 Prozent geschwunden sei«¹⁶³⁾, und Crummenerl legte trotz stärker gewordener Skepsis Wert auf die Aufrechterhaltung des Kontakts mit Krieger, denn »man weiß ja nie, ob nicht etwas Besonderes eintreten kann«¹⁶⁴⁾, doch trat überhaupt in dieser Sache nichts mehr ein, und alle weiteren Recherchen verliefen im Sande.

Somit waren die Verhandlungen praktisch gescheitert. Aber hat eine ernsthafte Absicht, die Verfügung über die Marx-Engels-Manuskripte aus dem deutschen Parteiarchiv zu erlangen, bei den Russen überhaupt bestanden? Offenbar nur insoweit, als sowjetische Wissenschaftskreise in Betracht kamen, zu denen neben den Mitarbeitern des Marx-Engels-Instituts auch der marxistische Gelehrte Bucharin gerechnet werden muß. Zwar verfügte das Institut bereits über den weitaus größten Teil der Materialien in Gestalt von Fotokopien, die dem wissenschaftlichen Bedürfnis genügen mochten, doch eben nur in dieser Beziehung die Originale ersetzen konnten. Für die Kommunisten, die sich für die einzig wahren Erben der Lehre von Marx und Engels hielten, mußte es von höchstem Reiz sein, in den Besitz der Dokumente zu gelangen, zumal diese zur Ausstattung eines Marx-Engels-Museums verwendet werden konnten, dessen Einrichtung den Informationen Kriegers zufolge¹⁶⁵⁾ damals geplant war. Die politische Führung in Rußland als allein maßgebliche Instanz verfolgte mit der Verhandlungssaktion zweifellos ganz andere Ziele, von denen eines darin bestanden haben könnte, sich nähere Einblicke in die interne Situation der II. Internationale, vor allem der deutschen sozialdemokratischen Emigration, zu verschaffen, Einblicke, die für die kommunistische Politik und insbesondere die Volksfronttaktik von höchstem Wert sein mußten. Möglicherweise diente das Unternehmen aber auch der Sammlung von belastendem Material gegen tatsächliche oder imaginäre innerparteiliche Widersacher Stalins, namentlich gegen Bucharin, der

¹⁶²⁾ Aufzeichnungen Hertz, Hertz-Nachlaß, Mappe XXIII.

¹⁶³⁾ Hertz an Kautsky, Hertz-Nachlaß, Korrr.-Mappe Ka-Ke.

¹⁶⁴⁾ An Krieger, 11. Oktober 1937, SOPADE-Akte G/142.

¹⁶⁵⁾ An Crummenerl, 15. Oktober 1936, ebenda.

als eine der stärksten geistigen Potenzen der nachleninistischen KPdSU dem Diktator besonders im Wege gewesen sein mag¹⁶⁶). Er wurde nach etwa einjähriger Untersuchungshaft im März 1938 im dritten und letzten Schauprozess als prominentester Führer des sogenannten »Antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten« mit 17 weiteren Angeklagten, darunter Rykow, Jagoda und Krestinsky, zum Tode durch Erschießen verurteilt. In den Verhandlungen des Moskauer Militärtribunals, einem phantastischen Täuschungsmanöver zur Befestigung der Alleinherrschaft Stalins, spielte auch die »Dienstreise« Bucharins in Sachen der Marx-Engels-Dokumente vom Frühjahr 1936 eine Rolle. Der diesbezügliche Teil seiner fragwürdigen Selbstbezeichnung hatte nach dem amtlichen stenographischen Prozeßprotokoll folgenden Wortlaut:

»... Außerdem knüpfte ich unmittelbar persönlich während meiner letzten Auslandsreise im Jahre 1936, nach einem Gespräch mit Rykow, Beziehungen zum Menschewik Nikolajewski an, der den führenden Kreisen der menschewistischen Partei sehr nahe steht. Aus der Unterredung mit Nikolajewski konnte ich feststellen, daß er über die Vereinbarungen zwischen den Rechten, den Sinowjew-, den Kamenew-Leuten und den Trotzkisten auf dem laufenden war, daß er überhaupt von allen möglichen Dingen unterrichtet war . . . Das Konkrete und Neue, wovon unter uns die Rede war, bestand darin, daß im Fall eines Auffliegens des Zentrums der Rechten oder des Kontaktzentrums oder überhaupt der Spitzenorganisation der gesamten Verschwörung Nikolajewski sich mit den Führern der II. Internationale dahin verständigen wird, daß sie eine entsprechende Kampagne in der Presse einleiten werden.

Außer mir persönlich hatten einige andere der prominenteren Führer der Organisation der Rechten und Trotzkisten . . . ebenfalls Verbindungen und stellten einen verbrecherischen Kontakt mit den Vertretern seit langem gebildeter konterrevolutionärer Organisationen her. Rykow besaß durch Nikolajewski Ver-

¹⁶⁶) Im Testament Lenins vom 25. Dezember 1922, in dem die Eigenschaften der Mitglieder des damaligen Zentralkomitees charakterisiert werden, heißt es über Bucharin und Pjatakow, der bereits im ersten Schauprozess von 1936 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, unter anderem: »Was die jüngeren Mitglieder des Zentralkomitees betrifft, möchte ich einige Worte über Pjatakow und Bucharin sagen. Sie sind meines Erachtens die fähigsten Köpfe (unter den Jüngsten) . . . Bucharin ist nicht nur der wertvollste Theoretiker der Partei, wie er auch der bedeutendste ist, sondern man kann in ihm auch den Liebling der ganzen Partei sehen. Seine theoretischen Ansichten können nur unter größtem Vorbehalt als voll marxistisch gelten, weil er zu sehr Akademiker ist. (Er hat die Dialektik nie beherrscht, und ich glaube, sie auch nie ganz verstanden.) Und nun zu Pjatakow: Ein Mann von zweifellos bestem Willen und Fähigkeiten, aber zu verstrickt in Verwaltungsfragen, um in wichtigen politischen Dingen zuverlässig zu sein. Natürlich beziehen sich diese Einschätzungen auf das Heute oder auf die Annahme, daß diese beiden tüchtigen und loyalen Arbeiter keine Gelegenheit fänden, ihre Kenntnisse zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden.« – Zitiert nach Boris Lewytskij, Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961, S. 50 f.

bindungen mit den Menschewiki. Ich vergaß zu sagen, daß die Unterredung mit Nikolajewski für mich erleichtert und nicht allein erleichtert, sondern auch durch den Umstand bemäntelt wurde, daß ich gemäß der Bestimmung meiner Dienstreise mit diesem Nikolajewski zusammentreffen mußte. Somit hatte ich eine völlig legale Tarnung, um konterrevolutionäre Gespräche zu führen und diese oder jene Abkommen zu treffen«¹⁶⁷⁾.

Zumindest die unter mysteriösen Umständen vollzogene Abreise der sowjetischen Delegation aus Paris, die möglicherweise bereits mit den gegen Bucharin erhobenen Beschuldigungen zusammenhing, hatte den Schlußpunkt unter die Verhandlungen gesetzt. Was später noch folgte, war allem Anschein nach nur noch ein Rückzugsgefecht der Russen, bei dem durch neuerliches Herabdrücken des Preises und weitere Erschwerungen einer Vereinbarung versucht werden sollte, dem Kontrahenten den Schwarzen Peter zuzuspielen und nebenbei die noch bestehenden Kontakte dazu zu benutzen, ihn auszuhorchen und wenn möglich in seinen politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Daß sich dieser so lange düpierten ließ, kann nur damit erklärt werden, daß er mit den Finessen und Hintergründigkeiten der kommunistischen Strategie zu Zeiten Stalins nicht hinreichend vertraut gewesen ist.

Solange Aussicht auf ein Abkommen mit den Russen zu bestehen schien, hatte die SOPADE den Eindruck zu erwecken versucht, daß sie auf eine Veräußerung des Archivs nicht angewiesen sei und daher auch keine Veranlassung habe, auf eine schnelle Entscheidung zu drängen. Es ist allerdings anzunehmen, daß es dem Verhandlungspartner nicht an Informationen über die tatsächliche Lage des emigrierten Parteivorstandes gefehlt hat. In einer Vorstandssitzung vom Februar 1937, die sich mit den Schwierigkeiten befaßte, hatte Crummenerl berichtet, daß die vorhandenen Mittel noch bis zum November reichen würden. Wels glaubte nach einer Unterredung mit dem schwedischen Parteifreund Zeth Höglund die »Skandinavien-Möglichkeit« günstig beurteilen zu können, er sah »einen neuen Silberstreifen für das Archivgeschäft«, während sich Crummenerl weniger optimistisch äußerte¹⁶⁸⁾. Später ist von dieser Möglichkeit nicht mehr die Rede, und es muß bezweifelt werden, daß es überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen gekommen ist. Die Anforderung überstieg wahrscheinlich die Finanzkraft der skandinavischen Parteien, doch hatten sie möglicherweise auch andere Gründe, sich in dieser Sache nicht zu engagieren.

¹⁶⁷⁾ Prozeßbericht über die Strafsache des Antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten«, 2. – 13. März 1938, Moskau 1938, deutsche Übersetzung, S. 464 f.

¹⁶⁸⁾ Hertz an Hilferding, 2. April 1937, Hertz-Nachlaß, Mappe XVII.

Zwischenlösung

Schon im Frühjahr 1936 hatte Nicolaevsky der SOPADE geraten, die Marx-Engels-Dokumente, soweit sie zum Pariser Depot gehörten, aus diesem herauszunehmen und einer Bank zur Aufbewahrung zu übergeben. Er hatte ferner vorgeschlagen, die übrigen Materialien in die Obhut der Pariser Abteilung des neugegründeten Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte zu geben, die sich um diese Zeit im Hause Rue Michelet 7 einzurichten begann und deren Leitung Nicolaevsky übertragen worden war¹⁶⁹). Da die Verhältnisse in der Ecole Normale ohnehin eine andere Lösung geboten, konnte sich die SOPADE der Einsicht in die Zweckmäßigkeit dieser Empfehlungen nicht verschließen, zumal sie einer anderweitigen Entscheidung über die Verwendung des Archivs nicht vorgreifen und daher auch keine Beeinträchtigung der Verhandlungen mit den Russen bedeuten konnten. Ein entsprechendes Abkommen mit dem holländischen Institut bereitete keine Schwierigkeiten. Der am 3. August von Posthumus vorgelegte Text wurde mit geringen Abänderungen von der SOPADE gutgeheißen. Das Institut übernahm die Verpflichtung zur unentgeltlichen Aufbewahrung des Archivs, unter Ausschluß der Marx-Engels-Manuskripte, und zur »Vollendung« der Katalogisierung, wofür ihm das Recht zur Verwendung der Materialien für wissenschaftliche Publikationen zugestanden wurde, mit der Einschränkung, daß Publikationen für die Zeit nach 1890 der besonderen Zustimmung des Parteivorstandes bedurften. Auch war die Benutzung des Archivs durch Dritte an eine vorherige Genehmigung des SOPADE-Vertreters in der Institutsleitung gebunden, als welcher erstmalig Nicolaevsky bestellt wurde, und zwar mit der Maßgabe, daß er jederzeit abberufen und durch eine andere Person ersetzt werden könne. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß das Archiv Eigentum der SOPADE bleibe und jederzeit von ihr zurückverlangt werden könne. Der Kontrakt mit dem Datum vom 31. August 1936 wurde von Nehemia de Lieme und Posthumus für das Institut und von Crummenerl für die SOPADE vollzogen¹⁷⁰). Für die seit Sommer 1935 in Amsterdam deponierten Teile des Archivs wurde eine ähnliche Regelung in Aussicht genommen¹⁷¹). Sie ließ jedoch auf sich warten, da sie von der Vorlage einer spezifizierten Aufstellung abhängig gemacht wurde, deren Anfertigung nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen war. Der Ergänzungsvertrag kam niemals zustande, da er von der späteren Entwicklung überholt wurde.

Anfang November 1936 wurde in den Räumen der Pariser Filiale des Amsterdamer Instituts, die um diese Zeit der öffentlichen Benutzung noch nicht zugänglich war – die Eröffnung war auf Januar 1937 verschoben worden¹⁷²) – ein

¹⁶⁹) Nicolaevsky an Crummenerl, 8. Juni 1936, SOPADE-Akte G/142.

¹⁷⁰) SOPADE-Akte G/142.

¹⁷¹) Posthumus an Crummenerl, 30. Oktober 1936, ebenda.

¹⁷²) Nicolaevsky an Crummenerl, 9. Dezember 1936, ebenda.

mysteriöser Einbruch verübt, bei dem das sogenannte Trotzki-Archiv gestohlen wurde. Die Eindringlinge hatten es ausschließlich auf die russische Sammlung abgesehen, deutsches Material ließen sie unberührt¹⁷³⁾. Dennoch versetzte die Nachricht die SOPADE in begreifliche Besorgnis und veranlaßte sie zu der Anfrage, welche Kosten ihr bei einer Versicherung des Parteiarchivs in Höhe von eineinhalb Millionen entstehen würden. Nicolaevsky zweifelte nicht daran, daß der Einbruch von der sowjetischen GPU verübt worden sei und ausschließlich politische Gründe habe, kriminelle Motive kamen nach seiner Überzeugung nicht in Betracht. Zur Prager Anfrage äußerte er, daß es sich lediglich um eine Erhöhung der Versicherungssumme handeln könne, da das deutsche Archivmaterial bereits durch Professor Posthumus versichert sei¹⁷⁴⁾. Diese Voraussetzung war offenbar irrig, denn einige Monate später berichtete Nicolaevsky, daß sich Posthumus an mehrere holländische und französische Versicherungsgesellschaften gewandt habe, die es jedoch ausnahmslos abgelehnt hätten, die Versicherung des Parteiarchivs zu übernehmen. Jetzt aber habe sich eine große englische Gesellschaft dazu bereit erklärt. Bei einer Versicherungssumme von 50 000 holländischen Gulden (600 000 Francs) würde die Jahresprämie 80 Gulden betragen, und Posthumus schlage vor, daß diese je zur Hälfte vom Parteivorstand und vom Institut getragen werde. Falls der Parteivorstand seinen Anteil nicht übernehmen wolle, werde Posthumus gezwungen sein, den bereits abgeschlossenen Versicherungsvertrag zum Jahresende wieder zu kündigen. Die Versicherung beziehe sich ausschließlich auf das deutsche Parteiarchiv, so daß im Verlustfalle die ganze Versicherungssumme an den Parteivorstand ausgezahlt werden würde¹⁷⁵⁾. Die SOPADE war grundsätzlich einverstanden¹⁷⁶⁾, wünschte jedoch eine Erhöhung des Versicherungsbetrages auf eine Million Francs. Nicolaevsky stellte eine Berücksichtigung dieser Forderung in Aussicht, wenn die Frage diskutiert werden würde, was bis dahin noch nicht der Fall gewesen sei¹⁷⁷⁾. Die Marx-Engels-Papiere waren im Rahmen der Umsiedlung in einem Banksafe des Crédit Lyonnais untergebracht worden. Aus Gründen der Vorsicht erwirkte Nicolaevsky eine amtliche Bescheinigung, in der für den Fall seines Ablebens festgestellt wurde, daß die Dokumente Eigentum des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes seien und an diesen zurückerstattet werden müßten¹⁷⁸⁾.

Finanzkrise

Von Anfang an war das Prager Emigrationszentrum der hitlerdeutschen Regierung ein Dorn im Auge gewesen. Mit dem Anwachsen ihrer militärischen Macht

¹⁷³⁾ Crummenerl an Nicolaevsky, 9. November 1936, ebenda.

¹⁷⁴⁾ Nicolaevsky an Crummenerl, 14. November 1936, ebenda.

¹⁷⁵⁾ An Crummenerl, 5. April 1937, ebenda.

¹⁷⁶⁾ Crummenerl an Nicolaevsky, 14. April 1937, ebenda.

¹⁷⁷⁾ An Crummenerl, 21. Juni 1937, ebenda.

¹⁷⁸⁾ Anhang, Dokument VIII.

übte sie einen sich ständig verstärkenden Druck auf den kleinen Nachbarstaat aus, der insbesondere die Unterbindung der politischen Tätigkeit der SOPADE zum Ziel hatte. Die tschechoslowakische Republik hatte ihren liberalen Grundsätzen gemäß dem deutschen Flüchtlingsstrom großzügig ihre Grenzen geöffnet, doch die wirtschaftlichen und politischen Belastungen, die ihr daraus erwachsen waren, machten es ihr auf die Dauer schwer, dem deutschen Druck zu widerstehen, um so mehr, als ihr auch von Regierungen des Westens nahegelegt wurde, im Interesse einer allgemeinen Entspannung dem Verlangen der nationalsozialistischen Machthaber entgegenzukommen. Im November 1937 erhob der deutsche Gesandte in Prag energische Vorstellungen bei Präsident Benesch, dem er zu verstehen gab, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht möglich sei, solange die Emigrantenpresse, namentlich die Organe der SOPADE, die öffentliche Meinung gegen das Dritte Reich ungehindert aufwiegen und seine Regierung beleidigen dürften. Die erste Reaktion der Prager Regierung bestand in einem Verbot des Straßenverkaufs des »Neuen Vorwärts«, der dadurch bereits in eine Existenzkrise geriet.

Der Generalsekretär der deutschen Sozialdemokratie in der CSR, Siegfried Taub, wurde Ende November von Benesch darüber informiert, daß der »Abschluß eines Pressefriedens« mit der deutschen Regierung bevorstehe, und daß die tschechoslowakische Regierung mit einem Verbot der Emigrantenzeitungen einen Beweis ihres guten Willens geben wolle. Auf die Frage, wann mit einem entsprechenden Vorgehen gerechnet werden könne, ließ der Präsident durchblicken, daß die SOPADE-Publikationen mit dem Ablauf des Jahres ihr Erscheinen einstellen müßten¹⁷⁹⁾. Betroffen war neben dem »Neuen Vorwärts« die »Sozialistische Aktion«, ein zur illegalen Verbreitung in Deutschland bestimmtes Blatt in Miniaturformat auf Dünndruckpapier, das von Paul Hertz redigiert wurde. Die Erhaltung des Zentralorgans »Neuer Vorwärts« war für den Parteivorstand eine Prestigefrage ersten Ranges. Um einem offiziellen Verbot zuvorzukommen, verlegte er Ende Dezember den Erscheinungsort des Blattes nach Paris, wo es von Mitte Januar 1938 an herauskam. Hinsichtlich der künftigen Erscheinungsweise der »Sozialistischen Aktion« behielt er sich die Entscheidung noch vor¹⁸⁰⁾. Inzwischen hatte Benesch auf dem Wege über Taub die SOPADE wissen lassen, daß er dem Druck aus Berlin nicht länger standhalten könne und ihr daher nahelegen müsse, ihre Arbeit ganz einzustellen oder aber in ein anderes Land zu verlegen, bevor er gezwungen sei, sie zu verbieten. Dem Parteivorstand blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als der Aufforderung nachzukommen. Nach eingehenden Beratungen beschloß er Anfang März, seinen Sitz

¹⁷⁹⁾ Protokoll über eine Besprechung des SOPADE-Vorstandes mit Vertretern der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik vom 3. Dezember 1937 – SOPADE-Akte G/144.

¹⁸⁰⁾ Rundschreiben der SOPADE an die Vertrauensleute vom 25. Januar 1938, ebenda.

nach dem Westen zu verlegen. Paris und Brüssel standen zur Wahl. Die Entscheidung fiel zugunsten der französischen Hauptstadt, nachdem die Vorstandsmitglieder Vogel, Hertz und Crummenerl in Besprechungen mit der SAI und den zuständigen befreundeten Parteien die Frage geprüft hatten ¹⁸¹⁾.

Mit der Verlegung des Sitzes der Exilzentrale rissen die wichtigsten Verbindungen zu den Gesinnungsfreunden in der Heimat ab, wodurch auch der Abnehmerkreis der SOPADE-Publikationen zusammenschrumpfte. Der Verlust eines großen Teils der bisherigen Einnahmequellen war um so empfindlicher, als die Umsiedlung mit einem beträchtlichen Kostenaufwand verbunden war. Mit drastischen Einsparungsmaßnahmen versuchte man der neuen Situation Rechnung zu tragen. Auf Grund eines Vorschlages von Crummenerl, den er in einer Vorstandssitzung vom 28. Februar unterbreitet hatte, sollte der geschäftsführende Vorstand künftig nur noch aus vier Mitgliedern, nämlich Wels, Vogel, Crummenerl und Rinner, bestehen, was das Ausscheiden von Stampfer, Ollenhauer und Hertz bedeutet hätte. Da gegen diesen Vorschlag von Stampfer und Hertz Bedenken erhoben worden waren, wurde die Beschlußfassung zunächst ausgesetzt. Nachdem aber Hertz am darauffolgenden Tage, dem 1. März, in einer persönlichen Aussprache mit Vogel die in Aussicht genommene Regelung gutgeheißen und seine Absicht bekundet hatte, nach Paris zu übersiedeln und dort als freier Schriftsteller zu leben, trat der Vorstand zu einer neuen Sitzung zusammen, in der sich ein Widerspruch gegen das Einsparungsprogramm nicht mehr erhob. In späteren Erklärungen bestritt jedoch Hertz seinen freiwilligen Verzicht und sprach von einer »politischen Maßregelung«, worauf es zu einer heftigen Kontroverse mit den übrigen Vorstandsmitgliedern kam. Ein Konflikt, der seit langem untergründig spürbar gewesen war, trat damit offen zutage. Die Tendenz, die Hertz der »Sozialistischen Aktion« gegeben hatte, war vielfach als nicht unwesentliche Abweichung von den Auffassungen empfunden worden, die offiziell von der SOPADE vertreten wurden und die auch der »Neue Vorwärts« widerspiegelte ¹⁸²⁾. Die bei Hertz allmählich deutlich gewordene Neigung, den oppositionellen Gruppierungen, insbesondere dem linksorientierten »Neu-Beginnen«-Kreis, einen größeren Einfluß auf die Politik des Vorstandes zu verschaffen, stieß auf das Mißtrauen und die Gegenwehr der alten Parteiführer, die die Zügel nicht aus der Hand geben wollten. Hertz hatte in einer Denkschrift Vorschläge für die Sammlung aller sozialdemokratischen Kräfte in der Emigration »zur Überwindung der Zersplitterung« entwickelt ¹⁸³⁾. Da er sie an sämtliche Gruppen, die Parteien der Internationale und zahlreiche Einzelpersonen verschickte, war eine Reaktion des Vorstandes in entsprechendem Rahmen nicht zu umgehen. Um die Bestrebungen unter seine Kontrolle zu bringen,

¹⁸¹⁾ Rundschreiben der SOPADE an die Vertrauensleute vom 8. April 1938, ebenda.

¹⁸²⁾ Laut Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 10. August 1938, SOPADE-Akte G/117, SPD-Archiv, Bonn.

erklärte der Vorstand seine Bereitschaft, die Initiative zu einer Sammlung zu übernehmen¹⁸⁴). Da die Erhaltung der Autorität der SOPADE und ihrer Aktionsfähigkeit nicht zuletzt auf ihrer Liquidität beruhte, war die Behebung der Finanzkrise um so dringlicher. Nachdem alle Wertpapiere hatten verkauft werden müssen, war das Parteiarchiv als einzige Vermögensreserve übriggeblieben. In dieser Situation reifte der Entschluß, die geretteten Bestände an den einzigen ernsthaften Interessenten zu verkaufen, der nach dem Scheitern des Rußland-Projekts und dem Ausfall der Skandinavien-Möglichkeit noch vorhanden zu sein schien, das Amsterdamer Institut, wobei von vornherein Klarheit darüber bestand, daß der zu erlangende Preis das seinerzeitige Moskauer Angebot wie auch den tatsächlichen Wert des Objekts weit unterschreiten würde.

Ausverkauf

Wir wissen nicht, von wem die Initiative zu dieser Transaktion ausgegangen ist, da die SOPADE-Akten keinen Aufschluß darüber geben und andere mögliche Quellen zur Zeit nicht zugänglich sind. Die Darstellung B. Nicolaevskys, die Verhandlungen seien von Adler »geführt« worden¹⁸⁵), dürfte in dieser Form kaum zutreffen und findet jedenfalls in den vorliegenden schriftlichen Unterlagen keine Stütze. Es ist jedoch denkbar und sogar wahrscheinlich, daß das Sekretariat der SAI als Vermittler eingeschaltet war. In den ersten direkten Besprechungen der beiden Partner, die in der ersten Märzhälfte im Haag stattgefunden haben müssen, nahmen von holländischer Seite außer de Lieme und Posthumus auch die führenden Parteifunktionäre Woudenberg und Koos Vorink teil, während die SOPADE durch Crummenerl vertreten war. Der Parteischatzmeister hatte auf seiner Reise noch andere Dienstgeschäfte zu erledigen, vermutlich hielt er sich im Anschluß an die Haager Besprechungen zur Vorbereitung der geplanten Umsiedlung noch acht bis zehn Tage in Paris auf, um dann mit dem Flugzeug über Rotterdam nach Prag zurückzukehren. Eine nochmalige Unterbrechung seiner Reise in Holland hielt er nicht für sinnvoll, da die mit den Gesprächspartnern vereinbarte Frist für die Abgabe einer verbindlichen Erklärung noch nicht verstrichen war¹⁸⁶).

Inzwischen hatte sich überraschend eine neue Möglichkeit ergeben. Es war eine Anfrage von dem emigrierten deutschen Professor Carl Landauer von der California University in Berkeley eingegangen, die ein ernsthaftes Interesse für einen

¹⁸³) Die Sammlung der deutschen Sozialdemokraten, Prag, 7. Februar 1938, SOPADE-Akte G/18, SPD-Archiv, Bonn.

¹⁸⁴) Entschließung zur Konzentration, Prag, 26. Februar 1938, ebenda. – Der nach der Übersiedlung des Vorstandes nach Paris unternommene Versuch einer sozialistischen Einigung blieb in den Anfängen stecken, da die widerstreitenden Auffassungen der SOPADE und der linken Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden konnten.

¹⁸⁵) Schriftliche Auskunft.

¹⁸⁶) Crummenerl an Woudenberg, 28. März 1938, SOPADE-Akte G/142.

Ankauf des deutschen Parteiarchivs erkennen ließ¹⁸⁷⁾. Die SOPADE antwortete mit einem Kabeltelegramm, das als Verhandlungsbasis 100 000 Dollar nannte und unter Hinweis auf bereits schwebende anderweitige Verhandlungen eine schnelle Entscheidung erbat. Ein ergänzender Flugpostbrief, mit dem ein Verzeichnis der geretteten Marx-Engels-Dokumente übermittelt wurde, ist auch insofern bemerkenswert, als er einen Schlußstrich unter die Verhandlungen mit dem Moskauer Institut zieht, die sich, wie es hier heißt, »aus besonderen Gründen zerschlagen« hätten. Die von dort angebotene Kaufsumme sei, so wird hinzugefügt, sehr hoch gewesen, doch werde wahrscheinlich nur ein Staatsinstitut solche Beträge zahlen können. »Diese Sache ist aber, wie schon bemerkt, für uns erledigt¹⁸⁸⁾.«

Es ist jetzt nur noch von einem Verkauf die Rede, das ursprüngliche Konzept einer Verpachtung unter Vorbehalt des Eigentumsrechts wird also nicht mehr in Betracht gezogen. Allerdings war, wie erinnerlich, schon in den Prager Besprechungen zwischen Hertz und Posthumus von März 1935 neben anderen Möglichkeiten auch die einer Übertragung des Besitzrechts an das Amsterdamer Institut gegen eine Kapitalabfindung oder eine laufende Rentenzahlung ins Auge gefaßt worden. Nachdem die Holländer bereits den größten Teil des geretteten Archivmaterials verwalteten und wissenschaftlich auswerten durften, ohne daß ihnen daraus finanzielle Verpflichtungen gegenüber der SOPADE erwuchsen, stellte eine Erwerbung des Eigentums jetzt den einzigen Anreiz für sie dar. Zwar umfaßte das Depot noch nicht den kostbarsten Teil des Archivs, die Marx-Engels-Dokumente, doch wurden diese damals noch nicht so sehr nach ihrem Autographenwert, sondern hauptsächlich nach ihrer wissenschaftlichen Bedeutung eingeschätzt, die durch den Umstand beeinträchtigt wurde, daß das Moskauer Institut im Besitz von Fotokopien war. Jedenfalls argumentierten die Holländer mit dieser Wertverminderung, die nach ihrer Auffassung so beträchtlich war, daß das von ihnen zu bringende »Opfer nicht ohne weiteres so gerechtfertigt ist, als es im anderen Falle sein würde«¹⁸⁹⁾.

Das Eingehen auf die amerikanische Anfrage und die 100 000-Dollar-Forderung, die über das holländische Angebot von ursprünglich 66 000 Gulden¹⁹⁰⁾ weit hinausging, zeigen, daß die SOPADE die Hoffnung auf einen höheren, dem Wert des Objekts angemesseneren Erlös noch nicht aufgegeben hatte. Aber Landauers Antwort enttäuschte. Für die California University kam ein Ankauf des Marx-Engels-Nachlasses nicht in Betracht, da die genannte Summe die ihr zur Verfügung stehenden Mittel überstieg. Sie war überdies an diesen Dokumenten nicht so sehr interessiert, sie hatte an neueres Archivmaterial gedacht, das für das

187) An Friedrich Stampfer, 3. Februar 1938, ebenda.

188) An Landauer, 30. März 1938, ebenda.

189) De Lieme an Crummenerl, 7. April 1938, ebenda.

190) Ebenda.

Studium der Geschichte der sozialen Bewegung aus der Zeit nach 1890 wichtig war ¹⁹¹⁾. Immerhin dürfte der beiläufige Hinweis auf die neue Möglichkeit ¹⁹²⁾ den holländischen Verhandlungspartner bewogen haben, den Wünschen der SOPADE etwas entgegenzukommen, indem er sich mit einer Erhöhung der Kaufsumme auf 72 000 Gulden einverstanden erklärte ¹⁹³⁾. Nach dem Vertragsentwurf ¹⁹⁴⁾ sollte die Transaktion sämtliche in Paris, Kopenhagen und Amsterdam deponierten Bestandteile umfassen, ferner alle Stücke, die zum alten Parteiarchiv gehörten, aber bis dahin noch nicht aufgefunden werden konnten. Nicht einbegriffen war die Bernstein-Bibliothek, jedoch mit Ausnahme von etwa zwanzig von Nicolaevsky aus Berlin herausgeführten Büchern, die handschriftliche Notizen von Marx und Engels aufwiesen. Auf Grund von Einwendungen der SOPADE ¹⁹⁵⁾ wurde nachträglich auch alles unveröffentlichte Material ausgeklammert, das sich auf die Geschehnisse nach 1914 bezog, ausgenommen die Protokolle des Rats der Volksbeauftragten von 1918/19, die bereits von dem Historiker Arthur Rosenberg benutzt worden waren, sowie einer nahezu vollständigen Sammlung des Zentralorgans »Vorwärts« bis zum Jahre 1915. Damit wollte sich die SOPADE gegen eine wissenschaftliche Auswertung von Schriftstücken sichern, die nach ihrer Auffassung aus politischen Gründen noch eine diskrete Behandlung erforderten, nicht zuletzt in der Erwägung, daß durch eine vorzeitige Veröffentlichung möglicherweise in Deutschland noch lebende Genossen gefährdet werden könnten. De Lieme stimmte zu, bedauerte indessen die Einschränkung und beklagte sich darüber, daß die SOPADE »fortwährend Ausnahmen mache«, so daß ihm, de Lieme, um seine »Verantwortung ängstlich« werde. »Ich will keine Scharfmacherei treiben, aber uns gegenüber sind Sie weniger entgegenkommend, als Sie früher in Sachen der Archive gegen weniger freundlich gesinnte Institutionen gewesen sind« ¹⁹⁶⁾, was offenbar eine Anspielung auf die Verhandlungen mit dem Marx-Engels-Institut war. Die Entrüstung ist nicht überzeugend und wohl als kaufmännische Taktik zu verstehen. Der Ton der Briefe de Liemes an Crummenerl ist kühl, der Inhalt geschäftsmäßig formal. Er bleibt bei der Anrede »Sehr geehrter Herr« und der Schlußformel »Hochachtungsvoll«, obwohl ihn Crummenerl stets »Lieber Freund« nennt und mit »besten Grüßen« bedenkt. Der Vertragsentwurf enthält eine Klausel, die ein Rückkaufsrecht des Parteivorstandes ausschließen und die Bankgesellschaft gegen alle etwaigen künftigen Ansprüche sichern sollte. Im Falle der Wiedererlangung seiner früheren Position sollte der Parteivorstand das Recht zum

¹⁹¹⁾ An Crummenerl, 18. April 1938, ebenda.

¹⁹²⁾ Crummenerl an de Lieme und Woudenberg, 28. März 1938, ebenda.

¹⁹³⁾ Telegramm de Liemes an Crummenerl, 13. April 1938, ebenda.

¹⁹⁴⁾ Formuliert in einem Schreiben de Liemes an Crummenerl, 7. April 1938, ebenda.

¹⁹⁵⁾ Erhoben im Schreiben an de Lieme vom 24. April 1938, ebenda, und an Posthumus vom 23. April 1938, ebenda.

¹⁹⁶⁾ An Crummenerl, 26. April 1938, ebenda.

Fotokopieren der Archive oder Teilen von ihnen haben, jedoch auf eigene Rechnung. Die Kaufsumme sollte in zwölf Monatsraten zu je 5500 Gulden und in einer dreizehnten Rate zu 6000 Gulden gezahlt werden und die erste Rate unmittelbar nach der Lieferung fällig sein.

Nachdem sich die SOPADE mit dieser Regelung einverstanden erklärt hatte, wurde der Kaufvertrag¹⁸⁷⁾ am 19. Mai in s' Gravenhage endgültig abgeschlossen und unterzeichnet, und zwar von de Lieme in seiner Eigenschaft als Präsident der »N. V. De Centrale Arbeiders-Verzekerings-en Depositobank« und für die SOPADE von Crummenerl, der durch eine schriftliche Erklärung der beiden Vorsitzenden Wels und Vogel vom 30. April dazu bevollmächtigt worden war. Da der Käufer Wert auf die Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Vorstandes legte, hatten Vogel und Hertz, die um diese Zeit bereits in Paris weilten, auf Anforderung der SOPADE in einem gemeinsamen Telegramm ihr Einverständnis mit dem Verkauf erklärt¹⁸⁸⁾.

Die Übertragung des Eigentums an das holländische Bankunternehmen vollzog sich binnen weniger Wochen und im wesentlichen reibungslos. Soweit es sich um die vom Amsterdamer Institut bereits betreuten Materialien handelte, war sie nur eine Formalität. Der Schlüssel zum Banksafe bei der Crédit Lyonnais, der einen Teil der Marx-Engels-Dokumente enthielt, wurde von Nicolaevsky am 27. Mai an de Lieme ausgehändigt. Die SOPADE hatte mit Schreiben vom 25. Mai 1938 Nicolaevsky von dem Verkauf des Archivs offiziell in Kenntnis gesetzt und ihm ihren Dank für die bisherige Betreuung der Materialien ausgesprochen¹⁸⁹⁾.

¹⁸⁷⁾ Anhang, Dokument IX.

¹⁸⁸⁾ 13. April 1938, ebenda. – Das Telegramm trägt die (maschinengeschriebene) Unterschrift: Hans [Vogel] – Paul [Hertz]. Der Vorgang ist nicht ohne Belang, weil sich Hertz später kritisch zu dem Verkauf geäußert hat. Frau Hanna Hertz schrieb dem Verfasser, ihr Mann habe immer Bedenken gegen eine Veräußerung des Archivs gehabt, und es sei ihm lediglich um dessen Sicherstellung zu tun gewesen. Auch Dr. Hans Hirschfeld, der mit Hertz befreundet war und während der Emigrationszeit schriftlichen Kontakt mit ihm hatte, bezweifle dessen Zustimmung. Andererseits fehlen Anhaltspunkte dafür, daß Hertz der Transaktion ausdrücklich widersprochen hätte. In der Sitzung des Parteivorstandes vom 29. Juni 1938, der ersten nach der Umsiedlung, in der die Finanzlage der SOPADE und eine neue Gehaltsregelung für die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zur Debatte standen, hat Hertz nur die Frage der Verwendung des Verkaufserlöses angeschnitten und sich dabei auf eine schriftliche Stellungnahme berufen, die er »seinerzeit« nach Prag übermittelt habe. (Protokoll der Vorstandssitzung, SOPADE-Akte G/18.) Seine in einem Brief an Dittmann enthaltene Bemerkung, daß der Erlös die Existenz der SOPADE nur für 13 Monate sichere und daß die einzige bei der Übersiedlung eingetretene Ersparnis, die im Fortfall seines Gehalts bestehe, durch die Erhöhung der Bezüge der übrigen besoldeten Vorstandsmitglieder wettgemacht worden sei (6. Oktober 1938, Dittmann-Nachlaß, Nr. 1, Emigration Zürich, SPD-Archiv, Bonn), dürfte in Anbetracht der damaligen Entfremdung vorwiegend polemisch zu werten sein.

¹⁸⁹⁾ Eine Entschädigung für seine Dienste hat Nicolaevsky seinen Mitteilungen an den Verfasser zufolge weder beansprucht noch erhalten.

Der eigentliche Marx-Engels-Nachlaß wurde von der Institutsbibliothekarin Adama van Scheltema in den letzten Maitagen im Safe der Arbeidernes Landsbank in Kopenhagen in Empfang genommen und anschließend in drei Koffern mit dem Schiff nach Amsterdam übergeführt²⁰⁰⁾. Die dänische Partei war von dem Verkauf und der bevorstehenden Ankunft der Vertreterin des holländischen Instituts schriftlich in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, die Transaktion zu unterstützen²⁰¹⁾. Posthumus äußerte seine Genugtuung über das gute Gelingen des Transports²⁰²⁾.

Zum Kopenhagener Bestand gehörte außer den Marx-Engels-Dokumenten auch eine nahezu vollständige Sammlung des »Vorwärts«, die vertragsgemäß bis einschließlich Jahrgang 1914 ebenfalls an Amsterdam geliefert werden sollte. Sie stammte nicht aus dem ehemaligen Berliner Parteiarchiv, sondern aus einer Schenkung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei und bildete einen Teil des Archivmaterials, das die SOPADE kurze Zeit vor dem Verlassen Prags aus Sicherheitsgründen in die Obhut der dänischen Partei gegeben hatte. Insgesamt handelte es sich um sechzehn Kisten von je einem Meter Länge und 50 Zentimeter Höhe und Breite, die via Gdingen nach Kopenhagen gesandt worden waren. Die Frachtkosten beliefen sich auf 1400 Tschechenkronen²⁰³⁾. Die Kisten enthielten in der Hauptsache die Akten des Parteivorstandes und eine umfassende Sammlung der Publikationen aus den ersten Jahren der Emigration. Fünf der Kisten mit den Vorwärts-Bänden wurden am 11. August 1938 abgeholt und nach Amsterdam verfrachtet²⁰⁴⁾, wo festgestellt wurde, daß nahezu sämtliche Jahrgänge aus der Zeit zwischen 1887 (Berliner Volksblatt) und 1896 fehlten. Die auf Grund der Reklamation der Institutsleitung von der SOPADE angestellten Nachforschungen ergaben, daß die vermißten Stücke mit Ausnahme der Jahrgänge von 1891 bis 1893 in dieser Sammlung überhaupt nicht enthalten waren, infolgedessen auch nicht nachgeliefert werden konnten²⁰⁵⁾.

Nach dem Verbleib der Jahrgänge 1887 bis 1890 und 1894 bis 1896, die möglicherweise versehentlich in andere Kisten geraten waren, wurde in Kopenhagen gesucht²⁰⁶⁾, doch erfährt man aus den vorliegenden Unterlagen nichts über das Ergebnis. Die restlichen Kisten sind verschollen. Laut Schreiben von Hans Hansen an Ollenhauer, datiert vom 17. April 1939, waren sie auf Veranlassung der dänischen Partei nach Stockholm expediert worden, nachdem sich die »schwedischen Genossen« zur Übernahme der 15 Kisten bereit erklärt hatten. Die Ver-

²⁰⁰⁾ Mündliche Auskunft von Annie Adama van Scheltema-Kleefstra.

²⁰¹⁾ Vorstand der SPD, Paris, an Hedtoft-Hansen, 21. Mai 1938, SOPADE-Akte G/142.

²⁰²⁾ An Crummenerl, 1. August 1938, ebenda.

²⁰³⁾ Crummenerl an Kurt Geyer, 23. Februar 1938, SOPADE-Akte G/107, SPD-Archiv, Bonn.

²⁰⁴⁾ Raloff an Crummenerl, 12. August 1938, SOPADE-Akte G/142.

²⁰⁵⁾ Crummenerl an Frau Adama van Scheltema-Kleefstra, 27. September 1938, ebenda.

²⁰⁶⁾ Raloff an Crummenerl, 14. Oktober 1938, ebenda.

lagerung war »aufgrund der gegenwärtig bestehenden Situation für zweckmäßig befunden« worden, wie es in Hansens Mitteilung heißt, die im übrigen feststellt, daß die Kisten »bereits von hier abgegangen« seien²⁰⁷⁾. Die SOPADE erklärte am 21. April 1939 ihr Einverständnis mit der Kopenhagener Disposition²⁰⁸⁾, doch fehlt in den Akten eine Bestätigung dafür, daß die Sendung ihr Ziel erreicht hat. Die nach 1945 verschiedentlich unternommenen Recherchen²⁰⁹⁾ waren bis heute erfolglos. In Stockholm weiß man nichts von den Kisten, deren Wiederauffindung für die Erforschung der sozialdemokratischen Emigration und der illegalen Widerstandsbewegung in Deutschland von großer Bedeutung wäre.

Das Opfer und sein Lohn

Gelegentlich tauchen auf dem antiquarischen Markt Handschriften von Marx auf, die aus dem Nachlaßbestand des Parteiarchivs stammen und bei denen es sich offenbar um Stücke handelt, die im Jahre 1933 bei der Evakuierung aus Berlin oder auf dem Wege nach Kopenhagen auf nicht geklärte Weise abhanden gekommen sind²¹⁰⁾. Für ein einziges dieser Manuskriptblätter werden heute auf Auktionen beträchtliche Summen geboten und gezahlt, die oft zweitausend Mark übersteigen. Da das Parteiarchiv wahrscheinlich mehr als 35 000 handschriftliche Seiten von Marx enthielt, von seinen übrigen dokumentarischen Schätzen ganz abgesehen, stand der 1938 für die gesamten geretteten Materialien erzielte Erlös von noch nicht 100 000 Mark in keinem rechten Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Wert, auch wenn damals für die Bewertung noch andere Maßstäbe gegolten haben. Wenn sich der Parteivorstand dazu bereit gefunden hat, das Archiv

²⁰⁷⁾ SOPADE-Akte G/31.

²⁰⁸⁾ Ebenda.

²⁰⁹⁾ Insbesondere auf Veranlassung von Fritz Heine.

²¹⁰⁾ Als im Herbst 1954 bei einer Autographen-Auktion in Paris Marx-Engels-Manuskripte aus dem früheren Parteiarchiv angeboten wurden, erstattete der SPD-Vorstand in Bonn Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls. Die auf Grund dieser Anzeige eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen führten zur Vernehmung des Auktionators, eines angesehenen Buchhändlers mit Namen Rossignol, durch die Pariser Kriminalpolizei. Nach seinen Angaben waren ihm die Manuskripte im April 1954 »von einem gewissen Salomon, Henri, der sich als Henri Madol anreden läßt« und der ihm bereits seit über 25 Jahren geschäftlich bekannt sei, zum Verkauf übergeben worden. Auf den Kaufpreis von insgesamt 43 000 Francs habe Salomon eine Abschlagszahlung von 15 500 erhalten. Einige Zeit später habe Salomon die Rückzahlung dieses Betrages gegen Rückgabe der Manuskripte angeboten, doch sei er, Rossignol, auf dieses Angebot nicht eingegangen. Salomon sei daraufhin bei ihm nicht mehr in Erscheinung getreten. Der Oberstaatsanwalt in Bonn, der diese Mitteilung des Bundeskriminalamts an den SPD-Vorstand weitergab, stellte gleichzeitig fest, daß die inzwischen eingetretene Verjährung die Strafverfolgung ausschließe. – 8 Js. 1125/54., 25. 1. 1955. –

Im Oktober 1965 wurden bei einer Auktion in Marburg erneut Marx-Autographen an-

Fortsetzung Seite 144

unter so unbefriedigenden Bedingungen zu veräußern, dann gewiß nur, weil ihm ein anderer Ausweg aus seiner Zwangslage nicht zur Wahl stand²¹¹). Als er 1933 ins Exil ging, geschah es »mit dem Auftrag, die Fahne der deutschen Sozialdemokratie zu bewahren, um sie einmal in ein befreites Deutschland zurückzubringen«²¹²). Es ist nicht zu verkennen, daß die Erfüllung dieses Auftrages seine Selbsterhaltung voraussetzte, notfalls auch um den Preis hoher Opfer. Es lag also ein legitimes Bedürfnis vor, das jedoch nicht alleiniges Motiv des Entschlusses war. Auf mehrere weit voneinander entfernt liegende Stellen verteilt und seiner unmittelbaren Kontrolle entzogen, stellte das Archiv eine Belastung für den Vorstand dar, die um so drückender wurde, je mehr sich die Kriegsdrohung verstärkte und mit einer erhöhten Gefahr für die Sicherheit der Materialien gerechnet werden mußte. Die Überlegung, daß sie in einem traditionell neutralen Lande wie Holland aller Voraussicht nach am besten aufgehoben sein und am ehesten die kritischen Zeiten überdauern würden, dürfte ihm die Entscheidung erleichtert haben. Daß sie ihm schwerfiel, ist aktenkundig und läßt sich insbesondere aus folgender Bemerkung de Liemes in einem seiner Briefe an Crummenerl schließen: »Vergessen Sie nicht, daß dasjenige, was in unseren Besitz übergeht, nicht für die Welt verloren ist«²¹³). Die Verhandlungsposition der SOPADE war durch den tragischen Umstand beeinträchtigt, daß die Gesundheit der beiden Männer, die in erster Linie die Sorge um das Schicksal des Archivs trugen, schwer erschüttert war. Wels war an akutem Gelenkrheumatismus erkrankt, der mehr und mehr das Herz in Mitleidenschaft zog. Von Mai bis September 1938 lag er bewegungsunfähig in einem Kopenhagener Hospital, wo er

Fortsetzung von Seite 143

geboren, und zwar handelte es sich um zwei Exzerptheft mit Vorarbeiten zur »Kritik der politischen Oekonomie«. Sie gehörten zu den 23 Heften, die bei der Bestandsaufnahme Anfang des Jahres 1934 in Kopenhagen vermißt worden waren und deren Fehlen auch Bucharin bei der Besichtigung des Marx-Engels-Archivs im Jahre 1936 festgestellt hatte. Nach einem Bericht von Rechtsanwalt Dr. Herbert Allerdt, Hamburg, der im Auftrag des SPD-Vorstandes Ansprüche auf die Manuskripte geltend machte, habe der Auktionator angedeutet, daß die Papiere aus dem Besitz eines Amerikaners stammten, der sie vor Jahren von einem Luxemburger Diplomaten mit Namen Salomon erhalten habe. Obwohl die Angaben der Versteigerer die Zusammenhänge nicht eindeutig klarstellen, lassen sie keinen Zweifel daran, daß die Verkäufer auf irgendeine unrechtmäßige Weise in den Besitz der Dokumente gelangt sind. – Gerhard Salomon, alias Hans Roger Madol, stand während des zweiten Weltkrieges als Pressechef in den Diensten der luxemburgischen Exilregierung in London. Er verzog nach dem Kriege nach New York, wo er 1956 gestorben ist.

²¹¹) In der schon erwähnten Vorstandssitzung vom 29. Juni 1938 in Paris äußerte Ollenhauer unter Bezugnahme auf den Archivverkauf: »Hätten wir kein Geld bekommen, dann wäre ja die ganze Umzugsfrage gegenstandslos gewesen.« – Protokoll, SOPADE-Akte G/117.

²¹²) Friedrich Stampfer, *Konzentration durch Parteigründung?*, Der Sozialistische Kampf, Paris, 16. Juni 1938, S. 34.

²¹³) 26. April 1948, SOPADE-Akte G/142.

auf der Durchreise nach Paris hatte Zuflucht suchen müssen. Crummenerl wurde von einem chronischen Magen- und Darmleiden geplagt, das sich infolge der Aufregungen, die mit dem Auszug aus der Tschechoslowakei und der Niederlassung in Paris verbunden waren, verschlimmert hatte und schließlich einen bösartigen Charakter annahm. Die physischen und seelischen Belastungen, die ihnen aus der Aufgabe erwachsen waren, unter den harten Bedingungen des Verbanntendaseins die versprengten Reste einer einst so stolz gewesenen Bewegung zu sammeln, sie zusammenzuhalten und auf ein einheitliches politisches Ziel auszurichten, hatten diese Männer allmählich zermürbt, ihre Kräfte waren vorzeitig geschwächt²¹⁴). Beide haben die Transaktion nur um kurze Zeit überlebt. Wels erlag seinem Leiden am 18. September 1939 in Paris, Crummenerl wurde dort acht Monate später vom gleichen Schicksal ereilt. Er starb am 22. Mai 1940 an den Folgen einer Darmoperation, kurz vor dem Beginn der Hitler-Invasion in Frankreich, erst 48 Jahre alt.

Erscheint der Schritt des Exilvorstandes unter den damaligen Voraussetzungen verständlich, auch wenn er heute bedauert werden muß, so würde seine historische Rechtfertigung noch an der Frage zu prüfen sein, ob sich das Opfer gelohnt hat. Immerhin sicherten die holländischen Gelder für ein gutes Jahr den Fortbestand der SOPADE, wenn auch unter weitgehender Einschränkung ihrer bisherigen politischen und publizistischen Tätigkeit. Man hatte eine Atempause gewonnen, doch die Hoffnung, inzwischen neue Einnahmequellen erschließen zu können, erfüllte sich nicht. Zuwendungen befreundeter sozialistischer Parteien und Organisationen, die insbesondere den persönlichen Bemühungen Stampfers in Amerika zu verdanken waren, halfen über einige Monate nur notdürftig hinweg. Ein Anfang März 1940 gefaßter Vorstandsbeschuß, mit dem Ablauf des Monats die Wochenzeitung »Neuer Vorwärts« und die monatlich erscheinenden, von Rinner redigierten »Deutschland-Berichte« einzustellen, kennzeichnete den Ernst der Situation. Rinner, der in Vertretung des erkrankten Crummenerl den in New York weilenden Stampfer von der Entscheidung in Kenntnis setzt, stellt sie als unausweichlich dar: »Tun wir es [. . . d. h. von Ende März ab auf die weitere Herausgabe der beiden periodischen Publikationen verzichten], so können wir unsere Mittel bis Ende Mai strecken, tun wir es nicht, wären wir Ende April am Ende, und was das für die Arbeit und für den einzelnen bedeutet, brauche ich nicht auszumalen.« Die letzte Hoffnung gründete sich auf einen noch ausstehenden, vom Jewish Labor Committee der USA bereits zugesagten Unterstützungsbetrag von 3000 Dollar. Hierauf bezieht sich die folgende Bemerkung:

²¹⁴) Crummenerl klagt in einem an Wels in Kopenhagen gerichteten Brief aus Paris vom 22. Juni 1938, daß er »seit Wochen wieder mit den Magenschmerzen zu tun« habe, und spricht von »Schwierigkeiten über Schwierigkeiten« . . . , »die ich hier zu überwinden hatte«, und von der »seelischen und körperlichen Müdigkeit, die sich als Reaktion bei mir einstellte«. – SOPADE-Akte G/117.

kung von Rinner am selben Ort: »Diese 3000 helfen uns zwar auch nur über sechs Wochen hinweg, aber sie würden uns doch in die Lage versetzen, eine Unterbrechung bei den Publikationen zu vermeiden und uns Zeit geben, hier und in England unsere Versuche weiterzutreiben. Ich glaube tatsächlich, daß alles davon abhängt, daß wir die 3000 bis Ende des Monats hier haben²¹⁵⁾.«

Da das Geld noch rechtzeitig eintraf, konnten die Publikationen zunächst fortgeführt werden. Die letzte Nummer der Wochenzeitung trug das Datum vom 12. Mai. Es ist zweifelhaft, ob mit neuen Zuwendungen gerechnet werden konnte und ob sie gegebenenfalls reichlich genug geflossen wären, um den Konkurs mehr als kurzfristig hinauszögern zu können. Indessen erscheint die Frage heute müßig, da die Ausdehnung des Krieges auf Westeuropa für die Emigration eine völlig neue Lage schuf. Angesichts der drohenden Kapitulation von Paris begaben sich die übriggebliebenen Mitglieder des Parteivorstandes, in der Gewißheit, an der Spitze der Fahndungsliste der Geheimen Feldpolizei zu stehen, auf eine Irrfahrt, die sie durch weite Teile Frankreichs führte und nach dem Waffenstillstand in Marseille endete. Dort wollten die Flüchtlinge mit dem Schiff den europäischen Kontinent verlassen, erhielten aber von der Vichy-Regierung keine Ausreisevisa und konnten nur auf abenteuerlichen Wegen über die Pyrenäen ihren Verfolgern entkommen. Der letzte Akt des Dramas spielte in Lissabon. Stampfer und Rinner wanderten nach den Vereinigten Staaten aus, auf welchem Wege ihnen Hertz bereits vorausgegangen war, während Vogel und Ollenhauer und mit ihnen die inzwischen neu in den Vorstand aufgenommenen leitenden Funktionäre Curt Geyer und Fritz Heine einem weniger sicheren, aber der Heimat näher gelegenen Asyl in England den Vorzug gaben. Dort entstand durch ihre Initiative die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«, die dem restlichen SOPADE-Stab und den verschiedenen demokratisch-sozialistisch orientierten Sezessionen eine gemeinsame Plattform gab. Die vor dem Kriege vergeblich erstrebte Konzentration konnte damit wenigstens für einen Teilbereich der Emigration realisiert werden. Die »Union« erarbeitete eine Reihe programmatischer Richtlinien und leistete damit einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Partei in der Heimat nach dem Sturz der Hitler-Diktatur.

Die Rettung vieler mitteleuropäischer Arbeiterbibliotheken und -archive, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft von der Beschlagnahme oder gar der Vernichtung bedroht waren, ist hauptsächlich das Verdienst des Amsterdamer Instituts, insbesondere seines Gründers und Leiters Professor Posthumus, nach dessen Ideen das Institut ein Forschungszentrum für den Bereich der Zweiten Internationale werden sollte. Sein Eifer, die Konjunktur zu nutzen und möglichst viel von dem großen Angebot in den Scheuern des Instituts zu bergen, ist für die historische Wissenschaft segensreich geworden. Der Erfolg muß um so

²¹⁵⁾ Brief vom 30. März 1940, SOPADE-Akte G/44.

höher gewertet werden, als Posthumus mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Gleichzeitigkeit zahlreicher Ankäufe und der Etablierung seines Unternehmens erforderte beträchtliche Investitionen, die über den Rahmen seines ursprünglichen Konzepts weit hinausgingen. Schon Ende 1936 hatte Nicolaevsky den Eindruck, Posthumus habe »sich übernommen« und müsse sich »künftig wohl sehr einschränken«²¹⁶). Die Bedingungen für die Ankäufe waren nicht immer kulant und vielfach enttäuschend für die Emigranten, die — nicht zuletzt im Vertrauen auf die internationale sozialistische Solidarität — mit größerem Entgegenkommen gegenüber ihren Wünschen und Bedürfnissen gerechnet hatten. Als Friedrich Salomon, der in Prag eine Agentur des Instituts übernommen hatte und nach seiner Flucht nach England dort in ähnlichem Auftrag seine Sammeltätigkeit fortsetzte, bei Hertz Klage führte über unzureichende und unpünktliche Entlohnung und über die schleppende Rückerstattung seiner Spesen, zeigte sich dieser nicht überrascht: »In Paris klagten alle, die dem Institut etwas verkauft hatten, daß sie schlechte Preise bekommen und lange auf das Geld hätten warten müssen«²¹⁷). Hertz nennt Posthumus einen »kühlen und nüchternen Rechner, der mit den Menschen immer nur insoweit verbunden war, als sie dem Institut und ihm nützlich sein konnten«²¹⁸). Was hier Gegenstand kritischer Feststellung ist, wird indessen von Salomon positiv gewertet. »Die nüchterne Art, zu sparen und zu rechnen, war mir«, so heißt es in seiner Antwort, »in keiner Weise unangenehm oder unbequem, da ja meine ganze Tätigkeit darauf eingestellt war, ihm und dem Institut zu nützen«²¹⁹).

Das deutsche sozialdemokratische Parteiarchiv war für das Institut ein Objekt, das an Umfang und Bedeutung alle anderen Akquisitionen aus der geretteten Konkursmasse der europäischen Arbeiterbewegung bei weitem übertraf. Der emigrierte Parteivorstand machte ein schlechtes Geschäft, doch wurde der Kontrakt von dem Käufer korrekt und pünktlich erfüllt. Die dreizehnte und letzte Monatsrate in Höhe von 6000 hfl. wurde am 13. Juni 1939 auf das Konto Crummenerl bei der Crédit Commercial de France in Paris in französischer Währung eingezahlt. Mit der Empfangsbestätigung Crummenerls vom 23. Juni schließen die SOPADE-Akten über das Parteiarchiv.

Kriegsschicksale

Die Erwartung, daß die Materialien mit ihrer Einbringung in das Amsterdamer Institut endgültig dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen und ihre Bewahrung für die Nachwelt gesichert sei, bestätigte sich indessen nicht. Hitlers strategische Planung schreckte von der Verletzung der Neutralität der kleinen

²¹⁶) Hertz, Aufzeichnungen über die Westreise 10. – 24. 12. 36, Hertz-Nachlaß, Mappe XXIII.

²¹⁷) An Salomon, 29. 12. 1939, Hertz-Nachlaß, Mappe S.

²¹⁸) An Salomon, 20. 8. 1941, ebenda.

²¹⁹) An Hertz, 24. 12. 1941, ebenda.

europäischen Länder nicht zurück. Noch bevor der Angriff auf Frankreich begann, wurde Holland überfallen und in wenigen Tagen zur Kapitulation gezwungen. Eine systematische Ausplünderung des Landes setzte ein, die, soweit davon Kulturschätze betroffen waren, insbesondere von dem »Beauftragten des Führers für die gesamte weltanschauliche Erziehung der Partei«, dem Reichsleiter Alfred Rosenberg, betrieben wurde. Rosenberg stützte sich auf einen ihm im Juli 1940 von Hitler erteilten Auftrag, die Bibliotheken und Archive in den besetzten Gebieten nach für Deutschland wertvollen Schriften zu durchforschen und das in Betracht kommende Material zu beschlagnahmen. Dieses sollte den Grundstock eines »Zentralen Forschungsinstituts für nationalsozialistische Weltanschauung und Erziehung« bilden, das nach dem Kriege in Frankfurt am Main errichtet werden und den Namen »Hohe Schule« führen sollte²²⁰). Zur Durchführung der Konfiskationen organisierte Rosenberg einen »Einsatzstab«, der seine Tätigkeit in Holland begann und mit der Zeit auf alle übrigen eroberten Länder oder Landesteile ausdehnte.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Hauptarbeitsgruppe Niederlande des Einsatzstabes Rosenberg dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, Keizersgracht 264, das schon am 18. Juli 1940 mit Beschlag belegt wurde. Die Angehörigen des Instituts durften das Haus nicht mehr betreten, für den öffentlichen Verkehr war es geschlossen. Posthumus, der gegen die Maßnahme Einspruch erhoben hatte, war an den Vorsitzenden des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Professor Dr. Franz Six, verwiesen worden²²¹). Natürlich waren die Proteste erfolglos. Rosenbergs Stab hielt seinen Einzug und blieb hier während der ganzen Besetzungszeit. Seine Aufgabe bestand darin, die Institutsbestände zu sichten und zu ordnen, um sie einer späteren Nutzung durch die nationalsozialistische Propaganda zu erschließen. Nähere Angaben darüber enthält ein undatiertes, wahrscheinlich im Frühjahr 1941 abgefaßter Bericht der Arbeitsgruppe, der im Nürnberger Prozeß als Beweisstück diente. Es heißt darin u. a.: »Eine Bibliothek von einzigartigem Wert wurde von der Arbeitsgruppe mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam übernommen. Dieses Institut wurde 1934 offenbar zu dem Zweck gegründet, ein Zentrum der geistigen Gegenbewegung gegen den Nationalsozialismus zu schaffen. Es beschäftigte überwiegend jüdische Emigranten aus

²²⁰) Aus den Akten des Militärgerichtshofs in Nürnberg, Dokumente PS 136 und PS 1015 m, zitiert nach einer vom Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Den Haag, am 25. Mai 1948 gegebenen Übersicht von Fotokopien, die ihm vom Office of Chief of Counsel for War Crimes in Nürnberg zur Verfügung gestellt worden waren. Die Fotokopien gaben Stücke aus den Rosenberg-Akten wieder, die sich auf die Plünderung von Archiven, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kunstschätzen und Hausrat in den Niederlanden während der Zeit von 1940 bis 1944 beziehen.

²²¹) Nach Aufzeichnungen über das Kriegsschicksal des International Instituut voor Sociale Geschiedenis, die dem Verfasser von der Institutsleitung zur Verfügung gestellt wurden.

Deutschland. Die Bestände seiner Bibliothek und seines Archivs, das sehr wertvolle Einzelstücke enthält, wurden aus der ganzen Welt zusammengetragen. Die Bibliothek umfaßt rund 160 000 Bände, die allerdings zum größten Teil noch eingeordnet werden müssen. Besonders wertvoll sind die deutsche, die französische und die russische Abteilung. Durch eine Entscheidung des Reichsleiters Rosenberg wurde das Institut in seiner Gesamtheit übernommen. Es wurde ein Mitarbeiter der Dienststelle als Leiter des Instituts eingesetzt, der mit mehreren Mitarbeitern die Bestände ordnet, eine Übersicht über den wissenschaftlichen Wert herstellt und das Institut für die Partei arbeitsfähig macht. Es kann heute schon gesagt werden, daß der wissenschaftliche Wert der Bibliothek und des Archivs dieses Instituts vor allem darin besteht, daß sie für bestimmte Länder lückenlose Sammlungen des Schrifttums über die sozialen und sozialistischen Bewegungen dieser Länder enthalten«²²²).

Ferner lag dem Nürnberger Gerichtshof ein Schreiben Rosenbergs vom 28. Januar 1941 vor, in dem dieser dem Reichsschatzmeister der NSDAP, F. X. Schwarz, mitteilt, daß er »die Bibliothek der 2. Internationale über die Geschichte der sozialen Bewegungen« aus Platzmangel augenblicklich nicht nach Deutschland überführen könne, sondern sie »von zwei Herren in Amsterdam in Obhut nehmen« lassen müsse, wo die wissenschaftlichen Arbeiten gleich beginnen könnten. Rosenberg verband damit die Bitte, ihm noch einmal einen Betrag von 100 000,— RM zur Verfügung zu stellen, »um die Arbeit glücklich zum Abschluß bringen zu können«²²³).

Erst nachdem Schwarz den Betrag zur Verfügung gestellt hatte und nachdem als Leiter des Instituts Kapitänleutnant E. Kauter bestellt worden war, dem als wissenschaftlicher Assistent Dr. Klemmt zur Seite stand²²⁴), dürften die Arbeiten in Gang gekommen sein. Sie waren zunächst auch durch den Umstand behindert worden, daß unter den führenden nationalsozialistischen Funktionären Meinungsverschiedenheiten über die gegenseitigen Kompetenzen bestanden. Der Chef des Sicherheitsdienstes beim Reichsführer SS, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, interessierte sich für diejenigen Teile des Instituts, die nach seiner Meinung »für die politische Entwicklung in Holland von Belang waren«. Ferner hatte Dr. Robert Ley sowohl bei Heydrich als auch bei Rosenberg Ansprüche auf das Institut angemeldet, und zwar mit der Begründung, daß die soziale Forschung in den Aufgabenbereich der Deutschen Arbeitsfront gehöre. Rosenberg bestand jedoch auf seinen Prioritätsrechten und ließ durch Kauter bei dem Reichskommissar Seyss-Inquart auf den Abtransport des Instituts nach Deutsch-

²²²) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. XXV, S. 251, Dok. 176 – PS.

²²³) a. a. O. Bd. XXV, S. 183, Dok. 090 – PS II.

²²⁴) Aus den Akten des Militärgerichtshofs in Nürnberg, Dok. 20012–13, zitiert nach der Übersicht des Rijksinstituut, a. a. O.

land drängen. Als er es dann aber erreicht hatte, daß ihm das Institut durch Führerentscheidung endgültig zugewiesen wurde, was er namentlich der Aktivität des »Generalkommissars für Sonderfragen in den Niederlanden«, Schmidt-Münster, zuschrieb, der seine Pläne unterstützt hatte, scheint er an einem raschen Abtransport des Materials weniger interessiert gewesen zu sein. Dem Verlangen Heydrichs, der das Institut nach Deutschland übergeführt wissen wollte, um insbesondere die amerikanische und russische Abteilung für die Zwecke des SD auszuwerten, begegnete Rosenberg mit dem Einwand, daß sich das Institut noch in einem Zustand erheblicher Unordnung befände, die größer sei, als man zunächst angenommen hätte ²²⁵).

Gegner des Abtransports aus anderen Motiven war Seyss-Inquart, der sich in Nürnberg mit der Behauptung zu entlasten versuchte, er habe sich mit Erfolg für das Verbleiben vieler Bibliotheken in Holland eingesetzt und unter anderem verhindert, daß das Amsterdamer Institut »der holländischen Arbeiterschaft weggenommen wurde«. Die Frage, ob dies den Tatsachen entspreche, wurde vom Mitangeklagten Alfred Rosenberg bejaht. Als Zeuge sagte er aus, es sei zunächst abgemacht worden, daß diese Bibliothek in Holland verbleiben und daß die Katalogisierung und Ordnung in Amsterdam vorgenommen werden sollte, was im Laufe der Jahre geschehen sei. Erst im Jahre 1944, »als entweder die Invasion schon begonnen hatte oder unmittelbar mit ihr gerechnet wurde, als die Bombenangriffe auch in diesem Gebiet sich verstärkten«, sei ein Teil nach Schlesien gebracht worden, ein anderer sei seines Wissens nicht durchgekommen und in Emden geblieben, während ein dritter Teil, wie er glaube, nicht abtransportiert worden sei ²²⁶).

Am 23. August 1943 war Rosenberg durch seinen Stabsführer davon unterrichtet worden, daß die Ordnungsarbeiten im Amsterdamer Institut beendet seien. Der Reichsleiter sprach daraufhin dem Leiter des Einsatzstabes der Arbeitsgruppe Niederlande, SS-Sturmbannführer Schmidt-Stähler, sowie dem Institutsleiter Kauter seinen Dank für ihre Arbeit aus. Bei seiner Anwesenheit im Institut am 23. Mai 1944 dürfte Rosenberg Anweisungen für den Abtransport des Materials nach Deutschland gegeben haben. Im Monatsbericht für Juni 1944 meldete die Arbeitsgruppe, daß »die ungesichteten Archivbestände und die wertvollsten Bibliotheksbestände« in 271 Kisten verpackt und nach Ratibor abtransportiert worden seien ²²⁷). Wenige Wochen später wurden Maßnahmen zur Auslagerung der übrigen Institutsbestände getroffen, die Rosenberg mit der »militärischen Lage« begründete. Anfang November 1944 wurde berichtet, daß das Material in elf Kähnen von 100–150 t verpackt worden sei, die abfahr-

²²⁵) Ebenda, Dok. 20059–20062.

²²⁶) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, a. a. O., Bd. XXVI, S. 579.

²²⁷) Nach den Monatsberichten der Hauptarbeitsgruppe Niederlande des Einsatzstabes Rosenberg für Mai und Juni 1944, gegeben am 31. Juli 1944, Kopie im IISG Amsterdam.

bereit im Hafen von Amsterdam lägen. Im Augenblick fehlten nur noch einige Schiffer sowie Planen und Trossen. Da der ursprünglichen Absicht, die Flotte geschlossen abgehen zu lassen, verschiedene Schwierigkeiten entgegenständen, sollten in kürzeren Zeitabständen jeweils zwei bis drei Kähne durch die Kriegsmarine über die Zuidersee in einen Hafen gebracht werden, um von dort aus durch die Kanäle ins Reichsgebiet weitergeleitet zu werden. Das Oberkommando war dem Haupteinsatzführer Gummert übertragen worden²²⁸⁾.

Nach einer Mitteilung des Hafenkommandanten von Wilhelmshaven trafen neun Kähne, über Groningen kommend, an 5. Januar 1945 in Emden ein. Ihre Weiterleitung nach Berlin an Rosenberg sei jedoch von der deutschen Kriegsmarinedienststelle abgelehnt worden mit der Begründung, daß derartige Transporte nicht zu verantworten seien und außerdem die Schiffe für den Kohlennachschub dringend benötigt würden. Daraufhin habe sich der Transportbegleiter nach Berlin begeben, um Meldung zu erstatten. Inzwischen sei auf Anordnung der Kriegsmarine mit dem Entladen der Schiffe begonnen worden. Der Transportbegleiter habe dann aber in Berlin die Genehmigung erwirkt, daß das Transportgut auf den deutschen 1000-t-Schleppkahn »Komet« weiterverladen werden durfte, der Ende Januar mit der Bestimmung Berlin ausgelaufen sei, sein Ziel aber nicht erreicht habe, da im Februar eine längere Eisperiode eintrat²²⁹⁾. Erst später stellte sich heraus, daß zu dem Transport noch ein holländisches Schiff mit Namen »Alkmaar« gehörte, vermutlich weil der »Komet« für die Übernahme der gesamten Ladung nicht ausgereicht hatte.

Bis Frühjahr 1946 blieb die Sendung spurlos verschwunden, erst dann hatten die von holländischer Seite angestellten Nachforschungen Erfolg. Auf Grund einer Suchanzeige im Mitteilungsblatt des SPD-Bezirks Hannover meldeten sich zwei Männer aus Hannover-Limmer, denen es gelungen war, die beiden Schiffe ausfindig zu machen²³⁰⁾. Im Mitteilungsblatt des Parteibezirks Ostwestfalen-Lippe, das eine ähnliche Suchanzeige veröffentlicht hatte, wurde berichtet, daß die beiden Schiffe in Windheim an der Weser lägen und daß Maßnahmen eingeleitet worden seien, die verschleppten Bücher den rechtmäßigen Eigentümern wiederzuzuführen²³¹⁾. Sowohl der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer²³²⁾, als auch der Herausgeber der »Freien Presse«, Bielefeld, und Redakteur des Parteimitteilungsblattes für Ostwestfalen-Lippe, Emil Groß, bemühten sich um die Sicherstellung der Ladung und sorgten für die Benachrichtigung der

²²⁸⁾ Laut Schreiben des Einsatzstabes Rosenberg, Stabsführung – 11 an den Persönlichen Referenten des Reichsleiters, Bereichsleiter Dr. Koeppen, 3. 11. 44, Kopie im IISG Amsterdam.

²²⁹⁾ Der Bericht datiert vom 15. Dezember 1945, wurde also erst nach Kriegsende abgefaßt.

²³⁰⁾ Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Hannover, Hannover, Nr. 1, März, und Nr. 2, April, 1946.

²³¹⁾ Sozialistische Rundschau, Bielefeld, Nr. 1, April, und Nr. 2, Mai, 1946.

²³²⁾ Nach mündlicher Auskunft von Werner Blumenberg (†).

holländischen Stellen²³³). Es zeigte sich, daß die Bücherkisten, deren Zahl Groß mit 1000 angab, teilweise demoliert und das Holz entfernt worden war, wohl eine Folge der Brennstoffnot im damaligen ersten Nachkriegswinter. Angehörige des Amsterdamer Instituts, unter ihnen die Bibliothekarin Frau Adama van Scheltema und der Leiter der deutschen Abteilung, Werner Blumenberg, die den Rücktransport vorbereiten sollten, hatten viel Mühe, die verstreuten Papiermassen zu bergen²³⁴). Erst Ende August 1946 erreichte der Transport den Heimahafen.

Wie groß auch die Befriedigung der deutschen Eroberer über die Beute gewesen sein mag, die ihnen mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in die Hände gefallen war, so hatte sich mit ihr doch die Enttäuschung verbunden, daß die vorgefundenen Schätze den für die Nationalsozialisten politisch attraktivsten Teil, nämlich das deutsche sozialdemokratische Parteiarchiv, gar nicht enthielten. Er war rechtzeitig ihrem Zugriff entzogen worden.

Daß die Rosenberg-Leute Kenntnis von der Existenz dieser Materialien hatten, läßt sich daraus entnehmen, daß eine der ersten Fragen, die sie Posthumus vorlegten, dem Verbleib des Marx-Engels-Nachlasses galt²³⁵). Die Auskünfte des Institutsdirektors dürften sie darüber belehrt haben, daß diese Dokumente für sie vorderhand unerreichbar waren. Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 hatte alarmierend gewirkt, die Zeit schien reif zu sein für Pläne zur Sicherstellung der Sammlungen, die denn auch bald Gestalt annahmen. Noch im Jahre 1938 und danach im Laufe des Jahres 1939 wurden in verschiedenen Sendungen nahezu sämtliche Archive nach England evakuiert, mit ihnen die wichtigsten Bücher und viele alte periodische Druckschriften, im wesentlichen alles, was unersetzlich war und aus politischen Gründen am meisten gefährdet erschien. Von englischer Seite fand das Unternehmen wirksame Unterstützung durch den Historiker der britischen Arbeiterbewegung, G. D. H. Cole, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Oxford, der sich auf Wunsch von Posthumus bereit erklärte, in den Institutsvorstand einzutreten und dessen Vertretung gegenüber den englischen Behörden zu übernehmen. Betreut von Arthur Lehning, dem zeitweiligen Leiter der Frankreich-Abteilung des Instituts und heutigen Herausgeber des Bakunin-Archivs, waren die Sammlungen zunächst in Harrogate, einem bekannten Badeort in der Grafschaft Yorkshire, untergebracht. Nach Ausbruch des Krieges entschloß man sich auf Anraten von Cole, sie in ein Wissenschaftszentrum zu überführen, das größere Sicherheit und zweckentsprechendere Verwendung versprach. Im November 1939 wurde ein für die Bedürfnisse des Instituts geeignetes, dem Universitäts-College zugehöriges Grundstück in Oxford, Banbury Road 19, gemietet und das

²³³) Brief an Koos Vorrink, 21. Mai 1946, Kopie im IISG, Amsterdam.

²³⁴) Mündliche Auskunft von Annie Adama van Scheltema-Kleefstra.

²³⁵) Nach Aufzeichnungen des IISG Amsterdam.

gesamte Material, das 170 Kisten füllte, von Harrogate dorthin verlagert. Lehning wurde zum Direktor der englischen Institutsfiliale ernannt, die nach der Schließung der heimatlichen Zentrale die einzige arbeitsfähige Niederlassung des Instituts war²³⁶⁾.

Auch nach dem Besitzwechsel im Jahre 1938 war ein Teil der Materialien aus dem früheren deutschen Parteiarchiv wegen der räumlichen Schwierigkeiten der Zentrale in der vorläufigen Obhut der weiterhin von Boris Nicolaevsky geleiteten Pariser Filiale verblieben. Noch ehe die deutsche Invasion in Frankreich begann, waren sie nach Amboise in der Tourraine ausgelagert worden, wo sich das Institut ein Ausweichquartier geschaffen hatte. Es handelte sich in der Hauptsache um die schriftlichen Nachlässe von Julius Motteler und Hermann Jung sowie die Sammlungen »Kommunistenbund« und »Erste Internationale«, deren Versendung nach England wegen der Minengefahr in der Nordsee nicht mehr in Betracht kam. Am 17. Juni 1940, wenige Tage nach der kampflosen Einnahme von Paris, waren Beauftragte der deutschen Okkupationsbehörden im Haus Rue Michelet 7 erschienen und hatten sich kurz darauf auch nach Amboise begeben. Inzwischen war es jedoch geglückt, die wertvollsten Teile der ausgelagerten Inventarien der Institutsfiliale, darunter die Archive von Motteler und Jung, zu entfernen und in ein sicheres Versteck zu bringen, hauptsächlich dank der Aufmerksamkeit und Unerschrockenheit von Anna Bourgina, einer russischen Emigrantin und Mitarbeiterin Nicolaevskys. Der Filialleiter selbst befand sich um diese Zeit bereits im unbesetzten Teil Frankreichs, von wo er sich nach New York begab. Zuvor war es ihm noch gelungen, die Protokolle des Generalrats der Ersten Internationale nach den Vereinigten Staaten zu schaffen. Das restliche Material, das von den Deutschen in Amboise und Parisvorgefunden wurde, haben sie an sich genommen und später nach Deutschland entführt²³⁷⁾. Wo es geblieben ist, war nicht festzustellen. Was in Amboise versteckt worden war, blieb unentdeckt und hat den Krieg überstanden. 1946 erhielt das Amsterdamer Institut aus Frankreich zirka hundert Kisten, die unter anderem die Archive von Kautsky und Sawinkow enthielten, ferner Akten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (Friedrich Adler) und der Sozialistischen Jugend-Internationale (Erich Ollenhauer). Da das Material fünf Jahre unter der Erde gelegen hatte, war die Verpackung weitgehend vermodert und auch der Inhalt in einem wenig erfreulichen, wenn auch noch brauchbaren Zustand²³⁸⁾. Die im Juni 1944 vom Einsatzstab Rosenberg nach Ratibor verschickten Bestände der Institutszentrale sind im November 1956 von der polnischen Regierung zurück-

²³⁶⁾ Ebenda.

²³⁷⁾ Ebenda.

²³⁸⁾ Werner Blumenberg an Erich Ollenhauer, 29. April 1946, Korrespondenz des »Büros der Westzonen« Hannover, SPD-Archiv, Bonn. – Das in dem Schreiben erwähnte Kautsky-Archiv hatte Kautsky vor seiner Flucht aus Wien im März 1938 dem Institut übertragen. Kautsky starb am 17. Oktober 1938 im Amsterdamer Exil.

gegeben worden, nachdem sich das Institut acht Jahre lang vergeblich darum bemüht hatte. Es waren 190 Kisten, die außer Büchern vornehmlich holländische Archive enthielten. Nach seinerzeitigen polnischen Angaben sollen sich darunter auch Handschriften von Bebel, Liebknecht und Kautsky befunden haben, die jedoch nicht zu den Beständen des deutschen Parteiarchivs gehört hatten²³⁹⁾.

Soweit sich übersehen ließ, konnten alle wesentlichen Teile des alten Parteiarchivs, die 1938 dem Amsterdamer Institut übertragen worden waren, nach den mannigfachen Kriegsabenteuern wieder miteinander vereinigt werden. Der Marx-Engels-Nachlaß sowie die umfangreichen Archive von Motteler, Vollmar, Bernstein und anderen konnten erst in den letzten Jahren regelrecht geordnet und bibliographisch bearbeitet werden, nachdem dem Institut aus einer amerikanischen Stiftung die dazu benötigten Mittel zugeflossen waren. Die Handschriften von Marx und Engels ruhen heute im Safe und werden der wissenschaftlichen Forschung in der Regel nur noch in Form von Fotokopien zur Verfügung gestellt.

In einer Betrachtung der Schicksale des Marx-Engels-Nachlasses, die er im Zusammenhang mit der Herausgabe seines Briefwechsels mit Friedrich Engels anstellte, hatte Kautsky um die Mitte der dreißiger Jahre geschrieben, daß das Ende dieser Schicksale noch immer nicht abzusehen sei, doch ihre seitherigen Wechselfälle bereits ein ganzes Epos bildeten. »Ein neuer Richard Wagner«, so meinte der Parteipatriarch, »könnte aus den Geschichten des Marx-Engels-Nachlasses vielleicht ebenso eine Serie von Dramen gestalten, wie der alte eine solche Serie aus dem Geschehen um den Hort der Nibelungen herum schuf«²⁴⁰⁾. Waren es vor 1933 vorwiegend persönliche Konflikte und ideologische Gegensätze gewesen, die das Schicksal des Nachlasses bestimmt hatten, so ging es in der Folgezeit mehr um seine Existenz schlechthin. Wir sahen, daß es großer Anstrengungen und auch mancher Gunst des Zufalls bedurft hat, ihn aus den Gefahren zu erretten, von denen er in jenen unwürdigen Jahren bedroht war. Ungeachtet aller Zweifel und Anfechtungen geht von dem Erbe der beiden großen Denker und Revolutionäre noch immer eine starke Faszination aus, und solange dies der Fall ist, wird es auch nicht gegen Wechselfälle des Schicksals gefeit sein.

Doch gehören Betrachtungen, die in Bereiche des Romantischen und Spekultativen führen, nicht zu den Aufgaben dieser Untersuchung, die sich damit zufriedengeben darf, daß die einzigartige Dokumentensammlung als eine unerschöpfliche Fundgrube für die Wissenschaft und als eine kulturhistorische Denkwürdigkeit durch Verdienst und Glück der Welt erhalten geblieben ist. Verloren ging sie allerdings der deutschen Sozialdemokratie, die sie in erster Linie angeht, und damit dem deutschen Kulturbesitz, was letztlich auch dem unermeßlichen Schuldkonto Hitlers zugeschrieben werden muß.

²³⁹⁾ Werner Blumenberg an den SPD-Vorstand, Bonn, 2. Januar 1957.

²⁴⁰⁾ Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, a. a. O., S. 457.

ANHANG

I

*Die Nothwendigkeit der Gründung einer allgemeinen Partei-Bibliothek *)*

Dieser Artikel entstand in Folge einer bereits im vorigen Sommer mit Genosse Geib stattgehabten Unterredung des Verfassers. Wir bringen auf Wunsch des Letzteren den Artikel gern zum Abdruck und ersuchen unsere Parteigenossen, den darin enthaltenen Vorschlag einer ernstern Erwägung zu unterziehen. Red. d.V.

Diejenigen Genossen, welche je einmal in die Lage gekommen sind, Studien machen zu können, werden auch häufig die Schwierigkeit empfunden haben, sich die dazu nöthigen Werke und Schriften zu beschaffen. Selbst derjenige, dem größere Bibliotheken zur Benutzung offen standen, wird oft das nicht gefunden haben, war es suchte, weil diese Bibliotheken meist nach ganz anderer Richtung ihre Vervollständigung suchen. Dabei wird die unsere Genossen wesentlich interessirende Literatur von Tag zu Tage größer, so daß schon heute nur noch sehr Wenige in der Lage sind, sie zu verfolgen, noch Wenigere sie sich anzuschaffen.

Auch stellt sich namentlich in Bezug auf die Beschaffung der älteren sozialistischen und volkswirtschaftlichen Literatur dem Einzelnen ein nicht zu überwindendes Hinderniß entgegen, einmal wegen des Preises, dann wegen der Seltenheit und des Unbekanntseins vieler Schriften. Auch schreckt Mancher davor zurück, sich für theures Geld ein Werk anzuschaffen, das er nur einmal für einen bestimmten Zweck braucht und sonst nie wieder. Mit jedem Jahre wird die Sammlung all dieses Materials immer schwieriger, und es wird darum hohe Zeit, daß eine Stätte geschaffen werde, wo die ganze einschlägige Literatur in möglichster Vollständigkeit gesammelt und Allen, welche Zeit und Gelegenheit zu größeren Studien haben, unter bestimmten Bedingungen zugänglich gemacht wird. Es ist z. B. heute kaum noch möglich, ein vollständiges Exemplar der ersten Jahrgänge des »Social-Demokrat« oder des »Hamburger Nordstern« zu erlangen, oder andere in den ersten Jahren der Bewegung erschienene Blätter und Broschüren zu bekommen, und jedes Jahr, das weiter verfließt, macht deren Erlangung immer unmöglicher.

Genau so verhält es sich mit der alten sozialistischen Literatur. Wer z. B. besitzt von uns Weitling's Schriften, oder Karl Grün's Werk über die sozialistische Bewegung in Frankreich und Belgien? Wie Viele, oder besser gesagt wie Wenige von uns haben diese überhaupt je gesehen und gelesen, und wie hiermit, so steht es mit der sehr reichhaltigen sozialistischen und communistischen Literatur Frankreichs aus den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts. Ohne Lorenz Stein's Werk über die Entwicklung des Sozialismus und Commu-

*) Vgl. Text, S. 10. — »Vorwärts«, Leipzig, Nr. 21 vom 20. Februar 1878.

nismus in Frankreich würde die bezügliche Literatur uns Jüngeren nur dem Namen nach bekannt sein, und selbst dieses Werk ist meines Wissens vergriffen. Wir haben also wirklich gar keine Zeit mehr zu verlieren und müssen mit der Sammlung bald vorgehen. – Welchen Werth eine solche Sammlung auch für den künftigen Culturhistoriker haben muß, braucht nur angedeutet zu werden.

Soll das Werk ganz gelingen, so darf es nicht auf den guten Willen und die Mittel Einzelner angewiesen sein, die Gesamtheit der Partei muß dafür eintreten und Jeder sich für verpflichtet halten, sein Theil zum Gelingen beizutragen.

In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß das Unternehmen eine sichere Grundlage hat und sein Bestand nicht von dem guten Willen gewisser Behörden abhängig gemacht werden kann. Es muß also irgend Jemandes Eigenthum sein, und da dies Einzelnen zu übertragen große Bedenken hat, so empfiehlt es sich, es einer bereits bestehenden staatlich anerkannten Corporation, z. B. einer Genossenschaft, zu übertragen, oder für diesen Zweck eine solche zu gründen. Leipzig schlage ich als Sitz der Bibliothek vor, und zwar weil neben dem mehr nebensächlichen Umstand, daß es Erscheinungsort des Centralorgans der Partei ist, es anerkanntermaßen den Sitz des deutschen Buchhandels bildet und zahlreiche Antiquariate hat, also die Beschaffung der bezüglichen Literatur vereinfacht und erleichtert.

Der Inhalt der Bibliothek darf sich natürlich nicht einseitig bloß auf die sozialistische und volkswirtschaftliche Literatur beschränken, es müßten insbesondere auch Geschichte und Culturgeschichte, Statistik, Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Technik und Agronomie einen ausgedehnten Platz darin finden, ebenso einige wirklich gute philosophische Werke. Denn darüber besteht ja bei Keinem unter uns ein Zweifel, daß für das volle und ganze Verständniß der Neubildung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage die Kenntniß der Forschungen und Entdeckungen in den genannten Wissenszweigen nothwendig ist.

Die Bibliothek müßte ferner enthalten eine Sammlung der bedeutendsten in- und ausländischen Partei-Zeitungen und -Zeitschriften, die am Schlusse jeden Jahrgangs zu binden wären. Ferner die wichtigsten statistischen Zeitschriften und solche regelmäßig erscheinende Publikationen, welche sich mit den Fortschritten der Naturwissenschaften und der Technik beschäftigen.

Die Verhandlungen des Reichstags und der wichtigsten Landtage dürften ebenfalls nicht fehlen.

Es ist kein Zweifel, daß ein solches Unternehmen erhebliche Mittel und großen Kostenaufwand erheischt, aber ich bin der Ansicht, daß, wenn einmal angefangen werden soll, auch von vornherein etwas Tüchtiges geschaffen werden muß. Daß die Partei das Nothwendige leisten kann, wenn sie will, daran zweifle ich nicht. Es wären Räumlichkeiten zu miethen, welche auf eine längere Reihe von Jahren genügen; es müßte ein Bibliothekar ernannt werden, der gleich von Anfang an eine monatlich fixierte Entschädigung erhielte, da voraussichtlich es an

Arbeit nicht fehlen wird und eine von vornherein festgestellte gewissenhafte Ordnung Lebensbedingung des Instituts ist.

Um die Geldausgaben nach Möglichkeit zu vermindern, müßten die Parteiblätter, welche zur Aufbewahrung gelangten, wie sämtliche Parteischriften und Broschüren von den Verlegern gratis geliefert werden. Zweifellos würden auch alle Parteigenossen, welche Doppel Exemplare älterer bezüglicher Schriften und Werke im Besitz haben, bereit sein, ein Exemplar an die Bibliothek abzugeben. Auch dürfte der Fall eintreten, daß Mancher seine Privatbibliothek für den Fall seines Ablebens der Parteibibliothek vermacht. Bekanntermaßen werden Bücher, wenn sie zur Auktion gelangen, meist weit unter ihrem Werthe verkauft und in alle Winde zerstreut.

Die nothwendigen Baarmittel wären durch freiwillige Sammlungen aufzubringen und wäre über diese, wie über alle eingehenden Schriften ec. regelmäßig im »Vorwärts« Quittung zu veröffentlichen.

Damit ferner bei Neuanschaffungen nicht einseitig und lückenhaft verfahren würde, wäre eine Bibliothekskommission zu bilden, welche aus dem Bibliothekar und zwei oder vier vom Aufsichtsrath der Genossenschaft zu ernennenden Beiräthen bestünde. Diese Kommission hätte in wöchentlich einmal abzuhaltenden Sitzungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel über Neuanschaffungen wie über die innere Organisation der Bibliothek zu beschließen.

Das Reglement für die Benutzung der Bibliothek hätte der Aufsichtsrath der Genossenschaft im Verein mit der Bibliotheks-Kommission festzustellen. Es dürfte sich dabei empfehlen, um nach keiner Seite Benachtheiligungen herbeizuführen, daß die am Ort oder dessen nächster Umgebung wohnenden Benutzer ein entsprechendes Lesegeld zahlen müßten, während bei Sendungen innerhalb der ersten Postzone das ganze Porto, bei weiteren Entfernungen die Hälfte zu tragen wäre. Doch soll dies nur ein unmaßgeblicher Vorschlag sein. Dagegen wäre fest zu halten, daß bei der Verleihung gefangene Genossen vor freien bevorzugt würden und dürften für erstere keinerlei Kosten entstehen, diese hätte vielmehr der Bibliothekfond zu tragen.

Ich unterbreite diese Vorschläge der sachgemäßen Prüfung aller Genossen und wünsche, daß insbesondere das Central-Wahlkomité in Hamburg recht bald Schritte zu ihrer Verwirklichung thun möchte.

A. B.

[August Bebel – P. M.]

II

Zur Frage eines Partei-Archivs)*

Es war zu Anfang des Jahres 1878, als Genosse Bebel im damaligen Zentralorgan der Partei, im »Vorwärts«, die Frage einer Partei-Bibliothek anregte.

Diese Anregung wurde damals in den weitesten Kreisen der Genossen mit dem regsten Interesse aufgenommen, und wenn bis heute die damals angeregte Idee nicht zur Verwirklichung gelangte, so ist dieses wohl nur den Vorgängen des Jahres 1878 und der hieraus resultirenden verstärkten Verfolgung und Rechtsmachtung unserer Partei zuzuschreiben.

Es ist klar, daß unter heutigen Umständen an eine Parteibibliothek, wie sie vor Erlaß des Sozialistengesetzes möglich war, nicht zu denken ist, und wenn ich heute auf die Sache zurückkomme, so geschieht es nur, weil es heute noch möglich ist, eine große Masse von Materialien, die für die Geschichte unserer Partei im Besonderen, wie für die Kulturgeschichte unserer Zeit im Allgemeinen, von größtem Werthe sind, zu retten und der Zukunft zu erhalten, während dieselben im anderen Falle verloren gehen.

Mein Vorschlag geht dahin, in der Schweiz eine Zentralstelle einzurichten, wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird.

Die Gründe, welche für eine derartige Zentralstelle sprechen, sind so in die Augen springend, daß ein weitläufiges Eingehen auf dieselben wohl überflüssig erscheinen dürfte, und es hier nur einiger Andeutungen bedarf.

Es ist von Bebel schon darauf hingewiesen worden, wie schwierig es ist, die Preßerzeugnisse aus den Anfängen der sozialistischen Bewegung zu beschaffen; und was vor vier Jahren galt, gilt in bedeutend verstärktem Maße noch heutzutage. Aber nicht nur, daß die Broschüren und Schriften der dreißiger und vierziger Jahre dieses Jahrhunderts immer seltener werden, auch die literarischen Partei-Erzeugnisse der sechziger und siebziger Jahre verschwinden immer mehr, und nicht lange wird es dauern, daß diese ebensowenig bekannt sein werden, wie die sozialistischen Schriften der vor achtundvierziger Zeit.

Das Ausnahmegesetz mit seinen Verboten hat viel zu dem Zurückdrängen unserer Literatur jener Zeit beigetragen. Neuauflagen konnten nicht veranstaltet werden, weil sie sich der verbotenen Verbreitung halber nicht zahlten. Die im Besitz des Einzelnen befindlichen Schriften werden, weniger aus Furcht vor der ungesetzlichen Verbreitung, als weil der Besitzer die seltener gewordenen Schriften zu verlieren fürchtet, nicht weitergegeben, und es ist Thatsache, daß schon jetzt unter dem neuen Zuwachs der Partei weniger Leute zu finden sind, die mit dem Anfang unserer Parteigeschichte genügend bekannt sind.

Wenn auch dieser Übelstand durch die Schaffung eines Parteiarchivs nicht geh-

*) Vgl. Text, S. 13. – »Der Sozialdemokrat«, Zürich, Nr. 18 vom 27. April 1882.

ben würde, so würde doch verhütet, daß die zahlreichen sozialistischen Schriften jener Periode überhaupt verloren gehen. Zum Theil mag letzteres nämlich schon jetzt der Fall sein, wie es z. B. schwer halten dürfte, noch Exemplare sämtlicher so zahlreicher Organe der Partei zu beschaffen. So wurden, um nur eines anzuführen, die Belegexemplare eines unserer besten Parteiblätter in einer Auktion verkauft und zu Käsepapier benutzt.

In den meisten Fällen werden die Belege der Parteiorgane indeß noch vorhanden sein, und sie würden, hervorgesucht aus dem Bodengerümpel und Moder, in dem sie heute vielfach lagern, einen sehr guten Beitrag zu dem Archiv bilden. Diese Belegexemplare der Parteiorgane sind für denjenigen, der sich an die Bearbeitung der Geschichte unserer Partei macht, um so wichtiger, als sie außer den Kongreßprotokollen die einzige Quelle sind, aus welcher er schöpfen könnte. Meyer's Emanzipationskampf des vierten Standes, den man als Quelle anführen könnte, ist in vieler Beziehung fehler- und lückenhaft, und woher soll ein Historiker sonst seine Daten entnehmen, als aus unseren Zeitungen? In öffentlichen Zeitungen sind dieselben gar nicht oder nur selten vorhanden, und ich meine, daß allein schon die Erhaltung möglichst sämtlicher Parteiorgane die Schaffung eines Archivs rechtfertigt.

Aber nicht nur für die Literatur der deutschen sozialistischen Partei wäre ein solches Archiv wichtig, auch die Geschichte des Jahres 1848, der Pariser Kommune, der heutigen russischen revolutionären Bewegung bietet noch manche dunklen Seiten, welche durch ein Zusammentragen des Materials und späteres kritisches Sichten desselben beleuchtet und in ein helleres Licht gesetzt werden könnten. Es ist nur zu erklärlich, daß die städtischen und höfischen Bibliotheken in Bezug auf revolutionäre Bewegungen möglichst wenig und möglichst Schlechtes bieten, und es erscheint mir daher als im Interesse unserer Partei liegend, wenn wir die Sammlung des Materials unserer Geschichte in die eigene Hand nehmen.

Wie dem Schreiber dieses selbst bekannt ist, gibt es in der Partei noch eine Anzahl alter Genossen, gewissermaßen Veteranen, die sich schon in den dreißiger und vierziger Jahren um das kommunistische Banner scharten, und die meisten seither erschienenen Broschüren, Flugblätter, Pamphlete, Reden und sonstige die soziale Frage betreffenden Schriften mit Bienenfleiß sammelten und heute noch in dem Besitz derselben sind. Gewiß werden einige derselben für ihre Literaturschätze lieber die Partei als Erbin sehen, als vielleicht entfernte Verwandte, die den Werth derselben oft nicht einmal zu schätzen wissen. Auch sind hier und dort Bibliotheken vorhanden, die, früher im Besitz von Parteiorganisationen, gewiß von ihren jetzigen Besitzern der früheren Eigentümerin, der Partei, gerne zurückgegeben würden, sobald eine Stelle bekannt wird, wo diese Sachen bis auf Weiteres aufbewahrt werden.

Der letzte Parteikongreß auf Wyden beschäftigte sich schon mit der Frage eines Archivs, der sich nöthig machenden Kosten halber ging man indeß über dieselbe

hinweg. Die Kosten stellen sich aber thatsächlich so gering, daß dieselben gewiß mit Leichtigkeit durch freiwillige Beiträge aufzubringen sind. Meine Meinung geht nämlich dahin, daß die Redaktion oder Expedition des Zentralorgans die Sache in die Hand nehmen und in Gemeinschaft mit den Züricher Genossen die eingehenden Schriften sammeln und aufbewahren könnte. Die einzigen Kosten wären dann das Porto, denn ich meine, daß bei größeren Packeten das Porto seitens der Partei getragen werden müßte. Über jeden Beitrag, sowohl an Geld wie an Schriften, müßte der »Sozialdemokrat« quittiren. Einer Aufforderung zur Einsendung von Schriften würde gewiß im reichsten Maße entsprochen werden.

Vorläufig gilt es nur zu sammeln und zu retten, was sonst unwiederbringlich verloren geht. Das Ordnen und die Sichtung des Materials kann auf spätere Zeiten verschoben werden.

Freuen sollte es mich, wenn durch diese Anregung die Genossen veranlaßt würden, sich über die vorliegende Frage im »Sozialdemokrat« auszusprechen.

Die Ausführung eines derartigen Unternehmens würde unsern Gegnern zeigen, daß die »kulturfeindliche« Sozialdemokratie auch im heftigsten Kampfe noch Zeit zu kulturfördernden Unternehmungen übrig hat.

H. Sch.

[Hermann Schlüter – P.M.]

III

Eigenhändiges Schreiben Lenins an Max Grundwald*)

Kasj Wiasnensky,
Ausbacherstr. 17.

An den Genossen Max Grundwald,
Berlin SW 59. Lindenstr. 69.
Archiv der soz. dem. Partei.

Werter Genosse!

Ich kenne momentan die Adresse des
Genossen Wiasnensky nicht und wende
mich deshalb an Sie mit der Bitte
dem Vorzeiger dieses, Genossen Kaspa-
row (Berlin, Schiffbauerdamm; 18 A, bei Wetter)
die Erlaubnis zu geben im Archiv der sozial-
demokratischen Russlands (gegründet vom Fürst Be-
butoff) zu arbeiten.

Mit Parteigrüß N. Lenin.

Wl. Ulianow. Poronin (Galizien),
den 13. September 1913.

Übertragung

An den Genossen Max Grundwald, Berlin SW 59. Lindenstr. 69.
Archiv der soz. dem. Partei.

Werter Genosse! Ich kenne momentan die Adresse des Genossen Wiasnensky nicht und wende mich deshalb an Sie mit der Bitte dem Vorzeiger dieses, Genossen Kasparow (Berlin, Schiffbauerdamm; 18 A, bei Wetter) die Erlaubnis zu geben im Archiv der Sozialdemokratie Russlands (gegründet vom Fürst Bebutoff) zu arbeiten.

Mit Parteigrüß N. Lenin.

Wl. Ulianow. Poronin (Galizien), den 13. September 1913

*) Vgl. Text, S. 56. – Die Anschrift am oberen Rand des Briefes stammt nicht von der Hand Lenins.

IV

*Hinrichsens Sachverzeichnis**)

SACHVERZEICHNIS

Zur Information

Die gesamte Briefsammlung des Archivs, außer die Mappen »M« in der alphabetischen Reihenfolge – siehe Seite 4, Zeile 19 – befindet sich zu Händen B. Nikolajewsky, Paris. Außerdem die gesamte Foto-Sammlung, ferner eine Anzahl literarische Werke in russischer Sprache. Insgesamt: 23 Pakete.

Den gesamten literarischen Nachlaß von Karl Marx und Fr. Engels, einschließlich die Briefe von Marx-Engels und Lassalle, hat Gen. Breitscheid jun. an sich genommen.

A. Sammelwerke

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, hrsgb. von Franz Mehring. 1.–4. Bd. Stuttgart 1902.

Dokumente des Sozialismus. Herausgeb. v. Eduard Bernstein 1.–5. Bd. Berlin 1902–1905.

Engels, Friedrich, und Karl Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten, Frankfurt a. M. 1845.

Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1852–1862. Hrsggb. von N. Rjasanoff, Stuttg. 1917.

Luxemburg, Rosa, und Karl Liebknecht zum Gedächtnis. Aus »Die Aktion«.

Marx-Engels: Das Kommunistische Manifest.

London 1848

Hottingen-Zürich 1883

London ?

Berlin 1894

Berlin 1906

Eingeleitet von Karl Kautsky, Berlin 1928.

Marx, Karl, und Friedrich Engels: Manifesto del partido comunista de 1848. Aus: »La Emancipacion«, Madrid 1872.

Marx-Engels Gesamtausgabe. Hrsggb. von D. Rjasanov.

Erste Abtlg. Bd. 1–7,

Dritte Abtlg. Bd. 1–4.

B. Literatur

Bauer, Bruno: Der Aufstand und Fall des Deutschen Radicalismus vom Jahre 1842. Berlin 1850.

Becker, Joh. Phil.: Die Internationale Arbeiter-Association und die Arbeitseinstellung in Genf im Frühjahr 1868. Genf 1868.

Befreiung der Menschheit, Die -. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart. Berlin 1921.

Buonarotti, Ph.: Conspiracy pour l'Egalité dite de Babeuf. Bruxelles 1828.

Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk. Leipzig 1848.

Deutsches Bürgerbuch für 1846. Hrsgg. von H. Püttmann. Mannheim 1846.

Dronke, Ernst: Polizei-Geschichten. Leipzig 1846.

Ebert, Friedrich, zum Gedächtnis. Berlin o. J.

Eccarius, J. George: Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Mill's. Berlin 1869.

*) Vgl. Text, S. 97. – Die folgende Aufstellung hat der letzte Verwalter des Parteiarchivs, Jonny Hinrichsen, 1933 dem emigrierten Parteivorstand in Prag übermittelt. Sie betrifft Materialien, die bis 1935 in Berlin versteckt gehalten und dann, vermutlich auf Veranlassung von Hinrichsen, an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam geschickt wurden. Der Text ist unverändert, nur Schreibfehler wurden berichtigt und Jahreszahlen ergänzt.

- Eichhoff, Wilhelm: Die Internationale Arbeiterassoziation. Berlin 1868.
- Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz. Hrsgg. von Georg Herwegh. Zürich und Winterthur 1843.
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig 1845.
- dasselbe, 2. Aufl. Stuttgart 1892.
 - Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei. Hamburg 1865.
 - Der deutsche Bauernkrieg. Leipzig 1875.
 - Preußischer Schnaps. 1876.
 - Umwälzung der Wissenschaft. Leipzig 1877/78.
 - dasselbe, Hottingen-Zürich 1886.
 - Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Hottingen-Zürich 1882.
 - Ludwig Feuerbach. Stuttgart 1888.
 - Brentano contra Marx wegen angeblicher Citatsfälschung. Hamburg 1891.
 - Kann Europa abrüsten? Leipzig 1893.
 - Internationales aus dem Volksstaat 1871–1875. Berlin 1894.
- Essays. Addressed to volunteers. (6 Exemplare. London 1861. Angeblicher Verfasser Friedrich Engels).
- Feuerbach, Ludwig: Das Wesen des Christentums. Leipzig 1841.
- Grün, Karl: Feuerbach und die Sozialisten. Darmstadt 1845.
- H. L.: Zur orientalischen Frage oder soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Ein Mahnwort an die deutsche Sozialdemokratie. Zürich 1878.
- Haenisch, Konrad: Lassalle. Mensch und Politiker. Leipzig 1923.
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Encyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundriß. Berlin 1845.
- Heinzen, Karl: Dreißig Kriegsartikel der neuen Zeit für Officiere und Gemeine in despotischen Staaten. Neustadt o. J.
- Hildebrand, Bruno: Die Nationalökonomie. Frankfurt a. M. 1848.
- Kampffmeyer, Paul: Fritz Ebert. Ein Lebensbild. Berlin 1923.
- Könnecke, Gustav: Deutscher Literaturatlas mit 826 Abbildungen und 2 Beilagen. Marburg 1909.
- Liebknecht, Wilhelm: Karl Marx zum Gedächtnis. Nürnberg 1896.
- Internationale, L' –, Karl Marx, Mazzini et Bakounine.
- Lissagaray: Histoire de la Commune de 1871. Brüssel 1876.
- Marx, Karl: Discours sur la Question du Libre Echange. Bruxelles 1848.
- »Herr Vogt«. London 1860.
 - Der Ritter vom edelmüthigen Bewußtsein. New York 1854.
 - Das Kapital. Kritik der polit. Ökonomie. 1. Aufl. Hamburg 1867.
 - dasselbe, hrsgg. von Fr. Engels. 5. Aufl. Hamburg 1905.
 - dasselbe, hrsgg. von Karl und Benedikt Kautsky (Volksausgabe). Stuttgart 1914 und Berlin 1929. 1. – 3. Bd. Teil 1–2.
 - Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Hamburg 1869.
 - Das Elend der Philosophie. Stuttgart 1885.
 - Free Trade. A Speech. Boston 1889.
- Marxisme, Le – dans l'Internationale. Paris 1882.
- Mehring, Franz: Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Leipzig 1918.
- Nees von Esenbeck, C. G.: Naturphilosophie. Glogau 1841.
- Nenni, Pietro: Todeskampf der Freiheit. Berlin 1930.
- Oncken, Hermann: Lassalle. Eine politische Biographie. Stuttg., Berlin 1920.
- Po und Rhein. Berlin 1859. [Verfasser Friedrich Engels. – P. M.]
- Proudhon, P. J.: Die Widersprüche der Nationalökonomie oder die Philosophie der Noth. Leipzig 1847.
- Quarck, Max: Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Frankfurt a. M. 1900.

Reichspräsident Friedrich Ebert zum Gedächtnis. † 18. Febr. 1925.
 Rühle, Otto: Karl Marx. Leben und Werk. Hellerau b. Dresden [1928].
 Spargo, John: Karl Marx' Leben und Werk. Leipzig 1912.
 Stein, Lorenz von: Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Leipzig 1842.
 Tcatscheff, Peter: Offener Brief an Herrn Friedrich Engels. Zürich 1874.
 »Vaterlandslose Gesellen«. Stuttgart 1900.
 Vorländer, Karl: Karl Marx. Sein Leben und Werk. Leipzig 1929.
 Weerth, Georg: Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphahnski. Hamburg 1849.
 Weitling, Wilhelm: Das Evangelium eines armen Sünders. Bern 1845.
 Wermuth-Stieber: Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Berlin 1853/54.
 Zlocisti, Theodor: Moses Hess. Eine Biographie. Berlin 1921.

C. Materialien und Dokumente

Allgemeiner Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands.
 I. Kongreß: Dezember 1918. II. Kongreß: April 1919 (Stenogr. Ber.) Aufrufe für Frieden und Republik 1918–1919 (1 Mappe).
 Ausnahmezustand in Thüringen 1923, Der militärische –.
 Bebel, August: Auszüge und Ausführungen über die in seinem Besitz befindlichen Marx-Engels-Briefe (20 Blätter).
 Belgien, Weiteres zum Fall –.
 Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses zu Berlin. Vom 23. August bis 3. September 1848. Berlin 1848.
 Abschriften der Briefe August Bebels an Friedrich Engels.
 Briefmappe. Enthält Konvolute von Dr. Max Adler, Aug. Bebel, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Laura Lafargue, Franz Mehring und N. Rjasanoff.
 Briefmappen: 1. Ma – My – 2. Mech – Meph. 3. Mo – My und 4. Motteler, Julius (Siehe auch: Zur Information).
 Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844–1883. Hrsggb. von August Bebel und Eduard Bernstein. 1–4. Bd. Stuttg. 1913.
 Diverse Briefe an das Komitee zur Berufung eines Allg. deutschen Arbeitertages 1862.
 Diverse Briefe an Friedrich Engels (1 Mappe).
 Denkschrift über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseeboots.
 Denkschrift betr. völkerrechtswidrige Verwendung farbiger Truppen etc.
 Denkschrift: Die Kolonialdeutschen aus Kamerun und Togo in französischer Gefangenschaft. Berlin 1917.
 Denkschrift betr. Greuelthaten russischer Truppen gegen deutsche Zivilpersonen und deutsche Kriegsgefangene.
 Denkschrift über völkerrechtliche Führung des belgischen Volkes.
 Denkschrift über den dritten Polenaufstand Mai–Juni 1921.
 Elberfelder Prozeß mit der Anklageschrift 1889.
 Flugblatt-Sammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. (Sammlung Wilh. Miel) 1 Mappe.
 Flugblatt-Sammlung der SPD. 1918–1919.
 Flugblatt-Sammlung. Soziald. (Wahl- und Revolutionsbl.).
 Flugblatt-Sammlung (Diverse Bl.).
 Inaugural-Adresse der Intern. Arbeiter-Association. [Karl Marx – P. M.]
 Internationale Information. Mai 1933. Zürich.
 Januar-Unruhen 1919 in Berlin. Bericht des Untersuchungs-Ausschusses.
 Kapp-Putsch am 13. März 1920 (Materialien-Sammlung 1–3 Mappen).
 Korrespondenz in Sachen des Marx-Engels-Verlages in Frankfurt a. M., bzw. Eduard Bernstein, bzw. Vorstand der SPD W. Dittmann.
 Kundgebung der Volksbeauftragten (1 Mappe).

Leroux, Pierre: Manuscr. (handschriftlich) 1–4 Mappen.
 Literarischer Nachlaß von August Bebel, Aus dem – (handschr.).
 Märzunruhen 1921 und die preußische Schutzpolizei, Die –.
 Münchner Sozialistenprozesse, Die –. 1874, 1877/78.
 Nachlaß »K« (Konzentration), 1–9 Aktennummern.
 Protokoll der International Workingmen's Association of St. Martin's Hall vom 28. September 1864 (handschriftlich).
 Rätekongreß, Vom I. – zur Nationalversammlung. Hrsggb. vom Zentralrat Berlin.
 Revolution im Bilde, Ein Jahr bayrische –. München 1919.
 Russische Greuelthaten (Amtlich).
 Russisches Zerstörungswerk in Polen.
 Spartacusbriefe. Berlin 1916.
 Sitzungsprotokolle der Reichstagsfraktion 1–5 Bd.
 Sitzungsprotokolle des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik. 1–3 Bd. Berlin 1919.
 Testamentarische Bestimmungen betr. die Herausgabe der Marx-Engels-Briefe.
 Willich, August. Nachlaß (handschriftlich) 1 Mappe.
 Zeitungsausschnitte aus der Revolutionszeit 1918. 1 Mappe.

D. Zeitungen und Zeitschriften

Allgemeine Literatur-Zeitung. Leipzig 1847.
 Arbeiter. Der –. Ein Organ für Arbeiter und deren Interessen. Hamburg 1865.
 Arbeiter-Union, Die –. New York 1868/69.
 Autonomie, Die –. Anarchistisch-communistisches Organ. London 1886.
 Bote, Der deutsche – aus der Schweiz. Zürich und Winterthur 1842.
 Chatterton's Commune. The Atheistic Communist Scorder. London 1884.
 Communist, Der –. London 1892.
 Democratic Review, The –. London 1849/50.
 Demokratisches Wochenblatt, Organ der Deutschen Volkspartei . . ., Leipzig 1868–1869.
 Deutsche Arbeiterhalle. Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine. Mannheim 1867/68.
 Deutsche Arbeiter-Zeitung. Berlin 1848.
 Deutsche-Brüsseler-Zeitung. 1–2 Bd. Brüssel 1847.
 Deutsche Wehrzeitung. Coburg 1864/65.
 Eidgenosse, Der deutsche –. London und Hamburg 1865/66.
 Felleisen. Zürich 1862 bis 1873.
 Flugblatt vom ständigen Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine. Frankfurt a. M. 1865.
 Free Press, The –. London 1855–1857.
 Freie Presse des Lassalle'schen Allg. Deutschen Arb.-Vereins. Hamburg und Leipzig 1867–71.
 Freie Zeitung, Leipzig 1869.
 Geächtete, Der –. Hrsggb. v. J. Venedey. Paris 1834/35.
 Gesellschaftsspiel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volkssklassen . . . Von Moses Hess und J. Bädcker. Elberfeld 1845/46.
 Illustrierte Volkszeitung. II. Jahrg. Stuttgart 1875.
 Journal-Officiel de la Commune 1871.
 Journal-Officiel de la République Française. Paris 1889.
 Kämpfer, Der –. St. Louis 1896.
 Lumpenproletarier, Der –. Organ der Unterdrückten. London 1893.
 Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. 1–8 Hefte. Berlin 1850.
 Mitteldeutsche Volkszeitung. Leipzig 1862–1863.
 Neue Oder-Zeitung. Breslau 1855.

Neue Rheinische Zeitung, Organ der Demokratie. (Original-Ausgabe Köln 1848–1849).
 Nordstern. Hamburg 1862 (2 Exemplare).
 Notes to the People. Hrsggb. von Ernest Jones. London 1851/52.
 Pall Mall Gazette, The -. London 1870.
 Prometheus, Organ zur sozialen Reform. Hrsggb. von Hermann Püttmann. Herisau 1846.
 Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe. Köln 1842–1843.
 Rebell, Der -. London 1881–1886.
 Révolté, Le -, Organe socialiste, Genève 1879.
 Verbrüderung, Die -. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Leipzig 1848–50.
 Vereinigte Volksblätter für Sachsen und Thüringen. Leipzig 1849.
 Vereinscorrespondenz des Communist. Arbeiter-Bildungs-Vereins. London 1883.
 Volk, Das -. Organ des Central-Comitees für Arbeiter. Eine socialpolitische Zeitschrift. Hrsggb. von Stephan Born. Berlin 1848.
 Volk, Das -. London 1859.
 Völkerbund, Der -. Genf 1849.
 Verbote, Der -. Politische und social-ökonomische Zeitschrift. Redigiert von Jo. Phil. Becker. Jahrg. 1866 bis 1871. 1–3 Bd. (komplett) Genf.
 Westphälische Dampfboot, Das -. Eine Monatsschrift. Redigiert von Dr. Otto Lünig. Bielefeld 1846.
 Wieland, Heft 12. Enthält eine Sammlung von Plakaten, die 1918/19 erschienen sind. Berlin.

E. Verschiedenes

»Arbeiten«, das erste Gebot. Eine Sammlung von Aufsätzen prominenter Führer aus der Zeit 1918/19. Anlässlich der Streikwelle.
 Abrechnungen der Sozialdemokratischen Partei von 1869 bis 1878.
 Büste Karl Marx (Gips). Angefertigt von Longuet – Paris.
 Büste Paul Singer (Bronze).
 Comrade, The -. Enthält Illustrationen von Karl Marx während seines Londoner Aufenthalts.
 Fahne. Banner des Vorstandes der SPD. (Verschnürt.)
 Französische Witzblätter: 1. Le Rire Rouge, Paris 1915. 2. La Bajonette, Paris 1916. 3. »Boches«, Paris 1916. 4. La Chasse au Mai [?], Paris 1916. 5. Le Miroir, Paris 1916 und 6. Le Livre Rouge, Paris 1915. Überreicht dem Parteiarchiv durch Hermann Müller.
 Gästebuch des Partei-Archivs der SPD.
 Grosz, George: Mit Pinsel und Schere. 7 Materialisationen. Beschlagnahmt gewesen.
 Katalog des Archivs der SPD. 1–3 Bd. Erschien September 1927. Anschließend: »Nachtrag« desselben. Erschien März 1933. 1 Bd.
 Öl-Porträts: August Bebel (2mal), Eduard Bernstein, Fr. Ebert, Paul Singer und Otto Wels. Außerdem: »Die Freiheit führt das Volk.« Gemälde von Eugen Delacroix, aus dem Jahre 1830. Für letztere beide sind auch die Rahmen vorhanden.
 Kleineres Parteibild (gerahmt).
 Scheidungsklage der Gräfin Sophie von Hatzfeldt, Die -. Angefertigt von Ferdinand Lassalle (gebunden).
 Skizzen und Stimmungen aus dem Weimar der Nationalversammlung (Federzeichnungen mehrerer Parteiführer). Berlin 1919.
 Vorwärts-Buchdruckerei, Den Freunden der -. Anlässlich des Parteitages der SPD. Berlin 1927.

V

*»Hermann«, Sekretär des Marx-Engels-Lenin-Instituts,
an Otto Wels*)*

Paris, den 5. September 1935

Werter Genosse Wels!

Als Vertreter des Marx-Engels-Lenin-Instituts bitte ich Sie, als den Vorsitzenden des Parteivorstandes der SPD, mir mitzuteilen, ob und unter welchen Bedingungen der Parteivorstand einverstanden wäre, dem M-E-L-Institut das Marx-Engels-Archiv in Verwahrung zu geben.

Wir wären insbesondere bereit, die Rückgabe des Archivs durch Übergabe einer von Ihnen zu bestimmenden Summe an den Parteivorstand zu sichern, wobei dem PV das Recht zustehen soll, jederzeit das Archiv zurückzuverlangen unter Rückzahlung der Summe (natürlich ohne jegliche Zinsen).

Wir wären auch bereit, dem Parteivorstand Photoaufnahmen von sämtlichen Materialien, die sich im Archiv befinden, zu liefern, sowie die Photos der Materialien, die das M-E-L-Institut besitzt und die eine wertvolle Ergänzung des M-E-Archivs bilden, und die Sie nicht haben.

Da ich nur kurze Zeit in Paris bleiben kann sowie in Anbetracht mancher Erwägungen, die nur mündlich mitzuteilen sind, bitte ich Sie, sollten Sie grundsätzlich nicht abgeneigt sein, über die Angelegenheit, zu verhandeln, möglichst bald Ihren Vertreter nach Paris zu schicken. Sollte dies aus irgendeinem Grunde unmöglich oder Ihnen unerwünscht sein, so wäre ich gern nach Genf gekommen, doch glaube ich, daß es zweckmäßiger wäre, die Verhandlungen in Paris zu führen.

Ich bitte Sie, mir Ihre Antwort durch Nikolajewski telegraphisch mitzuteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sekretär des Marx-Engels-Lenin-Instituts
gez. Hermann

*) Vgl. Text, S. 79.

VI
*Inventar des Marx-Engels-Archivs**)

Liste I
Marx, Karl:

Konvol. Nr.	Betrifft	Datum
1	Kaufmannsrechnung; Foster: Commercial Exchanges; Hausner: Vergl. Statistik; Sadler: Ireland.	1869
2	Lehre der Physiokraten: Quesnay: Le droit naturel de l'homme. Analyse du tableau économique (mathemat.), dabei: Umschlag von Marx: Boisguillebert, Law etc.	1847 ()
	Zu: Bevölkerungsfrage, Handels- und Finanzwesen: Petty, d'Avenant, Anderson, Browning.	1845
	Zu: Handels-Verkehrswesen, zur finanziellen Lage im früheren Frank- reich.	1849/64 ()
3	Zu: Bankwesen, Handelsgeschichte (Schütz u. a.), Mathematische Aus- führungen.	1847 ()
	Zu: Soziale Fragen und Landwirtschaft: Bray, Owen.	1847 ()
	Aus: Lauderdale: Recherches sur la nature et l'origine de la richesse publique.	1847 ()
	Zu: Polit. Oekon., Industrie- u. Finanzwesen: Babbage etc.	1847 ()
	Zu: National Oekon.: Joseph Pecchio: Histoire de l'écon. en Italie, dabei: mathemat. Notizen.	1847 ()
4	Aus: engl. Werken zur polit. Oekon. u. soz. Frage: Carey, Malthus etc.	1850 ()
	Aus: engl. Werken zur polit. Oekon. u. soz. Frage: Ramsay, Barton, Buchanan, Malthus, Ravenstone, Hodgskin, Blake, Mc Culloch etc.	1850 ()
	Aus: engl. Werken zur polit. Oekon. Bank-Finanzwesen u. soz. Frage: Mc Culloch, Vidal, Corbet, Hardcastle, Bastiat, Newmank etc.	1850 ()
	Zu: Bank-Finanzwesen, polit. Oekon.: Rota, Ciccone etc.	1879 ()
5	Aus: Buchanan, Eusor, Sismondi, Quesnay, Baudeau, North etc.	1870 ()

*) Vgl. Text, S. 117. – Liste I (Nr. 1–229) stammt aus dem Parteiarchiv, Liste II (Nr. 230–360 und unnumerierter Zusatz) wurde Ende 1933 / Anfang 1934 von Karl Raloff in Kopenhagen angelegt. Bei der Überprüfung der Materialien im Archiv der dänischen sozialdemokratischen Partei wurde das Fehlen folgender Konvolute aus Liste I festgestellt: Nr. 5, 20, 36, 37, 121, 170, 183, 204. Die Jahreszahlen in Liste I wurden offenbar geschätzt. Beide Listen enthielten zahlreiche Schreibfehler und eine Reihe unzutreffender Angaben, die nach Möglichkeit richtiggestellt wurden, um dem wissenschaftlich interessierten Leser ein einigermaßen zuverlässiges Kompendium in die Hand zu geben.

- Zu: polit. Oekon., Kredit-Währungswesen, Handel, Landbau. 1849 ()
- Zu: Handel, Gemeindewesen, polit. Oekon. 1849 ()
- 6 Aus: national-ökon. Werken: Poggi, Bertagnolli, Lombroso, Dumesnil-Marigny, Belloni, Arnold etc. – Zeitschrift: »The Atlantic Monthly« Times etc. 1880/81
- Aus: national-ökon. Werken: Rota, Mussida, Cossa, Mann, Walker, Poor. 1878
- Aus: national-ökon. Werken, zu: Handel, Bankwesen, soz. Frage: Gas-siot, Dr. Strousberg, Mailfer. 1849/64
- 7 Aus: national-ökon. Werken: Engelhardt, Wagner, Rota, Hüllmann. 1875/78
- Zu: Arbeiten der Steuerkommission (russ., Petersburg 1873). 1875
- Aus: national-ökon. Werken: Kirchbach, Leroy-Beaulieu, Utiensenovic, Cardenas: Hist. de la propieda territ. en España. 1876
- 8 Aus: The Economist, Schriften über Ostindien und zu: Sozial-, Kultur- und Handelsgeschichte: Herbert Spencer etc. 1851 ()
- Zu: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands: Rud. Meyer: Pol. Gründer und die Korruption in Deutschland. 1878 ()
- Zu: polit. Oekon.: Wagner, Danielson, Soetbeer, Mono-, Bimetallismus, Rodbertus, Gründer des Sozialismus. 1873/83
- 9 Ansichten verschiedener Nationalökon. über Geld und Geldverkehr: Ad. Smith, Rossi, Carey, Owen, Sismondi, Ricardo etc. 1849 ()
- Aus: Buret, Sismondi etc. 1845
- 10 Aus: Werken betr. Bank- u. Geldwesen: Böckh, Jacob etc. 1850
- Zu: Bank-Münzwesen. Zusatznote über Zirkulation, Lacroix, Differential- u. Integralrechnung betr. Kaufmännische Arithmetik. 1868
- 11 Aus: engl. Werken zur polit. Oekon. Macleod, Patterson Laing etc., ferner Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökon. 1869/83
- Zu: Agrikultur u. soz. Frage, polit. Oekon. u. Verfassungsfrage: Mor-ton, Hlubek, Gladstone, ferner: Dühring, Kritische Grundlegung 1864/83 ()
- 12 Aus: Kaufmann: Theorie u. Praxis des Bankwesens (russ.) mit wichtigen Noten. 1878
- Aus: Kaufmann: Theorie u. Praxis des Bankwesens. Ferner aus Nat-schalo Nr. 3, Die russische Bauerngemeinde und aus Tschitscherin: Kritik von Wassilschykow (russ.) 1878
- 13 Zu: russ. Wirtschaftsleben u. Bevölkerungsstatistik:
1. Sbornik (Stat. des Kriegsministeriums).
2. Engelhardt: Fragen der russ. Landwirtschaft.
3. Engelhardt: Chemische Grundlagen der Landwirtschaft. 1875
- 14 Aus: Pallayewsky: Der russ. Geldmarkt. 1875
- (Studien der Steuerkommission – russ.).
- 15 Aus: Cardenas: Hist. de la propieda territ. en España. 1876
- 16 Zu: Soz. Frage in verschiedenen Ländern. Buret: De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France. 1849
- 17 Zu: Carlyle: Cromwell Letters
2. Haxthausen: Länd. Verf. Russ.
3. Dühring: Krit. Geschichte.
4. Yates: Natural History of Commerce. 1875
- 18 Aus: Werken zur polit. Oekon., soz. Frage Landwirtsch. Vanderlint, Locke, de la Riviere etc. 1849/64 ()

- Aus: Werken über Handels-, Finanzwesen, soz. Frage: Confederations, Three Letters to a member of the House of Comm. 1860 ()
- 19 Zu: franz. u. engl. national-ökon. Agrikulturchemie, ferner: aus Zeitungen u. Zeitschriften. Außerdem:
 1. Passy: Rente du Sol.
 2. Quetelet: Système social.
 3. Morton: Resources.
 4. Dove: Elements.
 5. Johnston: North Americas.
 6. Evelyn: A philosophical discourse of Earth.
 7. Lavergne: L'Agriculture et la Population. 1865
- 20 Zu: Agrikultur u. Handelsstatistik:
 1. International Stat. Reports of Departm. of Agric. in United States 1876.
 2. Reports of H. M. Secret. of Embassy and Legation etc. 1879.
 3. Annual Rep. of the Commissioner of the Gen. Land Off. etc. 1880. 1881/83 ()
- 21 Auszüge und Noten über Korngesetze, Handel, Geld. 1849 ()
- 22 Zu: Geschichte u. Wesen der Technologie: Poppe: Gesch. der Technologie. 1850
- 23 Zu: Geschichte von Handel u. Schiffahrt:
 1. Macpherson: Annals of commerce etc.
 2. Malisset: La Boussole des speculateurs. 1848
 Aus: engl. Werken z. polit. Ökon., Chartistenbewegung, soz. Frage, Handel etc.: Atkinson, Mc Culloch, Wade, Cooper, Sadler, Tooke, Gilbert. 1849 ()
- 24 Zu: engl. Wohlfahrts-, Korn- u. Handelspolitik: The end of oppression, Buchanan etc. 1863
 Zu: Finanz-, Währungs- u. Handelswesen in England (18. Jahrh.) Anderson etc. 1863
- 25 Aus:
 1. Handelsgeschichte 1868: Bank of England etc.
 2. Goschen, Theory of Exchanges (Money Market Review, Wechselrechnung). 1869
- 26 Aus: engl. Werken zur Geschichte des Bank- u. Geldwesens: Gilbert, Morrison, Taylor, Moore, Senior etc. 1850 ()
- 27 Zu: Chemie, Bank of England, Stock Share Market, Investments, Trade, Board of Trade, Railways. 1868
 Aus: Werken über Bankwesen, Finanzgeschichte, Rechtsgesch., Philosophie:
 1. Hüllmann: Deutsche Finanzgesch.
 2. Rota: Principi di Scienza-Bancaria.
 3. Casperi: Leibniz Philosophie.
 4. Leibniz: Opera Philos.
 5. du Bois – Reymond über Leibnizsche Gedanken.
 6. Descartes: Opuscula Posthuma.
 7. Brissot – de Warville: Rech[erches] Philos[ophiques] [sur le] droit [de] prop[riété] [et sur le] vol. 1878
- 28 Aus:
 1. Economist (1866 u. 67).
 2. Money Market Review (1866 u. 67).
 Ausführungen und Bemerkungen. 1868

- 29 Aus:
 1. Say: *Traité de l'économie politique*. Par. 1817.
 2. Skarbek: *Théorie des richesses soc.* (Ausführungen zu: Privateigentum, Reichtum). 1845 ()
 Auszüge betr. Arbeiten der Steuerkommission. Reform der Kopfsteuer etc. 1872/73. ferner: Rikowskij: Stand der Bodenwertanschlüsse und Repartitionen, Olchin: Vorschläge der Sobranen zur Reform der dir. Steuern 1872 etc. 1876
 Aus: Werken über Agrikultur u. soz. Fragen: Hilditch, Owen, Smith, Ausführungen und Bemerkungen. 1849 ()
- 30 Aus: engl. Werken zur Währungsfrage, Handel, Agrikulturchemie, polit. Oekon.: Anderson, Turner, Hopkins, Thompson, West, Ricardo, ferner: Liebig: *Agr. Chemie*. 1851
 Aus: engl. Werken zur agr. Kulturchemie, Bevölkerungsfrage, soz. Frage, Geologie: Alison, Johnston etc., ferner: Liebig, weiter: *General composition of the earthy etc.* 1851 ()
 Aus:
 1. Say: *Principales causes etc.*
 2. Sismondi: *Etudes*.
 3. De Chamborant: *Du Paupérisme*. 1845
- 31 Aus:
 1. Alison: *The Principles of Population*.
 2. Senior: *Journal etc. relating to Ireland*. 1870 ()
 Zu: Finanzwesen Rußlands, näml. Arbeiten über Steuerkommission u. zw. Mitteilungen über die direkten Steuern. *Pressure on the Money market. The war against Persia.* (Letzte 2 Seiten von Engels' Hand) Schweiz. 1875
- 32 Zu: Finanzwissenschaft, Geschichte, Kunst, Aesthetik: Tooke, Macleod – Baumgarten, Müller etc. 1860 ()
- 33 Aus: engl. Werken zur soz. Lage der engl. Arbeiterklasse: *Labour defended against the claims of Capital*, Owen, *Edinburgh Review*, Hopkins, Stirling etc. *Maschinerie: Extension of Manufactures*, Hopkins: *Outlines of Popular Economy etc.* 1851
 Zu: polit. Oekon., Agrikulturchemie, Handels- u. Kolonialgeschichte, Dureau de Lamalle, *Economist*, mexikanische Mythologie, *Progress of Colonies of modern Europe etc.* 1849/64 ()
 Aus: William Cobbett: *Paper against Gold etc. Encyclopaedia Metropolitana etc.* Thompson. 1845
 Aus:
 1. Mc Culloch.
 2. Prevost zu Mill.
 3. Destutt de Tracy
 4. Mill.
 5. Bentham. 1842
- 34 Aus: engl. Werken zur polit. Oekon. und Bankwesen: Smith, Ricardo, Taylor etc. 1849 ()
 Zu: Währungsfrage, Kredit- u. Bankwesen: Gilbert, Bosanquet, Ricardo, Tooke, Hubbard, Taylor, Smith. 1849/64
 Aus: Werken zur Währungsfrage, Kredit- u. Bankwesen: *Economist*, Hume, Thornton, John, Francis, Gray, Stirling, Bell, Rodwell. 1849/64

- Aus: engl. Werken zum Bank- und Währungswesen: Economist, Jones, Clay, Morrison, Norman, ferner: Büsch. 1851
- 35 Zu: Finanzwesen Rußlands, näml. betr. Arbeiten der Steuerkommission: 1. Abteilg. (Schluß) u. 2. Abtlg. (russ.). 1875
- Aus: engl. u. deutschen Nationalökon.: Maurer, Hlubek, Fraas, Index zu Embassy reports, ferner: Tschernischewskij: Briefe u. Slade: Türken und Krimkrieg. 1880 ()
- Zu: Ländl. Wirtschaftsgeschichte u. Rechtsgeschichte:
1. United States Land Office Rep.
 2. van Enscht.
 3. Avenel.
 4. Hansen.
 5. Jacini.
 6. Times. 1878
- 36 Aus: Werken engl. Nationalökon.: Neate, Berkleey, Hodgskin, Petty, etc., Inhaltsverz. von Engels. 1861 ()
- 37 Zu: engl. Handelskrise, Währungsfrage etc.: Tooke, Fullarton, Evans, Anderson, Gilbert. 1850
- Zu: engl. Krise, Währungsfragen: Tooke, Mill, Torrens, Ashburton-Alison, Blake, Gilbert. 1850
- 38 Aus: Economist von 1849, ferner: Äußerungen antiker Schriftsteller über nationalökon. Probleme 1850 ()
- 39 Aufzeichnungen über Gerichtsverfassung in Rußland. Ferner: Aus Locke, Hume, Owen. Holzfracht und Holzpreise: The public Debt 1831. Essays on Anglosaxon Law. Bismarck Verordnung v. 1. Juni 1863, Diversa on Banking and Currency 1877. 1877
- 40 Zu: soz. Frage, Landwirtschaft u. Grundlagen der Nationalökon.: Poppe, Lange, Dühring: Kapital u. Arbeit, Morton, Dühring: Krit. Grundlegung. Fraas: Natur der Landwirtschaft, ferner: Brief Marx an Freiligrath vom 20. Juli 1867 wegen Rasch. 1867
- 41 Statistische Notizen betr. Großbritannien im 18. u. 19. Jahrhundert, ferner: aus Alison. 1847 ()
- 42 Zur Geschichte Spaniens im 19. Jahrhundert, ferner: zu Geschichte Griechenlands. Geschichte des 3. Standes in Frankreich: Parish, Thierry etc. 1854
- Ausführungen u. Auszüge zur Geschichte Spaniens im 19. Jahrh. 1854
- Zu: Geschichte Spaniens im 19. Jahrhundert. Auf dem Titelblatt: »Karl Marx«. 1854
- 43 Zu: Verfassungs- u. Sittengeschichte.
1. Pfister: Geschichte der Deutschen.
 2. Möser: Patriotische Phantasien.
 3. Hamilton: Nordamerika.
 4. Macchiavelli: vom Staate. 1843
- 44 Zu: Deutsche Verfassung u. Literaturgeschichte:
1. Hüllmann: Städtewesen.
 2. Sismondi: Historical view of the literature . . .
 3. Bouterwek: Geschichte der Prosa u. Beredsamkeit,
- ferner Auszüge aus philosophischen Werken: Giordano Bruno, Pascal etc. 1851
- Aus engl. u. dtsh. Werken:
1. Hüllmann: Gesch. des Ursprungs.

2. Hallam: View of the State of Eur. during the Middle Ages, ferner: Economist. 1851 ()
- 45 Zu: Innenpolitische Zustände Englands: Urquhart, Portfolio, ferner: Kirchliche Zustände im europ. Orient: Farin, Historie de la rivalité et du Protectorat des églises chrét. en Orient. 1853 ()
- 46 Vorstudien zu den Revolutionen: Tabellen u. Auszüge zur Geschichte Polens und Rußlands. 1857 ()
- 47 Historische Daten über das polnische Problem, Geschichte der Hohenzollernhausmacht, Russ. Problem: Grundlegung der russ. Universalmacht durch Peter d. G. (?)
- 48 Auszüge aus Schriften über Indien. 1853
- 49 Auszüge betr.:
 1. Rußland um 1700.
 2. England im 17. und 18. Jahrhundert und seine Beziehungen zu Rußland.
 3. Rußland. 1856
 Zu: russ. u. nord. Politik im Anfang des 18. Jahrhunderts. 1856
 Zu: eur. Politik im 17. u. 18. Jahrhundert u. engl. Politik im Orient. 1856
 Zu: Politik der eur. Völker im 17. Jahrh. u. 18. Jahrhundert. 1856
- 50 Zu: russ. Volksleben der Gegenwart.
 1. Samarin u. Dimitrjew: Revolutionärer Konservatismus (Gegen das Buch von Fedjew: Die russ. Gesellschaft der Gegenwart etc.).
 2. Was sollen wir sein? (Anonym)
 3. Koschelew: Unsere Lage. 1875
- 51 Zu: Polnische Frage (Die Teilungen Polens und Frankreich), auf der Umseite: Aufruf an die Arbeiterklasse. (n. Marx' Hand) (?)
 Aus: Werken betr. Wiederherstellung Polens. 1861 ()
- 52 Aus:
 1. Leroy – Beaulieu: L'empire des Tsars.
 2. Capponi: Storia della Republica.
 3. Green: History of the English People. 1877 ()
- 53 Aus: The Russians in Moldavia and Walachia, Urquhart: Progress etc., Martens: Grundriß einer Dipl. Geschichte der neueurop. Staatshandels- u. Friedensschlüsse, ferner: Ueber Palmerston. 1853
- 54 Zu: Franz., engl. u. schwed. Geschichte:
 1. Schmidt: Gesch. Frankreichs.
 2. Chateaubriand: Ansichten über Frankreich, Propositions. – Ueber Ursache, Charakter u. Folgen der Julitage.
 3. Wachsmuth: Gesch. Frankreichs im Revolutionszeitalter.
 4. Ranke: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation.
 5. Ranke: Histor. pol. Ztschrft. 1832.
 6. Lingard: Gesch. von England.
 7. Geiger: Gesch. Schwedens. 1843
- 55 Aus: Verfassungsgeschichtliche Abhandlungen zur Geschichte des franz. Volkes. Heinrich: Haus Valois und Bourbon. Ludwig: Geschichte der letzten 50 Jahre. Dazu: Historie de la république de Venise. Rousseau: Contrat social. Montesquieu: Esprit des lois. etc. 1843
 Historisch-politische Notizen aus Heinrich: Geschichte von Frankreich. 1843
- 55a Chronologische Auszüge aus: Charles Botta: Histoire des peuples d'Italie. 1864/83 ()

- 56 Zu: Geschichte Spaniens: Letters from Spain, by D. S. Doblado, Toledo 1822. Clarke: Examination of the international state of Spain etc. 1818. John Bramsen: Remark on the North of Spain, 1823. 1849 ()
- 57 Zu: Geschichte der spanischen Revolution (Inwendig Kinderbrief von Laura Marx an die Großmutter). 1850 ()
- 58 Zu: Verfassungsgeschichte. Aus Maurer: Geschichte der Mark-, Dorf- und Stadtverfassung ders., Geschichte der Fronhöfe. 1876
Zu: Verfassungsgeschichte. Aus Maurer: Geschichte der Fronhöfe. 1876
Zu: Verfassungsgeschichte. Aus Maurer: Geschichte der Fronhöfe. Dorfverfassung. Ferner: Hanssen: Die Gehöferschaften im Regierungsbezirk Trier. Bogišic: Le droit coutumier de Slaves méridionaux. Ferner: Le droit Hindou et le droit français. Cardenas: Hist. de la propiedad terr. 1876
- 59 Aus:
1. Hist. Schriften zur schlesw.-holst. Frage.
2. Geographische Schriften über Java und Indien.
3. Auszüge: Portfolio, Jg. 1836 und 1843. 1853
Zu: Kultur- und Finanzgeschichte:
1. Lubbock: Origin of Civilisation and the primitive condition of man.
2. Egyptian Finances by Mullhall, Contemporary Review. 1882/83
- 60 Ausführungen zu: Gustav von Gülich: Geschichtliche Darstellung des Handels und d. Gewerbes. 1847 ()
- 61 Aus: Werken geschichtlichen Inhalts und Sloane Collection. 1856
- 62 Zu: Geschichte, Recht, ferner Physik. Aus:
1. Lewis H. Morgan: Ancient Society.
2. J. W. B. Money: Java.
3. Sir F. Phear: The Arian Village in India and Ceylon.
4. Dr. Rud. Sohm: Fränkisches Recht u. römisches Recht etc. 1880 ()
- 63 Zu: Sozial-, Sitten u. Rechtsgeschichte. Ferner: Aus Werken über Ostindien:
1. Chronologie über Ostindien.
2. K. Bücher: Die Aufstände der unfreien Arbeiter.
3. Friedländer: Darstellung der Sittengeschichte Roms.
4. Ihering: Geist des römischen Rechts.
5. Kowalewski: Über Grundeigentum.
6. Lange: Römische Altertümer. 1879/80
- 64 Geschichtliche Auszüge u. a. Clausewitz (1814, 15, 19, 30) 1849/64 ()
- 65 Lebensabriß von Pulszky. Bemerkung: Nicht von Marx' Hand. (Siehe Konvolut 67) (?)
Hist.-politische Notizen aus:
1. Russell: Geschichte der englischen Regierung.
2. Lappenberg: Geschichte von England. 1843
Zu: Geschichte, Kulturgeschichte, bes. zur Geschichte der Frau:
1. Eichhorn: Allg. Geschichte der Cultur.
2. Millard: Observations etc.
3. Jung: Geschichte der Frauen.
4. de Ségur: Les femmes etc.
5. Wachsmuth: Allg. Culturgeschichte.
6. Meiners: Geschichte des weiblichen Geschlechts.
7. Thomas: Essay sur le caractère etc.
8. Alexander: History of Women. 1852

	Aus Wachsmuth: Allg. Culturgesch.	1852 ()
65	Aus Wachsmuth: Allgem. Culturgesch., ferner: House of Commons. Speeches 1831–37, 1846–48.	1852
66	Herausgerissene Blätter:	
	1. Spencer.	
	2. Hillman.	
	3. Holländische Colonialpolitik.	(?)
67	siehe Konvolut 65.	
67a	a) Folioheft mit Auszügen: »Philosophie des Leibniz« von Karl Heinrich Marx 1841.	
	b) Heft mit Ausz. u. Ausführ. zur Philosophie David Humes.	
	c) Heft m. Ausführ. über ein philos. und ein physiologisches Thema.	
	d) Heft mit Ausführungen zu Aristoteles.	
68	Notizen zur Geschichte der Kantischen Schule. Die letzten 5 Seiten nicht von Marx' Hand.	1841 ()
	< Siehe Manuskript. Es fehlt 1 Konvolut. >	
	Aus Spinozas Briefen I. Nur die ersten 2 Seiten von Marx' Hand.	1841 ()
	Aus Spinozas Briefen II. Die ersten 6 Seiten nicht von Marx' Hand.	1841 ()
69	Zu Staatswissenschaft:	
	1. Aristoteles: De republica, liber VIII (griechisch) Ethica Nicomachea (griechisch).	1852 ()
	2. Stein: System der Staatswissenschaft.	1852 ()
70	Zu Religion und Kunst:	
	1. Debrosses: Über den Dienst der Fetischgötter.	
	2. Böttiger: Ideen zur Kunstmythologie.	1842
71	Aus Meiners: Allgem. kritische Geschichte der Religion.	1842
72	Aus Barbeyrac: Traité de la morale des Pères de l'Eglise.	1842
73	Aus Grund: Malerei der Griechen.	1842
	Aus Rumohr: Italienische Forschungen, ferner Grund: Malerei der Griechen.	1842
74	Zu: Etymologie und Sprachvergleichung: Grimm: Geschichte der deutschen Sprache.	1856
75	Aus Ranke: Physiologie des Menschen, ferner: Schleiden: Physiologie der Pflanzen und Thiere.	1876
	Aus Ranke: Physiologie des Menschen.	1876
	Aus Ranke: Physiologie des Menschen.	1876
76	4 Blätter zu Adam Müller: Elemente der Staatskunst, ferner: Tooke: History of prices.	(?)
77	Zu russ. Grammatik: Notizen, Aufzeichnungen u. Tabellen.	(?)
	Zu russ. Grammatik: Tabellen zur Konjugation.	(?)
78	Mathematische Berechnungen, ferner Brief von S. Moore, Prof. in Oxford, an Fr. Engels und Moore, Mehrwerthsrate und Profitrate, Summary of Marx's MS [vgl. Konvolut 117. – P. M.]	(?)
79	7 Blätter mit Ausführungen zur Leibnizschen und Newtonschen Methode.	(?)
	Mathematische Ausführungen.	(?)
	Mathematische Ausführungen (Algebra III).	(?)
	Zu Lagranges und Taylors Theorien:	
	1. Lagranges Entwicklung des Taylorschen Theorems auf algebr. Basis.	
	2. Taylors Theorien, gepr. auf Übersetzung aus dem Algebr.	

	3. Maclaurins Theorien.	(?)
	Ausführungen zur Differentiation u. trigonometrischen Funktionen.	(?)
	Ausführungen zu trigonometrischen Funktionen.	(?)
	Ausführungen über Proportionen und Progressionen.	(?)
	Ausführungen zur algebr. Theorie der Gleichungen (Algebr. I)	(?)
	Ausführungen über Maxima und Minima der Variablen-Funktionen.	(?)
	Ausführungen zum Lagrange- und Taylortheorem.	(?)
	Mathematische Entwürfe (Lose Blätter)	
	1. Taylors Theorem.	
	2. Maclaurins Theorem.	
	3. Lagranges Theorie der abgeleiteten Funktionen.	(?)
80	Zu: Wirtschaftliches und soziales Leben Rußlands und andere landwirtschaftliche Fragen:	
	1. Verhältnisse der russ. Oekonom. Gesellschaft.	
	2. Statistische Notizen über Rußland.	
	3. Zur Leibeigenen-Emanzipation: Tschernischewsky, Skaldin, Mackenzie, Skrebitski, Janson.	
	4. Caird, ferner Studien der Steuerkommission.	1881
	Notizen über:	
	1. Verteilung des Grundeigentums in Frankreich.	
	2. Ordonnanzen betr. Handwerk, Zünfte und Finanzen in Frankreich vor der Revolution.	1864/83
81	Aus Rechtsphilosophie Hegels.	1841/42
82	Philosophie und Nationalökon. (vide: Kröner-Ausgabe, Rjasanow – Gesamtausgabe).	1844 ()
83	Doktordissertation (nicht von Marx' Hand).	1841
84	Vorstudien zur Doktordissertation.	1839
85	Zu: Zeitgeschichte, Nationalökon.	1870
86	Social Cases. Zu: soz. Frage in England, von Seite 59 Handschrift wahrscheinlich von Laura Marx. Schlußvermerk: »Finished July 1867, continued in another book«.	1867
87	»Trade and Finance«.	1869
88	»Trade and Finance«.	1868
89	Chronologische Auszüge ca. 1300 bis 1470.	(?)
90	Chronologische Auszüge ca. 1470 bis 1580.	(?)
91	Chronologische Auszüge ca. 1580 bis 1648.	(?)
92	Artikel: aus »The Labour Standard«, The Wages System, Lond. May 21. 1881.	(?)
93	Chemische Studien:	
	1. Zettel mit chemischen Gleichungen.	
	2. Folioheft zur anorganischen und organischen Chemie.	
	3. Zur anorganischen Chemie (Schluß), zur organischen Chemie, Appendix: Tabellen zur organischen Chemie.	
	4. Tabellen zur anorganischen und organischen Chemie (Folio).	
	5. Folioheft: im tierischen Organismus vorkommende Substanzen.	(?)
94	Aus Jukes' Manual of Geology.	1878
	Zu: Statistik, Mineralogie, Geologie: First Annual Report.	
	Geologie nach Jukes.	1878
	1. Varia über Agronomie.	
	2. Beiheft zu Jukes' Manual of Geology.	1878

95	3 Blätter, ferner 3mal 2 Blätter, 4 Blätter und 5 Blätter	(?)
96	Vorderumschlag, Umschlag, 2 beschädigte Blätter, 2 Blätter.	(?)
97	1 Blatteil: Auszüge aus Zitaten (1 Vierzeiler).	(?)
98	Kleines Notizbuch: Almanac for 1873 (Bücherliste mit Katalognummern).	1872
99	Verzeichnis von Büchern (Einteilung).	1872/73
100	1. Biographische Notizen für Encyclopädie. 2. Campaigns of 1813, 1814 to the first peace of Paris (auf Vorderseite: »Jenny Marx«), meist englisch.	1857 ()
101	Tabellarische Aufzeichnungen: 1. References. 2. Preußens Militärstaat (»Laura Marx«).	1854
102	Notizen über eigene und fremde Korrespondenzen, Ausschnitte aus Zeitungen (Mitteilungen über Gesinnungsgenossen und sozialistische Vereinigungen in Amerika).	1860
103	Notizheft mit Auszügen aus der »Neuen Rheinischen Zeitung« Nr. 1 bis 257 (Juni 1848 bis März 1849). Zu »Herrn Vogt«. Notizheft mit Auszügen aus der »Neuen Rheinischen Zeitung« Nr. 262 bis 301 (mit Inhaltsverzeichnis, ferner Berechnungen). Zu »Herrn Vogt«.	1860 1860
104	Zeitungsausschnitte mit Ausführungen, Notizen und Bemerkungen zur Krise: Book of Crisis of 1857.	1857
105	Zeitungsausschnitte mit Ausführungen und Tabellen: 1. Money Market. 2. Produce Market. 3. Industrial Market. 4. Labour Market. 5. Miscellaneous: The book of the Commercial Crisis.	1858
106	Auszüge und Ausführungen zu engl. Nationalökon., Bank- u. Währungswesen.	1845
107	Ausführungen über Nachfrage und Arbeitslohn mit Belegen aus nationalökonom. Werken. Auf dem Titelbl. im Kommunist. Manifest vorkommende Einteilung (siehe Rjasanow: Unter dem Banner des Marxismus).	1847
108	Ausführungen zu nationalökon. Begriffen: Arbeitslohn, Profit des Kapitals und Grundrente (Seite 3, Verzeichnis von Werken). Siehe Rjasanow in: Unter dem Banner des Marxismus.	1849/62
109	Zeitungsausschnitte mit Ausführungen, Bemerkungen und tabellarischen Zusammenstellungen zur Krise 1857, Frankreich, Spanien (zum letzteren Ausführungen von Engels' Hand).	1857
110	Ausführungen zu: Ricardo, Stuart Mill, ferner: Auszüge aus Xenophon: Staatsverfassung der Lakedaimonier.	1849
111	Ausführungen zu Ad. Smith über Quesnays: Tableau économique, Smith: lib. I. cap. VI. ~	1864/83
112	Ausführungen über: 1. Einfluß von Diskont auf Wechselpari. 2. Diskontrechnung. 3. Terminrechnung und Wechselrechnung. 4. Zins- und Zinseszinsrechnung. 5. Geometrische Progressionen. 6. Wechselreduktionen und Prozentrechnung.	

7. Arithmetische Progressionen
8. Logarithmen. 1860 ()
- 113 Einleitung zur »Kritik der Politischen Oekonomie« (»Laura Marx«),
London August 1857 (zuerst veröffentlicht von Kautsky). 1857
- 114 Zu: Bandeau: Explication de Tableau économique, ferner: Introduc-
tion à la Philosophie économique. Auszüge aus Correspond. resp. the
Affaires of Italy. Notizen über Vogt, Becker, Cherval, Eichhoff u. a.
(Stellen aus Dantes Göttl. Kom., Deutsch v. Kannengießer) u. a. 1876
- 115 Auszüge und Bemerkungen zu: Ad. Smith: Wealth of Nations. 1849
- 116 Nationalökonom. Begriffe (Notizen, Kapital, Profit, Interesse). 1845
- 117 Mathematische Ausführungen zur Mehrwert- und Profitrate (vgl. Kaut-
sky: Theorien ü. d. Mehrwert) [vgl. Konvolut 78 – P. M.] 1865
- 118 Vorarbeit zu: Kapital. Zur Kritik der pol. Oekon. III. Kapitel: »Das
Kapital im Allgemeinen«. Ausführungen zu Abt. I: »Der Produktions-
prozeß des Kapitals«. Mit Erläuterungen zu einzelnen Unterabteilun-
gen. Beigeheftet kleines Heft: »Capital«. 1859 ()
- 119 Vorarbeit zu »Kapital«: Capitel vom Capital. Seite 1–64, ferner: Aus-
züge aus engl. Nationalökon.: Rich. Jones, Mc Culloch, Stuart, Harris,
John Reinholt. 1858/59
- 120 Seigneur Pieper (Wilh. Pieper). Überschrift: Auf sonderlichen Wegen
erlangtes französ. Musterstück. (Verfasser Seigneur Pieper.) Über-
schrift von Marx zu einer Übersetzungsprobe von Wilhelm Pieper. Auf
der 4. Seite Schreibversuche von »Colonel Much«, d. h. Marx' Sohn
Edgar. 1852
- 121 Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft I.
Drittes Kapitel: Das Kapital im Allgemeinen. I. Der Produktionsprozeß
des Kapitals. S. 1–54. 1861
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft II.
Drittes Kapitel: Das Kapital im Allgemeinen. Die zwei Bestandteile
des Verwandlungsprozesses. S. 54–95. 1861
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft III.
Der absolute Mehrwert. S. 95–131. 1861 ()
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft IV.
Forts. S. 133a–174. 1861 ()
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft V.
Abschweifung über produktive Arbeit (182 ff., Maschinerie 190 ff.).
S. 175a–219. 1861 ()
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft VI.
Theorien vom Mehrwert. 1. James Stuart, 2. Die Physiokraten, 3. Ad.
Smith. S. 220–272. 1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft VII.
Theorien vom Mehrwert. (Forts. zu 3.): Ad. Smith. S. 273–331. 1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft VIII.
Theorien zum Mehrwert. (Forts. zu 3.): Ad. Smith. S. 332–375. 1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft IX.
Theorien vom Mehrwert. (Forts. zu 3.): Ad. Smith (Schluß). 4. Necker.
S. 376–421. 1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft X.
Theorien vom Mehrwert. Abschweifung: Quesnays Tableau Economi-
que. 5. Linguet. 6. Bray: Labour's Wrongs and Labour's Remedy etc.

7. Herr Rodbertus: Dritter Brief. Widerlegung der Ricardoschen Lehre von der Grundrente und Begründung einer neuen Rententheorie. S. 422–489.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XI.	
7. Forts. Rodbertus: Abschweifung. Bemerkungen über die Geschichte der Entdeckung des sogen. Ricardoschen Gesetzes.	
8. Ricardo: – Ricardos und Ad. Smiths Theorie über den Kostenpreis (Widerlegung) – Ricardos Rententheorie. – Tabellen nebst Beleuchtung über d. Differentialrente. S. 490a–580.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XII.	
8. Forts. Ricardo. – Tabelle nebst Beleuchtung über die Differentialrente. – Ricardos Rententheorie. – Ad. Smiths Rententheorie und Theorie of Costprice. – Ricardos Theorie vom Mehrwert. – Ricardos Profitrente A. S. 581–669.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XIII.	
Theorien vom Mehrwert.	
8. Forts. Ricardo – Ricardos Profittheorie – Ricardos Akkumulationstheorie. Kritik derselben (Entwicklung der Krisen aus der Grundform des Kapitals) Ricardos Miscellanea.	
9. John Barton: Observations on the circumstances which influence the condition the labouring classes of Society, Lond. 1817.	1862
10. Malthus. S. 670–770a.	
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XIV.	
Theorien vom Mehrwert.	
10. Malthus: Forts.	
11. Auflösung der Ricardoschen Schule.	
12. Ramsay.	
13. Cherbuliez.	
14. Richard Jones. Episode: Revenue and its sources. S. 771a–861.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XV.	
Theorien vom Mehrwert.	
15. Proletarischer Gegensatz auf Basis Ricardos. S. 862a–973. Oktober und November.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XVI.	
Drittes Kapitel: Kapital und Profit. S. 973–1021. Dezember.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XVII.	
Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß. S. 1022–1065a.	1862
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XVIII.	
Zur sozialen Frage und politischen Oekonomie: S. 1066–1157. Januar.	1863
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XIX.	
Der relative Mehrwert (Maschinerie etc.). S. 1159–1241. Januar.	1863
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XX.	
1. Der relative Mehrwert (Maschinerie etc.). Schluß.	
2. Relativer und absoluter Mehrwert.	
3. Verhältnis von Arbeitslohn und Mehrwert. S. 1242–1294a. März–April–Mai.	1863
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XXI.	
Formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. S. 1300–1345. Mai.	1863

Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XXII. Historisches. Petty. 1. Rückwandlung des Mehrwerts in Kapital. 2. Die sogen. ursprüngliche Akkumulation. 3. Das moderne Kolonisationssystem. S. 1346–1406. Mai.	1863
Zur Kritik der polit. Oekonomie: Heft XXIII. Citate und Notizen. S. 1407–1472. Juni. (Zum Schluß Verzeichnis von Engels.)	1863

Engels, Friedrich:

Konvol. Nr.	Betrifft	Datum
122	Besprechungen des dritten Buches von Marx' »Kapital«. Manuskript zur Rezension über das »Kapital«.	1895 () 1867 ()
123	Notizen und Anmerkungen zu Marx' »Kapital«.	(?)
124	Betrachtungen über die Folgen des veröffentlichten Kommunistischen Manifestes. (Zur poln. Übersetzung.)	1892
125	Die Knechtung des Arbeiters.	(?)
126	Wie Proudhon die Wohnungsfrage löst. Ausführungen über die gegenwärtige Lage Italiens. Banca Romana.	1872 (?) 1892/93
127	Auszüge zur soz. Frage, zum Währungswesen und Handel in England. Auszüge zur engl. Sozialgeschichte, Landbeschreibung, Handel- und Bankwesen. Auszüge zur Geschichte der soz. Frage in England.	1845 () 1845 () 1845 ()
128	Über die deutsche sozialistische Literatur.	1847 ()
129	Abhandlung über Georg Weerth	(?)
130	Über den Ehebruch.	(?)
131	Circular betr. Hermann Kriege.	(?)
132	Entwurf betr. die sozialistische Bewegung in Frankreich.	(?)
133	Vorrede zum Anti-Dühring.	1875 ()
134	Ausgelassenes aus »Feuerbach« Seite 16/19.	(?)
135	Value and its Laws. (Von unbekannter Hand.)	1892/93
136	Die Schuja-Ivanowsche Eisenbahn.	1867
137	Unterredung mit Louis Blanc (Unvollendeter Brief an Bartholomäus).	(?)
138	Auszüge zu: »Ursprung der Familie«.	1884 ()
139	Gottfried Kinkel und die Emigration. (Von unbekannter Hand.)	1850
140	Zur Kritik des sozialdemokrat. Programms. Teile einer engl. Übersetzung von Marx' »18. Brumaire«. Korrespondenzen für die Neue Rheinische Zeitung aus Paris, Köln. Entwürfe: Zum internationalen Arbeiterkongreß.	1891 (?) 1849 1891
141	Gewalt und Oekonomie bei Herstellung des Deutschen Reiches.	(?)
142	Der untergehende Feudaladel und das Aufkommen der Städte.	(?)
143	Historische Notizen über Bismarcks Regime (und Manuskript von Kautsky).	(?)
144	Varia über Deutschland. Notizen zu Gülich: Geschichte des Handels, des Gewerbes etc.	(?)

145	National-oekonomische Auszüge und Ausführungen.	(?)
146	Brief der soz. Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten an die soz. Mitglieder des Deutschen Reichstages, Chicago.	1890
147	Entwurf zur Urgeschichte der Deutschen.	(?)
148	Zur Geschichte der franz. Arbeiter.	(?)
149	Auszüge aus Valency: Irish Grammar and Annals of the Kingdom of Ireland.	1850 ()
150	Zur Geschichte Irlands.	(?)
151	Heft I. Auszüge aus: 1. Kapital, 2. Senior, 3. St.-Clair.	1868
	Heft II. Auszüge aus: Trench, Carleton, Moore, O'Connor – Irland.	1868 ()
	Heft III. O'Connor, Hansen – Irland.	1868 ()
	Heft IV. Auszüge aus: Goldwinsmith, Gordon, Kohl, Lelewel – Irland und Polen.	(?)
	Heft V. Auszüge aus: Davies, Jukes, Ledwick, Comden etc. – Irland.	1868 ()
	Heft VI. Auszüge aus: Ancient Irish Histories, Prendergast, Petrie – Irland.	1868 ()
	Heft VII. Auszüge aus: Prendergast, Ireland in 1868 by Fitzgibbon etc. – Irland.	1868
	Heft VIII. Auszüge zur Irischen Lebens- und deutschen Verfassungsgeschichte, Irland – Deutschland.	(?)
152	Heft IX. Auszüge betr. Irlands industrielles, politisches u. soziales Leben, sowie zur irischen Kriegsgeschichte: Murphy, Godkin.	1860 ()
	Heft X. Varia zur Geschichte der irischen Konfiskationen im 16. und 17. Jahrhdt.	1860 ()
	Heft XI. Auszüge zur irisch. Agrar-Rechts- u. Kunstgesch.	1860 ()
	Heft XII. Ausz. aus Wakefield, An account of Ireland.	1860 ()
	Heft XIII. Ausz. zur irisch. und deutschen Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart: Barrington, Alison, Macaulay u. a.	1860 ()
	Heft XIV. Ausz. aus: 1. Langenthal, Gesch. der Deutschen Landwirtschaft, Heft II. 2. Martin: Histoire de France.	(?)
	Heft XV. Ausz. zur franz. u. irischen Gesch.: Martin: Hist. de France. Chronologische Tabellen zur irischen Geschichte.	1860 ()
	Heft XVI. Ausz. zur Naturphilosophie, Geographie u. Physik: Thomas, Fraas, Helmholtz, D'Alembert.	(?)
153	Heft XVII. Ausz. aus Heineccius: Elementa Juris Civilis.	(?)
	Heft XVIIIa. Ausz. aus Gust. Wiedemann: Die Lehre vom Galvanismus und Elektromagnetismus.	1877 ()
	Heft XVIIIb. Ausz. aus R. Meyer: Politische Gründer und die Corruption in Deutschland.	1877 ()
153	Heft XIX. Ausz. aus: von Maurer: Gesch. der Markenverfassung in Deutschland.	1856 ()
153	Heft XX. Ausz. aus: Curtius: Griech. Geschichte.	1868 ()
154	Einleitung zu Marx' Klassenkämpfe in Frankreich.	1895
155	Ein aus dem Engl. übersetztes Volksgedicht nach 1877.	(?)
156	Betrachtungen über Harney.	(?)
157	Reisebericht: Von Paris nach Bern.	1849
158	Verschiedene Notizen.	(?)
159	England I und II, bestimmt für Weydemeyers: »Revolution«.	1852
160	Konzepte aus der Zeit 1850/69 bis 1870/95.	(?)
161	Beschwerde an den Procureur général. (Von unbekannter Hand,	

	unterschr. v. Coullery u. a.).	1851
162	Antwortschreiben an Bebel.	(?)
	Betrachtungen über den deutsch-franz. Krieg in der Pall Mall Gazette	1870
	Brief Engels an van Patten, London 1883.	1883
	Der demokratische Panslawismus, aus Nr. 222 und 223 der Neuen Rheinischen Zeitung.	1849
	Entwürfe von Briefen an Dr. Kritschewsky.	1894
	5 Blätter Entwürfe, ferner: Verzeichnis von Werken Marx, von eigenen Werken, Bemerkungen zum III. Band Kapital, Aenderungen zum Elend der Philosophie usw.	(?)
163	Erinnerungsworte an die Pariser Kommune.	1891
164	Leichenrede auf Karl Marx.	1883
	Nachruf auf Jenny Marx, veröffentlicht im »Sozialdemokrat« Nr. 50, 1881.	1881
165	Verzeichnis benutzter Werke.	(?)
166	Abschrift des Geschäftskontraktes zwischen Gottfr. Ermen und Friedr. Engels.	(?)
167	Familienpapiere: Letzter Wille. Militärpapiere.	(?)
	Biographische Einzelheiten, betr. die Familie Engels.	(?)
168	Genealogie der Familie Engels mit genealogischen Angaben über P. C. Siebel.	1913
169	Bernsteins Schreiben an das Marx-Engels-Archiv in Frankfurt a. M. v. 1. 12. 24	1924
170	Oekonomie und Verbrauch. ad Deutsche Ideologie.	(?)
171	Anmerkungen zum Kapital.	1867
172	Begutachtende Notizen zu einer englischen Uebersetzung des Kapitals von Wilhelm Pieper.	(?)
173	Ausz. aus John Davies: Historical Tracts London 1786.	1886
174	Sur la vraie Triplealliance und andere Bedingungen für eine günstige Entwicklung der Deutschen Sozialisten.	(?)
175	Briefe und Briefentwürfe 1870/90	(?)
176	Engels an Kautsky 1891	(?)
177	Ueber die »Wahren« Sozialisten.	1847
178	Marx-Engelsche Ausführungen »The History of English Diplomacy in the Century«.	(?)
179	Begutachtung von Carl Blinds Artikel über Napoleon III.	(?)
180	Ausführungen und Notizen über Feuerbachs Philosophie.	(?)
181	Ein unvollständiger Briefentwurf	(?)
182	Fünf Artikel über den preussisch-oesterr. Krieg	1866
183	Kingslake über die Schlacht an der Alma	(?)
	Artilleristisches aus Amerika.	(?)
184	Studienzettel, ferner Zeitungsartikel zur Preuss. Militärfrage und Deutschen Arbeiterpartei.	(?)
185	Konzept eines Briefes an Vera Sassulitsch über Plechanow 23. 4. 85.	1885
	Eine Statistik für Aushebung von Militärdienstpflichtigen.	1863
	Brief an Steffen vom 15. 4. 1856 mit der Bitte um eine militärische Karte über Deutschland.	1856
	Militärische Studien, Skizzen etc.	(?)
	Taktik der Infanterie aus den materiellen Ursachen abgeleitet.	1870
186	Notizzettel, Briefentwürfe.	(?)

187	»Ilias«	(?)
188	Ablehnung eines Gesuches um Geld.	(?)
189	Gesuch an die Polizei des Kantons Bern.	(?)
190	Die Naturforschung in der Geisterwelt.	(?)
191	Uebereinstimmung von Denken und Sein usw.	(?)
192	Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen.	(?)
193	Dialektik in der Natur	(?)
	Dühringiana	(?)
194	Mathematik und Naturwissenschaften	(?)
	Dialektik und Naturwissenschaft	(?)
195	Lösung einer mathematischen Aufgabe	(?)
196	Dokumente aus den Jahren 1878, 1880, 81 und 1890	[-]
197	Reiserechnungen, Hotelrechnungen	(?)
198	7 Zettel mit Berechnungen	(?)
199	Aufzeichnungen, Noten etc. dabei: 3 Zettel mit Sprachstudien.	(?)
200	Studien zur Kritik der Evangelien	(?)
201	Ueber Feuerbach: Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. Kritik der junghegelschen Bewegung.	(?)
	Karl Grün: Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, oder: Die Geschichtsschreibung des Wahren Sozialismus.	(?)
	Der Dr. Georg Kuhlmann aus Holstein oder: Die Prophetie des Wahren Soz.	(?)
	Deutsche Ideologie 4. Der Wahre Sozialismus.	(?)
202	Abhandlung 2. Privateigentum, Staat, Recht.	(?)
203	5 Resolutionsentwürfe, betr. Beschlüsse des Zentralkomitees der Zentralversammlung in London.	(?)
204	Entwurf eines Briefes an eine Redaktion betr. »Verein von Vaterlandsfreunden«.	(?)
205	Korrespondenzen der portugiesischen sozialistischen Partei an Engels, Marx, Lafargue, Lessner.	(?)
206	Dokumente und Briefe über das deutsche und ungarische Flüchtlingskomitee. London.	1850
207	Originaldokument von Marx über die Verlegung des Generalrats der Internationale von London nach New York, Haag 6. Sept. 1872.	(?)
208	Statuten der Société Universelle des Communistes révolutionnaires.	(?)
209	Schreiben des Generalrates vom 9. März 1869 an das Centralbüro der Internationalen Allianz.	(?)
210	Korrekturbogen von: »Die zweite französische Republik«.	(?)
211	Randglossen zum Programm der Deutschen Sozialdemokratie nebst einem Brief von Marx an Wilh. Bracke.	1875
212	Marx' Entwurf des Programms der Deutsch-französischen Jahrbücher.	1843
213	Mitteilungen	(?)
214	Druckfehler, berichtigt von Marx	1863
215	Auszüge über die Armada etc.	1857
216	Verlagsvertrag zwischen Leske und Marx (Unterschrift: Dr. Karl Marx) usw.	1845
217	Entwürfe von Marx' Briefen an engl. Zeitungsredakteure.	1871 ()
218	Ehevertrag zwischen Carl Marx, Dr. phil., Cöln, und Frä. Johanna Berta Julie von Westphalen, Creuznach, vom 19. Juni 1843, ferner: Zum Tode von Marx' Mutter: Inventaris van de Nalatenschap, 1863.	

219	1. Marx' Austritt aus dem Preuss. Untertanenverband. 2. Marx' Ausweisungsbefehle aus Belgien (1848 und 1849).	
220	Auszug (angefertigt 1838) aus dem Zivilstandsregister der Oberbürgermeisterei Trier, Geburtsakte Karl Marx'.	(?)
221	Marx' Doktordiplom, Original.	1841
222	Zwei Reisepässe von Marx (1848 und 1861).	
223	Persönliche Dokumente	(?)
224	Dokumente, betr. Karl Marx' Heimgang	(?)
225	Eleanor Marx-Aveling, Artikel über ihren Vater. Österr.-Arbeiter-Kalender für 1894.	1894
226	Gedruckte Adressen und Dokumente	(?)
227	Zeitungsausschnitte	(?)
228	St. Max: 1. und 2. Teil. Neues Testament: »Ich«	(?)
229	Das Leipziger Konzil.	(?)

Liste II

Konvolut Nr.	Inhalt
230	Bartholom. Szemere, »Denkschrift an den Herrn Gouvernör Ludwig Kossuth.« (Von unbekannter Hand.)
231	Karl Marx, »Kapital«. II. Buch. Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, Kap. 1-3.
232	„ „ »Kapital« IV, V, VI, VII.
233	„ „ »Kapital«. II. Buch, 1. Abschnitt.
234	„ „ »Kapital«. Erläuterungen von Unterabteilungen.
235	„ „ »Kapital«. Gestaltungen des Gesamtprozesses. III. Buch. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. 1. Kapitel: Verwandlung von Mehrwert und Profit.
	„ „ »Kapital«. Gestaltungen des Gesamtprozesses. III. Buch. 1. Kapitel: Verwandlung des Mehrwerts in Profit und der Rate des Mehrwerts in Profitrate.
	„ „ »Kapital«. Gestaltungen des Gesamtprozesses. III. Buch.
	„ „ »Kapital«. Gestaltungen des Gesamtprozesses. III. Buch.
236	„ „ »Kapital«. III. Buch. IV.-VI. Kapitel.
237	„ „ »Kapital«. III. Buch. VII. Kapitel, Revenue und ihre Quellen.
238	„ „ »Kapital«. III. Buch. Einzelausführungen.
239	„ „ »Kapital«. Einleitung von Engels.
240	„ „ »Kapital«. Ausführungen und Berechnungen.
241	„ „ »Kapital«. Inhaltsangaben.
	Außerdem zwei Pakete in braunem Packpapier, enthaltend handgeschriebene Manuskripte, anscheinend das »Kapital«.
	1. Paket, Seite 1-443, Überschrift: Zweites Buch. Der Zirkulationsprozeß des Kapitals (Einleitung, Handschrift von Engels?).
	2. Paket, Seite 1-345, Überschrift, III. Abschnitt: Die Reproduktion, Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.
242	Marx Briefe an Engels, Nr. 1-101 (1847/52)
243	„ „ „ „ „ 102-275 (1853/57)
244	„ „ „ „ „ 276-464 (1858/61)
245	„ „ „ „ „ 465-514 (1862/63)
246	„ „ „ „ „ 515-572 (1864/65)
247	„ „ „ „ „ 573-645 (1866/67)
248	„ „ „ „ „ 646-715 (1868)
249	„ „ „ „ „ 716-805 (1869/70)
250	„ „ „ „ „ 806-851 (1871/79)
251	„ „ „ „ „ 852-895 (1881/83)
252	Engels Briefe an Marx, Nr. 1- 30 (1844/49)
253	„ „ „ „ „ 31- 81 (1850/51)
254	„ „ „ „ „ 82-134 (1852)
255	„ „ „ „ „ 135-158 (1853/54)
256	„ „ „ „ „ 159-200 (1855/57)
257	„ „ „ „ „ 201-256 (1858/59)
258	„ „ „ „ „ 257-315 (1860/62)
259	„ „ „ „ „ 316-341 (1863/64)
260	„ „ „ „ „ 342-394 (1865/66)
261	„ „ „ „ „ 395-430 (1867)
262	„ „ „ „ „ 431-494 (1868)

Konvolut Nr.	Inhalt
263	Engels Briefe an Marx Nr. 495-547 (1869)
264	„ „ „ „ „ 548-585 (1870)
265	„ „ „ „ „ 586-610 (1873/77)
266	„ „ „ „ „ 611-647 (1878/83)
267	Karl Marx an seinen Vater (10. 11. 37), Originalbrief, 15 Seiten.
268	Marx' Vater an Marx (1. 12. 37).
269	1. Protokollbuch der Internationale General Council of the International Working Men's Association 1869.
270	2. Protokollbuch der Internationale 1872.
271	Mappe: Zum St. Galler Kongreß.
272	„ Originaldokumente des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.
273	„ Züricher Konferenz 1882 (Motteler-Nachlaß).
274	„ Sozialdemokratischer Kongreß zu Wyden (Motteler-Nachlaß).
275	Engels' Briefe an Marx (30 Abschriften).
276	Engels' militärische Artikel.
277	Karl Marx: »Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein«.
278	Karl Marx: 3 unbekannte Briefe.
279	Karl Marx an Proudhon (Abschrift).
280	Karl Marx an Freiligrath (Copie).
281	Statuten der Arbeiter-Internationale 1866 (Karl Marx' Handschrift).
282	12 Briefe von Karl Marx an Verschiedene.
283	7 Briefe von Karl Marx an Verschiedene.
284	Briefe von Eleanor Marx.
285	Briefe der Eltern an Karl Marx.
286	3 Engels-Briefe (Turati u. a.).
287	Jenny Marx an Engels.
288	Briefe von Jenny Marx.
289	v. Westphalen (Briefe an Marx und Engels).
290	Briefe an Karl Marx (anlässlich des Todes seiner Frau).
291	Briefe an Tussy (anl. Marx' Tod).
292	Briefe an Tussy und Engels (anl. Marx' Tod).
293	Briefe an Marx.
294	Briefe an Marx (1850).
295	Briefe an Marx.
296	Briefe an Marx.
297	Jenny Marx an Karl Marx (4 Briefe).
298	Unbekannte Briefe an Karl Marx.
299	Otto Meissner an Karl Marx.
300	Korrespondenz mit Schramm und Marx anl. der Herausgabe der Neuen Rheinischen Zeitung, Revue, 1850.
301	Meissner an Marx u. a.
302	Kondolenzbriefe an Tussy (anl. Engels' Tod).
303	Bebels Briefe an Engels Nr. 1- 24.
304	„ „ „ „ „ 25- 49.
305	„ „ „ „ „ 50- 72.
306	„ „ „ „ „ 73-100.
307	„ „ „ „ „ 101-120.
308	„ „ „ „ „ 121-140.
309	„ „ „ „ „ 141-155.

Konvolut Nr.	Inhalt
310	Bebels Briefe an Engels Nr. 156–171.
311	„ „ „ „ „ 172–195.
312	Engels Briefe an Bebel Nr. 1–20.
313	„ „ „ „ „ 21–40.
314	„ „ „ „ „ 41–53.
315	„ „ „ „ „ 54–78.
316	„ „ „ „ „ 79–93.
317	Engels (5 verschiedene Notizen).
318	Engels (3 verschiedene Auszüge).
319	Briefe von Marx an Bracke (1876/79).
320	Briefe Lafargues an Engels.
321	Briefe von R. Meyer an Engels.
322	Briefe von J. L. Mahon an Engels.
323	Briefe von Mesa an Engels.
324	Engels (Adressen, Berichte, Zirkulare).
325	Engels (Entwürfe von Briefen an englische Zeitungsredakteure).
326	Engels (Brief an Wilh. Liebknecht).
327	Gnocchi Viani an Engels.
328	Fantuzzi an Engels.
329	Gustav Mayer an Marx.
330	Briefe von und an Engels.
331	Sammlung von Briefen an Engels (anl. 70. Geburtstag).
332	Sammlung von Briefen an Engels.
333	Briefe an Engels (14 Blätter).
334	„ „ „
335	„ „ „
336	„ „ „
337	„ „ „ (Einladungen etc. Fabian Society).
338	Ausschnitte und Artikel betr. Marx und Engels.
339	Marx-Engels Rezensionen (englisch).
340	Briefe Miquels an Marx.
341	Briefe an Engels.
342	Postkarten an Engels.
343	Briefe an Georg v. Vollmar.
344	Prof. Michelet an Hess.
345	R. Meyer an Bebel (3 Briefe).
346	Hermann Müller-Franken an Schlüter.
347	Briefe an Schlüter.
348	Herm. Meyer an F. Sorge.
349	Siegfr. Meyer an Ernestine Liebknecht.
350	Mendelson an Schlüter.
351	Ausschnitte betr. bestimmte Persönlichkeiten.
352	Briefwechsel Herm. Meyer – Wedemeyer.
353	Briefwechsel Herm. Meyer – Wedemeyer.
354	Verzeichnis betr. Engels Werke.
355	33 Briefe an Bebel.
356	Bebel Manuskripte (Vorbereitungen für seine Erinnerungen).
357	Paul Singers Nachlaß.
358	Briefe von Engels an Bebel u. a.

- 359 Verschiedene Briefe (Motteler etc., 8 Stücke).
- 360 Aus der Zeit des Sozialistengesetzes (27 Stücke).
- Weiter sind vorhanden drei braune Mappen mit schwarzem Band, enthaltend Engels Briefe:
- Mappe I enthält:
- Friedrich Engels an Becker (36 Briefe).
- „ „ „ E. Bernstein (10 Briefe).
- „ „ „ E. Bernstein (4 Briefe).
- „ „ „ Cunow (9 Briefe).
- „ „ „ Wilhelm Bracke (4 Briefe).
- „ „ „ Bonnier (3 Briefe).
- „ „ „ Dietz (7 Briefe).
- „ „ „ Heidfeld.
- „ „ „ Ernst Dronke (3 Briefe).
- „ „ „ Redaktion der »Freiheit«, London (3 Briefe).
- „ „ „ Richard Fischer (10 Briefe).
- „ „ „ Paul Ernst.
- „ „ „ Coenen (2 Briefe).
- „ „ „ Viktor Adler (2 Briefe).
- „ „ „ Daily Chronicle.
- Friedrich Engels an
- „ „ „ Miss Harkness.
- „ „ „ Freiligrath.
- „ „ „ Hepner.
- „ „ „ Hess.
- „ „ „ British Publishing Co.
- „ „ „ unbekannte Empfängerin.
- „ „ „ unbekannte Armenier.
- „ „ „ Karl Hirsch (2 Briefe).
- „ „ „ Redaktion der »Free Press«.
- „ „ „ Ellissen.
- „ „ „ einen Barmer Parteigenossen.
- „ „ „ Hourwich.
- „ „ „ Karl Hirsch.
- Mappe II enthält:
- Friedrich Engels an Jung, Herm. (2 Briefe).
- „ „ „ Kaulitz.
- „ „ „ Kautsky, Karl (2 Briefe).
- „ „ „ Kautsky, Louise.
- „ „ „ Klopfer.
- „ „ „ Kommunistischen Arbeiterbildungsverein, London.
- „ „ „ Krzywicki.
- „ „ „ Lange.
- „ „ „ Lavigne.
- „ „ „ Lessner.
- „ „ „ Loria, Achille.
- „ „ „ Mendelson.
- „ „ „ Nieuwenhuis.
- „ „ „ de Morgan.
- „ „ „ Nadejde.

Konvolut Nr.	Inhalt
Friedrich Engels an	Redaktion der New Yorker Volkszeitung.
„ „ „	Österreichischen Parteikongreß 1892.
„ „ „	Oppenheim.
„ „ „	Pauli, Frau (2 Briefe).
„ „ „	Pauli (7 Briefe).
„ „ „	Plechanow (3 Abschriften).
„ „ „	Robinson.
„ „ „	Sängerverein des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London.
Mappe III enthält:	
Friedrich Engels an	Herrn. Schlüter (42 Stücke).
„ „ „	Bruno Schönkank (5 Photos).
„ „ „	Schmujlow.
„ „ „	Schabelitz.
„ „ „	Schorlemmer (17 Stücke).
„ „ „	Schramm.
„ „ „	Shipton.
„ „ „	Strutt & Parker, seine Testamentsvollstrecker.
„ „ „	Stumpf.
„ „ „	Redaktion der »Times«.
„ „ „	Trier, Gerson.
„ „ „	Turati.
„ „ „	Vaillant.
„ „ „	»Volksfreund« Brunn.
Ferner in Karton: Brief Friedrich Engels an? In Leder gebunden.	
„ „ „	v. Vollmar.
„ „ „	Wolff, Wilh.
„ „ „	unbekannte Empfänger (6 Stücke).
„ „ „	Dr. Stephan Bauer.

VII

Der russische Entwurf eines »Projet d'accord«)*

Paris, den 25. März 1936

An das
Komitee für die Durchführung
marxistischer Forschungen, Sitz Paris

Genossen,

Die Kommission des Marx-Engels-Lenin-Instituts hat die Ehre, Ihnen beiliegend das Projekt einer ausgearbeiteten Uebereinkunft auf der Basis Ihres Vorschlages zu unterbreiten.

Gleichzeitig drückt es Ihnen seinen lebhaftesten Dank dafür aus, daß Sie ihm die Möglichkeit gegeben haben, die Dokumente und die Archive von Marx und Engels zu prüfen. Während dieser, in Paris und Kopenhagen ausgeführten Prüfung ist festgestellt worden, daß unter den auf der vorliegenden Liste enthaltenen Dokumenten Schriftstücke von allergrößter Wichtigkeit fehlen, besonders vermißt werden 23 präparative Notizbücher (enthaltend Theorien über den Mehrwert) und einige Notizbücher über die Jahre 1857 und 1858.

Empfangen Sie, Genossen, unsere besten Grüße

gez. V. Adoratsky
Al. Aroseff
N. Boukharine

Projet d'accord

Zwischen dem Komitee für die Durchführung marxistischer Forschungen, Sitz Paris (im Text: »Das Komitee« genannt) in der Person von
und der Kommission des Marx-Engels-Lenin-Instituts in Moskau (im Text: »Die Kommission« genannt), in der Person von
ist vereinbart worden, was folgt:

1. Das Komitee übergibt ins Depot des Marx-Engels-Lenin-Instituts in Moskau alle Manuskripte, Briefe, Noten etc., geschrieben von Marx und Engels, ebenso wie alle Dokumente, von denen Marx und Engels die Autoren sind und die Anhänge zu den Dokumenten.

Die Dauer des Depots wird 20 Jahre betragen. Während dieser Zeitperiode hat das Komitee nicht das Recht, irgendwelche Reklamationen zu machen, welche sich auf die in Frage stehenden Dokumente beziehen.

Es wird gleichzeitig vereinbart, daß während dieser Periode das Komitee völlig frei über die Summe verfügen wird, welche ihm für die Archive gegeben wird.

Die Überweisung der Dokumente erfolgt entsprechend der Liste, welche der Kommission des Marx-Engels-Lenin-Instituts übergeben wurde.

*) Vgl. Text, S. 122.

Note. Es ist nach Durchsicht festgestellt worden, daß bestimmte Dokumente, die vom theoretischen Gesichtspunkte aus von allerhöchstem Wert sind und auf der Liste verzeichnet waren, fehlen; besonders handelt es sich um 23 präparative Notizbücher über den Mehrwert und einige Notizbücher aus den Jahren 1857 und 1858.

2. Als Garantie für die Deponierung der Dokumente verpflichtet sich das Marx-Engels-Lenin-Institut,
 - a) dem Komitee die Summe von 7 000 000.— fr. frcs. zu geben,
 - b) ihm Fotografien von allen Manuskripten, die ins Depot gelegt werden, zu übergeben,
 - c) das Marx-Engels-Lenin-Institut übergibt dem Komitee die Fotografien von im § 1 erwähnten Dokumenten, welche sich im Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts befinden und im Archiv der deutschen Sozialdemokratie fehlen. Das Komitee gibt außer den Dokumenten, die entsprechend dem § 1 der vorliegenden Vereinbarung ins Depot kommen, Fotokopien von Archivdokumenten der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, welche im Marx-Engels-Lenin-Institut fehlen und welche nach den Archivlisten die deutsche Sozialdemokratie besitzt, an die Vertreter des Marx-Engels-Lenin-Instituts.
3. Während der Übergabe der Manuskripte erfolgt die Übergabe der Garantiegelder nach folgenden Bestimmungen:

Die Hälfte während der Übergabe aller Dokumente, die zweite Hälfte in einem Jahr.

Die Summe wird in französischen Francs und entsprechend den Instruktionen des Komitees betreffend den Ort und die Personen oder die Institutionen, an die das Geld ausgezahlt werden soll, übergeben.
4. Das Komitee wird sich bemühen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Manuskripte von Marx und Engels zu suchen, die sich ehemals in den Berliner Archiven befanden und seitdem verschwunden sind. Die Manuskripte müssen an das Marx-Engels-Lenin-Institut übergeben werden gegen eine entsprechende Kompensation.

Ein eventuell zusätzlicher Paragraph

Das Komitee übergibt der Kommission außer den Dokumenten, die im § 1 aufgezählt sind, die Korrespondenz an Marx und an Engels, die Dokumente betreffend die Vereinigung der Kommunisten und die Erste Internationale ebenso wie die Archive von Weydemeyer, Becker usw. In diesem Fall wird sich die im § 2 bezeichnete Summe auf 8 000 000.— fr. frcs. erhöhen.

Das Komitee für die Durchführung marxistischer Forschungen
Die Kommission des Marx-Engels-Lenin-Instituts

Paris, den . . . März 1936

VIII

Erklärung von Boris Nicolaevsky)*



D.A.

Je soussigné, Boris Nicolaïevsky, certifie que
tous les documents déposés par moi au coffre-fort N° 41
au Compartiment N° 24 du Crédit Lyonnais (N° 6,
place de Rennes), appartiennent en pleine propriété
au Vorstand du S. P. D. (Parti Socialiste Allemand, -
adresse: Prague-Karlín, Palackého tr. 24). En cas de mon
décès, ces documents doivent être rendus au repré-
sentant du Vorstand du S. P. D.

Le 1 Février 1937

Boris Nicolaïevsky

Paris 7, rue Michelet.

*) Vgl. Text, S. 135.

IX

Der Kaufvertrag)*

Kontrakt

Die »Centrale Arbeiders-Verzekerings-en Deposito-bank« in 's-Gravenhage, vertreten durch ihren Direktor Herrn Nehemia *de Lieme* in 's-Gravenhage, Käufer, und

der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, jetzt in Paris, gemäß der diesem Vertrag beigefügten Vollmacht rechtsgültig vertreten durch den Herrn S. *Crummenerl* zu Paris, Verkäufer, haben folgenden Vertrag abgeschlossen:

1. Der Verkäufer verkauft und wird liefern an den Käufer die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehörenden Archive, einschließlich der sogenannten Karl-Marx- und Friedrich-Engels Archive, Studien, Manuskripte, Briefe, geschriebene und gedruckte Dokumente und Bücher, insbesondere alle Materialien, die der Pariser Filiale des »Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis« in Amsterdam von Berlin aus in Paris zur Aufbewahrung übergeben wurden, zusammen genannt Marx-, Engels- und Partei-Archive, inclusive drei Bände der Originalprotokolle der Ersten Internationale und alles, was diese Organisation und deren Abteilungen betrifft; alles soweit das Obengenannte sich in Paris, Kopenhagen und Amsterdam befindet und ferner eingeschlossen auch die dazu gehörigen Bestandteile, die jetzt nicht zu eruieren sind, wenn diese Bestandteile wieder zu Tage gefördert werden; mit Ausnahme von:
 - I. allen Materialien, die sich auf Geschehnisse nach 1914 beziehen.
Zu dieser Ausnahme gehören nicht die Protokolle des Rats der Volksbeauftragten in Deutschland im Jahre 1918/1919 und die sich im Besitz des Parteivorstandes befindliche Sammlung des »Vorwärts« bis 1915;
 - II. den Büchern der Bernstein-Bibliothek, soweit diese nicht von Nikolajewsky nach Paris überführt worden sind, insofern diese Bücher keine Notizen aufweisen von Karl Marx oder von Friedrich Engels.
2. Der Käufer erklärt, das Obengenannte für den Preis von zwei und siebenzig Tausend Gulden (hfl. 72 000,—) zu kaufen unter folgenden Bedingungen:
 - a) Der Kaufpreis beträgt zwei und siebenzig Tausend Gulden (hfl. 72 000), zahlbar in 13 Monatsraten, wovon die ersten 12 je hfl. 5500,— und die dreizehnte resp. die letzte hfl. 6000,— beträgt. Die erste Rate ist fällig nach Übernahme der Archive durch den Käufer in Kopenhagen, resp. in Paris und Amsterdam, jedoch spätestens 14 Tage nach Abschluß des Kaufvertrages, falls kein Verschulden des Verkäufers oder des Aufbewahrers der Archive am verspäteten Abtransport vorliegt. Die Monatsraten wer-

*) Vgl. Text, S. 141.

den gegen Quittung in duplo, dem Bankkonto überwiesen, das der bevollmächtigte Crummenerl dem Käufer mitteilt.

- b) Die Transport- und Versicherungskosten trägt der Käufer.
- c) Der Verkäufer befreit den Käufer von allen Anforderungen, die früher oder später hinsichtlich der Archive geltend gemacht werden könnten und von den juristischen und finanziellen Folgen jeder juristischen Aktion, welche gegen die in dieser Übereinkunft angegangenen Transaktion eingeleitet werden könnte.
- d) Der Käufer stellt die Archive zur Verfügung des »Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis« in Amsterdam unter den Bedingungen, usanzgemäss zwischen dem Käufer und dem »Instituut«. Das »Instituut« verpflichtet sich wissenschaftlichen Forschern Einsicht in die Dokumente zu gewähren unter den beim »Instituut« geltenden Bedingungen.
- e) Der Käufer verpflichtet sich, die Archive weder ganz noch teilweise zu verkaufen.
- f) Wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Deutschland wieder legal arbeiten kann, erhält sie das Recht, von den Archiven oder von Teilen derselben auf eigene Kosten Photokopien anfertigen zu lassen. Die Anfertigung erfolgt unter Aufsicht des »Instituut« unter Bedingungen, wie diese vom »Instituut« festgestellt und beim »Instituut« gebräuchlich sind.
- g) Wenn das »Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis« Photokopien des Gesamtarchives herstellt, soll dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Exemplar gegen Bezahlung angeboten werden; jedoch nur wenn Photokopien des Gesamtarchives hergestellt werden.

In dreifacher Ausfertigung

's-Gravenhage, am 19. Mai 1938

Die Sozialdemokratische
Partei Deutschlands
Gez. Siegmund Crummenerl

De Centrale Arbeiders-Ver-
zekerings- en Deposito-bank
Gez. Nehemia de Lieme

BIBLIOGRAPHIE

ARCHIVALIEN

SPD-Archiv Bonn

Wilhelm Dittmann: Nachlaß.

Paul Hertz: Nachlaß (Mikrofilmkopie).

Friedrich Salomon: Verschiedene Dokumente.

Otto Wels: Verschiedene Dokumente.

Akten des sozialdemokratischen Exilvorstandes (SOPADE), Prag/Paris 1933–1938.

Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam

August Bebel: Nachlaß.

Eduard Bernstein: Nachlaß.

Karl Kautsky: Nachlaß.

Julius Motteler, Nachlaß.

Hermann Schlüter: Nachlaß.

»Akte Parteiarchiv«.

Bundesarchiv Koblenz

Stadtarchiv Zürich

State Historical Society of Wisconsin

The Tamiment Institute Library New York

PERIODIKA

Der Bibliothekar. Monatsschriften für Arbeiterbibliotheken (später mit dem Untertitel »Ratgeber für Hausbüchereien«). Leipzig 1909 ff.

Sozialistische Bildung. Monatsschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin 1929 ff.

Die Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Hrsgg. vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin 1926 ff.

Le Contrat Social. Paris 1956 ff.

Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift. Hrsgg. von Parvus. Berlin 1915 ff.

Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse. Hrsgg. von Robert Schmidt. Berlin 1899 ff.

Sozialistische Monatshefte. Hrsgg. von Joseph Bloch. Berlin 1897 ff.

New Yorker Volkszeitung (weitere Angaben unbekannt). Jg. 1919.

Sozialdemokrat. Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge. Zürich, London 1880 ff.

Vorwärts. Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands. Leipzig 1878–79.

Vorwärts. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1891 ff.

Neuer Vorwärts. Sozialdemokratische Wochenzeitung. Prag, Paris 1933–1940.

Unser Weg. Monatsschrift für die Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie. Berlin 1927 ff.

Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (später: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie). Hrsgg. von Karl Kautsky (später von Heinrich Cunow). Stuttgart 1883 ff.

PROTOKOLLE, JAHRBÜCHER, FESTSCHRIFTEN

Parteitagprotokolle der deutschen Sozialdemokratie aus den Jahren:

1880 Wyden

1883 Kopenhagen

1887 St. Gallen

1890 Halle

1893 Köln

1894 Frankfurt
 1901 Lübeck
 1904 Bremen
 1905 Jena
 1907 Essen
 1909 Leipzig
 1917 Würzburg
 1919 Weimar
 1925 Heidelberg

Jahrbücher der deutschen Sozialdemokratie aus den Jahren:

1926
 1928
 1929
 1930
 1931

Die Vorwärts Buchdruckerei. Dem VSPD-Parteitag Berlin 1924 gewidmet. o. O. u. J.

Festschrift zum Dresdener Sozialdemokratischen Parteitag 1903.

Den Freunden der Vorwärts Buchdruckerei, Berlin, den 1. Oktober 1927.

(Festschrift zum 25jährigen Bestehen.)

HANDBÜCHER

Osterroth, Franz, u. Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963.

Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Folge III und IV, Berlin 1914 und 1927.

SPEZIALLITERATUR

Bernstein, Eduard: Friedrich Engels Testament, seine Bedeutung und sein Schicksal.

In: Vorwärts Berlin, Abendausgabe vom 18. und 19. September 1929.

Conrady, Alexander: Ein Gang durchs Parteiarchiv.

In: Vorwärts-Almanach, Berlin 1921, S. 67 ff.

Drahn, Ernst: Das Archiv der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seine Geschichte und Sammlungen.

In: Neue Zeit, 36. Jg. Bd. II, 1917/1918, S. 519.

Hinrichsen, Jonny: Aus der Geschichte des Parteiarchivs.

In: Volk und Zeit, illustrierte Beilage zum Vorwärts, Berlin 1920, Nr. 8.

– Das sozialdemokratische Parteiarchiv.

In: Sozialistische Monatshefte, 1928, Bd. I, S. 116 ff.

– Die Rüstkammer der Arbeiterbewegung, ein Besuch im Parteiarchiv.

In: Unser Weg. Monatsschrift für die Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie. Berlin, 3. Jg. 1929, Nr. 11, S. 257 ff.

Müller, Reinhold: Archive als Forschungs- und Volksbildungsstätten.

In: Sozialistische Bildung, Jg. 1932/33, S. 105 ff.

Salomon, Friedrich: Anregungen zum Wiederaufbau des Parteiarchivs. Prag 1934 (Salomon-Nachlaß, SPD-Archiv Bonn).

Sowvarine, Boris: Comment les archives social-démocrates ont été sauvées.

In: Le Contrat Social, Paris, Bd. VIII Nr. 4, Juli/August 1964.

ALLGEMEINE LITERATUR

Adler, Victor: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler. Hrsgg. vom PV der SPÖ. Wien 1954.

- Auer, Ignaz*: Nach zehn Jahren. London 1889.
- Bebel, August*: Aus meinem Leben. 3 Bde., Stuttgart 1911–1914.
- August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsgg. von Werner Blumenberg. London, Paris, Den Haag 1965.
- Belli, Joseph*: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Stuttgart 1912.
- Bernstein, Eduard*: Aus den Jahren meines Exils. Berlin 1917.
- Dokumente des Sozialismus, Bd. 2. Berlin 1903.
 - Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde., Berlin 1907/1910.
 - Sozialdemokratische Lehrjahre. Berlin 1928.
- Borkheim, Sigismund*: Die deutschen Mordspatrioten 1806/1807. Hottingen-Zürich 1888.
- Braunthal, Julius*: Geschichte der Internationale. 2 Bde., Hannover 1961–1963.
- Conzett, Verena*: Erstrebtes und Erlebtes. Ein Stück Zeitgeschichte. Zürich 1929.
- Curti, Theodor*: Rede über die Landesverweisung der Herausgeber und Redakteure des Züricher Sozialdemokrat, gehalten im Schweizerischen Nationalrath am 20. Juni 1888.
- In: Bibliothek politischer Reden. Nürnberg 1891.
- David, Eduard*: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearb. von Susanne Miller. Stuttgart 1966.
- Drahn, Ernst*: Zur Entwicklung und Geschichte des sozialistischen Buchhandels und der Arbeiterpresse. Gautzsch bei Leipzig 1913.
- Gift und Galle. Unterirdische Literatur aus zwei Jahrhunderten (1700–1918). Hamburg, Berlin 1918.
 - Die deutsche Sozialdemokratie. Werden, Wirken, Wollen. München 1926.
 - und Friedegg, Ernst: Deutscher Revolutions-Almanach 1919. Hamburg, Berlin 1919.
 - und Leonhard, Susanne: Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. Berlin 1920.
- Edinger, Lewis J.*: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945 (Originaltitel »German Exile Politics«). Hannover, Frankfurt 1960.
- Engels, Friedrich*: Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein mit 3 Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Berlin 1925.
- Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von »Aus der Frühzeit des Marxismus«. Hrsgg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky. Wien 1955.
 - Vergessene Briefe (Briefe Friedrich Engels' an Johann Phil. Becker). Ein Beitrag zum hundert-jährigen Geburtstag. Berlin 1920.
- Fischart, Johannes*: Das alte und das neue System. Teil 2: Die Männer der Übergangszeit. Berlin 1920.
- Gay, Peter*: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. Nürnberg 1954.
- G(runwald), M(ax)*: Julius Motteler zum Gedächtnis.
- In: Neue Zeit, 26. Jg. 1907/08, Bd. 1, S. 1 ff.
- Hertz, Paul*: Dr. Paul Hertz hat das Wort. Hrsgg. von der Bürgermeister-Reuter-Stiftung. Berlin 1962 (Privatdruck).
- Jaksch, Wenzel*: Hans Vogel. Offenbach 1946.
- Kampffmeyer, Paul*: Unter dem Sozialistengesetz. Berlin 1928.
- Kautsky, Karl*: Erinnerungen und Erörterungen. Hrsgg. von Benedikt Kautsky.
- s'Gravenhage 1960.
 - Aus der Frühzeit des Marxismus. Engels' Briefwechsel mit Kautsky. Hrsgg. und erläutert von Karl Kautsky. Prag 1935.
 - Die Herausgabe des Marxschen Nachlasses.
 - In: Neue Zeit, 24. Jg. 1905/06, Bd. I, S. 167 ff.

- Nochmals die Herausgabe des Marxschen Nachlasses.
In: Neue Zeit, 24. Jg. 1905/06, Bd. I, S. 303 f.
- Bernstein und kein Ende. (Mit Erwiderung von Bernstein.)
In: Neue Zeit, 24. Jg. 1905/06, Bd. I, S. 470 f.
- Lassalle, Ferdinand*: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IV. Berlin 1919.
- Lewytzkij, Borys*: Vom roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit. München 1961.
- Liebknecht, Wilhelm*: Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. Hrsgg. und bearbeitet von Georg Eckert. Den Haag 1963.
- Marx, Karl, und Engels, Friedrich*: Historisch-kritische Gesamtausgabe. (MEGA) Werke, Schriften, Briefe. Hrsgg. von D. Rjasanov. Bd. I. Frankfurt a. M. 1927.
- Über die Diktatur des Proletariats. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Ernst Drahn. Schriftenreihe: Der rote Hahn, Bd. 51/52. Berlin 1920.
- Das *Marx-Engels-Institut* und die Arbeit sozialistischer Forschung.
In: Sozialistische Monatshefte. 1931, Bd. I, S. 355 f.
- Matthias, Erich*: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938.
Stuttgart 1952.
- Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933.
In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 4, 1956, S. 138 ff.
- und *Morsey, Rudolf*: Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
- Mayer, Gustav*: Erinnerungen. Zürich 1949.
- Mehring, Franz*: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 4 Bde., Stuttgart 1903.
- Paul, Ernst*: Zwölfeinhalb Jahre im Exil.
In: Erich Ollenhauer, der Führer der Opposition. Hrsgg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski. Berlin 1953.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 14. November 1945 - 1. Oktober 1946. Bde. XXV und XXVI. Nürnberg 1947.
- Prozeßbericht* über die Strafsache des Antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzlisten«, 2.-13. März 1938. Moskau 1938.
- Schlüter, Hermann*: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika. Stuttgart 1907.
- Schlüter, Hermann*: Brauindustrie und Brauarbeiterbewegung in Amerika. Hrsgg. vom Internat. Verband der Ver. Brauarbeiter von Amerika. Cincinnati 1910.
- Die Chartistenbewegung. Ein Beitrag zur sozialistischen Geschichte Englands. New York 1916.
- Die Internationale in Amerika. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Chicago 1918.
- Schröder, Dieter*: Erich Ollenhauer. München 1957.
- Sorge, Friedrich Albert*: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx und Anderen an F. A. Sorge und Andere. Stuttgart 1906.
- Stampfer, Friedrich*: Erfahrungen und Erkenntnisse. Köln 1957.
- Konzentration durch Parteigründung?
In: Der Sozialistische Kampf vom 16. Juni 1938.
- Stern, Leo*: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Archivalische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Bd. 1 und 2, Berlin 1956.
- Trotsky, Leo*: Mein Leben, Versuch einer Biographie. Berlin 1930.